

# MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

JULI 1949

Inhalt:	Seite
Die Wirtschaftslage des westdeutschen Währungsgebietes Juni—Juli 1949	1
Geld und Kredit	1
Öffentliche Finanzen	8
Außenwirtschaft	10
Produktion, Beschäftigung und Preise	14
Die Geldbewegungen auf den Auslandskonten	22
Ausgleichsforderungen	30
Die neuen Tabellen der Bankenstatistik	39
Statistischer Teil	43

## Die Wirtschaftslage des westdeutschen Währungsgebiets Juni—Juli 1949<sup>1)</sup>

### Geld und Kredit

In Fortführung der Politik des leichteren Geldes hat der Zentralbankrat mit Wirkung vom 14. Juli die Diskont- und Lombardsätze abermals um je  $1/2\%$  herabgesetzt. Der Diskontkredit der Landeszentralbanken kostet nunmehr  $4\%$ , der Lombardkredit  $5\%$ . Infolge der Abhängigkeit der Bankkonditionen von der Zentralbankrate sind hierdurch die Kreditkosten auch für den letzten Kreditnehmer weiter reduziert worden. Für Schatzwechsel- und Kassenkredite an die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes oder an ein Land wurde der Zinssatz ebenfalls um  $1/2\%$  auf  $4\%$  gesenkt. Damit ist der Diskontsatz des Zentralbanksystems, der nach der Währungsreform zunächst

auf  $5\%$  festgesetzt worden war, wieder auf einem Stand angekommen, den er während einer langen Periode der „Leichtgeldpolitik“ — nämlich vom 22. September 1932 bis 8. April 1940 —, wenngleich unter sonst völlig andersartigen Verhältnissen, behauptet hatte.

### Die Entwicklung des Bankkredits

Eine wirklich ins Gewicht fallende Mehrbeanspruchung von Bankkrediten hat die Senkung der Kreditkosten sowie die Beseitigung aller restriktiven Maßnahmen, die aus der Periode der Anti-Expansionspolitik vom Spätherbst vorigen Jahres herrührten, bisher nicht bewirkt. Lediglich der Rückgang der Wachstumsrate der Bankkredite, der im Mai zu verzeichnen war, ist im Juni wieder aufgeholt worden. Das Ergebnis der monatlichen Bankenstatistik weist für Juni eine Zunahme der kurzfristigen Bankkredite an die Nichtbankenkundschaft im

<sup>1)</sup> Abgeschlossen am 4. August 1949. Die Herausgabe des Hefes hat sich wegen technischer Umstellungen in der Bankenstatistik etwas verzögert. Der nächste Bericht soll bereits Anfang September erscheinen und wird wieder eine zusammenfassende Beurteilung der Konjunkturlage enthalten.

Beträge von 412 Mill. DM aus. Die tatsächliche Zunahme war jedoch erheblich kleiner. Bei der Betrachtung der im Vergleich zu den Vormonaten scheinbar stark vergrößerten Zuwachsrates ist nämlich zu beachten, daß im Juni zum ersten Male ein erweitertes Erhebungsschema der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken zur Anwendung gekommen ist.<sup>1)</sup> So sind etwa 50 Mill. DM unverzinsliche Schatzanweisungen statistisch erstmals als Kredite erfaßt worden. Man kann annehmen, daß der Juni-Zuwachs der Bankkredite infolge dieser vervollständigten statistischen Erfassung insgesamt um etwa 100 Mill. DM größer erscheint, als er tatsächlich gewesen ist. Berücksichtigt man dies, so ergibt sich, daß die Zunahme der kurzfristigen Bankkredite an Nichtbanken im Juni mit etwa 300 Mill. DM zwar den Zuwachs des Mai bedeutend übertrifft, aber immer noch hinter dem Zuwachs des April oder gar des „Restriktionsmonats“ Februar zurückbleibt. Dem Gesamtbetrage nach haben die kurzfristigen Kredite der Geschäftsbanken an ihre „Nichtbankenkundschaft“ Ende Juni rd. 6,5 Mrd. DM erreicht, wovon rd. 1/2 Mrd. DM auf Kredite an die öffentliche Hand (im weitesten Sinne) entfallen.

Nach den bisher für die ersten drei Juli-Wochen vorliegenden Ergebnissen der wöchentlichen Bankenstatistik scheint sich die Zunahme der Bankkredite auch im Juli nicht wesentlich beschleunigt zu haben. Die Ziffern der Statistik sind freilich auch hier infolge der jetzt erweiterten Erfassung nicht ohne weiteres mehr mit den vorausgegangenen vergleichbar (siehe Anmerkung 4 zur Tabelle auf Seite 3 des vorliegenden Heftes). Schaltet man diese Einflüsse aus, so verbleibt für die Zeit vom 1.—23. Juli bei den 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten eine Kreditzunahme von etwa 100 Mill. DM gegenüber 90 Mill. DM im Monat Juni. Auf die Gründe, welche die von manchen Seiten als Folge der Aufhebung der Restriktionsbestimmungen erwartete verstärkte Expansion der Bankkredite nicht Wirklichkeit werden ließen, ist bereits im Juni-Heft der „Monats-

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu in diesem Heft den Aufsatz: „Die neuen Tabellen der Bankenstatistik“.

berichte“ ausführlich eingegangen worden: Die Banken sind vorsichtiger in der Kreditgewährung geworden und die Wirtschaft zurückhaltender in der Aufnahme kurzfristigen Bankkredits. Auf beiden Seiten macht sich eine gewisse Scheu bemerkbar, fehlendes Betriebskapital — ganz zu schweigen von Investitionskapital — in allzu starkem Maße durch die teuren und zudem jederzeit rückrufbaren Fremdmittel aus Bankenhand zu ersetzen. Das Risiko der Illiquidisierung und des Verlustes bei etwaigen Notverkäufen beschränkt jetzt den kurzfristigen Bankkredit im allgemeinen auf das betriebswirtschaftlich vertretbare Maß. Gesamtwirtschaftlich ist die Ausweitung der kurzfristigen Bankkredite, wenn sie in der bisherigen Monatsrate von etwa 300 Mill. DM vor sich geht, im Jahr also etwa 3 1/2 Mrd. DM erreicht, gleichwohl keineswegs gering zu nennen. Die jüngsten Maßnahmen des Zentralbanksystems zur Senkung der Kreditkosten können daher auch weniger als Anreiz zu erhöhter Inanspruchnahme kurzfristigen Bankkredits denn als Beitrag zur Herabdrückung der Produktionskosten der Wirtschaft sowie vor allem zur Förderung der Fluktuation vom Geld- zum Kapitalmarkt gewertet werden (siehe Tabelle auf Seite 3).

Was die Zusammensetzung der kurzfristigen Bankkredite nach Kreditarten anlangt, so fällt auf, daß im Juni der Wechselkredit an Wirtschaftsunternehmen und Private — das sogenannte „Wechselobligo“ — fast überhaupt nicht zugenommen hat, während die kurzfristigen Forderungen (einschließlich der Akzeptkredite) um 262 Mill. DM auf 3 774 Mill. DM gewachsen sind. Im Gegensatz hierzu liegt das Schwergewicht der kurzfristigen Kredite an die öffentliche Hand bei Schatzwechseln und Schatzanweisungen. Die Akzeptkredite allein, die erstmals in der Statistik gesondert ausgewiesen werden, belaufen sich mit rd. 1,1 Mrd. DM auf fast genau ein Sechstel der insgesamt an Nichtbanken gewährten kurzfristigen Kredite.

Durch die bereits erwähnte Einführung des erweiterten Erhebungsschemas ist — ebenfalls erstmalig — ein näherer Einblick in die Gewährung mittel- und langfristiger Kredite durch Geldinstitute möglich

## Die Entwicklung der kurzfristigen Kredite an die Nichtbankenkundschaft

Monatliche bzw. wöchentliche Zunahme (+) oder Abnahme (—) in Mill. DM

Kreis der erfaßten Institute	Im Monat bzw. in der Woche	Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) insgesamt	d a v o n		
			Kontokorrent- und Akzeptkredite sowie Kassenkredite an die öffentliche Hand	Wechsel (einschl. Indossamentsverbindlichkeiten) sowie Schatzwechsel <sup>1)</sup> der öffentlichen Hand	Sonstige kurzfristige Kredite
1. rund 3 500 monatlich berichtende Geldinstitute	Januar 1949	+ 216,3	+ 276,7	— 90,8	+ 30,4
	Februar „	+ 364,1	+ 319,4	+ 22,9	+ 21,8
	März „	+ 286,5	+ 143,6	+ 115,0	+ 27,9
	April „	+ 335,7	+ 257,8	+ 52,1	+ 25,8
	Mai „	+ 236,7	+ 172,2	+ 59,1	+ 5,4
	Juni „	+ 412,1 <sup>2)</sup>	+ 292,0 <sup>3)</sup>	+ 153,2 <sup>3)</sup>	— 33,1 <sup>3)</sup>
2. 112 wöchentl. berichtende Geldinstitute	1. Juli-Woche	+ 93,1 <sup>4)</sup>	+ 83,3 <sup>4)</sup>	— 7,0	+ 16,8 <sup>3)</sup>
	2. Juli-Woche	+ 66,4	+ 85,4	— 15,3	— 3,7
	3. Juli-Woche	+ 25,9	+ 20,1	+ 9,9	— 4,1
	Wöchentlicher Durchschnitt Jan.—Mai 1949	+ 23,7	+ 22,1	— 0,3	+ 1,9

<sup>1)</sup> Ab Juni einschließlich unverzinslicher Schatzanweisungen.

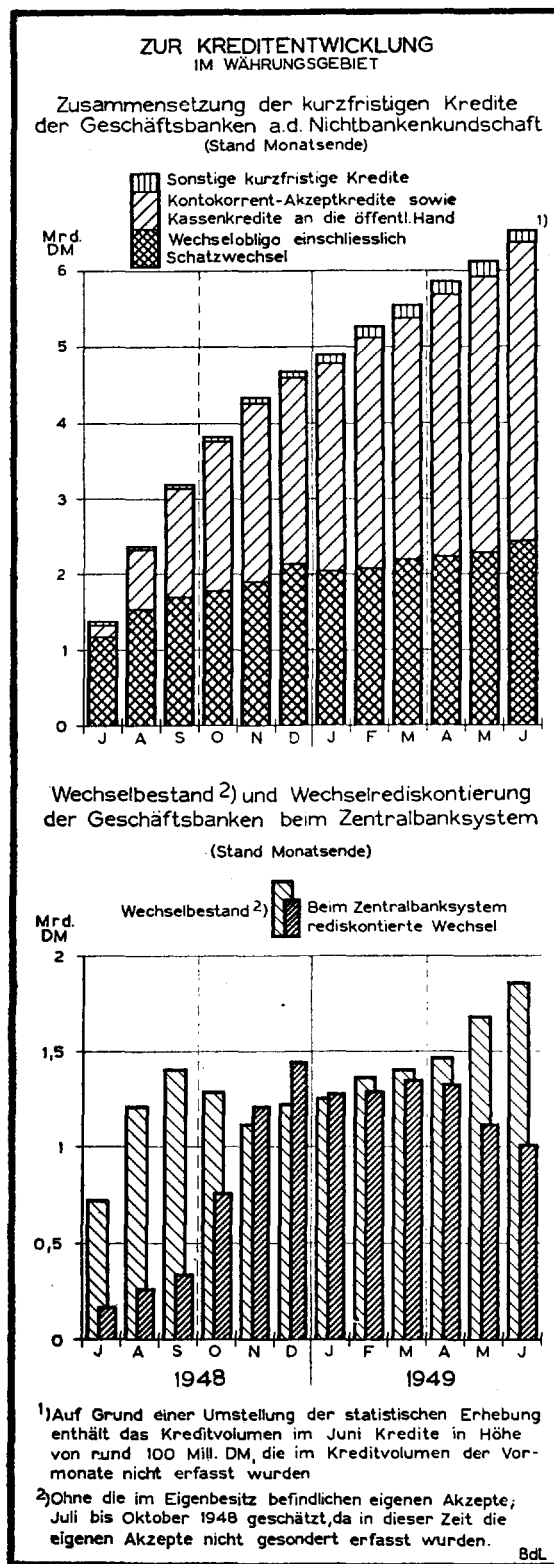
<sup>2)</sup> Rd. 100 Mill. DM des Zuwachses erklären sich durch erstmalige statistische Erfassung bestimmter vor dem 1. 6. 1949 gewährter Kredite.

<sup>3)</sup> Veränderungen gegenüber der Vorwoche teilweise durch die Vervollständigung der statistischen Erhebung bedingt.

<sup>4)</sup> Darin enthalten, soweit erkennbar, 84,5 Mill. DM umgestellte Valutadebitoren (Stillhaltecredite), die am 7. 7. infolge Umstellung der statistischen Erhebung zum ersten Male mit erfaßt sind.

geworden. Ende Juni betragen bei allen Gruppen von Geldinstituten die mittel- und langfristigen Forderungen 218 Mill. DM, die Hypotheken, Grund- und Rentenschulden 686 Mill. DM und die Kommunaldarlehen 114 Mill. DM — insgesamt also etwa 1 018 Mill. DM. In dieser Summe sind sowohl die umgestellten RM-Forderungen als auch die neuen DM-Forderungen enthalten, wobei die alten Hypotheken, Grund- und Rentenschulden nur mit einem Zehntel ihres ursprünglichen Nennbetrages eingesetzt sind, da die übrigen neun Zehntel von den Instituten lediglich zu Gunsten der öffentlichen Hand verwaltet werden. Seit dem 21. Juni 1948 wurden neu rd. 148 Mill. DM Hypotheken, Grund- und Rentenschulden und rd. 23 Mill. DM Kommunaldarlehen gewährt. Dabei entfallen von diesen Krediten rd. 67 Mill. DM oder fast die Hälfte auf Hypothekenbanken, 33 Mill. DM auf Sparkassen, 18 Mill. DM auf Girozentralen und 8 Mill. DM auf ländliche Kreditgenossenschaften. Der Kommunalkredit

dagegen liegt fast gänzlich im Arbeitsfeld der Girozentralen und Sparkassen. Wenn angenommen werden darf, daß auch die nicht in Alt- und Neukredite aufgegliederte Position „mittel- und langfristige Forderungen“ einen ähnlichen Prozentsatz von nach dem 20. Juni 1948 gewährten Krediten enthält, so errechnet sich, daß die Geldinstitute insgesamt seit der Währungsreform immerhin gut 200 Mill. DM auch der Form nach längerfristige Kredite — neben dem der Größe nach unbekanntem Block praktisch „eingefrorener“, wenn auch formal kurzfristiger Kredite — an Wirtschaft und öffentliche Hand gegeben haben. Dieses Ergebnis ist angesichts des bekannten starken Spareinlagenschwundes vom 2. Halbjahr 1948, der erst allmählich wieder aufgeholt werden kann, aber auch angesichts der Schwierigkeiten im Wertpapierabsatz durchaus nicht unbedeutend. Das große und drängende Bedürfnis der Unternehmen nach langfristigem Kredit, der allein die notwendige Stabilität der Betriebsführung



gewährleisten kann, konnte freilich nicht einmal annähernd befriedigt werden.

Neben der Zunahme der Kredite der Geschäftsbanken ist auch die Geld- und Kredi-

tschöpfung des Zentralbanksystems für die Nichtbankenkundschaft im Juni weiter beträchtlich, nämlich um 188 Mill. DM, gestiegen. An dieser Zunahme waren Kassenvorschüsse und Schatzwechsel annähernd je zu einem Viertel und der Anstieg des Aktiv-Saldos der Auslandskonten zur Hälfte beteiligt. In den ersten drei Juli-Wochen ist dagegen zum ersten Male seit Februar ein größerer Rückgang der Zentralbankgeldschöpfung für die Nichtbankenkundschaft eingetreten, und zwar um 114 Mill. DM. Während der Bestand an Schatzwechseln geringfügig zugenommen hat, sind die Kassenvorschüsse an die öffentliche Hand erheblich abgebaut worden, nämlich um 95 Mill. DM, und auch die Geldschöpfung über den Aktiv-Saldo der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts hat erstmalig seit Februar abgenommen. Dieser Rückgang des Aktiv-Saldos ist auf steigende Einzahlungen für kommerzielle Einfuhren, ferner auf die ab 15. Juli eingeführte sofortige Anschaffung der vollen DM-Gegenwerte für Akkreditive (gemäß Mitteilung Nr. 141 der Auslandsabteilung der Bank deutscher Länder), weiter auf höhere DM-Einzahlungen der Importeure gestundeter Einfuhren und schließlich auf sinkende Deviseneingänge aus Exporten zurückzuführen.

In der ausgewiesenen Geld- und Kreditschöpfung des Zentralbanksystems für die Nichtbankenkundschaft waren am 23. Juli 76 Mill. DM enthalten, die zwar aus counterpart funds der Kreditanstalt für Wiederaufbau gutgeschrieben worden waren, über die aber bis zu dieser Zeit noch nicht verfügt worden ist.

### Die Bankenliquidität

Der verstärkte unmittelbare Einstrom von Zentralbankgeld in den Wirtschaftskreislauf, der im Juni noch stattfand, hat zu keiner weiteren wesentlichen Verflüssigung der Bankbilanzen mehr führen können, weil in Gestalt steigender Bargeldansprüche des Publikums ein kompensierender Faktor etwa gleichen Ausmaßes erwuchs. Der Zahlungsmittelumlauf ohne „B“-Noten, der im groben, wenn auch keineswegs genau, mit dem Zahlungsmittelumlauf in den Westzonen (ohne Berlin) übereinstimmen dürfte, lag nämlich Ende

Juni um rd. 190 Mill. DM über Vormonatsstand. Lediglich in dem Maße, in dem das Zentralbanksystem im Laufe des Juni Einlagenabzügen der öffentlichen Hand und der sonstigen Girokunden ausgesetzt war (zusammen — 147 Mill. DM, davon 126 Mill. DM Staatskassen), war den Geschäftsbanken im Juni noch ein weiterer Abbau ihrer beim Zentralbanksystem in Anspruch genommenen Refinanzierungskredite möglich (— 135 Mill. DM). Der Kredit des Zentralbanksystems an Geldinstitute belief sich danach Ende Juni noch auf insgesamt 1 218 Mill. DM. Im Juli freilich (bis 23. Juli) mußten die Banken wieder etwas mehr auf das Zentralbanksystem zurückgreifen; ihre Verschuldung stieg bis zum genannten Tag auf 1 311 Mill. DM, obwohl der Zahlungsmittelumlauf, dem regelmäßigen Monatsrhythmus folgend, gleichzeitig bedeutend zurückging. Als Ursache hierfür kommt neben beträchtlichen Giroübertragungen auf Konten der Staatskassen und Besatzungsmächte beim Zentralbanksystem u. a. der Rückgang des Zentralbankkredits an öffentliche Stellen sowie eine mäßige Verstärkung der eigenen Guthaben der Geldinstitute in Betracht.

Die Wechselbestände der Geschäftsbanken sind im Juni infolge des verminderten Refinanzierungsbedarfs wiederum bedeutend, nämlich um rund 180 Mill. DM, gestiegen; sie betragen danach Ende Juni 1 868 Mill. DM, worin die im Eigenbesitz befindlichen eigenen Akzepte — im Gegensatz zu der statistischen Handhabung bis Ende Mai — nicht mehr enthalten sind. Bei den 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten hat sich der Anstieg der Wechselbestände bis zum 23. Juli, wenn auch nicht mehr ununterbrochen und überdies verlangsamt, fortgesetzt.

Die Überschufreserven waren im Verhältnis zum Reserve-Soll im Juni wieder etwas höher als im Mai; sie betragen im Monatsdurchschnitt Juni 25,9 gegen 23,2 v. H. im Mai. Dem absoluten Betrag nach gingen sie leicht zurück. Die Verteilung der Überschufreserven war wiederum, wie schon in allen Vormonaten, äußerst ungleich; sie wurden zu etwa drei Vierteln von einigen Spitzeninstituten gehalten, bei denen große Beträge „heißer Gelder“ ein Liqui-

ditätsbedürfnis erzeugen, das in Ermangelung jederzeit rediskontfähiger Geldmarktpapiere eben nur durch die Haltung von Landeszentralbank-Guthaben befriedigt werden kann. Für die allgemeine Liquiditätslage des Durchschnitts der Geldinstitute besagen die Überschufreserven auch im Juni nur wenig.

### Das Geldvolumen

Die Zunahme des Kreditvolumens und der noch immer nicht zum Abschluß gekommene Einlagenzuwachs aus der Umwandlung von RM-Guthaben hat auch im Juni zu einem weiteren Anstieg des Geldvolumens geführt. Das frei verfügbare Geldvolumen betrug am 30. Juni rund 19,9 Mrd. DM gegenüber 19,6 Mrd. DM am 31. Mai. Dabei ist der Zahlungsmittelumlauf (ohne „B“-Noten) um rund 190 Mill. DM gestiegen, während die Bankeinlagen insgesamt eine Zunahme von rund 120 Mill. DM aufweisen.

Im einzelnen haben die Einlagen der Nichtbankenkundschaft auf Freikonto bei den Geschäftsbanken im Juni um 266 Mill. DM zugenommen. Bemerkenswert ist, daß erstmalig seit der Währungsreform die Einlagen der öffentlichen Hand gegenüber dem Vormonat leicht, nämlich um 90 Mill. auf 2 542 Mill. DM gesunken sind, während die Guthaben von Privaten und Wirtschaftsunternehmen einschließlich eines Spareinlagenzuwachses von 106 Mill. DM um 356 Mill. DM stiegen. Auch im Zentralbanksystem haben sich die Einlagen der Staatskassen und der sonstigen öffentlichen Körperschaften bedeutend, nämlich um 140 Mill. DM, verringert. Es ist anzunehmen, daß dieser Rückgang der öffentlichen Guthaben im Zentralbanksystem und bei den Geschäftsbanken teilweise den verstärkten Einsatz öffentlicher Reserven für Investitionszwecke widerspiegelt.

Die Gliederung der Bankeinlagen nach Fälligkeiten zeigt, daß auch im Juni der Anteil der befristeten Einlagen am gesamten Depositenbestand weiterhin zugenommen hat. Dies gilt im besonderen Maße für die Einlagen der öffentlichen Hand, bei denen die Termineinlagen trotz des erwähnten leichten Rückganges der Gesamteinlagen sogar dem ab-

soluten Betrag nach noch gestiegen sind. 1 106 Mill. DM gleich 43 v. H. der Gesamteinlagen der öffentlichen Hand bei den Geschäftsbanken waren Ende Juni für bestimmte Zeit fest oder auf Kündigung angelegt. Davon hatten rund 260 Mill. DM eine vereinbarte Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als einem halben Jahr, und etwa ein Fünftel hiervon lief sogar mehr als ein Jahr. Aber auch die Festgelder und die Gelder auf Kündigung, welche Wirtschaftsunternehmungen und Private Ende Juni bei den Geschäftsbanken angelegt hatten, sind mit 669 Mill. DM gleich rund 11 v. H. der Gesamtdepositen dieser Gruppe wiederum — wie in den Vormonaten — absolut und relativ gewachsen. Dabei waren gut 150 Mill. DM auf länger als ein halbes Jahr und knapp die Hälfte hiervon sogar auf länger als ein Jahr festgelegt. Insgesamt machten die Festgelder und die Gelder auf Kündigung Ende Juni rund 20 v. H. der Einlagen der Nichtbankenkundschaft (ohne Spareinlagen) aus, während sie — wie aus der nachfolgenden Übersicht hervorgeht — am Jahresende nur 11 v. H. und Ende Oktober 1948 gar nur 8 v. H. betragen hatten. Die Tendenz zu vermehrter Bindung von Bankdepositen ist also unverkennbar, denn die Umwandlung von RM-Kündigungsgeldern hatte nur

Anteil der Festgelder und der Gelder  
auf Kündigung an den Gesamteinlagen  
der Nichtbankenkundschaft auf Freikonto  
(ohne Spareinlagen)

Stand am Monatsende	Gesamteinlagen in Mill. DM	Befristete Einlagen	
		in Mill. DM	in v. H. der Gesamteinlag.
1948			
Juli	3 689	85	2
August	4 823	193	4
September	5 704	366	6
Oktober	6 324	530	8
November	7 099	692	10
Dezember	7 495	846	11
1949			
Januar	7 649	1 050	14
Februar	7 969	1 238	16
März	8 232	1 357	16
April	8 553	1 478	17
Mai	8 873	1 632	18
Juni	9 033	1 775	20

noch einen geringfügigen Anteil an dem relativen Anstieg der befristeten Einlagen. Die Spareinlagen weisen ebenfalls im Juni eine weiter steigende Entwicklung auf; sie nahmen, wie bereits erwähnt, um 106 Mill. DM zu und werden zum Monatsende mit insgesamt 2 480 Mill. DM ausgewiesen. Dabei ist es erstmals möglich, exakte Angaben darüber zu machen, welcher Teil des Zuwachses auf die noch immer nicht beendete Umwandlung von RM-Spareinlagen entfällt und welcher Teil echten Neuzugang darstellt. Insgesamt waren im Juni 216 Mill. DM Einzahlungen (davon 103 Mill. DM bar) und 155 Mill. DM Auszahlungen (davon 93 Mill. DM bar) zu verzeichnen; der Überschuß der Einzahlungen über die Auszahlungen betrug demnach 61 Mill. DM. Knapp 1 Mill. DM waren Zinsgutschriften, und der Rest wuchs den Sparkonten aus der Umstellung zu. Bemerkenswert ist, daß zum ersten Male seit der Währungsreform auch der reine Barverkehr über Sparkonten einen Aktivsaldo ergeben hat. Die weitere Besserung gegenüber den Vormonaten, in denen der tatsächliche Neuzugang auf Sparkonten nur an Hand der Ziffern des Barverkehrs geschätzt werden konnte, ist damit ersichtlich. Bei den Sparkassen allein hat der Nettozugang an Spareinlagen mit 41 Mill. DM etwa zwei Drittel des Gesamtzuganges betragen, was etwa ihrem Anteil an den gesamten Spareinlagen entspricht.

### Der Kapitalmarkt

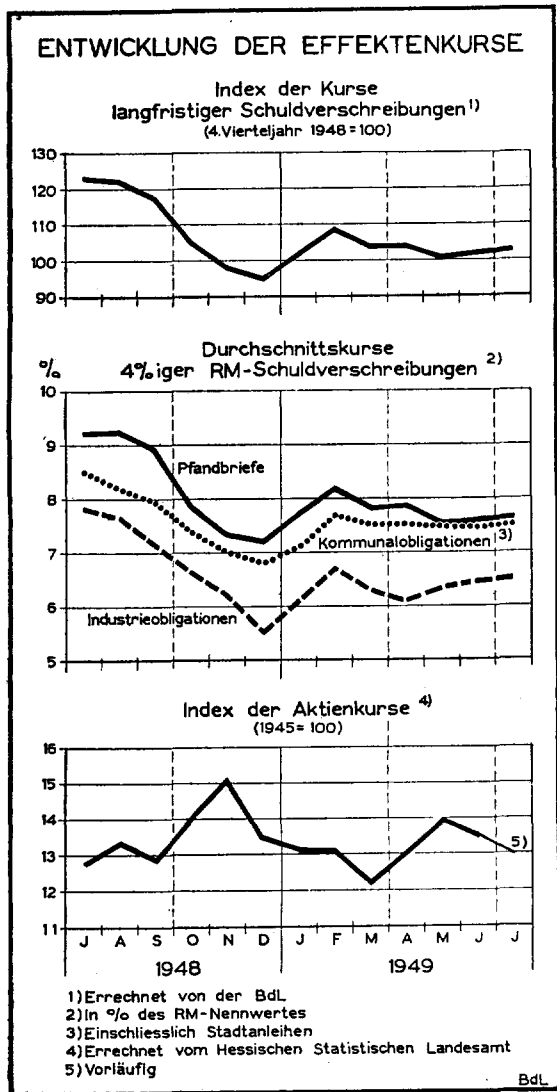
Der Absatz von Wertpapieren, der sowohl für die Konsolidierung von formal kurzfristigen Investitionskrediten wie auch für die Fortführung der Investitionstätigkeit von großer Bedeutung ist, zeigte demgegenüber auch im Juni keine merkliche Belebung. An neuen Emissionen wurde im gleichen Monat lediglich eine 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub>oige Obligation der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke in Höhe von 68 Mill. DM aufgelegt. Hiervon hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau 64,5 Mill. DM zur Sicherung ihrer aus counterpart funds gegebenen Kredite übernommen, und lediglich der Rest von 3,5 Mill. DM wurde am Markt untergebracht. Von allen übrigen gegenwärtig noch zur Zeichnung aufliegenden Emissionen wurden

im Juni 20 Mill. DM abgesetzt. Die bis zum 9. Juli aufliegende Reichsbahnanleihe ist mit insgesamt 340,2 Mill. DM gezeichnet worden, wovon allerdings 250 Mill. DM durch Großzeichnungen aufgebracht wurden. Die restlichen 90,2 Mill. DM stammen zum überwiegenden Teil aus den Anlagekonten. Im Juni hat sich erstmalig ein Emittent von 5 %igen Schiffspfandbriefen infolge Absatzschwierigkeiten zu einer Zinserhöhung auf 6 % entschlossen.

Das relativ geringe Interesse für Wertpapiere zeigt sich auch in dem Schattendasein, das die Börsen nun schon seit langem führen. Im Juni waren die Umsätze noch etwas geringer als in den Vormonaten; insbesondere die Aktienmärkte lagen nahezu geschäftslos. Eine gewisse

Belebung zeigte sich auf Grund der Nachrichten von der Wiederaufnahme des Ost-West-Handels, und vor allem die Veröffentlichung des umfangreichen Investitionsplans für das 3. Vierteljahr 1949 bewirkte vielfach eine zursichtlichere Beurteilung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung. In den Börsenkursen hat dieser allerdings auch nur vorübergehende Stimmungswandel jedoch kaum einen erkennbaren Niederschlag gefunden. Die meisten Aktienkurse lagen Ende Juni fast auf dem gleichen Stand wie Ende Mai; geringfügigen Kursrückgängen standen an anderer Stelle — meist noch geringere — Kurssteigerungen gegenüber. An den Rentenmärkten war die Nachfrage etwas lebhafter und führte, vor allem bei Industrieobligationen und auch bei einigen Pfandbriefen, zu kleinen Kurserhöhungen. Bei einem Teil der festverzinslichen Papiere sind die Kurse auch im Juli weiterhin, wenn auch verhältnismäßig geringfügig, gestiegen, während die Mehrzahl der Aktienkurse sinkende Tendenz aufwies. Für die Zukunft ist es nötig, daß die Börsen wieder mehr als bisher ihre eigentliche Funktion zurückgewinnen. Diese Funktion liegt darin, daß sich die Kursbildung für Wertpapiere öffentlich und auf der Basis möglichst hoher Umsätze vollziehen kann. Je größer nämlich der Teil des Kapitalstromes ist, der durch das Filter börsenmäßiger Bewertung geleitet wird, desto geringer wird die Wahrscheinlichkeit von Fehlinvestitionen und desto klarer kommt in den Kursen das tatsächliche Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Kapitalmarkt zum Ausdruck. Aus diesem Grunde ist es auch erforderlich, die seit der Währungsreform neu emittierten Wertpapiere schnellstmöglich an den Börsen einzuführen.

Der Großteil der zu Investitionen verwandten Mittel, soweit sie aus deutschen Quellen stammen, ist auch im 2. Vierteljahr 1949 nicht über den organisierten Kapitalmarkt, sondern aus den öffentlichen Haushalten, aus Kapital-sammelstellen und aus der Selbstfinanzierung geflossen. Insgesamt ergibt die Finanzierung der im letzten Heft der „Monatsberichte“ auf etwa 1,5—1,75 Mrd. DM geschätzten Sachkapitalbildung des 2. Vierteljahres im Vereinigten Wirtschaftsgebiet etwa folgendes Bild:



Die Finanzierung der Sachkapitalbildung  
im 2. Vierteljahr 1949  
im Vereinigten Wirtschaftsgebiet  
in Mill. DM

Öffentliche Haushalte	600,0 <sup>1)</sup>
Kapitalanlagen aus Spareinlagenzuwachs	71,0 <sup>2)</sup>
Wertpapierunterbringung	188,5 <sup>3)</sup>
Kapitalanlagen der Privatversicherungen	62,5 <sup>4)</sup>
Kapitalanlagen der Sozialversicherungen	115,0 <sup>5)</sup>
Selbstfinanzierung (einschl. unorganisiertem Kapitalmarkt)	300,0 <sup>6)</sup>
aus deutschen Quellen	1 337,0
aus counterpart funds über die Kreditanstalt für Wiederaufbau	195,0
insgesamt	1 532,0

<sup>1)</sup> Vorläufige Schätzung; davon rund 500 Mill. DM über die Haushalte der Länder und rund 100 Mill. DM über die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und die Gemeinden.

<sup>2)</sup> Einschließlich 14 Mill. DM bei Bausparkassen. Der Zuwachs an Spareinlagen aus der Währungsumstellung betrug rund 85 Mill. DM und aus Neuzugängen rund 227 Mill. DM. Wieviel davon zur Finanzierung des Anlagebedarfs ausgeliehen wurde, konnte bisher statistisch nicht erfaßt werden. Es wurde hier unterstellt, daß ein Viertel des Spareinlagenzuwachses aus Neuzugängen für die Investitionsfinanzierung zur Verfügung gestanden hat; der Anteil ist möglicherweise noch etwas niedriger gewesen.

<sup>3)</sup> Hierin sind rund 60 Mill. DM Anlagekonten enthalten. Von der gesamten Unterbringung von 253 Mill. DM sind 64,5 Mill. DM abgesetzt worden, die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau übernommen worden sind.

<sup>4)</sup> Vorläufige Schätzung, ohne Wertpapierkäufe.

<sup>5)</sup> Geschätzt auf Grund von Teilangaben.

<sup>6)</sup> Mangels ausreichender statistischer Anhaltspunkte wurde hier ein Viertel des im Investitionsvoranschlag vorgesehenen Jahresbetrages eingesetzt.

Im Juli hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau aus den ihr zur Verfügung gestellten counterpart funds weitere 21 Mill. DM langfristige Kredite für die verschiedenen in Durchführung begriffenen Investitionsprogramme gegeben. Am 31. Juli waren bei ihr noch 73 Mill. DM zur Ausschüttung vorgesehene Mittel vorhanden, während 190 Mill. DM, die aus GARIOA-Mitteln bereits grundsätzlich freigegeben sind, nach Maßgabe des Auszahlungsbedarfs noch auf das Konto der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu überführen sind.

## Öffentliche Finanzen

Die Länderfinanzen standen im Juni im Zeichen relativ niedriger Einnahmen und zunehmender Ausgaben, wodurch sich nicht unerhebliche Defizite ergaben.

Die Steuereinnahmen waren mit rd. 1 200 Mill. DM um 27 Mill. DM niedriger als im Vormonat. Bei den Besitz- und Verkehrssteuern, die im letzten Monat des Vierteljahres jeweils am niedrigsten sind, trat ein Rückgang um 47 Mill. DM ein, während die Verbrauchssteuern und Zölle um 21 Mill. DM mehr erbrachten als im Mai. Dabei ist bemerkenswert, daß die Besitz- und Verkehrssteuern zwar ihr Aufkommen vom März, dem letzten Monat mit vergleichbaren Zahlungsterminen, wieder erreichten, es aber nur ganz leicht überstiegen.

### Aufkommen aus Besitz- und Verkehrssteuern im Währungsgebiet

März und Juni = Monate mit vergleichbaren  
Zahlungsterminen  
in Mill. DM

	März	April	Mai	Juni
1. Besitz- und Verkehrssteuern insgesamt	827,2	992,0	884,3	836,9
darunter:				
Lohnsteuer	169,3	159,2	169,1	171,9
Veranlagte Einkommensteuer	213,5	303,0	226,6	166,9
Körperschaftsteuer	99,2	167,9	121,2	98,7
Umsatzsteuer	291,2	300,9	314,9	313,6
2. Verbrauchssteuern u. Zölle	333,7	292,1	342,1	362,6
3. Steueraufkommen insgesamt	1 160,9	1 284,1	1 226,4	1 199,5

Die Umsatzsteuer stieg gegenüber dem März noch um 7,7 v. H. — der leichte Rückgang vom Mai zum Juni soll mit buchungstechnischen Gründen zusammenhängen —, das Lohnsteueraufkommen blieb dagegen praktisch unverändert. Das Aufkommen der auf laufender Basis berechneten Steuern — die Lohnsteuer und die Umsatzsteuer spiegeln die Lohn- und Gehaltssumme und die Umsätze des jeweils vorangegangenen Monats wider — verläuft also parallel



mit der seit Monaten zu verzeichnenden Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit, die nur noch schwache Auftriebstendenzen zeigt.

Aufkommen aus Veranlagter Einkommensteuer und Körperschaftssteuer vom Januar—Juni 1949

	Jan.-März 1949	April-Juni 1949	
	Mill. DM		Veränderung gegen Jan.-März in v. H.
Veranlagte Einkommensteuer	835,0	690,3	- 17,3
Körperschaftssteuer	364,1	385,5	+ 5,9

Nicht so einheitlich war die Entwicklung bei den stärker durch die vierteljährlichen Zahlungstermine bestimmten Steuern: der Veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer. Wie die vorstehenden Ergebnisse der beiden letzten Vierteljahre zeigen, ist das Körperschaftssteueraufkommen im letzten Vierteljahr noch um rd. 5,9 v. H. gestiegen, während das Aufkommen aus der Veranlagten Einkommensteuer ziemlich stark — um 17,3 v. H. — zurückging.

Die starke Abnahme bei der Veranlagten Einkommensteuer dürfte weitgehend auf die im April d. J. erfolgte Neuregelung der Einkommensteuer zurückzuführen sein. Ob darüber hinaus auch die zugrunde liegenden gewerblichen Einkünfte zurückgegangen sind, läßt sich wegen der Änderung des Steuerrechts nicht feststellen. Die obigen Zahlen spiegeln allerdings die Einkommens- und Gewinnlage in dem jeweils vorangegangenen Vierteljahr wider, sagen also noch nichts über die Entwicklung der gewerblichen Einkünfte und der Gesellschaftsgewinne in der Zeit von April bis Juni aus. Darüber werden erst die im Juli geleisteten Vorauszahlungen, deren Ergebnisse noch nicht bekannt sind, Aufschluß geben können.

Über den genauen Umfang der Ausgaben liegen noch keine Angaben vor. Es hat den Anschein, daß insbesondere die Investitionsausgaben im Ansteigen begriffen sind. Darüber hinaus waren erstmalig erhöhte Zahlungen an die Träger der Sozialversicherungen auf Grund des Sozialversicherungsanpassungsgesetzes zu leisten. Jedenfalls blieben die Einnahmen offenbar nicht unerheblich hinter den Ausgaben zurück, und die Länder mußten daher in starkem Um-

Kassenbestände und Stand der Neuverschuldung der Länder des Währungsgebietes  
in Mill. DM

	Kassenbestand insgesamt	Zweckgebundene Mittel	Fremde Mittel	Verfügbare Kassenbestand	Stand der Neuverschuldung <sup>1)</sup>
	1	2	3	4	5
Vereinigtes Wirtschaftsgebiet					
31. Mai	690,7	98,4	152,1	440,2	68,2
30. Juni	454,2	131,5	177,5	145,2	85,5
Zunahme (+) bzw. Abnahme (-)	- 236,5	+ 33,1	+ 25,4	- 295,0	+ 17,3
Französische Zone					
31. Mai	7,4	12,1	50,2	- 54,9	71,5
30. Juni	4,0	12,2	52,8	- 61,0	77,1
Zunahme (+) bzw. Abnahme (-)	- 3,4	+ 0,1	+ 2,6	- 6,1	+ 5,6
Währungsgebiet					
31. Mai	698,1	110,5	202,3	385,3	139,7
30. Juni	458,2	143,7	230,3	84,2	162,6
Zunahme (+) bzw. Abnahme (-)	- 239,9	+ 33,2	+ 28,0	- 301,1	+ 22,9

<sup>1)</sup> Ohne in Anspruch genommene Kassenkredite, die unter 1 und 3 enthalten sind.

fang auf ihre Kassenreserven zurückgreifen, die im Verlauf des Juni um rd. 240 Mill. DM abnahmen. Besonders auffallend war die Verschlechterung der Kassenlage in den 8 Ländern der Bizone, während sich der finanzielle Status der Länder der französischen Zone, in denen die Schulden seit Monaten die ausgewiesenen Kassenmittel bei weitem übersteigen und die daher kaum Raum für eine Steigerung ihrer Ausgaben haben, nur wenig veränderte.

Die von den Finanzverwaltungen als „verfügbar“ bezeichneten Kassenbestände (gesamte Mittel abzüglich zweckgebundener Gelder und fremder Gelder) nahmen im Juni sogar um rd. 300 Mill. DM ab. Da gleichzeitig die Neuverschuldung um 23 Mill. DM anstieg, würde sich aus diesen beiden Tatbeständen ein Defizit von 323 Mill. DM errechnen. Das kassenmäßige Defizit, d. h. der Überschub der kassenmäßigen Einnahmen über die kassenmäßigen Ausgaben, das unter geldpolitischen Gesichtspunkten vor allem interessiert, dürfte jedoch kaum diesen Betrag erreicht haben, allein schon deshalb nicht, weil die zweckgebundenen Mittel um 33 Mill. DM zugenommen haben.

Ein Defizit wies im Juni auch das Vereinigte Wirtschaftsgebiet auf (s. Junibericht). Ein etwaiger Überschub des Arbeitsstocks dürfte wegen der durch das Sozialversicherungsanpassungsgesetzes erfolgten Senkung der Beitragssätze und wegen der unbefriedigenden Beschäftigungslage nur noch gering gewesen sein. Da auch die Gemeinden kaum nennenswerte Überschüsse erzielt haben dürften, muß von der Gesamtheit der hier behandelten Haushalte im Juni mehr Geld in die Zirkulation geflossen sein, als ihr auf dem Weg über Steuern, Beiträge und sonstige Abgaben entzogen wurde. Dieses Ergebnis wird bestätigt durch die schon erwähnte Entwicklung der öffentlichen Einlagen im Banksystem, die im Juni erstmalig seit August 1948 um einen nennenswerten Betrag (228 Mill. DM) zurückgingen.

Für den Juli liegen Angaben noch nicht vor. Da er ein Monat mit Hauptzahlungsterminen für die Veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftssteuer ist, dürften die Kassenbestände der Länder wenigstens vorübergehend wieder angestiegen sein. Aus der Bewegung der

öffentlichen Einlagen in der Zeit vom 1.—23. Juli läßt sich schließen, daß die Steuereinnahmen zwar vergleichsweise hoch gewesen, jedoch hinter dem Aufkommen im April, dem letzten Monat mit vergleichbaren Zahlungsterminen für die veranlagten Steuern, zurückgeblieben sein dürften. In den ersten drei Wochen des Juli stiegen die öffentlichen Einlagen im Zentralbanksystem um 107,9 Mill. DM und bei den 112 Instituten der wöchentlichen Bankenstatistik um 162,2 Mill. DM, verglichen mit 191,5 Mill. DM bzw. 209 Mill. DM im gleichen Zeitraum des April. Da zudem die Ausgabeverpflichtungen der Länder im Zusammenhang mit dem Investitionsprogramm für das 3. Kalendervierteljahr offenbar weiter ansteigen, kann nicht angenommen werden, daß die Länderhaushalte im Juli Überschüsse erzielen konnten.

### Außenwirtschaft

Die A u s f u h r des Vereinigten Wirtschaftsgebietes war im Juni um 35 Mill. DM geringer als im Mai, und zwar gingen die Massensexporte von Kohle, Koks, Holz und Schrott um 9 und die Einzelexporte um 11 v. H. zurück. Von einem eigentlichen Rückschlag in der Exportwirtschaft kann jedoch vorerst nicht die Rede sein. Es muß nämlich berücksichtigt werden, daß bei den Ausfuhren des Vereinigten Wirtschaftsgebietes nach fast ununterbrochener Zunahme von Monat zu Monat gerade im Mai der bisher höchste Stand in der Nachkriegszeit erreicht worden war, und eine längerfristige Betrachtung zeigt, daß die Ausfuhrleistung des zweiten Vierteljahres noch um 9 v. H. über der des ersten Vierteljahres lag. Allerdings tritt die Verlangsamung der Zunahme, die bei dem vergrößerten Gesamtumfang der Ausfuhren praktisch unvermeidlich ist und durch die schwieriger werdende Weltmarktlage eine weitere Verstärkung erfährt, offen zutage. Dabei fällt noch besonders ins Gewicht, daß der Anteil der Fertigwaren an der Gesamtausfuhr, der im Jahre 1936 79,8 v. H. betrug und der heute in Anbetracht der veränderten binnenwirtschaftlichen Struktur, insbesondere der größeren Bevölkerungsdichte des Landes, noch weit höher sein sollte, im letzten Halbjahr nur noch wenig gestiegen ist.

Es betrug:	im		
	1. Hj. 1948	2. Hj. 1948	1. Hj. 1949
die Gesamtausfuhr in Mill. RM bzw. DM	486,8	1 334,5	1 756,4
die Fertigwarenausfuhr in Mill. RM bzw. DM	184,4	583,8	790,2
der Anteil der Fertigwarenausfuhr an der Gesamtausfuhr in v. H.	37,9	43,7	45,0

Auch die Verteilung der Ausfuhr auf die einzelnen Absatzgebiete zeigt nicht die Streuung, die für ein Exportland von industriellen Fertigwaren wünschenswert wäre. Die Exporte nach Übersee sind sehr gering, obwohl gerade gegen-

Die Einfuhren in das Vereinigte Wirtschaftsgebiet waren im Monat Juni um 10 Mill. DM höher als im Mai. Die Zunahme betrifft jedoch nur die DM-Werte der Einfuhr und nicht das Einfuhrvolumen. Sie erklärt sich aus der Tatsache, daß in der Außenhandelsstatistik des Vereinigten Wirtschaftsgebietes bei der Bewertung der Einfuhr nunmehr generell die Weltmarktpreise zugrunde gelegt worden sind, was im Vormonat aus technischen Gründen noch nicht rechtzeitig möglich war. Seit dem 1. Mai dieses Jahres sind bekanntlich auch die devisenmäßig gestundeten Einfuhren zu Weltmarktpreisen abzurechnen.

Der Außenhandel des Vereinigten Wirtschaftsgebietes  
in Mill. RM/DM

	E i n f u h r						A u s f u h r					
	Monatsdurchschnitt						Monatsdurchschnitt					
	1. Halb-jahr 1948	2. Halb-jahr 1948	Januar bis März 1949	April bis Juni 1949	Mai 1949	Juni 1949	1. Halb-jahr 1948	2. Halb-jahr 1948	Januar bis März 1949	April bis Juni 1949	Mai 1949	Juni 1949
Ernährungswirtschaft	124,5	179,6	180,2	254,3	265,0	310,3	4,6	3,5	9,8	3,7	2,8	2,0
Gewerbl. Wirtschaft	70,6	152,6	232,3	330,9	381,6	346,3	76,2	218,5	270,1	301,9	328,7	294,9
Rohstoffe	39,2	82,7	125,6	172,3	196,1	177,7	21,9	54,4	56,6	60,6	63,4	61,2
Halbwaren	24,3	51,2	67,0	86,4	100,4	94,6	23,6	66,8	94,6	96,9	106,0	90,3
Fertigwaren	7,1	18,7	39,7	72,2	85,1	74,0	30,7	97,3	118,9	144,4	159,3	143,4
Vorerzeugnisse	4,4	10,9	21,8	28,1	32,4	30,3	16,7	51,1	60,5	64,4	69,4	61,6
Enderzeugnisse	2,7	7,8	17,9	44,1	52,7	43,7	14,0	46,2	58,4	80,0	89,9	81,8
Insgesamt	195,1	332,2	412,5	585,2	646,6	656,6	80,8	222,0	279,9	305,6	331,5	296,9

über diesen Gebieten ein massierter Einfuhrbedarf an Nahrungsmitteln und industriellen Rohstoffen besteht, dessen Deckung entsprechende Exporterlöse erfordern würde. Im ersten Halbjahr 1949 gingen knapp drei Viertel aller Exporte nach Europa, dagegen nur etwa ein Zehntel nach Amerika. Die Gesamtverteilung der Ausfuhren nach Währungsbereichen sowie nach Teilnehmerländern und Nicht-Teilnehmerländern am Marshall-Plan ist aus folgender Übersicht zu ersehen.

Der Dollarwert der Einfuhren, der, obschon auch hier Preisveränderungen eine Rolle spielen können, einen weit zuverlässigeren Anhaltspunkt für das Einfuhrvolumen darstellt als bisher der DM-Wert, hat im Juni gegenüber dem Mai einen Rückgang um 12 Mill. Dollar erfahren. Aber ähnlich wie bei den Exporten fällt auch bei den Importen der Rückgang nicht sehr ins Gewicht, weil die Ziffern für den Vormonat ganz ungewöhnlich hoch lagen und sich trotz des Rückganges im Berichtsmonat für das Vier-

Ausfuhr des Vereinigten Wirtschaftsgebietes im ersten Halbjahr 1949  
in v. H.

	Kontinental-europa	Sterling-bereich	Dollar-bereich	Übrige Gebiete	Nicht aufgeteilt	Insgesamt
Teilnehmerländer	70,0	11,8	—	1,3	—	83,1
Nicht-Teilnehmerländer	3,9	2,8	9,2	0,1	0,9	16,9
Insgesamt	73,9	14,6	9,2	1,4	0,9	100,0

teljahr April bis Juni eine Zunahme der Einfuhren um nicht weniger als 34 v. H. gegenüber dem Vierteljahr Januar/März ergibt. Das Anwachsen der Einfuhr war damit mehr als dreimal so groß wie das Anwachsen der Ausfuhr in der gleichen Zeit, und die jährliche Einfuhr rate beträgt unter Zugrundelegung der Mengen und Preise des letzten Vierteljahres nunmehr rund 2,2 Mrd. Dollar, während sich die entsprechende jährliche Ausfuhr rate erst auf 945 Mill. Dollar stellt.

plan-Jahr in Höhe von 97 Mill. Dollar in den Monaten Juli bis September 1949 zusammen mit den planmäßig für diese Zeit vorgesehenen ERP-Einfuhren erfolgen werden (vergl. die Tabelle auf der folgenden Seite).

Regional gesehen stammte der größte Teil der Einfuhren des Vereinigten Wirtschaftsgebietes im 1. Halbjahr 1949 aus Amerika, jedoch war auch der Anteil der europäischen Lieferländer erheblich. Überhaupt war die Streuung

Einfuhr des Vereinigten Wirtschaftsgebietes im 1. Halbjahr 1949  
in v. H.

	Kontinental-europa	Sterling-bereich	Dollar-bereich	Übrige Gebiete	Nicht aufgeteilt	Insgesamt
Teilnehmerländer	27,2	5,8	—	3,6	—	36,6
Nicht-Teilnehmerländer	5,7	6,3	49,4	0,1	1,9	63,4
Insgesamt	32,9	12,1	49,4	3,7	1,9	100,0

Die Importe im Rahmen des Marshall-Plans beliefen sich im Juni auf nur 24 Mill. und in der ersten Hälfte des Juli auf rd. 13 Mill. Dollar. Insgesamt hat das Vereinigte Wirtschaftsgebiet bis Ende Juni erst Lieferungen in Höhe von 291 Mill. Dollar erhalten, obschon das „Firm Allotment“ nach dem Stande vom 30. Juni 1949 491 Mill. Dollar, also 200 Mill. Dollar mehr betrug und der „Total Plan“ für das aus fünf Vierteljahren bestehende erste Marshallplan-Jahr sogar 510 Mill. Dollar vorsah. Die Lieferungsrückstände sind jedoch nicht so erheblich, wie diese Zahlen vermuten lassen. Nach den Quartalslieferungsprogrammen sollten bis zum 30. Juni 1949 Waren im Werte von 367 Mill. Dollar (ohne Frachten) geliefert werden, während die entsprechenden Lieferungen in dieser Zeit 270 Mill. Dollar (ohne Frachten) betragen haben. Es wird damit gerechnet, daß die restlichen Einfuhren aus dem ersten Marshall-

unter den Bezugsgebieten größer als die unter den Absatzgebieten.

Eine Gegenüberstellung der Einfuhren und Ausfuhren im letzten Halbjahr läßt den großen Einfuhrüberschuß des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und den bekannten überragenden Anteil, den die Auslandshilfe an der Versorgung Westdeutschlands hat, deutlich erkennen. Insbesondere wird aus der Gegenüberstellung die starke Abhängigkeit von den Dollar-Gebieten erkennbar, die Westdeutschland mit den meisten westeuropäischen Ländern gemeinsam hat. Die Einfuhr war im 1. Halbjahr 1949 nahezu doppelt so groß wie die Ausfuhr, und die Einfuhren aus dem Dollarbereich waren mehr als 10 mal so groß wie die Ausfuhren in den Dollarbereich. Die gesamten Mehreinfuhren betragen 467,4 Mill. Dollar; ihre Verteilung ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich.

Der Einfuhrüberschuß des Vereinigten Wirtschaftsgebietes im 1. Halbjahr 1949

	Kontinental-europa	Sterling-bereich	Dollar-bereich	Übrige Gebiete	Nicht aufgeteilt	Insgesamt
in Mill. Dollar	— 50,1 <sup>1)</sup>	44,6	430,3	28,8	13,8	467,4
in v. H. des gesamten Einfuhrüberschusses	— 10,7	9,5	92,1	6,2	2,9	100,0

<sup>1)</sup> Ausfuhrüberschuß.

Die Abwicklung der Lieferungsprogramme für die Marshallplan-Einfuhren<sup>1)</sup>  
des Vereinigten Wirtschaftsgebietes nach dem Stande vom 30. Juni 1949

in Mill. Dollar

	2. Vierteljahr 1948 bis 2. Vierteljahr 1949			3. Vierteljahr 1949 und später			Insgesamt		
	Ernäh- rungs- Sektor	Gewerb- licher Sektor	Ins- gesamt	Ernäh- rungs- Sektor	Gewerb- licher Sektor	Ins- gesamt	Ernäh- rungs- Sektor	Gewerb- licher Sektor	Ins- gesamt
Lieferungsprogramme	180,0	187,0	367,0	9,6	84,1	93,7	189,6	271,1	460,7
davon :									
geliefert	158,0	112,1	270,1	—	—	—	158,0	112,1	270,1
noch nicht geliefert	22,0	74,9	96,9	9,6	84,1	93,7	31,6	159,0	190,6
davon :									
kontrahiert, aber noch nicht geliefert	20,8	53,3	74,1	9,0	—	9,0	29,8	53,3	83,1
genehmigt, aber noch nicht kontrahiert	1,1	28,9	30,0	—	61,9	61,9	1,1	90,8	91,9
noch nicht genehmigt	0,1	— 7,3 <sup>2)</sup>	— 7,2 <sup>2)</sup>	0,6	22,2	22,8	0,7	14,9	15,6

<sup>1)</sup> Ohne Frachten.

<sup>2)</sup> Hier sind bereits Lieferungen über die vorliegenden Programme hinaus genehmigt worden.

Es bedarf keiner Unterstreichung, welche Bedeutung unter diesen Umständen den devisenmäßig kreditierten Einfuhren für die Entwicklung der Wirtschaft seit der Währungsumstellung zukommt. Nach der offiziellen Statistik der JEIA betragen für die Zeit vom 1. Juli 1948 bis zum 31. Mai 1949 (spätere Zahlen liegen noch nicht vor) die Einfuhren in das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, die aus Mitteln des Heeresetats der USA (GARIOA) und aus Marshallplan-Mitteln bezahlt wurden, 910,9 Mill. Dollar. Die Hilfslieferungen waren damit noch um 137,8 Mill. Dollar höher als die gesamte Warenausfuhr des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, die sich nach der JEIA-Statistik in der gleichen Zeit auf 773,1 Mill. Dollar stellte. Weitaus der größte Teil sämtlicher Lebensmittelimporte des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ist devisenmäßig gestundet worden, und das gleiche trifft für wichtige gewerbliche Rohstoffe, wie Baumwolle usw., zu.

Es ist allerdings seit der Währungsreform auch eine gewisse Anreicherung der Devisenbestände erfolgt. Der Mehrzugang an Devisen wurde jedoch ausschließlich dazu verwendet, in entsprechend erhöhtem Umfang durch Importgenehmigungen Verpflichtungen zur Bereitstellung von Devisen für Importe einzugehen. Während im Zeitpunkt der Währungsreform 80 v. H. des Devisenbestandes durch Verpflich-

tungen für laufende Akkreditive ausgenutzt waren, betrug dieser Ausnutzungsgrad am 31. Mai 1949 100 v. H. Die langerwartete Erhöhung der Einfuhren ist nunmehr eingetreten. Die „Guthaben bei ausländischen Banken“ im Wochenausweis der Bank deutscher Länder, die übrigens keineswegs ausschließlich Überschüsse im Waren- und Dienstleistungsverkehr darstellen, sind von ihrem bisherigen Höchststand am 31. Mai 1949 (1448,4 Mill. DM) bis zum 30. Juni 1949 um 112,6 Mill. DM und bis zum 30. Juli 1949 um weitere 114,1 Mill. DM zurückgegangen.

Eine Verringerung des DM-Auszahlungsüberschusses im Auslandsgeschäft, wie sie sich, auf längere Sicht gesehen, aus der Abnahme der Devisenbestände ergeben muß, ist im Juni noch nicht eingetreten. Zwar haben sich die Einzahlungen für B-Importe beträchtlich erhöht, aber die Einzahlungen für GARIOA-Importe nahmen ab; dies hängt damit zusammen, daß die Einzahlungen für GARIOA-Importe im Vormonat überhöht waren, weil im Mai — wie im letzten Bericht erwähnt — die Bezahlung der gesamten bizonalen Getreidereserve mit Hilfe eines Kassenkredits der Bank deutscher Länder an die bizonale Verwaltung erfolgt war. Soweit nunmehr die Einzahlungen der Getreideimporteure eingehen, werden sie dazu verwendet, um diesen Kassenkredit abzudecken. Die Gesamtein-

zahlungen im Monat Juni über die Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts waren um rund 18 Mill. DM geringer als im Mai, während die entsprechenden Gesamtauszahlungen sich kaum veränderten. Die buchmäßig vorhandenen counterpart funds (Gesamtbestand minus bereits zweckgebunden festgelegter Beträge) betrugen am 30. Juni 1949 rund 520 Mill. DM. Die darin enthaltenen GARIOA-Mittel sind allerdings mit der inzwischen erfolgten Kreditzusage an die Wiederaufbaubank in Höhe von 200 Mill. DM bis auf weiteres erschöpft. Für die ERP-counterpart funds laufen zur Zeit die Freigabeanträge.

Die gemäß dem inzwischen abgelaufenen Pariser Zahlungs- und Kompensationsabkommen vom 16. Oktober 1948 gegen Mitte Juni für den 31. Mai 1949 durchgeführte Kompensation im Rahmen des Europa-Clearing hatte für Westdeutschland (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet und französische Zone) das Ergebnis, daß es Ziehungsrechte in Höhe von 9,2 Mill. Dollar zur Verfügung stellte und ihm gleichzeitig Ziehungsrechte in Höhe von 9,2 Mill. Dollar zur Verfügung gestellt wurden. Damit hatte es bereits bei der vorletzten Kompensation im 1. Marshallplan-Jahr gegenüber vier von insgesamt fünf Partnerländern, denen es Ziehungsrechte zu gewähren hatte, seine Verpflichtungen zu 100 v. H. erfüllt. Auf der anderen Seite hatte aber erst ein Land von insgesamt 6 Ländern, die Westdeutschland Ziehungsrechte zu gewähren hatten, seine Verpflichtungen diesem gegenüber vollständig erfüllt.

Die Ausnutzung der Ziehungsrechte war bekanntlich davon abhängig, ob sich die beim Abschluß des Zahlensabkommens in Aussicht genommene Entwicklung der Außenhandelsumsätze zwischen jeweils zwei Ländern realisieren lassen würde oder nicht. Nunmehr hat sich aber, und zwar von Kompensation zu Kompensation in zunehmendem Maße gezeigt, daß die Verplanung für Westdeutschland hinsichtlich der Ausfuhrüberschüsse richtig, hinsichtlich der Einfuhrüberschüsse falsch gewesen ist. Auch bei verschiedenen anderen Ländern hat sich eine wesentlich andere Entwicklung der Zahlungsbilanzen ergeben, als erwartet worden war. Dementsprechend ist für die Erneuerung des intraeuropäischen Zahlensabkommens vor-

gesehen, in Zukunft auf die starr bilaterale Bindung der Ziehungsrechte in beschränktem Umfang, nämlich für ein Viertel der neu zu vereinbarenden Ziehungsrechte, zu verzichten und diese insoweit übertragbar zu gestalten.

Für die Gesamtheit der Ziehungsrechte des westdeutschen Währungsgebietes ergibt sich nach dem Stande von Ende Mai 1949 folgende Übersicht:

Bis zum 30. Juni 1949	
zu gebende Ziehungsrechte	97,4 Mill. \$
abzüglich bisher gegebener Ziehungsrechte	83,5 „ „
noch verfügbar	13,9 Mill. \$
Bis zum 30. Juni 1949	
zu empfangende Ziehungsrechte	114,2 Mill. \$
abzüglich bisher empfangener Ziehungsrechte	39,4 „ „
noch verfügbar	74,8 Mill. \$

Der relativ hohe Betrag an bisher nicht ausgenutzten Ziehungsrechten ist für die westdeutsche Wirtschaft besonders bedauerlich. In diesem Umfang hätte Westdeutschland aus Teilnehmerländern Waren ohne Gegenleistung beziehen können.

#### Produktion, Beschäftigung und Preise

Die Industrieproduktion des Vereinigten Wirtschaftsgebiets konnte im Monat Juni den Vormonatsstand nicht ganz behaupten. Der arbeitstägliche Produktionsindex ging allerdings nur um einen Punkt von 88 auf 87 zurück. Diese Änderung ist zu gering, als daß daraus besondere Schlüsse gezogen werden können. Der Index für das monatliche Produktionsvolumen sank von 88 auf 85, was in erster Linie damit zusammenhängt, daß der Monat Juni im Vergleich zum Vormonat einen halben Arbeitstag weniger hatte und daß sich die Pfingstfeiertage und die beginnende Urlaubsperiode im Juni auf den Produktionsumfang ungünstiger auswirkten als der Himmelfahrtstag im Mai. Der leichte Rückgang der Produktion hat fast alle Industriezweige erfaßt. Besonders stark war die Abnahme in der Eisen-, Stahl- und Tempergießerei, Gas- und Stromerzeugung, in der Textilindustrie sowie bei Flachglas und Keramik. Eine Produktionssteigerung hatten lediglich zu

## Index der industriellen Produktion im Vereinigten Wirtschaftsgebiet

Monatsdurchschnitt im 1. Halbjahr 1949 und Monat Juni 1949<sup>1)</sup>

1936 = 100

Zeitraum	Gesamtindex		Investitionsgüter			Allgem. Produktionsgüter	Verbrauchsgüter
	Kalendermonatl.	arbeits-täglich	Rohstoffe	Fertigwaren	insgesamt		
						Kalendermonatlich	
Durchschnitt im 1. Halbjahr 1949	84	85	73	78	76	101	83
Juni 1949	85	87	77	77	77	100	83
Abweichung zwischen Juni und Halbjahresdurchschnitt	+ 1	+ 2	+ 4	- 1	+ 1	- 1	—

<sup>1)</sup> Vorläufige Zahlen.

verzeichnen: die Hohlglaserzeugung, die chemische Industrie, der Fahrzeugbau, Steine und Erden, die Erdölgewinnung, der NE-Metallerzbergbau und der Kali- und Salzbergbau. Im Juli hat nach den bisher vorliegenden Ergebnissen die eisenschaffende Industrie, die Kohlenförderung und die Stromerzeugung nicht unbedeutend zugenommen.

Die Stagnation der industriellen Erzeugung in der ersten Hälfte dieses Jahres zeigt sich

deutlich in der Tatsache, daß die Produktionsindices im Juni ebenso wie in den vergangenen Monaten kaum von ihren Durchschnittswerten im ersten Halbjahr 1949 abweichen. Die vorstehende Übersicht läßt erkennen, daß lediglich die Erzeugung von Rohstoffen im Investitionsgüterbereich im Juni eine nennenswerte Erhöhung gegenüber dem Halbjahresdurchschnitt aufweist, die hauptsächlich auf die günstige Entwicklung in der eisenschaffenden und baustoff-erzeugenden Industrie zurückzuführen ist.

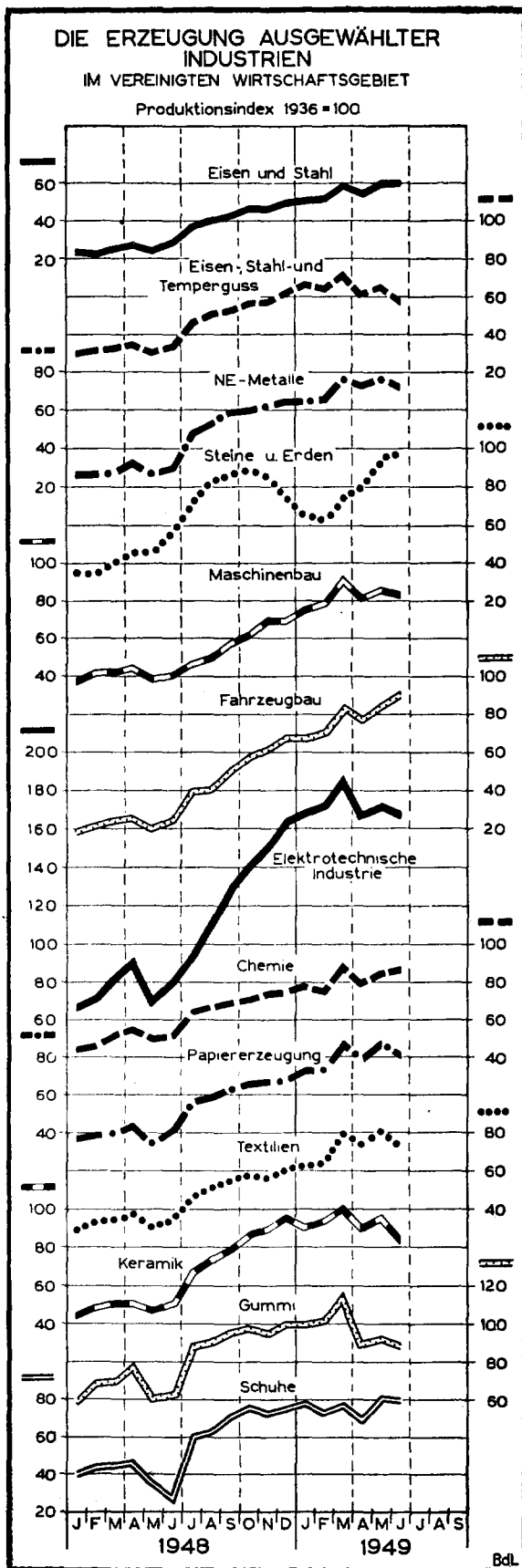
### Beschäftigte und Bruttoproduktionswerte der Industrie<sup>1)</sup> in der französischen Besatzungszone

Monat	Zahl der Beschäftigten in 1000			Bruttoproduktionswert in Mill. RM bzw. DM		
	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern	Rheinland-Pfalz
1948						
Juni	97,1	104,7	167,3	67,4	62,6	111,8
Juli	98,7	107,0	168,0	74,6	78,8	125,1
August	101,8	108,7	174,9	80,8	76,5	130,8
September	104,9	112,3	179,8	90,0	94,6	154,0
Oktober	108,4	115,8	184,1	97,5	103,6	162,8
November	111,4	120,4	189,1	101,4	114,4	176,6
Dezember	113,2	121,1	194,1	109,8	109,1	200,4
1949 <sup>2)</sup>						
Januar	114,4	118,4	192,2	109,8	105,6	186,6
Februar	115,7	121,0	193,9	113,4	115,2	188,8
März	116,8	121,9	194,8	128,0	128,7	202,9
April	117,7	123,6	195,5	120,5	117,7	195,2
Mai	119,2	125,4	196,0	126,5	129,6	205,9
Juni	119,8	126,3	197,5	123,6	123,7	206,4

<sup>1)</sup> ohne Baugewerbe, Gas- und Elektrizitätswerke.

<sup>2)</sup> ab 1. 1. 1949 nur Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten. Von den Betrieben mit 6 bis 10 Beschäftigten werden noch erfaßt: die Sägeindustrie in allen Ländern, die Edelsteinindustrie und die Molkereien in Rheinland-Pfalz, die Spiritusindustrie in Baden sowie die Ledererzeugung und die Mühlenindustrie in Württemberg-Hohenzollern. Durch Ausschaltung der anderen Kleinbetriebe verringert sich der Produktionswert um etwa 2 v. H.

Quelle: Statistische Landesämter.



In der französischen Besatzungszone, über die hier nunmehr zum erstenmal ausführlich berichtet wird, hat sich die Industrieproduktion ähnlich wie im Vereinigten Wirtschaftsgebiet entwickelt. Die Produktion, die im Mai – wie die industriellen Bruttoproduktionswerte für die drei Länder zeigen – nicht unerheblich gestiegen war, stagnierte im Juni ebenfalls. Der Anstieg des Bruttoproduktionswertes in Rheinland-Pfalz wird durch den Rückgang in Baden und Württemberg-Hohenzollern aufgehoben, der im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, daß der Juni einen Arbeitstag weniger als der Mai zählte. Arbeitstäglich umgerechnet ergibt sich für Baden ein leichter Anstieg. Die Produktionsgüterindustrien haben sich in den letzten Monaten günstig entwickelt. Einen Rekord wies im Mai mit einem Indexstand von 107 (1936 = 100) die Industrie der Steine und Erden auf. Aber auch die Eisenindustrie hat sich von dem Rückschlag im April wieder erholt, und die Bruttoproduktionswerte des Maschinenbaus stiegen. Dagegen sanken in den letzten Monaten die Erzeugung von NE-Metallen, der Eisen- und Stahlbau sowie im Mai die Fahrzeugproduktion. Bei den Konsumgüterindustrien hält die Produktion der Papier- und der Gummiindustrie ihren hohen Stand; auch die Entwicklung der Textil-, Leder-, Glas- und keramischen Industrie zeigt trotz gewisser Schwankungen eine aufsteigende Tendenz. Die Produktion der elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Industrie geht aber leicht zurück. Die Bruttoproduktionswerte der chemischen Industrie steigen in Baden, während sie in Rheinland-Pfalz und Württemberg-Hohenzollern absinken. Unter den Genußmittelindustrien nimmt infolge der reichlicheren Einfuhren die Tabakindustrie eine günstige Entwicklung.

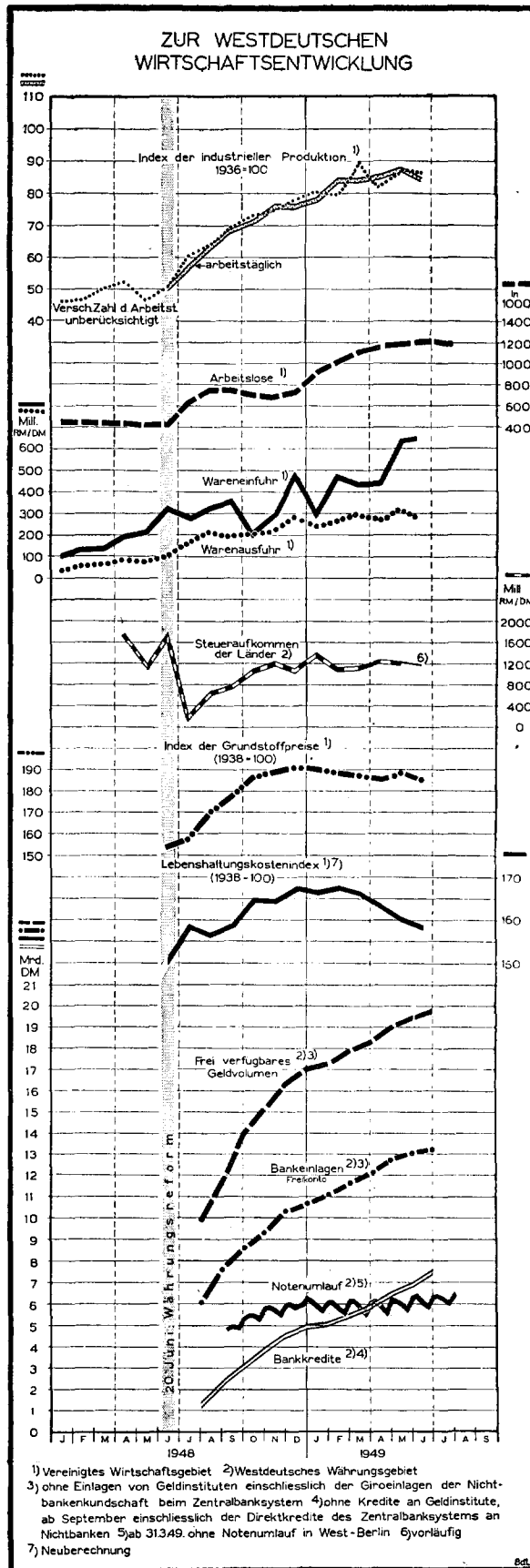
Der Index der Gesamterzeugung der französischen Zone (1936 = 100) lag im April bei 78 und dürfte im Mai nach den veröffentlichten Einzelergebnissen leicht angestiegen sein. Der Produktionsindex stand zur selben Zeit im Vereinigten Wirtschaftsgebiet mit 82 bzw. 88 wesentlich höher. Die Indices für die französische Zone und das Vereinigte Wirtschaftsgebiet sind allerdings nur schwer vergleichbar, da der von



der Verwaltung für Wirtschaft berechnete Index ein reiner Mengenindex ist, während es sich bei dem provisorischen Bruttoproduktionsindex der französischen Militärregierung um einen über die Großhandelspreise des Jahres 1936 bereinigten Wertindex handelt. Von deutschen Stellen wird gegen den Index der französischen Zone eingewandt, daß die ihm zugrunde gelegten Basiswerte zum Teil zu niedrig angesetzt seien und die darauf berechnete Indexzahl infolgedessen zu hoch erscheint. Wenn dies zutrifft, so wäre die Produktion der französischen Zone im Vergleich zum Jahre 1936 und auch im Verhältnis zu der Erzeugung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes noch weiter zurückgeblieben, als es aus dem Unterschied der Indices hervorgeht.

Entsprechend der Stagnation in der industriellen Erzeugung hat sich auch das Beschäftigungsvolumen im westdeutschen Währungsgebiet Ende Juni 1949 im Vergleich zum Stand von Ende März kaum verändert und dürfte auch im Juli etwa den gleichen Umfang gehalten haben. Im gesamten Währungsgebiet stieg die Zahl der Beschäftigten während des zweiten Vierteljahres 1949 um 41 400 Personen oder 0,3 v.H. der Beschäftigtenzahl insgesamt. Gegenüber dem Stand vom Ende vorigen Jahres ist eine Verminderung der Beschäftigung um 250 000 Personen (1,8 v. H. des damaligen Beschäftigungsvolumens) zu verzeichnen. Mit diesem Rückgang der Beschäftigung während des ersten Halbjahres 1949 ist der im zweiten Halbjahr 1948 eingetretene Zuwachs an Beschäftigten wieder ausgeglichen, so daß das Beschäftigungsvolumen nunmehr etwa auf dem Stand zur Zeit der Währungsreform verharret.

Allerdings haben sich während dieses Jahres beträchtliche Verschiebungen zwischen den Ländern des Währungsgebiets vollzogen. In den Ländern Nordrhein-Westfalen, Baden und Württemberg-Hohenzollern hat die Beschäftigung gegenüber dem Stand vom Juni 1948 um rd. 7 bzw. 10 v. H. zugenommen. In den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein ist dagegen ein beträchtlicher Rückgang der Beschäftigung zu beobachten. Im ge-



samtlichen Vereinigten Wirtschaftsgebiet haben die Beschäftigten gegenüber dem Vorjahresstand um rd. 95 000 abgenommen, während sie in der französischen Zone — allerdings von einem recht niedrigen Stand zur Zeit der Währungsumstellung ausgehend — um 84 000 zunahmen. Den bisherigen Höchststand der Beschäftigung von Ende Dezember 1948 konnten im 2. Vierteljahr 1949 nur die Länder Nordrhein-Westfalen, Baden, Württemberg-Hohenzollern und Hamburg geringfügig verbessern.

Ebenso wie zwischen den Ländern haben sich trotz des zu Beginn und am Ende des ersten Jahres der DM-Währung nahezu unveränderten Beschäftigungsvolumens beträchtliche Verschiebungen zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen ergeben, die das Ausmaß der Anpassungs- und Rationalisierungsvorgänge seit der Währungsreform erkennen lassen. Aus der nachstehenden Tabelle geht hervor, daß allein aus den Bereichen der Landwirtschaft sowie der öffentlichen Verwaltung und den sonstigen Dienstleistungsgewerben (Rechts- und Wirt-

Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte  
im westdeutschen Währungsgebiet  
(Juni 1948 = 100)

Gebiet	Sept. 1948	Dez. 1948	März 1949	Juni 1949
Nordrh.-Westf.	102,7	105,5	106,0	106,7
Niedersachsen	96,8	96,8	92,2	91,6
Schleswig-Holst.	92,1	90,2	84,0	83,4
Hamburg	100,4	103,0	103,4	103,5
Bayern	97,8	99,5	95,0	95,4
Hessen	101,6	103,3	101,7	102,5
Württ.-Baden	101,2	104,0	103,3	103,3
Bremen	102,4	103,2	85,0 <sup>1)</sup>	86,9 <sup>1)</sup>
Vereinigtes Wirtschaftsgeb.	99,7	101,3	98,9	99,2
Baden	103,0	107,8	109,3	110,2
Württ.-Hohenz.	102,9	108,0	109,3	110,4
Rheinland-Pfalz	102,4	104,7	103,3	103,2
Französ. Zone	102,7	106,2	106,1	106,5
Westdeutsches Währungsgebiet insgesamt	100,0	101,8	99,6	99,9

<sup>1)</sup> Die Beschäftigtenzahlen für Bremen sind tatsächlich nicht so weit abgesunken, wie es hier erscheint. Die Zahlen für das Jahr 1948 enthalten etwa 35 000 Pendelarbeiter, die versehentlich doppelt gezählt wurden. Für März und Juni 1949 wurde dieser Fehler korrigiert.

Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte nach Wirtschaftszweigen in Westdeutschland  
in 1000

Wirtschaftszweige	Beschäftigte		Rückgang (—) bzw. Zugang (+)	
	30. Juni 1948	30. Juni 1949	absolut	in v. H.
Land- und Forstwirtschaft (einschl. Fischerei)	1 546,2	1 270,8	— 275,4	— 17,8
Baustoffe, Bauverw., Baugewerbe	1 257,7	1 272,0	+ 14,3	+ 1,1
Holzbe- und verarbeitende Gewerbe	557,2	523,5	— 33,7	— 6,0
Schwerindustrien (Bergbau, Torf- und Erdöl- gewinnung, Eisen- u. Metall- gewinnung u. -verarbeitung)	2 572,4	2 772,6	+ 200,2	+ 7,8
Konsumgüterindustrien (Leder-, Textil-, Bekleidungs- und Nahrungsmittelgewerbe)	1 487,5	1 677,3	+ 189,8	+ 12,7
Sonstige Industrien (Chemie, Papier, Druck, Kaut- schuk und Asbest, Glas und Keramik)	624,3	696,2	+ 71,9	+ 11,5
Versorgungsbetriebe (Wasser, Gas, Elektrizität), Handel, Versicherungen, Gaststätten- gewerbe	1 349,3	1 438,8	+ 89,5	+ 6,6
Verkehrswesen	1 135,7	1 099,9	— 35,8	— 3,2
Sonst. Dienstleistungsgewerbe u. öffentl. Verwaltungen	2 969,5	2 737,6	— 231,9	— 7,8
Insgesamt	13 499,8	13 488,7	— 11,1	— 0,1

schaftsberatung; Volks- und Gesundheitspflege; Theater, Musik, Film; Häusliche Dienste) im Verlauf des letzten Jahres über 500 000 Personen freigesetzt wurden. Die Landwirtschaft war vor der Währungsreform mit Arbeitskräften übersetzt, weil sie in der Zeit der Nahrungsmittelknappheit und Bewirtschaftung eine bessere Versorgungsbasis bot als andere Gewerbezweige; die personelle Aufblähung der öffentlichen Verwaltung und sonstigen Dienstleistungsgewerbe war ebenfalls die Folge der Bewirtschaftung und preisgestoppten Inflation. Die volkswirtschaftliche Vergeudung des Produktionsfaktors Arbeitskraft vor der Währungsreform wird aus der nunmehr rückgängig gemachten Übersetzung dieser beiden Wirtschaftsbereiche mit Arbeitskräften besonders deutlich. Einen — allerdings geringfügigen — Verlust an Beschäftigten hatten im Lauf des letzten Jahres ferner das Verkehrswesen sowie die Holzbe- und verarbeitenden Gewerbe. Dagegen haben die Gruppen der Schwerindustrien<sup>1)</sup> und der Konsumgüterindustrien<sup>1)</sup> 200 000 bzw. 190 000 Beschäftigte aufgenommen; die prozentuale Zunahme war mit fast 13 v. H. bei den Konsumgüterindustrien noch wesentlich stärker als bei den Schwerindustrien (rd. 8 v. H.). Aber auch die sonstigen Industriezweige (Chemie, Papier, Druck, Glas und Keramik) sowie die Gruppe Versor-

gungsbetriebe, Handel, Banken, Versicherungen und Gaststättengewerbe hatten einen beträchtlichen Zuwachs an Beschäftigten (zusammen rd. 160 000 Personen) zu verzeichnen. Schließlich ist die ungünstige Lage des Baumarcktes um die Jahresmitte 1949 zu erkennen: Gegenüber dem Vorjahr ist nur eine Steigerung der Beschäftigten um 14 300 Personen (1,1 v. H.) eingetreten.

Die Arbeitslosigkeit hat im Juli 1949 — wenn auch in geringerem Ausmaß (19 400) als im Juni (26 200) — weiter zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist von 451 000 im Juni 1948 fast ständig bis auf 1 303 000 Ende Juli 1949 angestiegen und hat sich damit nahezu verdreifacht. Der Gesamtzugang an Arbeitslosen in diesem Jahr entspricht infolge des gleichgebliebenen Beschäftigungsvolumens fast vollständig dem Zuwachs an neu gemeldeten Arbeitslosen. Ebenso wie im Juni waren auch im Juli 1949 alle Länder von der Zunahme der Arbeitslosigkeit betroffen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit war im Juli in Hamburg, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und der französischen Besatzungszone im Vergleich zu den anderen Ländern verhältnismäßig stark.

Von der Arbeitslosigkeit werden diejenigen Personenkreise besonders stark erfaßt, die entweder keinerlei Ausbildung aufzuweisen haben oder solchen Berufsgruppen angehören, die vor der Währungsumstellung stark übersetzt waren, oder von jeher unter konjunkturellen Schwankungen besonders zu leiden hatten.

<sup>1)</sup> Die für diese Gegenüberstellung gewählte Abgrenzung der Schwer- und Konsumgüterindustrien ist aus der vorstehenden Tabelle ersichtlich.

#### Entwicklung des Arbeitsmarktes in Westdeutschland in 1 000

Stand am Monatsende	Arbeitnehmer			Nettoveränderung der Beschäftigung (Saldo aus Neueinstellungen und Entlassungen <sup>1)</sup> )		Nettozuwachs an Arbeitnehmern <sup>2)</sup> (Neumeldungen)	
	davon		Insgesamt	je Vierteljahr	seit Juni 1948	je Vierteljahr	seit Juni 1948
	Beschäftigte	Arbeitslose					
	1	2	3	4	5	6	7
1948							
Juni	13 499,8	451,0	13 950,8	—	—	—	—
September	13 497,9	784,2	14 282,1	— 1,9	— 1,9	331,3	331,3
Dezember	13 738,7	759,6	14 498,3	+ 240,8	+ 238,9	216,2	547,5
1949							
März	13 447,3	1 168,4	14 615,7	— 291,4	— 52,5	117,4	664,9
Juni	13 488,7	1 283,4	14 772,1	+ 41,4	— 11,1	156,4	821,3

<sup>1)</sup> Differenz in der Gesamtzahl der Beschäftigten (Spalte 1) von Vierteljahr zu Vierteljahr.  
<sup>2)</sup> Differenz in der Gesamtzahl der Arbeitnehmer (Spalte 3) von Vierteljahr zu Vierteljahr.

**Die Berufsgruppen  
mit der stärksten Arbeitslosigkeit**

Stand Ende Juni 1949

Berufsgruppe	Arbeitslose in v. H. der Berufsangehörigen (Beschäftigte u. Arbeitslose) der gleichen Gruppe
Arbeitskräfte ohne festen Beruf	79,1
Musikinstrumenten- und Spielwarenmacher	37,7
Forst-, Jagd- und Fischereiberufe	17,0
Gaststättenberufe	14,3
Hilfsarbeiter aller Art	14,3
Ledererzeugende, -verarbeitende und verwandte Berufe	12,8
Nahrungs- und Genußmittelherstellung	12,6
Friseure und sonstige Körperpflege	11,2
Bekleidungsberufe	10,6
Bauberufe und zugehörige Berufe	10,6
Holzverarbeitung u. zugehörige Berufe	10,5
Ingenieure und Techniker	9,8

Während des 2. Vierteljahres 1949 hat der Anteil der Arbeitslosen besonders stark bei den metallenerzeugenden und -verarbeitenden Berufen sowie bei der Holzverarbeitung zugenommen.

Einen Rückgang des Anteils der Arbeitslosen an den Berufsangehörigen (Beschäftigte zuzüglich Arbeitslose) der gleichen Gruppe hatten dagegen unter saisonalen Einflüssen die Bauberufe (15,8 auf 10,6 v. H.) und die Steingewinnung und -verarbeitung (12,2 auf 10,4 v. H.) aufzuweisen.

Unter sozialen Gesichtspunkten ist der hohe Anteil von Vertriebenen an den Arbeitslosen besonders bedenklich, der nach den Mitteilungen des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Wirtschaft und Statistik 1. Jg. (N.F.), S. 107) zunächst noch weiter zu wachsen scheint. Aus untenstehender Aufstellung ist für den Stand von Ende Juni 1949 die Verteilung der Arbeitslosigkeit auf Einheimische und Vertriebene in den einzelnen Ländern des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ersichtlich.

In allen Ländern mit Ausnahme von Hamburg ist der Anteil der Vertriebenen an den Arbeitslosen wesentlich höher als an der Gesamtbevölkerung. In Bayern und Württemberg-Baden ist die Arbeitslosigkeit unter den Vertriebenen vergleichsweise sogar etwa doppelt so hoch wie bei den Einheimischen.

Die Belastung der öffentlichen Hand durch die Arbeitslosigkeit wächst stärker, als es der Zunahme an Arbeitslosen entsprechen würde.

**Die Arbeitslosen im Vereinigten Wirtschaftsgebiet  
nach Einheimischen und Vertriebenen<sup>1)</sup>**

Länder	Arbeitslose				Anteil der Vertriebenen an der Bevölkerung <sup>2)</sup>
	Einheimische <sup>1)</sup>		Vertriebene <sup>1)</sup>		
	Anzahl	v. H. sämtlicher Arbeitslosen	Anzahl	v. H. sämtlicher Arbeitslosen	
Schleswig-Holstein <sup>3)</sup>	79 723	42,2	109 390	57,8	33,3
Hamburg	50 803	97,7	1 092	2,1	5,5
Niedersachsen	165 227	57,6	121 523	42,4	26,0
Nordrhein-Westfalen	161 115	88,2	21 595	11,8	8,1
Bremen	15 385	91,9	1 354	8,1	5,6
Hessen	76 973	73,4	27 936	26,2	15,1
Württemberg-Baden	37 925	66,1	19 413	33,9	17,5
Bayern	204 009	58,6	144 249	41,4	20,4

<sup>1)</sup> Stand am 30. 6. 1949.

<sup>2)</sup> Stand am 1. 4. 1949

<sup>3)</sup> Im Gegensatz zu allen anderen Ländern wurden in Schleswig-Holstein bei den arbeitslosen Vertriebenen nicht nur die Ausgewiesenen aus den deutschen Gebieten ostwärts der Oder-Neiße und dem Ausland (Flüchtlingskategorie A), sondern auch die Zugewanderten aus der russischen Zone und Berlin (Flüchtlingskategorie B) gezählt.

Quelle: Verwaltung für Arbeit

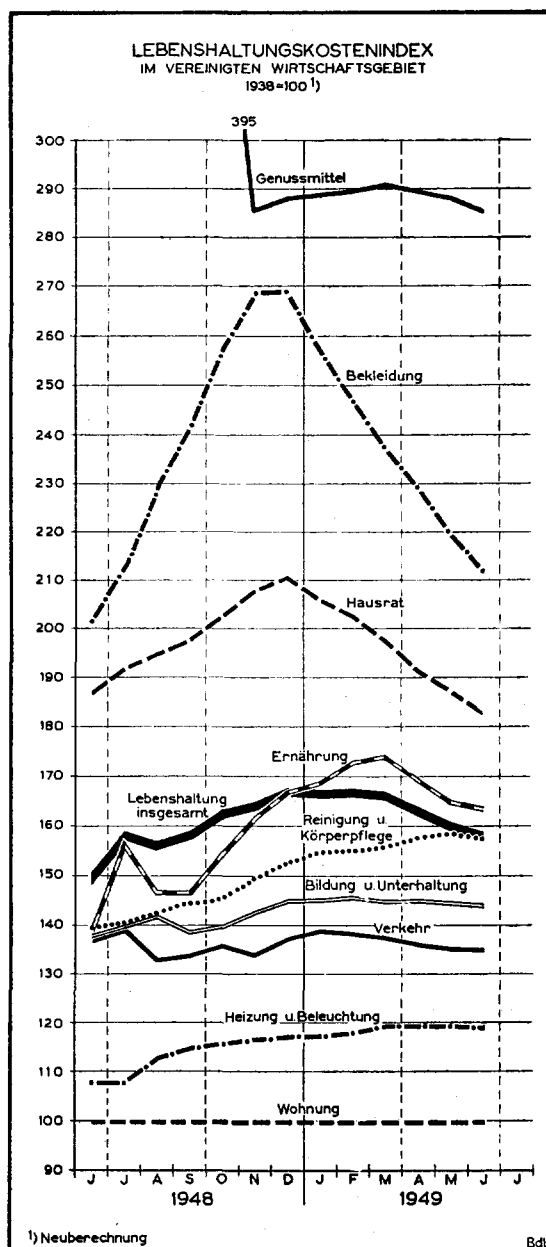
da sich der Anteil der Hauptunterstützungsempfänger an den Arbeitslosen ständig erhöht. Während Ende 1948 etwa die Hälfte der Arbeitslosen von der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge erfaßt wurden, waren es Ende Juni 1949 nahezu drei Viertel.

Im Laufe des Monats Juni setzten sich die Preissenkungen weiter fort und überwogen die eingetretenen Preissteigerungen. Der Index der Grundstoffpreise fiel im Juni um 2 Punkte, was vor allem durch den starken Rückgang der Schweinepreise (Wiederherstellung der Preisbindung) verursacht wurde. Auf dem Industriesektor sanken die Preise für NE-Metalle und Kalkdüngemittel weiter ab. Die Preise für Rindhäute und Kalbfelle, die in den Vormonaten ständig gefallen waren, stiegen dagegen leicht an.

Von den in Hessen am regulären Markt beobachteten Einzelhandelspreisen sind in der Zeit vom 15. Juni bis 15. Juli 31 v. H. gefallen, 58 v. H. der Preise blieben unverändert und 11 v. H. stiegen an. Gewisse Preiserhöhungen wurden bei Textilien beobachtet, wo aber andererseits bei schlechteren Qualitäten noch weit zahlreichere Preisrückgänge zu verzeichnen waren. Bei Fahrrädern und Zubehör, deren Absatz durch die Jahreszeit begünstigt wurde, sind ebenfalls leichte Preiserhöhungen festgestellt worden. Gegen Ende des Monats begannen für Textilien, Schuhe und andere Konsumgüter die Sommerschlußverkäufe zu teilweise beträchtlich herabgesetzten Preisen. Der Einzelhandel, aber oft auch die Industrie können es sich offenbar nicht mehr leisten, ihre Bestände weiter durchzuhalten. Die besonderen Schwierigkeiten beim Absatz dauerhafter Konsumgüter, deren Anschaffung mit größeren Ausgaben verbunden ist, sind daran zu erkennen, daß z. B. bei Möbeln 80 v. H. der in Hessen beobachteten Preise fielen. Bei einigen Erzeugnissen, die in der Ostzone in größerem Umfang produziert werden, wurden erstmalig beträchtliche Preisunterbietungen auf den westdeutschen Märkten festgestellt, die durch den ungünstigen Kurs der Ostmark in den Westberliner Wechselstuben ermöglicht werden.

Bei Lebens- und Genußmitteln ist ein Drittel der beobachteten Preise gefallen, während 13 v. H. anstiegen. Zu den Lebensmitteln mit steigenden Preisen gehören Mischbrot (auf Grund von Qualitätsverbesserungen), Käse, einige Fleisch- und Wurstsorten sowie gewisse teure Gemüse- und Obstsorten, die frisch auf den Markt kamen und deren Preise häufigen Schwankungen ausgesetzt waren.

Trotz der Preisrückgänge bei Bekleidung und Hausrat sind die Lebenshaltungskosten, die seit März absanken, infolge der Preiserhöhungen auf dem Ernährungssektor im Juli leicht gestiegen.



## Die Geldbewegungen auf den Auslandskonten

In der Bilanzposition „Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts“ (kurz: Auslandskonten) im Wochenausweis der Bank deutscher Länder sind auf der Passivseite u. a. die Konten enthalten, auf denen die DM-Erlöse für alle devisenmäßig gestundeten Einfuhren gesammelt werden. Der Devisenaufwand für diese Einfuhren wird von den Besatzungsmächten, und zwar in erster Linie von den Vereinigten Staaten, zur Verfügung gestellt, ohne daß vorläufig eine entsprechende Gegenleistung Westdeutschlands erbracht werden muß. Die betreffenden Einfuhren sind lediglich in DM zugunsten der Militärregierungen bei der Bank deutscher Länder zu bezahlen. Diese Erlöse, über die nur auf Weisung bzw. mit Zustimmung der Militärregierungen verfügt werden kann, bilden die sogenannten „Counterpart Funds“ oder „DM-Gegenwerte“. Der Ausdruck „Counterpart Funds“ stammt aus den Gesetzen und Verträgen zur Durchführung des Marshallplans, kann aber sinngemäß auf alle Erlöse aus gestundeten Einfuhren angewandt werden.

In Anbetracht der Höhe der gestundeten Einfuhren wurde im allgemeinen erwartet, daß auf Grund der für sie geleisteten DM-Einzahlungen erhebliche Guthaben der Besatzungsmächte entstehen würden und daß diese zu einem beträchtlichen Haben-Saldo im Auslandsgeschäft (einem „Mehr“ an Verbindlichkeiten gegenüber den Forderungen) führen würden. Letzteres war jedoch nicht der Fall. An Stelle eines sich ständig erhöhenden Haben-Saldos auf den Auslandskonten ergibt ein Vergleich der entsprechenden Aktiv- und Passiv-Positionen im Ausweis der Bank deutscher Länder bereits seit dem Herbst v. J. einen Soll-Saldo, und zwar mit steigender Tendenz. Der Saldo hat sich folgendermaßen entwickelt (in Mill. DM):

31. Oktober	1948	59,9
30. November	1948	257,0
31. Dezember	1948	168,0
31. Januar	1949	156,4
28. Februar	1949	152,9

31. März	1949	211,1
30. April	1949	276,9
31. Mai	1949	494,3

Über die Ursachen dieser Entwicklung soll im folgenden im Zusammenhang mit einer Darstellung der gesamten Geldbewegung auf den Auslandskonten seit der Währungsreform berichtet werden.

### Gestundete Einfuhren

#### 1. Die Herkunft der Devisen

Die Finanzierung der Hilfslieferungen des Auslandes, für die bis auf weiteres keine Devisen zu zahlen sind, geht auf drei verschiedene Quellen zurück.

#### GARIOA:

An erster Stelle standen bisher die GARIOA-Fonds der Vereinigten Staaten. Der Ausdruck ist von dem Etattitel „Government appropriation and relief for import in occupied aereas“ hergeleitet, unter dem seit Kriegsende Mittel für bestimmte Ausfuhren nach Deutschland, Österreich, Triest, Japan und Korea bereitgestellt werden, mit deren Hilfe die Besatzungsdienststellen „Hunger und Seuchen“ („disease and unrest“) verhüten sollen. Soweit bekannt, sind für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet im amerikanischen Fiskaljahr 1948/49 (1. Juli–30. Juni) 610 Mill. Dollar vorgesehen gewesen. Diese Summe wird jedoch nicht ausschließlich unmittelbar von den Vereinigten Staaten aufgebracht, sondern es ist darin ein Beitrag in Höhe von rd. 70 Mill. Dollar enthalten, der aus Mitteln des englischen Staatshaushalts („U. K. Contribution“) aufgebracht wird. Von der Kapitulation bis Ende 1948 haben die englische und die amerikanische Zone Lieferungen aus GARIOA-Mitteln im Werte von etwa 2,1 Mrd. Dollar erhalten.

Die Garioa-Einfuhren werden auch als „Kategorie A“-Einfuhren bezeichnet, weil nach der Entscheidung der Besatzungsmächte die GARIOA-Mittel nur für die Einfuhr bestimmter Warengruppen, nämlich die der Kategorie A, verwendet werden dürfen. „Kategorie A“

ist also eigentlich eine Benennung für die Art der gelieferten Waren und nicht für ihre Finanzierung. Zur „Kategorie A“ gehörten nach der ursprünglichen Regelung Lebens-, Futter- und Düngemittel, Saatgut, Treib- und Schmierstoffe, bestimmte medizinische Waren usw., zur „Kategorie B“ die gewerblichen Waren, soweit sie nicht unter „Kategorie A“ fielen. Später wurden die Einteilung der Waren in „Kategorie A“ und „Kategorie B“ und die Vorschriften über die Verwendung der GARIOA-Mittel mehrfach geändert. Heute werden unter „Kategorie B“-Importen sämtliche „commercial imports“, d. h. alle mit Exporterlösen bezahlten Einfuhren ohne Rücksicht auf die Warenart, verstanden, während als „Kategorie A“-Importe meistens sämtliche „deferred imports“, also alle kreditierten Einfuhren, bezeichnet werden. Die JEIA-Statistik unterscheidet seit neuestem „imports financed by foreign aid“ und „imports financed by export receipts“.

#### ERP:

An zweiter Stelle innerhalb der gestundeten Importe stehen die Marshallplan-Lieferungen, die durch das ERP-Programm („European Recovery Program“) finanziert werden. Die gesetzliche Grundlage der Marshallplan-Hilfe ist der Foreign Aid Act vom 3. April 1948. Die Verteilung und Überwachung der Mittel obliegt der ECA („Economic Cooperation Administration“) in Washington. Die sich in diesem Zusammenhang für Europa ergebenden Aufgaben sind der OEEC („Organisation for European Economic Cooperation“) übertragen, die durch die Konvention über die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 16. April 1948 begründet wurde.

Die beteiligten europäischen Länder erhalten die Hilfe zum Teil durch Dollarzuweisungen im Rahmen des Marshallplans, zum Teil durch Ziehungsrechte („Drawing Rights“) im Rahmen des Europa-Clearing. Den Ländern, die Ziehungsrechte in ihrer Landeswährung an Partnerländer abgeben, also exportiert haben, ohne Devisenerlöse zu erhalten, wird im gleichen Umfange die „bedingte Hilfe“ („Conditional Aid“) von seiten der ECA zur Verfügung gestellt. Im Wege der Conditional Aid werden einem Lande somit die Waren bezahlt, die es vorher zu Lasten seiner Eigenerzeugung durch Bereitstellung von Ziehungsrechten anderen Teilnehmerländern geliefert hat. Der Nettoumfang der Marshallplan-Hilfe für ein Land ergibt sich demnach aus dem bewilligten Gesamtbetrag der — „unbedingten“ und „bedingten“ — Dollarzuweisung abzüglich der Ziehungsrechte, die es abzugeben hat, und zuzüglich der Ziehungsrechte, die es erhält. Er hängt

damit zum Teil von der faktischen Ausnutzung der gemäß dem Pariser Zahlungs- und Kompensations-Abkommen vom 16. Oktober 1948 vorgesehenen Ziehungsrechte ab. Für die Zeit von April 1948 bis Juni 1949 sind nach dem Stande vom 31. Mai 1949 an unbedingter USA-Hilfe für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet 427,4 Mill. Dollar vorgesehen, wozu optimal noch 98,6 Mill. Dollar Ziehungsrechte im Europa-Clearing kommen.

#### STEG:

Schließlich gehört zu den gestundeten Einfuhren noch das sogenannte Amerikageschäft der STEG (Staatliche Erfassungs-Gesellschaft für öffentliches Gut m. b. H.). Dabei handelt es sich um den Ankauf überzähligen amerikanischen Heeres- und Luftwaffengutes. Die SIM-Lieferungen („Surplus Incentive Material“) in die Doppelzone, die mit einer Annahmeerklärung der Verwaltung für Wirtschaft vom 19. September 1947 übernommen wurden, erfolgten aus Lägern in den USA, während sich der bekannteste STEG-Vertrag, nämlich der „Bulk Deal-Vertrag“ vom 23. Januar 1948, und ebenso der „Abwertungsvertrag“ vom gleichen Tage auf die Übernahme von bereits in Westdeutschland vorhandenen Beständen der amerikanischen Truppen bezogen. Nach dem derzeitigen Stand der Dinge wird der deutschen Wirtschaft für die STEG-Übernahmen ein Betrag von mehr als 200 Mill. Dollar angeschrieben.

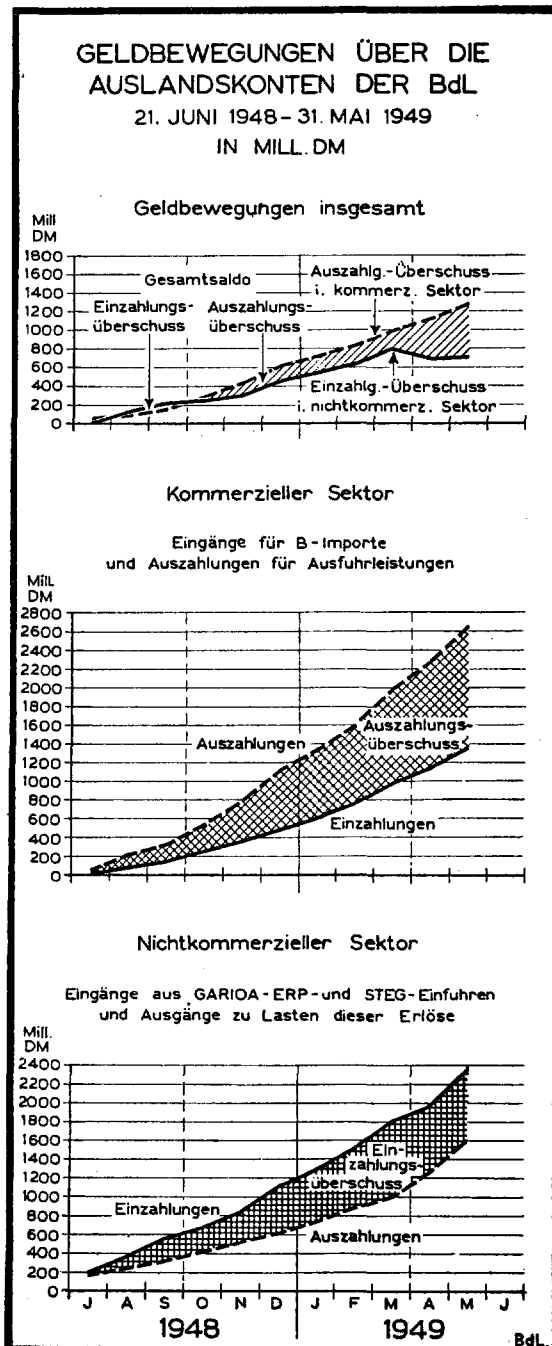
#### 2. Die DM - Gegenwerte und ihre Verwendung

##### Eingänge und Ausgänge:

Die bis zur Währungsreform aus Einzahlungen der Importeure für GARIOA-Einfuhren und aus Verkäufen der STEG entstandenen Guthaben in Höhe von 2,1 Mrd. RM sind gemäß Umstellungsgesetz erloschen. Die seither neu eingegangenen Gegenwerte für GARIOA-, ERP- und STEG-Lieferungen sind weniger groß, als im allgemeinen angenommen wird. Es ist für die Vergangenheit nicht möglich, aus den Dollarwerten der Einfuhr die Höhe der Soll-Einzahlungen in Inlandswährung etwa unter Anwendung des 30-Cents-Satzes zu errechnen. Das hängt nicht nur mit dem Einschnitt zusammen,

den die Währungsreform darstellt, sondern auch damit, daß die bisherigen „deferred imports“ nicht nach dem 30-Cents-Satz, sondern in der Hauptsache nach den jeweiligen Inlandspreisen, die wesentlich unter den Weltmarktpreisen lagen, abgerechnet wurden und daß sich außerdem bis zum 1. März 1949 die Einzahlungen durch den zugestandenen Abzug von Inlandsfrachten und sonstigen Inlandskosten verminderten. Schließlich sind auch in großem

Umfange Güter importiert und zunächst eingelagert worden, deren Übernahme und Bezahlung durch deutsche Käufer erst jetzt vor sich gegangen ist. Um ein Bild über die Entwicklung der Gegenwerte für die gestundeten Einfuhren im Rahmen der gesamten Geldbewegung auf den Auslandskonten seit der Währungsreform zu vermitteln, sind in Tabelle 1 (s. folgende Seite) die Zugänge und Abgänge im einzelnen wiedergegeben, und zwar statistisch untergliedert nach GARIOA, ERP und STEG. Der nichtkommerzielle Sektor der Geldbewegungen umfaßt auf der Eingangsseite die effektiv eingezahlten Gegenwerte der gestundeten Einfuhren und auf der Ausgangsseite die Aufwendungen, die aus den „proceeds from deferred imports“ bestritten worden sind.



Die Geldeingänge auf den Konten für gestundete Einfuhren stellten sich in der Zeit von der Währungsreform bis zum 31. Mai 1949 auf rd. 2,4 Mrd. DM. Von diesem Betrag sind rd. 1,6 Mrd. DM wieder ausgegeben. Auf die Finanzierung von Lebensmittel-Importen für Berlin entfielen allein 489 Mill. DM. Für den zusätzlichen DM-Bedarf im Aus'andsgeschäft wurden 599 Mill. DM aus den Counterpart Funds beigesteuert. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Beträge, die ausgezahlt bzw. abgebucht wurden, um im kommerziellen Außenhandel die Verrechnung nach dem 30-Cents-Kurs zu ermöglichen, da die Importeure und die Exporteure auf Grund von Ausnahmeregelungen nach einem für sie günstigeren Kurs abrechnen durften. Ferner sind darin enthalten die Mehrzahlungen an GARIOA-Mitteln seitens der Gemeinsamen Außenhandelskasse (GAK), der bis zur Übernahme des Auslandsgeschäfts durch die Bank deutscher Länder am 1. August 1948 die Regelung der Mark-Zahlungen<sup>1)</sup>, die sich aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland ergaben, übertragen war. Dieser Betrag unterliegt der laufenden Berichtigung im Zuge der endgültigen Abrechnung zwischen GAK und der Bank deutscher Länder; er wird sich in nächster Zeit voraussichtlich wesentlich vermindern. Von den Auszahlungen an die

<sup>1)</sup> Die Joint Foreign Exchange Agency (JFEA) führte im Auftrage der JELA die Abwicklung der Devisenseite innerhalb des Auslandsgeschäfts durch.



Tabelle 1  
 Geldeingänge und -ausgänge im nichtkommerziellen Auslandsgeschäft  
 vom 21. Juni 1948 bis zum 31. Mai 1949  
 in Mill. DM

Ausgänge		Eingänge	
<b>I. GARIOA</b>			
Berlin	489,2	Einzahlungen der Importeure	1 706,5
Auszahlungen an Kreditanstalt für Wiederaufbau	245,0	Meal and Supply <sup>2)</sup>	0,4
Schulkinderspeisung	10,0	Buchgutschriften für Deviseneingänge, die keine DM-Auszahlungen zur Folge haben	67,5
Aufwendungen für den Außenhandel des Währungsgebietes (Restanforde- rungen, insbesondere 30-Cents-Kursaus- gleich, Nebenkosten der Einfuhr usw.) <sup>1)</sup>	599,4		
Sonstige Giro-Auszahlungen <sup>2)</sup>	16,1		
Buchbelastungen für Devisenausgänge, die keine DM-Einzahlungen zur Folge haben	48,8		
Umbuchungen auf ERP (vorübergehend)	32,3		
Bestand	333,6		
	1 774,4		1 774,4
<b>II. ERP</b>			
Abgegebene Ziehungsrechte abz. empfangener Ziehungsrechte	159,8	Einzahlungen von Importeuren	458,7
Care und Cralog	2,9	Umbuchungen von GARIOA (vorübergehend)	32,3
ECA-Verwaltungskosten	0,8		
Bestand	327,5		
	491,0		491,0
<b>III. STEG</b>			
Bestand	120,0	Einzahlungen der STEG	120,0
	120,0		120,0
<b>IV. Insgesamt</b>			
Ausgänge <sup>4)</sup>	1 572,0	Eingänge <sup>4)</sup>	2 353,1
Bestand	781,1		
	2 353,1		2 353,1

1) Einschl. erheblicher Bestände innerhalb der Abwicklungsmasse Joint Foreign Exchange Agency / Gemeinsame Außenhandelskasse, die nach erfolgter Abwicklung den GARIOA-Konten der Bank deutscher Länder zugeführt werden.

2) Headquarters (für Zwecke der Besatzungsmächte) sowie Salvage Operation on Sunken Vessels (Auszahlungen an Bergungs-Gesellschaften).

3) Beträge, die von deutschen Bediensteten bei amerikanischen Dienststellen für Verpflegung usw. eingezahlt sind.

4) Ohne Umbuchungen von GARIOA auf ERP in Höhe von 32,3 Mill. DM, die aus buchtechnischen Gründen erforderlich waren.

Kreditanstalt für Wiederaufbau in Höhe von 245 Mill. DM waren 135 Mill. DM für Investitionen des Bergbaus und 110 Mill. DM für solche der Energiewirtschaft bestimmt. Bei den übrigen Auszahlungen aus GARIOA-Mitteln im Gesamtbetrage von 107 Mill. DM handelt es sich um eine Reihe kleinerer Auszahlungen vorwiegend vorübergehender Natur, die zum Teil durch entsprechende

Material bestimmt sind. Ein weiteres zweckgebundenes Guthaben entfiel auf die ECA, die 5 v. H. der den ERP-Counterpart Funds überwiesenen Beträge als Verwaltungskosten beanspruchen kann. Aus den STEG-Mitteln waren am 31. Mai 14,0 Mill. DM für Besatzungsbauten bereit gestellt. Andererseits waren am Stichtag (31. Mai 1949) bestimmte Beträge zwar schon eingegangen, aber aus abrechnungstechnischen

Tabelle 2  
Stand der Counterpart Funds  
31. Mai 1949

	GARIOA	ERP	STEG	Insgesamt
		(in Mill. DM)		
Gesamtbestand nach Tabelle 1 abzüglich	333,6	327,5	120,0	781,1
zweckgebundene Guthaben	167,7	21,3	14,0	203,0
noch nicht endgültig verbuchte Einzahlungen	59,3	49,4	—	108,7
Verfügbarer Bestand	106,6	256,8	106,0	469,4

Rückzahlungen wieder ausgeglichen werden sollen. An Mehrauszahlungen im Europa Clearing, die gemäß zwei Schreiben des Bipartite Board vom 14. März und 10. Mai 1949 den ERP-Konten jeweils auf Antrag belastet werden können, waren bis Ende Mai 1949 159,8 Mill. DM verbucht.

Der Kontenstand:

Bei Eingängen in Höhe von 2.353,1 Mill. DM und Ausgängen in Höhe von 1.572,0 Mill. DM würde nach dem Stande vom 31. Mai 1949 mit verfügbaren Beträgen auf den Konten für gestundete Einfuhren in Höhe von 781,1 Mill. DM zu rechnen sein. Ein erheblicher Teil dieser Mittel ist jedoch bereits freigegeben und sofort als zweckgebunden festgelegt, d. h. bis zur endgültigen Verausgabung bestimmten Deckungskonten zugeführt. Bei solchen zweckgebundenen Guthaben handelt es sich beispielsweise um Beträge, die von der Allied Bank Commission für die Lebensmittelversorgung Berlins auf Abruf angewiesen sind, oder um Beträge, die buchmäßig als Teilraten eines der Hauptverwaltung Eisenbahnen zugesagten größeren Investitionskredits bereit gestellt wurden und zur Begleichung des DM-Gegenwertes von schon abgewickelten Einfuhren an rollendem

Gründen den Counterpart Funds noch nicht endgültig gutgebracht. Unmittelbar verfügbar waren nach dem Stande vom 31. Mai 1949 469,4 Mill. DM.

Inzwischen wurden eine Reihe von Auszahlungen und Belastungen vorgenommen und außerdem der Kreditanstalt für Wiederaufbau die in diesem Monatsbericht bereits erwähnte Kreditzusage gegeben. Infolgedessen sind die Gegenwerte an gestundeten Einfuhren mit Ausnahme der ERP-Counterpart Funds bis auf weiteres erschöpft. Für die ERP-Counterpart Funds, die wegen der Belastungen aus abgegebenen Ziehungsrechten allerdings nicht in dem erwähnten Umfange angewachsen, sind nunmehr die Freigabeanträge gestellt worden.

## Der kommerzielle Sektor des Auslandsgeschäfts

### 1. Der Aktiv-Saldo im kommerziellen Außenhandel

Die DM-Eingänge und -Ausgänge im kommerziellen Sektor des Auslandsgeschäfts in der Zeit vom 21. Juni 1948 bis zum 31. Mai 1949 sind in Tabelle 3 zusammengefaßt.

Es handelt sich bei den Eingängen um die gesamten effektiven Einzahlungen der Importeure für die sogenannten B-Importe (commercial imports), bei den Ausgängen um die Auszahlungen an die Exporteure, soweit sich diese aus der Umrechnung der Dollarwerte in DM zum 30-Cents-Satz ergeben. Die Mehrauszahlungen und Mindereinzahlungen gegenüber dem 30-Cents-Kurs gehen, wie erwähnt, ebenso wie die Mehrauszahlungen aus Ziehungsrechten zu Lasten der Counterpart Funds und sind im kommerziellen Sektor infolgedessen nicht berücksichtigt.

Die Entstehung des Auszahlungsüberschusses im kommerziellen Sektor von 1290 Mill. DM ist zu einem großen Teil eine Folge davon, daß seit der Währungsreform die Exporte des Vereinigten Wirtschaftsgebiets und somit die Deviseneingänge ständig höher waren als die aus Exporterlösen bezahlten Importe bzw. die

	in Mill. DM	
Mehrzugänge im Waren- und Dienstleistungsverkehr	638,1	
Sonstige Mehrzugänge gegen DM-Auszahlungen	45,8	683,9
Kapital-Transaktionen, schwebende Posten usw.		84,4
		<u>768,3</u>

Der reinen Devisenbewegung würde also ein Auszahlungsüberschuß im kommerziellen Sektor von 683,9 Mill. DM entsprechen. Nun sind dabei auch solche Devisenbelastungen und -gutschriften berücksichtigt, für die am 31. Mai 1949 noch keine Aus- bzw. Eingänge in DM erfolgt waren. Saldiert man diese noch nicht erfolgten DM-Ein- und Auszahlungen, so ergibt sich, daß durch die noch nicht erfolgten Einzahlungen insgesamt eine Erhöhung des Auszahlungsüberschusses um 220,9 Mill. DM ein-

Tabelle 3  
Geldeingänge und -ausgänge im kommerziellen Auslandsgeschäft  
vom 21. Juni 1948 bis zum 31. Mai 1949  
in Mill. DM

Ausgänge		Eingänge	
Auszahlungen an Exporteure <sup>1)</sup>	2 594,1	Einzahlungen von Importeuren	1 365,2
Unterstützungszahlungen, Fernsprechkverkehr, Reiseschecks usw.	41,5	Sonstige Einzahlungen	4,5
Sonstige Auszahlungen	24,3	Saldo	1 290,2
	<u>2 659,9</u>		<u>2 659,9</u>

<sup>1)</sup> Ohne die Zahlungen für den 30 Cents-Kursausgleich Europa-Clearing, die zu Lasten der GARIOA-Mittel gehen.

Devisenausgänge. Insoweit ist der Auszahlungsüberschuß im kommerziellen Sektor durch einen entsprechenden Devisenzuwachs gedeckt. Während der Devisenbestand der JEIA im Zeitpunkt der Währungsreform 204,0 Mill. Dollar<sup>1)</sup> bzw., zum 30-Cents-Satz umgerechnet, 680,1 Mill. DM betrug, stellten sich die „Guthaben bei ausländischen Banken“ am 31. Mai 1949 auf 1448,4 Mill. DM. Es ist also eine Erhöhung der Devisenbestände um 768,3 Mill. DM eingetreten. Der Zuwachs setzt sich nach dem Stande vom 31. Mai 1949 folgendermaßen zusammen:

<sup>1)</sup> Gemäß Statement der JFEA für die Dekade vom 11.—20. Juni 1948.

getreten ist. Zusammen mit dem dargestellten Devisenzugang von 683,9 Mill. DM würde der Auszahlungsüberschuß im kommerziellen Sektor somit nach dem Stande vom 31. Mai 1949 904,8 Mill. DM betragen haben. Da er aber gemäß Tabelle 3 1290,2 Mill. DM betragen hat, verbleibt ein Restsaldo von 385,4 Mill. DM.

## 2. Der Restsaldo

Der Restsaldo in Höhe von 385,4 Mill. DM stellt also einen Überschuß der Auszahlungen über die Einzahlungen dar, der nicht durch einen Ausfuhrüberschuß im kommerziellen Außenhandel gedeckt ist. Die Entstehung dieses

Restsaldos ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Bekanntlich ist der 30-Cents-Kurs schrittweise eingeführt worden, um Schwierigkeiten der Umstellung zu verhindern. Sowohl die Importeure als auch die Exporteure hatten zum Teil günstigere Umrechnungssätze als 30 Dollarcent je 1 DM, und zwar so lange, bis die noch zu den alten Stoppreisen abgeschlossenen Lieferungen beendet und im Außenhandel die volle Angleichung an den Weltmarktpreis vollzogen war. Wenn die Differenzen gegenüber dem 30-Cents-Kurs bilanzmäßig auch aus den Counterpart Funds gedeckt werden können und nach erfolgter Abrechnung insoweit als Ausgaben im nichtkommerziellen Sektor in Erscheinung treten, so wirkten sich doch die Kursvergünstigungen an die Importeure im kommerziellen Sektor als eine erhebliche Beeinträchtigung der effektiven Einzahlungen aus. Es sind beträchtliche Summen, um die die Einzahlungen auf diese Weise noch bis in die jüngste Zeit hinein verringert werden. Beispielsweise ergeben sich allein aus der Einfuhr von Eisenerzen, die laut Anweisung der Militärregierungen bis zum 6. März 1949 im Inlande zum Stoppreise ausgeliefert wurden, Kursdifferenzen, also Mindereinzahlungen in Höhe von rd. 50 Mill. DM. Ähnliche Ausnahmeregelungen bestanden für Wolle, Baumwolle, Phosphate usw. Auch für die Einfuhren von Lebensmitteln galt bekanntlich bis vor kurzem die Abrechnung zum inländischen Stoppreis, und zwar auch dann, wenn es sich nicht um devisenmäßig gestundete Einfuhren, sondern um Importe auf Devisen- bzw. Bonus B-Basis handelte.

Zu einem weiteren Teil ist der Restsaldo des Auszahlungsüberschusses im kommerziellen Auslandsgeschäft auf die Auswirkungen der Währungsreform zurückzuführen. Bekanntlich erhielt der ausländische Lieferant, solange die alten Außenhandelsverfahren in Kraft waren, seine Rechnung zeitlich unabhängig von der Zahlung vergütet, die der deutsche Importeur zu leisten hatte, ebenso wie der ausländische Abnehmer seine Rechnung zeitlich unabhängig von der Vergütung zu bezahlen hatte, die der deutsche Exporteur erhielt. Die Importeure hatten nun — nach schon lange vor der Währungsreform in Kraft befindlichen Vorschriften

— die Möglichkeit der Vorauszahlung<sup>1)</sup> und haben bei der Geldflüssigkeit in der Reichsmarkzeit davon in großem Umfange Gebrauch gemacht. Da gemäß Umstellungsgesetz Einzahlungen eine schuldbefreiende Wirkung haben, konnte nach der Währungsreform keine Nachzahlung verlangt werden, auch wenn der Devisenausgang erst nach dem 20. Juni 1948 erfolgte. Insoweit sind also Devisenausgänge zu verzeichnen, denen überhaupt keine DM-Einzahlungen gegenüberstehen. Wenn die Vorauszahlungen allerdings bereits vor Eröffnung der Devisenakkreditive erfolgt waren, wurden die Zahlungen nur im Verhältnis 1 DM : 10 RM angerechnet.

Ergaben sich somit aus der Geldumstellung auf der einen Seite erhebliche Mindereinzahlungen von Importeuren, so sind auch in größerem Umfange Auszahlungen an Exporteure zu verzeichnen, denen seit dem 21. Juni 1948 kein Devisenzugang gegenübersteht. Da die Abrechnung mit den Exporteuren eine gewisse Zeit erfordert, mußten nach der Währungsreform DM-Auszahlungen an Exporteure auf Grund von Deviseneingängen vor der Währungsreform vorgenommen werden. In der Regel wurde dabei der Anspruch des Exporteurs im Verhältnis von 1 DM : 10 RM erfüllt. Es gab jedoch auch Sonderfälle, in denen der Exporteur den vollen Gegenwert in DM beanspruchen konnte.

Zusammengefaßt ergibt sich somit nach dem Stande vom 31. Mai 1949 für die Entstehung des Auszahlungsüberschusses im kommerziellen Sektor folgendes Bild:

	in Mill. DM
Spiegelbild des Aktiv-Saldos im kommerziellen Außenhandel	683,9
Saldo der noch nicht geleisteten Einzahlungen über die noch nicht geleisteten Auszahlungen	220,9
Durch 30-Cents-Kursausgleich und währungsrechtliche Vorschriften entstandener Restsaldo	385,4
	1 290,2

<sup>1)</sup> In einer Anweisung der JFEA vom Jahre 1947 heißt es ausdrücklich: „Payment must be rendered by the importer not later than the date on which the goods are received. Prior payment of the approximate value of the import, subject to subsequent adjustment, will be accepted“.

## Gesamtbetrachtung

Zur Beurteilung der monetären Wirkungen, die durch die Geldbewegungen über die Auslandskonten ausgelöst werden, müssen die gestundeten Einfuhren und der kommerzielle Sektor zusammen betrachtet werden. Der Auszahlungsüberschuß im kommerziellen Sektor in Höhe von 1290,2 Mill. DM wäre nach Lage der Dinge auch dann eingetreten, wenn ein nichtkommerzieller Sektor nicht bestehen würde. Er ist zu mehr als zwei Dritteln durch Devisenbestände oder Forderungen gegenüber Importeuren gedeckt. Ein gewisser Auszahlungsüberschuß ist praktisch unvermeidlich, solange für die effektive Bezahlung von Einfuhren nur Devisen Verwendung finden, die durch Ausfuhren „verdient“ werden und die demnach vorher seitens der Bank deutscher Länder von den Exporteuren angekauft werden müssen. Ein solcher Auszahlungsüberschuß ist einfach das Spiegelbild des notwendigen „Operationsbestandes“ an Devisen. Nur wenn im kommerziellen Sektor eine Verschuldung gegenüber dem Ausland bestünde, würde ein Einzahlungsüberschuß entstehen, wie es gegenwärtig bei den gestundeten Einfuhren der Fall ist. Veränderungen des Auszahlungsüberschusses im kommerziellen Sektor ergeben sich in der Regel als Folge von Veränderungen der vorhandenen Devisenbestände: Nehmen diese ab, so nimmt auch der Auszahlungsüberschuß ab. Wachsen die Devisenbestände dagegen, so vergrößert sich auch der Auszahlungsüberschuß. Die Zunahme des Auszahlungsüberschusses wirkt naturgemäß in Richtung einer entsprechenden Ausweitung des Geldvolumens, und zwar durch Mittel des Zentralbanksystems.

Dagegen ist im nichtkommerziellen Sektor trotz der relativ hohen laufenden Auszahlungen und der Sonderfreigaben für Investitionszwecke ein Einzahlungsüberschuß von 781,1 Mill. DM verblieben. Dieser hat in Richtung einer entsprechenden Verminderung des aktiven Geld-

volumens gewirkt. Insoweit ist also der Auszahlungsüberschuß im kommerziellen Sektor neutralisiert worden. Es war aber — wie die Zahlen zeigen — nicht möglich, das gesamte Auslandsgeschäft ohne eine zusätzliche Geldschöpfung abzuwickeln. Bei einer Gesamtbetrachtung des nichtkommerziellen und des kommerziellen Sektors im Auslandsgeschäft (Tabelle 4) ergibt sich nämlich, daß von der Währungsreform bis zum 31. Mai 1949 die Gesamtauszahlungen über Auslandskonten um rd. 500 Mill. DM höher waren als die Gesamteinzahlungen über Auslandskonten.

Für die jeweiligen monetären Wirkungen, die von den Geldbewegungen über die Auslandskonten ausgelöst werden, ist jedoch nicht der jeweilige Stand des Saldos der betreffenden Konten maßgebend, sondern seine jeweilige Veränderung. Sieht man von sonstigen kompensatorischen oder fördernden monetären Vorgängen ab, so wirkt ein Anwachsen dieses Saldos wie eine Kreditausweitung und eine Verminderung des Saldos wie eine Kreditkontraktion.

Tabelle 4

Geldeingänge und -ausgänge im Auslandsgeschäft vom 21. Juni 1948 bis zum 31. Mai 1949 in Mill. DM

	Ausgänge	Eingänge
Nichtkommerzieller Sektor Saldo	1 572,0	2 353,1
	781,1	
	2 353,1	2 353,1
Kommerzieller Sektor Saldo	2 659,9	1 369,7
		1 290,2
	2 659,9	2 659,9
Insgesamt Saldo <sup>1)</sup>	4 231,9	3 722,8
		509,1
	4 231,9	4 231,9

<sup>1)</sup> Der Unterschied gegenüber dem sich aus dem Wochen- ausweis der Bank deutscher Länder vom 31. Mai 1949 ergebenden Auszahlungsüberschuß im Auslandsgeschäft von 494,3 Mill. DM erklärt sich aus buchtechnischen Vorgängen.

# Ausgleichsforderungen

Ein neuer Typ von Schuldtiteln der öffentlichen Hand im Zusammenhang mit der Währungsreform

## Entstehungsgründe

In den Ausweisen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken sowie in den künftigen DM-Bilanzen der Geldinstitute, Versicherungsunternehmen und vermutlich auch der Bausparkassen kommt dem Bilanzposten „Ausgleichsforderung“ auf der Aktivseite der Bilanzen schon rein größenordnungsmäßig eine besondere Bedeutung zu. Im Ausweis der Bank deutscher Länder z. B. macht der Posten „Ausgleichsforderung“ bisher den bei weitem größten Betrag unter den Aktiven aus. Diese Ausgleichsforderungen wurden durch die Währungsgesetzgebung geschaffen; sie sind eine besondere Art von Schuldtiteln der Länder und des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, die den Geldinstituten und Versicherungsunternehmen im Zusammenhang mit der Währungsreform zugeteilt werden.

Die Schaffung der Ausgleichsforderungen bedeutet eine Verschuldung der öffentlichen Hand gegenüber den Geldinstituten, die folgendermaßen zu erklären ist: Zugleich mit der Außerkraftsetzung der alten Währung ordnete der Währungsgesetzgeber eine Ausstattung der Bevölkerung, der Wirtschaft und der öffentlichen Hand mit neuem Geld an. Diese wurde teils in Form von Kopf- und Geschäftsbeträgen, teils in Form von sogenannten „Erstaussstattungen“ und teils in Form von Gutschriften auf Bankkonten in einem bestimmten Verhältnis zu den vorhandenen Altgeldguthaben (Umwandlung) zur Verfügung gestellt. Volkswirtschaftlich gesehen konnte für diese erste Ausstattung mit neuem Geld nur die öffentliche Hand aufkommen. Wollte man nicht den für die modernen Währungsverfassungen ganz ungewöhnlichen und aus vielen Gründen unzweckmäßigen Weg der Ausgabe von Papiergeld unmittelbar durch den Staat gehen, so konnten die erforderlichen Mittel für die erste DM-Ausstattung Westdeutschlands von der öffentlichen Hand nur durch eine einmalige Verschuldung bei den Banken gegen Begebung von Schuldtiteln bereitgestellt werden. Diese Transaktion wird besonders deutlich bei

der Notenbank, der Bank deutscher Länder, die zu Lasten der öffentlichen Hand die Kopf- und Geschäftsbeträge und eine Reihe von Erstaussstattungen zur Verfügung zu stellen hatte und deren Ausgleichsforderung fast vollständig in diesem Zusammenhang entstand:

Gesamtbetrag der Ausgleichsforderung der Bank deutscher Länder in Mill. DM nach der Umstellungsrechnung mit Stand vom 31. 12. 1948		5.429
davon aus der Auszahlung der Kopfbeträge	2.782	
aus der Auszahlung der Geschäftsbeträge	472	
aus der Ausgabe neuer Kleingeldzeichen	28	
aus der Erstaussstattung der Eisenbahn, Post sowie der Besatzungsmächte	1.087	
aus der Versorgung der Landeszentralbanken mit Zentralbankgeld	960	5.329

Ferner war noch eine weitere Erwägung für die Gewährung von Ausgleichsforderungen an Banken und Versicherungen seitens der öffentlichen Hand maßgebend. Die Banken mußten im Interesse einer erfolgreichen Durchführung der Währungsreform von Anfang an eine ausgeglichene Bilanz haben, damit sie ihre bankgeschäftliche Tätigkeit in vollem Umfang sofort aufnehmen konnten. Denn die Banken sollten auch im Wege der unmittelbaren Kreditgewährung an ihre private Kundschaft (und nicht nur über den Staat) einen wesentlichen Teil des volkswirtschaftlich erforderlichen Geldvolumens aufbauen, da dieses allein durch hoheitliche Geldschöpfung nicht bereitgestellt werden konnte und sollte. Die schnelle und bereitwillige Erfüllung dieser und anderer Aufgaben, die den Banken und den Versicherungsunternehmen im Zuge der Währungsreform zugeacht waren, konnten nur dann erwartet werden, wenn das Bank- und Versicherungswesen

sofort eine Ausstattung erfuhr, die nicht nur einen Ausgleich der Bilanzen, sondern auch eine angemessene Ausstattung der Unternehmen mit neuem Eigenkapital bewirkte. Auch zur Wiederherstellung des Vertrauens im In- und Ausland gegenüber dem Bank- und Versicherungswesen erschien die finanzielle Gesundung der Geldinstitute unbedingt geboten. Ein Bilanzausgleich war bei der überaus großen Mehrzahl der Geldinstitute unvermeidlich, weil diese neben den in DM umgewandelten RM-Depositen noch andere in die DM-Rechnung überzuführende Verbindlichkeiten und Passivposten hatten, denen auf der Aktivseite Reichsanleihen, sonstige Forderungen gegen das Reich, Bargeld, RM-Guthaben bei anderen Geldinstituten und andere Aktiven gegenüberstanden, die durch den Krieg und die Kriegsfolgen oder die Währungsgesetze zu einem großen Teil wertlos geworden waren. Auch zu diesem Zweck wurde eine Zuteilung von Ausgleichsforderungen an die Geldinstitute und Versicherungsunternehmen vorgesehen.

### Bemessung der Ausgleichsforderung des einzelnen Instituts

Zur Ermittlung der Ausgleichsforderung haben alle Geldinstitute nach § 3 der Bankenverordnung (BVO) eine besondere Umstellungsrechnung anzufertigen, aus der sämtliche aus der Neuordnung des Geldwesens unmittelbar hervorgehenden Aktiven und Passiven in der neuen Währung ersichtlich sind. Die Umstellungsrechnung ist also eine Zweckrechnung. Sie ist gemäß der 17. DVO/UG am 31. Mai 1949 vorläufig abzuschließen und bis zum 31. August 1949 den Aufsichtsbehörden zur Prüfung und Bestätigung vorzulegen.

Auf der Passivseite der Umstellungsrechnung haben die Geldinstitute einzustellen: *e r s t e n s* die dem Betrag nach durch die Währungsgesetze festgesetzten Posten, also in erster Linie Verbindlichkeiten, die sich aus der Umwandlung ihrer RM-Einlagen und der Umstellung ihrer sonstigen RM-Verbindlichkeiten ergeben sowie das neufestgesetzte Eigenkapital; *z w e i t e n s* diejenigen Verbindlichkeiten, die — wie die Valuta-Verpflichtungen — einer Währungsumstellung überhaupt nicht unterliegen, sowie gewisse Rückstellungen und

Rechnungsabgrenzungsposten. Auf der Aktivseite der Umstellungsrechnung sind die Beträge einzustellen, die die Geldinstitute bereits in neuer Währung erhalten haben, also die Liquiditätsausstattung und die Kleingeldzeichen, ferner die umzustellenden RM-Forderungen mit dem gesetzlichen Umstellungsbetrag (in der Regel ein Zehntel des RM-Nennbetrages) oder dem geringeren gemeinen Wert und schließlich alle sonstigen von den Währungsgesetzen nicht betroffenen, aus der RM-Bilanz in die DM-Bilanz überzuführenden Vermögenswerte.

Soweit die Aktiven nicht ausreichen, um die Passiven zu decken, hat das Institut nach den §§ 11 und 12 des Umstellungsgesetzes (UG) und den §§ 8—11 der BVO Anspruch auf Zuteilung einer Ausgleichsforderung gegen das Land, in dem es seinen Sitz hat. Ein entsprechendes Verfahren findet für Versicherungsunternehmen Anwendung (UG § 24; Versicherungsverordnung § 5 und 23. DVO/UG §§ 10—12). Für die Bausparkassen steht eine sinngemäße Regelung noch aus.

Die Höhe der Ausgleichsforderung hängt teilweise von der Bewertung der Aktiven und Passiven ab, die das Geldinstitut bei der Aufstellung seiner Umstellungsrechnung vornimmt. Eine Begrenzung des Bewertungsspielraums erschien geboten, um den Betrag der entstehenden Ausgleichsforderungen möglichst klein zu halten. Für die Wertansätze in der Umstellungsrechnung finden sich gewisse Richtlinien schon in der Bankenverordnung selbst. So sind die Geldinstitute bei der Einsetzung von Rückstellungen und der Bewertung aller nicht von der Währungsumstellung berührten Aktiven an die Grundsätze gebunden, die für die steuerliche Vermögensfeststellung auf den ersten Hauptveranlagungszeitpunkt nach dem 20. Juni 1948 gelten. Ferner hat die Bank deutscher Länder auf Grund der Bankenverordnung (§ 3) unter dem 31. Januar 1949 Richtlinien zur Erstellung der RM-Schlußbilanz und der Umstellungsrechnung der Geldinstitute (RBdL) herausgegeben, die sehr eingehende Bewertungsgrundsätze enthalten. Die gegenwärtigen Verhältnisse lassen für eine Reihe von Bilanzposten eine abschließende Bewertung

noch nicht zu. Für diese Posten geben die RBdL die Möglichkeit vorläufiger Wertansätze, so etwa für Verbindlichkeiten in fremder Währung (Valuta-Verbindlichkeiten), für Wertpapiere und Beteiligungen und für Forderungen an Schuldner in Deutschland außerhalb des Währungsgebietes. Einige dieser Posten werden häufig zunächst nur mit einem Erinnerungswert von 1 DM angesetzt werden können. Für die Bewertung von Valuta-Verbindlichkeiten ist einstweilen der Umrechnungskurs der JEIA als Anhaltspunkt genommen worden. Für die Bewertung von Wertpapieren, die an einer Börse des Währungsgebietes amtlich notiert oder im geregelten Freiverkehr gehandelt werden, ist vorläufig ein Kurszettel zugrunde zu legen, den die Bank deutscher Länder für die Umstellungsrechnung der Geldinstitute mit Stichtag vom 31. Dezember 1948 am 2. Mai 1949 herausgegeben hat. Girosammeldepotanteile von Wertpapieren, deren Aussteller ihren Sitz im Währungsgebiet haben, sind einstweilen mit einem Abschlag bis zu 30 v. H. von den Werten anzusetzen, die für effektive Stücke gelten. Sobald die in Vorbereitung befindliche Wertpapierbereinigung durchgeführt ist, dürften sich infolgedessen im Bilanzposten „Wertpapiere“ der Geldinstitute erhebliche Abweichungen von den bisherigen Wertansätzen ergeben. Die spätere Einsetzung von endgültigen Werten wirkt in allen eben genannten Fällen auf den 21. Juni 1948 und damit auch auf die Höhe der Ausgleichsforderung zurück; in den RBdL wurde die Zulässigkeit und die Notwendigkeit von Berichtigungen der Umstellungsrechnung ausdrücklich ausgesprochen. Der genaue Betrag der Ausgleichsforderung eines Geldinstitutes steht also auch nach dem vorläufigen Abschluß der Umstellungsrechnung noch nicht fest. Er kann sich später zum Teil noch erheblich ändern.

Für die Umstellungsrechnung der Versicherungsunternehmen ist in § 6 der 23. DVO/UG eine entsprechende Regelung vorgesehen. In Kürze werden von den Versicherungsaufsichtsbehörden im Einvernehmen mit der Bank deutscher Länder Bewertungsrichtlinien für die RM-Schlußbilanz und die Umstellungsrechnung gemäß § 15 der 23. DVO/UG herausgegeben werden, die sich in ihrem allgemeinen Teil an

die RBdL anlehnen, im übrigen aber in Ergänzungsbestimmungen den Besonderheiten bei den verschiedenen Zweigen der Versicherungswirtschaft Rechnung tragen. Für Bausparkassen werden gegebenenfalls später die für die Geldinstitute vorgeschriebenen Bewertungsgrundsätze entsprechend zur Anwendung gebracht werden.

Unabhängig von den detaillierten Bewertungsvorschriften wurde noch auf andere Weise ein Schutz der öffentlichen Hand gegen eine unberechtigte Überhöhung des Anspruchs auf eine Ausgleichsforderung vorgesehen. Setzt ein Geldinstitut oder Versicherungsunternehmen in der Umstellungsrechnung eine Forderung, die früher vom Reich verbürgt war oder deren Einbringlichkeit infolge von Kriegs- oder Kriegsfolgeschäden zweifelhaft geworden ist, mit einem geringeren Wert als dem Regelwert ein, so kann die öffentliche Hand verlangen, daß ihr diese Forderung entschädigungslos abgetreten wird. Dies gilt auch für Hypotheken auf kriegsbeschädigten Grundstücken, die nicht oder nicht vertragsgemäß bedient werden (§ 4 Abs. 4 der BVO). Dadurch wird einer zu niedrigen Bewertung dieser Aktiven ein Riegel vorgeschoben. Endlich steht die Zuteilung der Ausgleichsforderungen unter der Kontrolle der Aufsichtsbehörden. Dies sind im allgemeinen Dienststellen der Schuldner selbst, nämlich der Länder des Währungsgebiets. Die Umstellungsrechnung, die als Grundlage für die Bemessung der Ausgleichsforderungen dient, und selbstverständlich auch spätere Berichtigungen, bedürfen der Bestätigung durch die Aufsichtsbehörden (§ 3 der BVO und § 9 der 23. DVO/UG). Da die Zuteilung von Ausgleichsforderungen nicht dazu dienen soll, überflüssige und nicht lebensfähige Geldinstitute durch eine Sanierung im Zuge der Währungsreform zu erhalten, bestimmt das UG in § 11 und die BVO in § 9, daß den Geldinstituten bei der Zuteilung der Ausgleichsforderungen von den Bankaufsichtsbehörden Auflagen gemacht werden können. Als Beispiele für derartige Auflagen nennt § 9 der BVO, daß von einem Geldinstitut verlangt werden kann, sich durch Ausgabe neuer Aktien, Schaffung neuer Stammeinlagen oder Aufnahme neuer Gesellschafter ein angemessenes Eigenkapital zu



beschaffen, oder sich mit einem anderen Geldinstitut zusammenschließen, oder seine Bestände auf ein anderes Geldinstitut zu übertragen, oder aber zu liquidieren. Für Versicherungsunternehmen sind den Versicherungsaufsichtsbehörden in § 12 der 23. DVO/UG ähnliche Rechte eingeräumt worden.

### Typen der Ausgleichsforderungen

Alle Ausgleichsforderungen, auch die erst später zugewiesenen, gelten in ihrem Gesamtbetrag als am 21. Juni 1948 entstanden; sie sind infolgedessen von diesem Tage an zu verzinsen. Die Zinsen sind halbjährlich zu vergüten und waren erstmalig zum 31. Dezember 1948 fällig. Müssen zunächst zugewiesene Ausgleichsforderungen von einem Geldinstitut oder Versicherungsunternehmen zurückgegeben werden, so sind sie mit den seit dem 21. Juni 1948 darauf gezahlten Zinsen zurückzugeben. Die dem einzelnen Geldinstitut und Versicherungsunternehmen vorbehaltlich späterer Berichtigungen zustehende Ausgleichsforderung steht in ihrem Betrag erst nach Bestätigung der Umstellungsrechnung durch die Aufsichtsbehörden fest. Um jedoch die Geldinstitute und Versicherungsunternehmen schon jetzt in den Zinsgenuß zu setzen, wurde durch die 15. und 24. DVO/UG bestimmt, daß die Schuldner Abschlagszahlungen auf die Zinsen zu leisten haben. Zu diesem Zweck hatte jedes Institut die Höhe seiner Ausgleichsforderungen zu schätzen. Diese Schätzung liegt den folgenden Tabellen über den Gesamtbetrag aller Ausgleichsforderungen zugrunde.

Die Ausgleichsforderungen sind Schuldbuchforderungen (BVO § 11 und 23. DVO/UG § 11). Sie sind in das Schuldbuch der Länder und des Vereinigten Wirtschaftsgebietes einzutragen und richten sich dann, soweit nicht die Gesetze zur Neuordnung des Geldwesens Sondervorschriften enthalten, nach den Bestimmungen, die die einzelnen Länder und das Vereinigte Wirtschaftsgebiet für Schuldbuchforderungen erlassen haben oder noch erlassen werden. Es erscheint zweckmäßig und bleibt zu hoffen, daß die Länder sich zu einer inhaltlich gleichen Regelung entschließen. Dies gilt ins-

besondere sowohl hinsichtlich des Schutzes des guten Glaubens in bezug auf die eingetragene Ausgleichsforderung bei rechtsgeschäftlichen Verfügungen als auch hinsichtlich der Vorrangseinräumung bei Weiterverpfändung einer Ausgleichsforderung an die Bank deutscher Länder. Die Eintragung der Ausgleichsforderungen konnte bisher noch nicht durchgeführt werden, weil die bestätigten Umstellungsrechnungen derzeit noch nicht vorliegen und auch einige Länder noch keine Schuldbuchgesetze erlassen und das Schuldbuch noch nicht eingerichtet haben. Lediglich die Ausgleichsforderungen der Bank deutscher Länder, deren vorläufige Umstellungsrechnung bereits erstellt und bestätigt ist, wurde im Schuldbuch des Vereinigten Wirtschaftsgebietes eingetragen, soweit dieses Schuldner der Ausgleichsforderung ist.

Gemeinsam ist den Ausgleichsforderungen, daß sie zum Nennwert zu bilanzieren sind und nur zum Nennwert veräußert und erworben werden dürfen. Ihre Handelbarkeit ist insoweit beschränkt, als die Ausgleichsforderungen der Geldinstitute nur von Geldinstituten und die Ausgleichsforderungen der Versicherungsunternehmen nur von Versicherungsunternehmen und Geldinstituten erworben und veräußert werden dürfen. Vor Eintragung in das Schuldbuch ist die Veräußerung unzulässig; nur das Zentralbanksystem ist berechtigt, Ausgleichsforderungen schon vor Eintragung in das Schuldbuch zu beleihen oder anzukaufen (BVO § 11 und 23. DVO/UG § 11).

Eine Verpflichtung zur Tilgung der Ausgleichsforderungen besteht für die öffentliche Hand bisher nicht. Eine Ausnahme bildet nur derjenige Teil der Ausgleichsforderungen, der den Geldinstituten, Lebensversicherungsunternehmen und Bausparkassen zur Abgeltung der sogenannten Umstellungskosten (besondere Kosten für die Erfüllung von hoheitlichen Aufgaben aus Anlaß der Währungsreform) zugewiesen wird. Die Mittel für die Verzinsung und Tilgung dieses Teiles der Ausgleichsforderungen (insgesamt etwa 150 Mill. DM) hat die Bank deutscher Länder bereitzustellen.

Im übrigen weisen die Ausgleichsforderungen aber Unterschiede sowohl hinsichtlich der

Schuldner und Gläubiger als auch hinsichtlich der Höhe der Verzinsung auf. Die Zinssätze variieren zwischen 0 und 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> v. H. Schuldner der Ausgleichsforderungen sind teils das gesamte westdeutsche Währungsgebiet, vertreten durch das Vereinigte Wirtschaftsgebiet und die drei Länder des französischen Besatzungsgebietes, teils das jeweilige Land des Währungsgebietes. Anspruch auf Zuteilung einer Ausgleichsforderung können haben: alle Geldinstitute im Währungsgebiet einschließlich der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken sowie alle Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen mit Sitz oder Hauptverwaltung im Währungsgebiet. Eine Übersicht gibt nachstehende Tabelle.

Schuldner, Gläubiger und Zinssätze der Ausgleichsforderungen

Zinssatz	Schuldner	Gläubiger	Entstehungsgrund
0%	Das Land, in dem das Institut seinen Sitz hat	Emissionsinstitute (27. DVO/UG)	Bilanzausgleich, soweit durch Aufstockung der seit 1945 nicht vergüteten Wertpapierzinsen bedingt
3%	Vereinigte Wirtschaftsgebiet und die Länder des französischen Besatzungsgebietes	Bank deutscher Länder Postsparkasse (UG § 11, BVO § 10)	Allgemeiner Bilanzausgleich
3%	Das Land, in dem das Institut seinen Sitz hat	Geldinstitute außer Bank deutscher Länder und Postsparkasse (UG § 11, BVO § 10)	Allgemeiner Bilanzausgleich
3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> %		Versicherungsunternehmen (UG § 24, 23. DVO/UG § 10)	Allgemeiner Bilanzausgleich
4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> %		Realkreditinstitute (UG §§ 11, 22; 30. DVO/UG)	Bilanzausgleich, soweit es sich um Deckung des Umlaufs an Schuldverschreibungen handelt

Über die Aufteilung der Ausgleichsforderung der Bank deutscher Länder auf das Vereinigte Wirtschaftsgebiet und die Länder des franzö-

sischen Besatzungsgebietes ist zwischen den Beteiligten gemäß § 10 Abs. 3 BVO eine Vereinbarung dahingehend getroffen worden, daß von dieser Ausgleichslast entfallen:

auf das Vereinigte Wirtschaftsgebiet 90,6 v. H.  
auf die Länder des französischen Besatzungsgebietes . . . . . 9,4 v. H.

Das Vereinigte Wirtschaftsgebiet hat durch Nachtragshaushaltsgesetz 1948 intern zur Zahlung der Zinslasten die Verwaltung der Reichsbahn im Vereinigten Wirtschaftsgebiet mit drei Fünfteln und die Hauptverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen mit zwei Fünfteln herangezogen. Das Haushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1949 des Vereinigten Wirtschaftsgebietes sieht dieselbe Regelung vor.

### Gesamtbetrag der Ausgleichsforderungen

Von besonderem volkswirtschaftlichen Interesse ist der Gesamtbetrag der entstehenden Ausgleichsforderungen, der praktisch dem gegenwärtigen Stand der verbrieften langfristigen Verschuldung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und der Länder des Währungsgebietes entspricht. Wie bereits dargestellt worden ist, kann infolge der Bewertungsschwierigkeiten bei Aufstellung der Umstellungsrechnung die Ausgleichsforderung eines Instituts heute noch nicht endgültig ermittelt werden; vielmehr ist mit laufenden Berichtigungen zu rechnen, die die Höhe der Ausgleichsforderung der meisten Institute verändern wird. Schon aus diesem Grunde kann auch der Gesamtbetrag der Ausgleichsforderungen im westdeutschen Währungsgebiet immer nur nach dem jeweiligen Stand vorbehaltlich späterer Berichtigungen angegeben werden. Darüber hinaus ist jedoch zu berücksichtigen, daß auch die Währungsgesetzgebung in dieser Beziehung noch nicht abgeschlossen ist, weil eine Reihe von wichtigen Fragen nicht unmittelbar bei Erlaß der Gesetze zur Neuordnung des Geldwesens geregelt werden konnte. Solche Durchführungs- und Ergänzungsverordnungen, zu deren Erlaß die Alliierte Bankkommission auf Grund des Währungsgesetzes (§ 24), des Umstellungsgesetzes (§ 34) und des Festkontogesetzes (§ 2) ermächtigt ist, können auch die Beträge beeinflussen, die die Institute als Verbindlichkeiten oder als Aktiven in ihre Umstellungsrechnung einzusetzen haben.

So hat z. B. die 29. DVO/UG den Geldinstituten, Lebensversicherungsunternehmen und Bausparkassen gestattet, die Kosten für die diesen Instituten im Zusammenhang mit der Währungsreform übertragenen besonderen Aufgaben nach gewissen Pauschsätzen als Rückstellung in die Umstellungsrechnung einzusetzen. Dadurch erhöhen sich die Passiva und somit auch der Unterschiedsbetrag zu den Aktiven, für den die Institute gegebenenfalls eine Ausgleichsforderung erhalten. Eine Reihe von Verordnungen, die in der gleichen Weise die Umstellungsrechnungen und die Höhe der Ausgleichsforderungen beeinflussen werden, ist gegenwärtig noch in Arbeit. Von besonderer Bedeutung sind die Vorschriften über die Behandlung der Geldinstitute mit Sitz außerhalb des Währungsgebietes, die am 21. Juni 1948 einen verlagerten Geschäftsbetrieb im Währungsgebiet unterhielten (verlagerte Geldinstitute). Es ist damit zu rechnen, daß derartige Geldinstitute im Sinne des § 1 der 1. DVO/UG bei Vorliegen gewisser Voraussetzungen in einem bestimmten Umfang den Geldinstituten mit Sitz im Währungsgebiet gleichgestellt werden und somit auch einen Anspruch auf Zuteilung einer Ausgleichsforderung erhalten.

Auf dem Gebiet der Versicherungswirtschaft wird möglicherweise eine vorgesehene Neuregelung der Umstellung von Verbindlichkeiten aus Haftpflicht- und Unfallversicherungsverträgen auf Grund von Schadenfällen, die vor dem 21. Juni 1948 eingetreten sind, Rückwirkungen auf die Höhe der Ausgleichsforderungen haben. Obwohl aus dem Wortlaut der Versicherungsverordnung zunächst geschlossen wurde, daß solche Verbindlichkeiten im Verhältnis von 1 DM für je 10 RM umzustellen wären, haben einige Gerichte auf Grund eingehender Auslegung der Währungsgesetze schon wiederholt entschieden, daß derartige Verbindlichkeiten, soweit es sich um Rentenverpflichtungen aus Personenschäden handelt, im Verhältnis von 1 DM für je 1 RM zu erfüllen sind. Eine gesetzliche Regelung würde eine Klarstellung dieser strittigen Frage bringen und alle Versicherungsunternehmen, auch ohne Vorliegen eines entsprechenden Gerichtsurteils, berechtigen, die Rückstellung für solche Verbindlichkeiten in

der Umstellungsrechnung nach dem Verhältnis von 1 DM für 1 RM vorzunehmen. Auch die Regelung sonstiger Fragen, wie z. B. die Behandlung von Überweisungen, die infolge der Bankenschließung im Osten und der Zonentrennung nicht mehr vollständig durchgeführt werden konnten sowie die Rückstellung für Pensionsverpflichtungen von Geldinstituten, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen in der Umstellungsrechnung dürften sich auf die Höhe der Ausgleichsforderung auswirken.

Der Gesamtbetrag der Ausgleichsforderungen wird sich aus den behandelten Gründen im Laufe der nächsten Jahre noch ändern. Er kann also nur nach dem jeweiligen Stand ermittelt werden. Für die nachfolgende erste Schätzung des Gesamtbetrages der Ausgleichsforderungen im west-

Ausgleichsforderungen der Geldinstitute,  
Versicherungsunternehmen und Bausparkassen  
(Stand vom 30. Juni 1949)  
in Mill. DM<sup>1)</sup>

A. Geldinstitute <sup>2)</sup>		
Bank deutscher Länder	5 450	
Landeszentralbanken	2 355	
Sparkassen, Girozentralen, Staatsbanken	2 708	
Kreditgenossenschaften, Zentralbanken	1 056	
Hypothekenbanken und andere Realkreditinstitute	522	
Sonstige Geldinstitute	1 150	
Summe: Geldinstitute		13 241
B. Versicherungsunternehmen <sup>3)</sup>		
Lebensversicherung	1 502	
Sachversicherung	339	
Krankenversicherung	120	
Pensions- und Sterbekassen	207	
Summe: Versicherungsunternehm.		2 168
C. Bausparkassen		
Öffentlich-rechtliche und private Bausparkassen insgesamt (vorläufige überschlägige Schätzung)		60
Gesamtbetrag der Ausgleichsforderungen im westdeutschen Währungsgebiet		15 469

<sup>1)</sup> Noch ohne Berücksichtigung der Ausgleichsforderungen für Rückstellungen von Umstellungskosten, die nach einer überschlägigen Schätzung 120–140 Mill. DM betragen.

<sup>2)</sup> Nach Meldungen der Landeszentralbanken.

<sup>3)</sup> Nach Mitteilung des Zonenamts des Reichsaufsichtsamts für Versicherungswesen.

deutschen Währungsgebiet sind die Angaben der Geldinstitute zugrunde gelegt worden, die sie für die Berechnung der Abschlagszahlungen auf die Zinsen für ihre Ausgleichsforderungen gemacht haben. Dabei sind allerdings noch nicht diejenigen Ausgleichsforderungen berücksichtigt, die infolge der nunmehr möglichen Rückstellung für Umstellungskosten zusätzlich entstehen, da die entsprechende Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz erst vor kurzem ergangen ist.

Nach dem Stand vom 30. Juni 1949 wurde ein Gesamtbetrag an Ausgleichsforderungen in Höhe von 15 469 Mill. DM ermittelt. Die Aufgliederung dieses Betrages auf die verschiedenen Gruppen von Geldinstituten, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen ergibt sich aus vorstehender Tabelle.

### Verteilung der Ausgleichsforderung und Höhe der Zinslast

Die Höhe der gesamten Zinslast für die Ausgleichsforderungen läßt sich noch nicht ganz genau ermitteln, weil erst jetzt durch die 27. und 30. DVO/UG für Realkreditinstitute näher festgelegt worden ist, welcher Teil ihrer Ausgleichsforderungen mit  $4\frac{1}{2}$  v. H. verzinst wird bzw. unverzinslich ist. Rechnet man überschlägig die gesamten, den Realkreditinstituten zustehenden Ausgleichsforderungen als mit  $4\frac{1}{2}$  v. H. verzinslich, so ergibt sich eine Zinslast für alle Ausgleichsforderungen von rund 483 Mill. DM pro Jahr, wie aus der nachfolgenden Aufstellung zu ersehen ist. Die Tabelle zeigt zugleich, daß die noch zu berücksichtigende Aufteilung der Ausgleichsforderungen der Realkreditinstitute auf den unverzinslichen,  $3\frac{0}{10}$ igen und  $4\frac{1}{2}\frac{0}{10}$ igen Typ für die Höhe der Zinslast nur von geringer Bedeutung ist.

#### Zusammensetzung der Zinslast für Ausgleichsforderungen<sup>1)</sup>

Zinssatz in %	Betrag der Ausgleichsforderungen in Mill. DM	Zinslast in Mill. DM
3	12 719	381,6
$3\frac{1}{2}$	2 228	78,0
$4\frac{1}{2}$	522	23,5
insgesamt	15 469	483,1

<sup>1)</sup> einschließlich Ausgleichsforderungen der Bausparkassen.

Da das Steueraufkommen der Länder und des Vereinigten Wirtschaftsgebietes sich seit Monaten um rund 1 200 Mill. DM im Monat, d. h. rund 14 400 Mill. DM im Jahr, bewegt, beansprucht der Zinsendienst für die Ausgleichsforderungen durchschnittlich  $3\frac{1}{3}$  v. H. der Steuereinnahmen. Die Zinslast verteilt sich auf die verschiedenen Schuldner in erster Linie nach der Höhe der von ihnen zuzuteilenden Ausgleichsforderungen. Über die Verteilung der Ausgleichsforderung der Bank deutscher Länder auf die verschiedenen Schuldner sind bereits Angaben gemacht worden. In den Fällen, in denen die elf Länder des Währungsgebietes Schuldner sind, ist grundsätzlich dasjenige Land Schuldner einer Ausgleichsforderung, in dem das

### Aufteilung des Gesamtbetrages der Ausgleichsforderungen nach Schuldnern

(Stand vom 30. Juni 1949)  
in Mill. DM

Schuldner	Zentralbank-system und Post-spar-kassen	Übrige Geld-institute	Versiche-rungs-unter-nehmen	insgesamt
I. Für das noch nicht als einheitliche Gebiets-körperschaft bestehende Westdeutsche Währungsgebiet				
a) Vereinigtes Wirt-schaftsgebiet	5 046	—	—	5 046
b) Länder des franzö-sischen Besatzungs-gebietes <sup>1)</sup>	520	—	—	520
insgesamt	5 566	—	—	5 566
II. Länder				
Bayern	392	1 103	393	1 888
Hessen	225	489	163	877
Württemberg-Baden	243	591	362	1 196
Bremen	70	84	6	160
Nordrhein-Westfalen	550	1 183	601	2 334
Niedersachsen	297	694	191	1 182
Schleswig-Holstein	119	219	35	373
Hamburg	190	272	355	817
Rheinland-Pfalz	131	332	60	523
Baden	77	186	2	265
Württemb.-Hohenzoll.	61	167	—	228
Gebietsmäßige Auftei-lung noch unbekannt (Bausparkassen)				60
Gesamtsumme	7 921	5 320	2 168	15 469

<sup>1)</sup> Die Ausgleichsforderungen, die die Länder des französischen Besatzungsgebietes gegenüber den Instituten mit Sitz im eigenen Land schulden, sind hier nicht erfaßt, sondern unter II aufgeführt.

Geldinstitut oder Versicherungsunternehmen seinen Sitz hat. Die Aufteilung des geschätzten Gesamtbetrages der Ausgleichsforderungen nach den Schuldnern ist aus vorstehender Tabelle zu ersehen.

Bei der Verteilung der Zinslasten auf die einzelnen Länder des Währungsgebietes ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Schuldner der Ausgleichsforderungen in gewissem Umfange ihre Zinslast auf andere Länder abwälzen können. Bei Geldinstituten mit Niederlassungen in mehreren Ländern ist eine Aufteilung der Ausgleichslast auf die betreffenden Länder nach näherer Vereinbarung der Länderfinanzministerien, und bei Versicherungsunternehmen eine Aufteilung der Zinslast für die Ausgleichsforde-

rungen auf alle elf Länder des Währungsgebietes nach Maßgabe des Prämienaufkommens in dem letzten vollen Geschäftsjahr vor dem 21. Juni 1948 vorgesehen (BVO § 10 Abs. 5 und 23. DVO/UG § 10). Ohne Berücksichtigung dieser Sonderbestimmungen, deren Wirkungen sich zum Teil kompensieren und deshalb bei den meisten Ländern nicht allzu sehr ins Gewicht fallen werden, ergibt sich die nebenstehende vorläufige Aufstellung über die Verteilung der Zinslasten.

Die relativ hohe prozentuale Zinsbelastung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes erklärt sich aus der gegenwärtigen Aufteilung der öffentlichen Finanzen auf Bizone und Länder; sie kann nicht unmittelbar mit den entsprechenden Angaben für die Länder verglichen werden. In der prozentualen Zinsbelastung zeigen sich zwischen den Ländern sehr bemerkenswerte Unterschiede. Die höhere Belastung der Länder des französischen Besatzungsgebietes ist mit auf die Tatsache zurückzuführen, daß diese Länder mit dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet auch die Zinsverpflichtungen gegenüber der Bank deutscher Länder und der Postsparkassen zu übernehmen haben. Bei den übrigen Ländern schwankt die prozentuale Zinslast für Ausgleichsforderungen zwischen 1,1 v. H. bei Bremen und 2,7 v. H. bei Bayern und Württemberg-Baden.

Zinslast für Ausgleichsforderungen  
und Steuereinnahmen nach Ländern  
in Mill. DM

Land	Steuereinnahmen (Jahresrate) <sup>1)</sup>	Jährliche Zinslast aus Ausgleichsforderung. <sup>2)</sup>	Zinslast in v. H. der Einnahmen aus Steuern und Zöllen
Bayern	2 335	63,0	2,7
Hessen	1 220	27,6	2,3
Württemberg-Baden	1 375	39,0	2,8
Bremen	450	5,1	1,1
Nordrhein-Westf.	4 325	73,5	1,7
Niedersachsen	1 685	36,7	2,2
Schleswig-Holstein	540	11,4	2,1
Hamburg	1 170	26,6	2,3
Rheinland-Pfalz	692	23,4	3,4
Baden	387	13,1	3,4
Württemb.-Hohenz.	330	10,1	3,0
Summe der Länder	14 509	329,5	2,3
Vereinigtes Wirtschaftsgebiet <sup>3)</sup>	1 000 <sup>3)</sup>	151,4	15,1
Gesamtsumme	15 509	480,9 <sup>4)</sup>	3,1

<sup>1)</sup> Geschätzt auf den doppelten Betrag der Steuer- und Zolleinnahmen im ersten Halbjahr 1949.

<sup>2)</sup> Gesamteinnahmen.

<sup>3)</sup> Berechnet nach den Ausgleichsforderungen (ausgenommen Bausparkassenausgleichsforderungen) gegen die betreffenden Länder unter Berücksichtigung der verschiedenen Zinssätze; bei den Ländern der französischen Zone einschließlich der Zinslast für die Ausgleichsforderungen der Bank deutscher Länder und der Postsparkassen.

<sup>4)</sup> Die Differenz zu der oben angegebenen gesamten Zinslast erklärt sich aus der Nichtberücksichtigung der Ausgleichsforderungen von Bausparkassen, für die eine gebietsmäßige Aufgliederung noch nicht vorliegt.

### Wirtschaftliche Bedeutung der Ausgleichsforderung für das einzelne Institut

Schon einleitend ist hervorgehoben worden, daß die große Mehrzahl aller Geldinstitute und Versicherungsunternehmen allein wegen der ihnen zugeteilten Ausgleichsforderung eine ausgeglichene Bilanz einschließlich eines, wenn auch nur sehr geringen Eigenkapitals aufweisen und auf dieser Grundlage ihre wirtschaftliche Tätigkeit seit der Währungsreform fortsetzen konnten. Darüber hinaus haben die Ausgleichsforderungen für das einzelne Institut Bedeutung als zinsbringende Anlagetitel und als Refinanzierungsinstrument.

Der Zinssatz für Ausgleichsforderungen ist mit durchschnittlich etwa 3 % weit geringer als die effektive Verzinsung von Wertpapieren

oder gar die Sollzinsen für normale Debitoren. Infolgedessen wird die Rentabilität aller derjenigen Institute und Institutsgruppen recht ungünstig beeinflusst, bei denen die Ausgleichsforderungen einen relativ hohen Anteil an den gesamten Aktiven ausmachen. Dies mußte jedoch in Kauf genommen werden, um die ohnehin mit vielen außergewöhnlichen Ausgaben belastete öffentliche Hand nicht übermäßig durch hohe Zinsverpflichtungen für die Ausgleichsforderungen zu beengen. Die Lage bei den verschiedenen Gruppen der Geldinstitute im Hinblick auf die durch die Ausgleichsforderungen bedingte Rentabilitätsminderung ist allerdings sehr verschieden. Für die Versicherungsunternehmen läßt sich diese Frage vorläufig gar nicht beurteilen, da geeignete Unterlagen fehlen.

Die Zusammenstellung zeigt, daß die Beeinflussung der Rentabilität durch die Ausgleichsforderungen bei den Sparkassen, Genossenschaften und Hypothekenbanken am größten ist und daß sie bei den übrigen Banken infolge der inzwischen stattgefundenen Ausweitung des Bilanzvolumens eine wesentlich geringere Bedeutung hat.

Die Handelbarkeit der Ausgleichsforderungen ist infolge ihres Zwangskurses beschränkt. Erst wenn einmal der Kapitalmarkt wieder so flüssig

sein sollte, daß Staatspapiere ganz allgemein zu 3 % gehandelt werden, würde sich der Zwangskurs der Ausgleichsforderungen in einen freien Marktkurs verwandeln. Das ist vorläufig jedoch nicht zu erwarten. Infolgedessen kommt ein Verkauf der Ausgleichsforderungen oder die Aufnahme eines Lombarddarlehens gegen Ausgleichsforderungen nur in beschränktem Umfang im Verkehr mit den Landeszentralbanken oder mit Zentralinstituten des eigenen Netzes in Betracht.

Die Gesetze zur Neuordnung des Geldwesens sehen vor, daß die Landeszentralbanken berechtigt sind, Ausgleichsforderungen der Geldinstitute und der Versicherungsunternehmen ihres Bezirks zu beleihen oder anzukaufen. Bisher blieb dies jedoch auf den Fall beschränkt, daß die Hilfe des Zentralbanksystems erforderlich ist, um die Zahlungsbereitschaft der Institute aufrecht zu erhalten. Ein Ankauf wurde zudem nur in besonderen Fällen vorgenommen. Das Recht dieser Liquiditätshilfe ist den Landeszentralbanken auch bereits vor Eintragung der Ausgleichsforderungen in das Schuldbuch eingeräumt worden. Die Ausgleichsforderungen ermöglichten dem Institut also nur dann eine Refinanzierung, wenn alle anderen Wege der Geldbeschaffung erschöpft waren. Dabei bleibt das Kreditinstitut verpflichtet, nach wiederhergestellter Liquidität die Ausgleichsforderungen

Anteil der Ausgleichsforderungen an den Bankaktiven \*)  
in v. H.

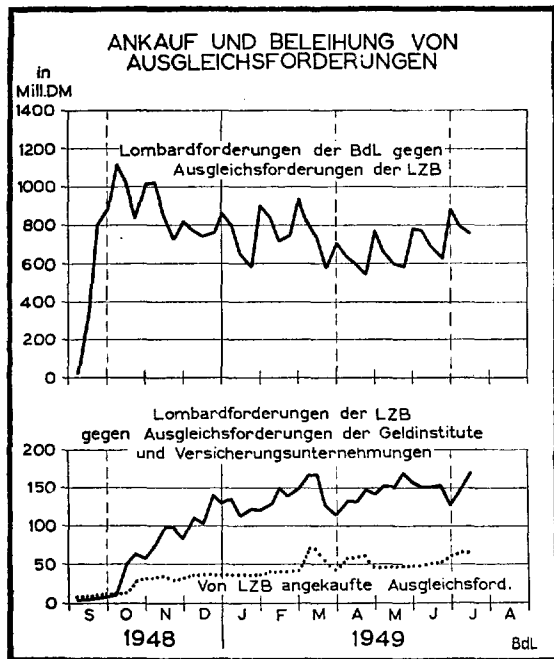
	Alle Banken	Kreditbanken	Hypothekenbanken	Girozentralen	Spar-kassen	Zentral-kassen	Kreditgenossenschaften	Sonstige Geldinstitute
1. Barreserve <sup>1)</sup>	9	8	0,5	13	10	12	8	5
2. Forderungen unzweifelhaft. Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute	10	8	13,5	18	10	11	8	5
3. Wechselbestand <sup>2)</sup>	12	16	0	28	4	12	4	12
4. Kurzfristige Ausleihungen <sup>3)</sup>	29	45	6	20	15	55	28	46
5. Mittel- u. langfrist. Ausleihungen <sup>3)</sup>	7	3	40	8	8	0	4	10
6. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand	33	20	40	13	53	10	48	22
Summe (1 — 6)	100	100	100	100	100	100	100	100

\*) Errechnet auf Grund der Ergebnisse der Monatlichen Bankenstatistik von Ende Juni 1949. Nicht erfaßt sind einige Bilanzpositionen (Wertpapiere, Grundstücke, Gebäude etc.), für die noch keine Angaben vorliegen. Sie dürften aber höchstens 5—10 v. H. der Bilanzsumme ausmachen.

<sup>1)</sup> Einschließlich Postscheckguthaben.

<sup>2)</sup> Einschließlich Schatzwechsel.

<sup>3)</sup> Einschließlich Kredite an Geldinstitute.



zurückzukaufen. Das nebenstehende Schaubild zeigt, in welchem Umfang sich die Geldinstitute gegen Ausgleichsforderungen refinanziert haben.

Eine besondere Bedeutung haben die Ausgleichsforderungen im Verkehr zwischen der Bank deutscher Länder und den Landeszentralbanken für den grundsätzlich die gleichen gesetzlichen Vorschriften gelten. Der Umfang der von den Landeszentralbanken gegen Ausgleichsforderungen aufgenommenen Lombarddarlehen ist weit höher als der Betrag der von ihnen den Geldinstituten gewährten Lombarddarlehen. Über die Bedeutung der Ausgleichsforderungen für den Verkehr zwischen der Bank deutscher Länder und den Landeszentralbanken ist in dem Beitrag über „Die Funktionsweise des Zentralbanksystems“ in den Monatsberichten der Bank deutscher Länder, Mai 1949, ausführlich berichtet worden.

## Die neuen Tabellen der Bankenstatistik

Vom vorliegenden Juli-Heft an werden die Tabellen über die bankstatistischen Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken in neuer Form vorgelegt. Die Bestandsstatistik (Bilanzzahlen) wurde durch die Aufnahme einiger bisher nicht erfaßter Bilanzpositionen weiter ausgebaut, die Umsatzstatistik dagegen weitgehend eingeschränkt. Die aus der Zeit vor der Währungsreform übernommene Statistik der Bargeldumsätze ist in Wegfall gekommen. An ihre Stelle sind die Angaben über die Gesamtumsätze im Sparverkehr getreten, die das Ausmaß der echten Kapitalneubildung auf den Sparkonten erkennen lassen. Über die bisher für die einzelnen Wechselarten getrennt erfaßten Umsätze im Wechselgeschäft wird nicht mehr berichtet. Der Abschnitt „Bankstatistische Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken“ im Statistischen Teil der Monatsberichte gliedert sich nunmehr in vier Gruppen: die Bilanzzahlen, die Übersichten über das volkswirtschaftliche Kreditvolumen, die Umsätze im Sparverkehr und die Statistik der Mindestreservemeldungen.

Um die Geldinstitute nicht über das notwendige Maß hinaus mit statistischen Arbeiten zu

belasten, war bisher auf die Erfragung solcher Bilanzpositionen verzichtet worden, deren Ausweis wegen der noch ausstehenden Bewertungsrichtlinien mit großen Schwierigkeiten verbunden gewesen wäre. Auch bei der Einführung des neuen Erhebungsformulars für den Monat Juni wurde vorläufig noch von der Einforderung eines vollständigen Zwischenausweises Abstand genommen. Immerhin liegen jedoch nunmehr Angaben über die meisten Bilanzpositionen vor. Auf der Aktivseite fehlen nur noch die Wertpapiere, Grundstücke, Gebäude und ähnliche Vermögenswerte, auf die etwa 10 v. H. der Bilanzsumme entfallen dürften. Neu hinzugekommen sind die Forderungen aus Report- und Lombardgeschäften, die Wareneinschüsse, Schuldner, Hypotheken, Kommundarlehen und durchlaufenden Kredite. Diese Aktivpositionen waren (mit Ausnahme der neu aufgenommenen Schatzanweisungen) bereits in den für die Vormonate veröffentlichten Zahlen über die Entwicklung der Kredite erfaßt, allerdings global in einer Summe, während sie nunmehr auch als getrennte Bilanzpositionen einzeln ausgewiesen werden. Auf der Passivseite sind die seitens der Kundschaft bei Dritten benutzten Kredite, die Anleihen und das geschätzte Eigenkapital

neu erfaßt. In der nachfolgenden Wiedergabe eines Zwischenausweis-Schemas sind die in der Statistik jetzt noch fehlenden Positionen besonders (+) gekennzeichnet:

dung kommt es jedoch bei der Beobachtung und Beurteilung der Kreditversorgung der Volkswirtschaft an. Der Betrag der von Geldinstituten an andere Geldinstitute gewährten

Aktiva	Passiva
1. Kassenbestand	1. Einlagen auf Freikonto (ohne Spareinlagen)
2. Guthaben bei der LZB	2. Spareinlagen auf Freikonto
3. Postscheckguthaben	3. Festkonto
4. Bankguthaben	4. Anlagekonto
+ 5. Schecks, fällige Zins- und Dividendenscheine	5. Seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite
6. Wechsel	6. Sonstige im In- und Ausland aufgenommene Gelder und Kredite
7. Schatzwechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen	7. Eigene Akzepte in Umlauf
8. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand	8. Anleihen
+ 9. Eigene Wertpapiere	+ 9. Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden
+ 10. Konsortialbeteiligungen	10. Durchlaufende Kredite
11. Forderungen aus Report- und Lombardgeschäften	11. Geschätztes Eigenkapital
12. Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren	+ 12. Rückstellungen
13. Schuldner	+ 13. Sonstige Passiva
14. Hypotheken	
15. Kommunaldarlehen	
16. Durchlaufende Kredite	
+ 17. Beteiligungen, Grundstücke, Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Aktiva	
+ Summe der Aktiva	+ Summe der Passiva

Die Tabellen über das volkswirtschaftliche Kreditvolumen werden wie bisher weitergeführt. Der Hauptvorteil dieser in der Bankenstatistik früherer Jahre nicht bekannten Zusammenstellung besteht darin, daß bei der Berechnung des Kreditvolumens die Kreditgewährung der Banken untereinander ausgeschaltet wird. Auf diese Weise kann der Umfang der Kredite ermittelt werden, die der Bankenapparat als ganzes genommen der übrigen Wirtschaft und Bevölkerung gewährt. In den Zwischenausweisen, die die Banken vor der Währungsreform als statistisches Meldformular einzureichen hatten, waren zwar die Buchforderungen gegen Geldinstitute einerseits und die Nichtbanken-kundschaft andererseits getrennt ausgewiesen; dem Wechselbestand dagegen war trotz seiner Aufgliederung nach Handelswechseln, eigenen Ziehungen usw. nicht anzusehen, welcher Teil von anderen Banken oder von der Nichtbanken-kundschaft hereingenommen war. Infolgedessen war es früher unmöglich, auf Grund der Zwischenausweis-Statistik den Gesamtbetrag der Kredite (Buchkredite und Wechseldiskontkredite) an Wirtschaft und Private zu ermitteln. Gerade auf dieses Kreditvolumen nach Ausschaltung der Bank-zu-Bank-Verschul-

Diskontkredite ist keineswegs gering; er belief sich Ende Juni auf rd. 900 Mill. DM, also auf mehr als ein Drittel der an die Nichtbanken-kundschaft gewährten Diskontkredite (rd. 2 400 Mill. DM).

Deshalb wurde bereits seit der Währungsreform von den Geldinstituten nicht nur die Angabe ihres Wechselbestandes, sondern auch die Angabe des gesamten Wechselobligos ihrer Kreditnehmer eingefordert. Die Banken hatten danach in ihren statistischen Meldungen nicht nur diejenigen Wechsel anzugeben, die sie angekauft und im eigenen Bestand behalten hatten, sondern auch diejenigen, die sie zur Beschaffung flüssiger Mittel an andere Banken weiter verkauft hatten. Um die Summe der Indossamentsverbindlichkeiten jedes einzelnen ihrer Kunden zu kennen, führen die Banken in ihren Kreditabteilungen Aufzeichnungen über die diskontierten Wechsel (Wechselobligo), aus denen jederzeit die Höhe des Gesamtengagements eines Kunden hervorgeht. Diese Aufzeichnungen gestatten eine Trennung der Wechseldiskontkredite an die Nichtbanken-kundschaft und an die Geldinstitute.



Von den Diskontkrediten abgesehen, stimmen die anderen Spalten der Kredit Tabellen nunmehr mit entsprechenden Bilanzpositionen überein:

150 Mill. DM umgestellter Hypotheken und Kommunal Darlehen neu ausgewiesen worden.

Man könnte die Frage aufwerfen, ob sich derartige, die Kontinuität der statistischen Rei-

Neue Gliederung:

1. Schuldner — kurzfristige Forderungen — darunter Akzeptkredite
2. Sonstige kurzfristige Kredite (Report- und Lombard sowie Warenvorschüsse)
3. Wechselobligo der Kundschaft
4. Mittel- und langfristige Kredite (Schuldner — mittel- und langfristige Forderungen — Hypotheken — Kommunal Darlehen)
5. Durchlaufende Kredite

Bisherige Gliederung:

1. Kontokorrent- und Akzeptkredite
2. Sonstige kurzfristige Kredite
3. Wechselobligo der Kundschaft
4. Mittel- und langfristige Kredite

Bei der Einführung des abgeänderten Erhebungsschemas im Monat Juni wurden unter den Aktiven größere Posten mit erfaßt, die aus der RM- in die DM-Rechnung übergeführt wurden, die also nicht auf Grund einer bankgeschäftlichen Tätigkeit nach der Währungsreform entstanden sind. Die Veränderungen der Zahlenreihen im Juni gegenüber den Vormonaten sind zum Teil hierauf zurückzuführen.

Kredite an die Nichtbankenkundschaft  
in Mill. DM

Stand am Monatsende	kurzfristige Kredite	mittel- und langfristige Kredite
Mai	6 123,6	790,4
Juni	6 535,7	1 018,1
Zuwachs im Monat Juni	412,1	227,7
davon: geschätzter, statistisch bedingter Zuwachs	etwa 100	etwa 150
Zunahme durch Neugeschäft	etwa 300	etwa 80

Die auf etwa 100 Mill. DM geschätzte statistische Erhöhung der kurzfristigen Kredite ist sowohl auf die Neuaufnahme bisher nicht erfaßter Bilanzpositionen (unverzinsliche Schatzanweisungen) als auch auf die Erfassung von Beträgen zurückzuführen, die von RM auf DM umgestellt wurden. Bei den mittel- und langfristigen Krediten ist ein Betrag von etwa

hen beeinträchtigende Veränderungen nicht vermeiden ließen. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß die Statistik zweckmäßig auf die Zahlen zurückgreift, die in der Buchhaltung vorliegen. Die technische Durchführung der Währungsreform mit ihren sich über Monate erstreckenden Umstellungsarbeiten bringt es nun aber mit sich, daß die Bestandszahlen der Buchhaltung sowohl durch rein technische Umbuchungen als auch durch die tatsächliche Geschäftsentwicklung nach der Währungsreform beeinflusst werden. In den vergangenen Monaten machte sich vor allem in der Einlagenstatistik der laufende Einlagenzuwachs aus der Umwandlung von RM-Einlagen störend bemerkbar. Da heute mehr als 90 v. H. der Konten umgestellt sein dürften, fallen die rein statistisch bedingten Veränderungen dieser Zahlenreihen kaum noch ins Gewicht. Anders verhält es sich mit den Krediten. Seit der Veröffentlichung der Bewertungsrichtlinien tritt die Übernahme von Forderungen aus der Zeit vor der Währungsreform bei den Bilanzzahlen stärker in Erscheinung. Bis zum endgültigen Abschluß der Umstellungsarbeiten wird es daher unvermeidlich sein, daß bei einer Betrachtung der Entwicklung des Kreditvolumens ein nur schätzungsweise anzugebender Abschlag für die Neuaufnahme umgestellter Altkredite und für Bewertungskorrekturen gemacht werden muß.



# Statistischer Teil

## Verzeichnis der Übersichten

	Seite
I. Zentralbankausweise	44
Ausweis der Bank deutscher Länder	44
Zahlungsmittelumlauf	45
Konsolidierter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	46
Monatsausweise der Landeszentralbanken nach dem Stand vom 30. Juni 1949	48
II. Bankstatistische Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	50
Bilanzzahlen: Gesamtübersicht	50
(monatliche Bankenstatistik)	
Bilanzzahlen: nach Ländern	52
(monatliche Bankenstatistik)	
Bilanzzahlen: nach Bankengruppen	60
(monatliche Bankenstatistik)	
Bilanzzahlen: 112 Geldinstitute	64
(wöchentliche Bankenstatistik)	
Volkswirtschaftliches Kreditvolumen: Gesamtübersicht	66
(monatliche und wöchentliche Bankenstatistik)	
Volkswirtschaftliches Kreditvolumen: nach Bankengruppen	68
(monatliche Bankenstatistik)	
Umsätze im Sparverkehr	70
(monatliche und wöchentliche Bankenstatistik)	
Mindestreserven der Geldinstitute im Währungsgebiet, aufgliedert nach Bankengruppen	71
Mindestreservesätze	71
III. Das Geldvolumen im Währungsgebiet	72
Entwicklung, Struktur und Entstehung des Geldvolumens	72
Bankeinlagen	72
Erstausstattungen	73
Kreditschöpfung	73
IV. Sonstige Geld- und Kreditstatistik	74
Zusammenstellung der im Währungsgebiet geltenden Zinskonditionen	74
Festverzinsliche Wertpapiere, Durchschnittskurse und Indices	76
Wertpapierkurse an der Frankfurter Börse	77
Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien	78
Emissionen und Umlauf kurzfristiger Schuldverschreibungen	78
Wechselstubenkurse der Deutschen Mark in Berlin	79
V. Öffentliche Finanzen	80
Steueraufkommen der Länder im Währungsgebiet	80
Steueraufkommen der Länder im Währungsgebiet nach Steuerarten	80
VI. Außenhandel	81
VII. Produktion, Beschäftigung, Verkehr und Preise	82
Index der industriellen Produktion	82
Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß	83
Eisen- und Stahlerzeugung	83
Arbeitsmarkt	83
Verkehrsentwicklung	84
Index der Grundstoffpreise	84
Indexziffer der Lebenshaltungskosten	85
VIII. Internationale Übersichten	86
Wechselkurse in US-Cents	86
Freiverkehrskurse der Deutschen Mark in Zürich und New York	88
Zinssätze in wichtigen Ländern	89
Großhandelspreisindexziffern wichtiger Länder	89
Moody's Index für USA-Warenpreise	90
Preisentwicklung wichtiger Welthandelswaren	90

**I. Zentralbank-Ausweise**  
Ausweis der Bank deutscher Länder <sup>1)</sup>  
in Mill. DM

Datum	A k t i v a										
	Guthaben bei ausl. Banken einschl. der Guthaben im Rahmen von Handels- abkommen <sup>2)</sup>	Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslands- geschäfts	Aus- länd. Zah- lungsmittel <sup>3)</sup>	Wechsel	Lombard- forderungen gegen Ausgleichs- forderungen gegen die öffentl. Hand	Kassen- vor- schüsse	Forderungen gegen die öffentl. Hand		Interims- forde- rungen gegen die Landes- zentral- banken	Sonstige Aktiva	
							Ausgleichs- forde- rungen	Schuld- verschrei- bungen			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
<b>1948</b>											
7. 9. <sup>2)</sup>	580,9	706,6	—	2,7	16,9	20,0	3 658,6	—	3 619,3	192,7	
30. 9.	622,2	848,2	—	209,0	879,7	—	4 322,5	—	1 222,1	257,5	
31. 10.	763,5	1 014,3	—	567,4	1 019,6	—	4 593,3	—	842,1	193,5	
30. 11.	843,1	1 214,6	0,0	881,6	822,2	50,0	4 743,6	—	686,8	163,9	
31. 12.	983,1	1 538,6	0,0	1 106,7	862,1	42,0	4 568,1	—	661,5	360,1	
<b>1949</b>											
31. 1.	1 113,2	1 770,2	0,2	824,2	904,9	28,0	4 623,9	—	657,4	294,0	
28. 2.	1 131,3	1 942,9	0,2	801,2	940,7	—	4 812,9	—	570,1	243,8	
31. 3.	1 204,6	2 226,6	0,6	1 055,6	711,9	52,8	4 828,8	588,2	554,3	97,7	
30. 4.	1 345,1	2 446,2	0,7	913,4	773,1	218,6	4 825,7	588,2	544,1	132,0	
31. 5.	1 448,4	1 774,1	0,9	768,6	788,7	177,8	4 843,2	588,2	525,1	76,6	
7. 6.	1 420,4	1 914,9	0,9	752,9	775,6	169,4	4 866,0	588,2	524,7	104,0	
15. 6.	1 404,0	1 922,0	1,0	704,1	697,7	146,1	4 933,8	588,2	464,8	73,6	
23. 6.	1 363,7	1 872,4	1,1	677,7	643,6	136,7	5 040,3	588,2	350,2	74,1	
30. 6.	1 335,8	1 521,4	1,8	664,7	887,9	194,1	5 050,4	588,2	349,4	61,2	
7. 7.	1 306,9	1 388,1	1,8	692,1	800,4	160,7	5 050,7	609,2	348,8	65,1	
15. 7.	1 293,3	1 392,8	2,0	665,0	764,8	161,5	5 051,1	639,2	348,5	73,3	
23. 7.	1 289,7	1 415,0	2,2	733,9	635,3	141,5	5 051,8	639,2	347,9	78,5	
30. 7.	1 221,7	1 380,3	2,5	798,7	1 000,7	134,0	5 052,2	639,2	347,6	68,1	
Datum	P a s s i v a										
	Zahlungsmittel- umlauf <sup>4)</sup>	Einlagen insgesamt (Spalte 13-16)	davon				Verpflich- tungen in Devisen gegen JIEA	Sonstige Konten zur Abwick- lung des Auslands- geschäfts	Grund- kapital der BdL	Sonstige Pas- siva	Bilanz- summe
			Landes- zentral- banken	Dienst- stellen der Verwal- tung des Vereinigten Wirt- schafts- gebietes	Be- satzungs- mächte	Andere Ein- lagen					
11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	
<b>1948</b>											
7. 9. <sup>2)</sup>	4 897,5	2 414,6	1 421,7	482,1	496,3	14,5	580,9	804,5	100,0	0,2	8 797,7
30. 9.	5 358,1	1 311,0	356,2	474,4	472,7	7,7	621,8	969,7	100,0	0,6	8 361,2
31. 10.	5 885,3	1 289,2	459,0	419,8	370,9	39,5	759,7	958,2	100,0	1,3	8 993,7
30. 11.	6 017,5	1 385,4	543,9	415,3	369,2	57,0	839,6	1 061,1	100,0	2,2	9 405,8
31. 12.	6 319,4	1 247,7	675,5	168,6	362,3	41,3	977,8	1 375,9	100,0	101,4	10 122,2
<b>1949</b>											
31. 1.	6 166,6	1 111,5	649,5	56,0	364,5	41,5	1 106,7	1 620,5	100,0	110,8	10 216,1
28. 2.	6 215,6	1 073,1	563,8	107,4	366,4	35,5	1 110,9	1 810,7	100,0	132,8	10 443,1
31. 3.	6 649,6	1 221,2	650,2	136,9	343,8	90,3	1 177,4	2 043,2	100,0	129,7	11 321,1
30. 4.	6 791,8	1 246,3	592,4	116,9	345,4	191,6	1 305,5	2 209,4	100,0	134,1	11 787,1
31. 5.	6 802,7	1 258,5	606,9	96,9	347,6	207,1	1 402,6	1 326,7	100,0	101,1	10 991,6
7. 6.	6 892,9	1 229,4	639,2	34,1	346,9	209,2	1 369,3	1 424,2	100,0	101,2	11 117,0
15. 6.	6 632,4	1 347,2	737,8	59,7	347,4	202,3	1 352,3	1 402,0	100,0	101,4	10 935,3
23. 6.	6 418,1	1 487,4	903,7	28,6	347,4	207,7	1 306,4	1 343,6	100,0	101,5	10 757,0
30. 6.	6 974,0	1 165,2	523,4	93,6	345,4	202,8	1 283,4	982,5	100,0	149,8	10 654,9
7. 7.	6 999,1	1 062,1	518,8	27,1	345,1	171,1	1 250,1	856,1	100,0	156,4	10 423,8
15. 7.	6 827,9	1 200,7	540,0	103,4	352,0	205,3	1 227,7	878,8	100,0	156,4	10 391,5
23. 7.	6 585,7	1 354,6	728,4	66,5	352,5	207,2	1 217,1	921,2	100,0	156,4	10 335,0
30. 7.	7 107,4	1 178,8	478,7	170,6	352,5	177,0	1 148,6	953,2	100,0	157,0	10 645,0

<sup>1)</sup> Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, Januar 1949.

<sup>2)</sup> Erster Stichtag, für den ein Ausweis veröffentlicht wurde. <sup>3)</sup> Für die Militärregierungen verwaltet.

<sup>4)</sup> Bis 23. 3. 1949 ohne die gemäß Anordnung der Militärregierung der Währungskommission Berlin zur Verfügung gestellten Banknoten (DM 407 352 000). Ab 31. 3. 1949 einschließlich der in Berlin ausgegebenen Banknoten und Scheidemünzen.

**Zahlungsmittelumlauf**  
in Mill. DM

Stand am	Im Währungsgebiet ausgegebene Zahlungsmittel	Im Währungsgebiet und in Berlin ausgegebene Zahlungsmittel
<b>1948</b>		
7. 9.	4 897	5 256
15. 9.	5 053	5 400
23. 9.	5 004	5 342
30. 9.	5 358	5 656
7. 10.	5 524	5 832
15. 10.	5 560	5 854
23. 10.	5 444	5 759
31. 10.	5 885	6 192
6. 11.	5 931	6 230
15. 11.	5 829	6 145
23. 11.	5 648	5 957
30. 11.	6 017	6 339
7. 12.	6 090	6 406
15. 12.	5 984	6 314
23. 12.	6 029	6 362
31. 12.	6 319	6 641
<b>1949</b>		
7. 1.	6 240	6 556
15. 1.	6 029	6 357
23. 1.	5 829	6 148
31. 1.	6 167	6 508
7. 2.	6 176	6 510
15. 2.	5 959	6 284
23. 2.	5 777	6 119
28. 2.	6 216	6 583
7. 3.	6 251	6 612
15. 3.	6 005	6 378
23. 3.	5 770	6 133
31. 3.	6 187	6 649
7. 4.	6 203	6 683
15. 4.	6 097	6 569
23. 4.	5 792	6 256
30. 4.	6 333	6 791
7. 5.	6 256	6 712
15. 5.	6 109	6 577
23. 5.	5 876	6 331
31. 5.	6 362	6 803
7. 6.	6 462	6 892
15. 6.	6 200	6 632
23. 6.	6 005	6 418
30. 6.	6 553	6 974
7. 7.	6 576	6 999
15. 7.	6 409	6 828
23. 7.	6 180	6 586
30. 7.	6 688	7 107

Konsolidierter Ausweis der Bank deutscher  
in

Datum	Aktiva							
	Guthaben bei ausländischen Banken einschl. der Guthaben im Rahmen von Handelsabkommen <sup>2)</sup>	Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslandsverkehrs	Ausländische Zahlungsmittel <sup>2)</sup>	Post-scheck-konto-Guthaben	Wechsel	Schatzwechsel u. kurzfristige Schatzanweisungen	Lombardforderungen	darunter
								gegen Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand
1	2	3	4	5	6	7	8	
1948								
30. September	622,1	848,2	—	60,2	350,2	0,1	10,3	10,2
31. Oktober	763,6	1 014,3	—	66,7	778,0	0,6	59,7	59,5
30. November	843,0	1 214,6	0,0	29,5	1 231,6	0,1	95,2	83,6
31. Dezember	983,1	1 538,6	0,0	129,2	1 461,0	0,5	167,2	132,1
1949								
31. Januar	1 113,2	1 770,2	0,2	69,9	1 297,0	1,1	162,3	122,0
28. Februar	1 131,3	1 942,9	0,2	39,3	1 314,4	0,6	201,2	149,8
31. März	1 204,6	2 226,5	0,6	76,1	1 376,9	35,3	183,8	116,8
30. April	1 345,1	2 446,2	0,7	101,8	1 350,9	50,0	190,2	143,3
31. Mai	1 448,4	1 774,1	0,9	47,7	1 137,4	50,6	183,9	159,8
30. Juni	1 335,8	1 521,4	1,7	28,3	1 026,0	101,6	145,2	129,2

Datum	Passiva								
	Zahlungsmittel-umlauf <sup>4)</sup>	Einlagen (Spalte 21, 22, 23, 28 u. 29)	davon der						
			Geldinstitute innerhalb des Währungsgebietes	Geldinstitute außerhalb des Währungsgebietes	öffentlichen Körperschaften (Spalte 24 - 27)	davon der			
						Besatzungsmächte	Staatskassen	Gemeinden und Gemeindeverbände	sonstigen öffentlichen Körperschaften
19	20	21	22	23	24	25	26	27	
1948									
30. September	5 358,1	3 261,3	1 301,6	23,8	1 676,4	579,2	465,7	28,8	602,7
31. Oktober	5 885,3	2 846,3	1 008,3	28,7	1 585,4	479,9	438,9	60,3	606,3
30. November	6 017,5	3 313,3	1 461,9	30,8	1 572,4	492,5	374,1	86,3	619,5
31. Dezember	6 319,4	3 132,3	1 532,7	39,8	1 335,1	455,3	452,7	86,0	341,1
1949									
31. Januar	6 166,6	3 118,2	1 439,9	34,6	1 413,3	489,7	623,0	62,5	238,1
28. Februar	6 215,6	3 063,1	1 324,9	23,5	1 484,2	527,1	593,9	55,0	308,2
31. März	6 649,6	3 193,7	1 444,0	27,2	1 498,9	566,3	647,5	53,6	231,5
30. April	6 791,8	3 372,9	1 451,2	34,4	1 500,4	563,7	697,6	48,3	190,8
31. Mai	6 802,7	3 286,9	1 467,0	19,1	1 432,0	575,9	630,2	52,2	173,7
30. Juni	6 974,0	2 955,3	1 270,5	30,4	1 293,8	592,2	503,9	50,1	147,6

<sup>1)</sup> Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, Januar 1949.

<sup>2)</sup> Für die Militärregierung verwaltet.

<sup>3)</sup> Bis 23. 3. 1949 nur Ausgleichsforderungen; ab 31. 3. 1949 einschließlich Schuldverschreibungen.

<sup>4)</sup> Bis 23. 3. 1949 ohne die gemäß Anordnung der Militärregierung der Währungskommission Berlin zur Verfügung gestellten Banknoten (DM 407 352 000). Ab 31. 3. 1949 einschließlich der in Berlin ausgegebenen Banknoten und Scheidemünzen.

Länder und der Landeszentralbanken <sup>1)</sup>

Mill. DM

Aktiva										
Kassen- vor- schüsse (Spalte 10, 11 und 12)	davon an			Wert- papiere	darunter		Beteiligung der LZB an der BdL	Forde- rungen gegen die öffentliche Hand	Interims- forderung. gegen die Geld- institute aus der Erstaus- stattung mit neuem Geld	Sonstige Aktiva
	Militär- regie- rungen	Länder	sonstige öffentl. Körper- schaften		angekaufte Ausgleichs- forde- rungen					
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
35,3	1,0	27,5	6,8	11,4	11,4	100,0	7833,7	526,5	372,6	
27,8	1,0	16,7	10,1	32,8	32,5	100,0	7778,4	211,1	219,0	
93,6	0,8	37,0	55,8	36,5	36,5	100,0	7687,1	190,5	207,6	
98,5	0,7	34,6	63,2	38,3	38,2	100,0	7520,7	143,0	306,0	
67,8	0,5	6,9	60,4	39,6	39,5	100,0	7592,0	105,5	295,7	
48,3	0,4	22,3	25,6	43,5	43,4	100,0	7672,1 <sup>8)</sup>	106,5	273,7	
117,4	0,4	38,4	78,6	44,3	44,2	100,0	8295,2	74,0	78,1	
270,3	0,4	42,5	227,4	47,6	47,6	100,0	8301,7	57,1	90,2	
242,4	0,5	54,2	187,7	49,9	49,8	100,0	8310,2	39,9	104,2	
286,6	0,5	78,2	207,9	60,3	60,2	100,0	8240,5	33,6	109,3	

Passiva								
davon der		Verpflich- tungen in Devisen gegen JEIA	Sonstige Konten zur Ab- wicklung des Auslands- geschäfts	Grund- kapital der BdL und der LZB	Rück- stellungen	Schwebende Ver- rechnungen innerhalb des Zentral- bank- systems	Sonstige Passiva	Bilanzsumme
sonstigen Giro- kunden innerhalb des Währungs- gebietes	sonstigen Giro- kunden außerhalb des Währungs- gebietes							
28	29	30	31	32	33	34	35	36
256,2	3,3	621,7	969,7	370,0	0,6	99,5	89,7	10770,6
221,5	2,4	759,6	958,2	370,0	9,5	186,4	36,7	11052,0
245,8	2,4	839,6	1061,1	370,0	6,5	77,4	43,9	11729,3
222,1	2,6	977,8	1375,9	370,0	6,5	135,3	168,9	12486,1
227,6	2,8	1106,7	1620,5	370,0	6,5	37,0	189,0	12614,5
227,9	2,6	1110,8	1810,7	370,0	6,5	81,6	215,7	12874,0
220,3	3,3	1177,4	2043,2	370,0	6,5	137,0	215,4	13792,8
383,6	3,3	1305,5	2209,4	370,0	6,5	78,4	217,3	14351,8
364,1	4,7	1402,6	1326,6	370,0	6,5	90,1	204,2	13489,6
356,5	4,1	1283,4	982,5	370,0	6,5	140,2	278,4	12990,3

## Monatsausweise der Landeszentralbanken

in

	Bayern	Hessen	Württemberg- Baden	Bremen
<b>Aktiva:</b>				
Giroguthaben bei der BdL	41,2	40,9	37,1	21,3
Nostroguthaben	1,2	0,0	0,0	0,0
Wechsel	5,2	5,2	10,2	6,7
Schatzwechsel und kurzfristige Scharzanweisungen	—	—	—	49,7
Lombardforderungen	31,8	20,2	6,8	0,3
davon gegen Ausgleichsforderungen	(29,8)	(20,1)	(6,6)	(0,3)
Kassenkredite	—	21,5	0,2	—
davon an Landesregierung	(—)	(21,5)	(—)	(—)
Militärregierungen und sonstige öffentl. Stellen	(—)	(—)	(0,2)	(—)
Wertpapiere	—	—	—	—
Ausgleichsforderungen	414,8	229,4	242,8	40,6
davon: eigene gegen das Land	(389,3)	(225,2)	(234,6)	(39,0)
angekaufte fremde	(25,5)	(4,2)	(8,2)	(1,6)
Zwischen den Niederl. der LZB unterwegs befindl. Fernlastschriften <sup>1)</sup>	—	—	—	—
Beteiligung an der BdL	17,5	8,5	9,0	3,0
Sonstige Aktiva	2,6	11,4	3,5	2,3
Interimsforderungen aus der Geldumstellung	12,2	0,3	14,3	0,6
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>526,5</b>	<b>337,4</b>	<b>323,9</b>	<b>124,5</b>
<b>Passiva:</b>				
Einlagen	186,1	146,8	163,5	109,8
davon: Geldinstitute innerhalb des Landes	(147,6)	(98,9)	(112,7)	(63,4)
Geldinstitute außerhalb des Landes	(0,8)	(2,8)	(1,6)	(1,2)
öffentliche Verwaltungen	(15,6)	(22,1)	(31,4)	(40,9)
Militärregierungen	(6,0)	(9,3)	(1,3)	(0,3)
sonstige Girokunden innerhalb des Währungsgebietes	(16,1)	(12,7)	(16,5)	(4,0)
sonstige Girokunden außerhalb des Währungsgebietes	(0,0)	(1,0)	(—)	(0,0)
Zwisch. d. Niederlass. d. LZB unterw. befindl. Giroüberweisungen	19,3	2,8	0,6	0,7
Lombardverpflichtungen gegen die BdL	259,7	150,0	120,0	—
Grundkapital	50,0	30,0	30,0	10,0
Rückstellungen	—	—	0,5	0,1
Sonstige Passiva	7,7	7,7	5,0	3,7
Interimsverbindlichkeiten aus der Geldumstellung	3,7	0,1	4,3	0,2
<b>Summe der Passiva</b>	<b>526,5</b>	<b>337,4</b>	<b>323,9</b>	<b>124,5</b>
Indossamentsverbindlichkeiten aus d. Weitergabe v. Inlandswechseln	208,5	51,3	85,3	—

<sup>1)</sup> Ab 15. 3. 1949 erscheint die Position nur als Saldo auf der Passivseite.



nach dem Stand vom 30. Juni 1949

Mill. DM

Nordrhein- Westfalen	Nieder- sachsen	Schleswig- Holstein	Hamburg	Rheinland- Pfalz	Baden	Württemberg- Hohenzollern	Insgesamt		
							30. Juni 1949	31. Mai 1949	30. April 1949
147,7	31,3	9,1	48,7	32,9	28,3	7,4	445,9	560,9	536,6
0,5	0,2	0,2	0,1	0,4	0,7	0,3	3,6	3,5	4,7
231,2	15,4	0,3	60,2	4,3	9,8	12,8	361,3	368,8	437,2
50,0	—	—	—	—	1,5	0,3	101,5	50,5	50,0
34,4	19,6	9,7	5,4	14,5	0,4	2,2	145,3	184,0	190,1
(26,9)	(15,1)	(9,3)	(4,4)	(14,3)	(0,4)	(2,1)	(129,3)	(159,8)	(143,3)
—	—	9,1	3,3	33,9	15,3	9,1	92,4	64,5	51,7
(—)	(—)	(9,1)	(—)	(28,5)	(10,0)	(9,1)	(78,2)	(54,2)	(42,5)
(—)	(—)	(—)	(3,3)	(5,4)	(5,3)	(0,0)	(14,2)	(10,3)	(9,2)
—	—	—	—	0,1	—	—	0,1	0,1	0,1
509,1	92,9	29,1	183,1	60,0	77,3	61,7	1940,8	1762,4	1160,3
(504,6)	(89,7)	(26,4)	(178,6)	(54,3)	(77,3)	(61,7)	(1880,7)	(1712,6)	(1112,8)
(4,5)	(3,2)	(2,7)	(4,5)	(5,7)	(0,0)	(0,0)	(60,1)	(49,8)	(47,5)
—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,2
28,0	11,5	4,5	8,0	5,5	2,5	2,0	100,0	100,0	100,0
130,9	7,1	5,3	3,2	2,7	2,3	1,5	172,8	71,7	55,5
—	305,6	129,5	0,6	114,7	0,5	0,8	579,1	964,6	1 830,8
1 131,8	483,6	196,8	312,6	269,0	138,6	98,1	3 942,8	4 131,0	4 421,2
889,7	146,5	45,5	253,8	158,2	126,1	87,3	2 313,3	2 635,2	2 718,9
(474,7)	(91,2)	(27,0)	(79,2)	(46,7)	(45,7)	(30,1)	(1 217,2)	(1 437,0)	(1 397,0)
(0,8)	(5,3)	(0,2)	(4,0)	(0,4)	(1,1)	(0,5)	(18,7)	(18,8)	(17,7)
(280,3)	(30,9)	(14,1)	(133,3)	(17,0)	(10,8)	(11,6)	(608,0)	(759,1)	(819,6)
(18,4)	(0,4)	(0,1)	(20,9)	(85,5)	(63,9)	(40,7)	(246,8)	(228,4)	(218,6)
(115,5)	(18,7)	(4,1)	(15,5)	(6,9)	(4,3)	(4,4)	(218,7)	(187,1)	(262,8)
(0,0)	(0,0)	(0,0)	(0,9)	(1,7)	(0,3)	(0,0)	(3,9)	(4,8)	(3,2)
24,4	10,0	0,0	—	6,6	0,3	— 1,9	62,8	44,1	26,6
—	180,0	92,1	40,0	46,1	—	—	887,9	788,7	773,2
50,0	40,0	10,0	10,0	20,0	10,0	10,0	270,0	270,0	270,0
5,9	—	—	—	—	—	—	6,5	6,5	6,5
161,8	15,5	10,3	8,6	3,8	2,0	2,5	228,6	103,2	83,2
—	91,6	38,9	0,2	34,3	0,2	0,2	173,7	283,3	542,8
1 131,8	483,6	196,8	312,6	269,0	138,6	98,1	3 942,8	4 131,0	4 421,2
—	105,3	79,1	72,1	58,4	—	—	660,0	768,6	913,4

## II. Bankstatistische Erhebungen der Bank deutscher

Bilanzzahlen:

Monatliche Bankenstatistik für das  
Gesamterhebung der Bank deutscher  
in Mill.

### Aktiva

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute <sup>2)</sup>	Barreserve <sup>3)</sup>		Nostroguthaben <sup>4)</sup>		sonstige Bankguthaben <sup>5)</sup>	Wechsel (ohne die im Eigenbesitz befindl. eigenen Akzepte)					Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen <sup>7)</sup>	eigene Ausgleichsfordernungen gegen die öffentliche Hand <sup>8)</sup>
		insgesamt	darunter LZB-Guthaben	insgesamt	darunter Postscheckguthaben		insgesamt	davon					
								Handelswechsel <sup>6)</sup>	fremde Bankakzepte	sonstige Wechsel			
										insgesamt	darunter Debitorenziehungen		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
<b>1948</b>													
Juli	4208	1751,2	1517,0	1073,9	52,2	.	.	.	.	.	.	.	.
August	3738	1705,1	1412,5	1190,6	64,9	.	.	.	.	.	.	.	.
Sept.	3592	1558,1	1266,9	1219,0	61,9	.	.	.	.	.	.	.	.
Okt.	3581	1241,0	963,7	1010,1	61,7	.	1371,7	.	.	.	.	.	.
Nov.	3581	1621,5	1334,8	1193,9	60,7	.	1120,8	875,7	138,0	.	107,1	.	4102,0
Dez.	3579	1837,5	1572,2	1060,8	93,6	.	1223,6	1015,9	113,2	.	94,5	.	4344,9
<b>1949</b>													
Januar	3583	1586,6	1322,8	1256,4	56,2	.	1257,7	1139,8	63,0	.	54,9	13,4	4478,2
Februar	3583	1488,2	1235,0	1361,8	57,4	.	1369,8	1243,0	75,2	.	51,6	13,7	4571,8
März	3581	1610,5	1354,8	1394,4	52,2	.	1415,0	1277,8	86,2	.	51,0	20,4	4662,7
April	3580	1653,9	1397,0	1413,8	50,7	.	1475,5	1348,7	75,8	.	51,0	17,5	4736,2
Mai	3576	1611,0	1343,0	1691,4	49,0	.	1686,1	1522,6	112,6	.	50,9	15,1	4812,9
Juni	3576	1415,2	1149,6	1626,4	53,4	51,9	1868,3	1609,3	162,2	96,8	60,4	62,9	5109,4

### Passiva

Stand am Monatsende	Einlagen											seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite
	auf Anlagekonto	auf Festkonto	auf Freikonto mit Einlagen von Geldinstituten		von Spalte 29 entfallen auf						Spar-einlagen	
			insgesamt	darunter Termineinlagen	Einlagen v. Geldinst.		Einlagen d. öff. Hand		sonstige Gläubiger			
					insgesamt	darunter Termineinlagen	insgesamt	darunter Termineinlagen	insgesamt	darunter Termineinlagen		
27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	
<b>1948</b>												
Juli	—	1 533,2	5 199,9	4 001,5	1 198,4	73,4	1 106,6	21,8	2 582,0	62,7	312,9	.
August	—	2 363,5	6 892,0	5 508,8	1 383,2	112,2	1 215,9	101,5	3 607,1	91,0	685,8	.
Sept.	.	2 849,4	7 972,9	6 662,2	1 310,7	136,0	1 362,1	231,1	4 342,2	134,4	957,9	.
Okt.	.	1 747,1	8 656,4	7 475,8	1 180,6	144,6	1 560,5	350,0	4 763,2	179,9	1 152,1	.
Nov.	208,1	725,5	9 748,9	8 453,1	1 295,8	152,4	1 929,2	465,9	5 170,1	225,8	1 353,8	.
Dez.	309,7	440,6	10 387,5	9 094,2	1 293,3	169,6	2 035,9	584,9	5 459,4	260,8	1 598,9	.
<b>1949</b>												
Januar	341,2	325,7	10 706,8	9 416,5	1 290,3	209,4	2 234,6	762,8	5 414,5	287,6	1 767,4	.
Februar	368,1	238,4	11 227,9	9 905,5	1 322,4	251,9	2 377,8	880,7	5 591,6	357,4	1 936,1	.
März	391,4	158,3	11 778,0	10 339,4	1 438,6	296,0	2 380,0	927,5	5 851,6	429,3	2 107,8	.
April	404,6	114,7	12 247,9	10 780,0	1 467,9	352,1	2 584,2	1 004,1	5 969,0	473,7	2 226,8	.
Mai	415,7	73,3	12 920,7	11 245,9	1 674,8	423,6	2 631,8	1 048,8	6 240,8	583,6	2 373,3	.
Juni	399,7	50,5	13 223,0	11 512,1	1 710,9	426,3	2 542,1	1 105,6	6 490,5	669,2	2 479,5	27,9

<sup>1)</sup> Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderungen entstehen durch Abhaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute. <sup>5)</sup> Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. Schatzwechsel erfaßt. <sup>8)</sup> Bis einschließlich Mai 1949 Betrag der im „Monatlichen Bericht über die Umstellungsrechnung“ ausgewiesenen Statistik ab Juli 1949 einbezogenen Währungsdebitoren sind in der monatlichen Bankenstatistik vorerst nicht aufgenommen. <sup>10)</sup> Bis Mai 1949 im In- und Ausland aufgenommene Gelder und Kredite.

# Länder und der Landeszentralbanken

## Gesamtübersicht

westdeutsche Währungsgebiet <sup>1)</sup>

Länder und der Landeszentralbanken

DM

### Aktiva

Forderungen aus Report- u. Lombardgeschäften		Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren		Schuldner <sup>9)</sup>				Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden		Kommunal-darlehen		durchlaufende Kredite - nur Treuhandgeschäfte -	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter Lomb.-Ford. gegen börsengängige Wertpapiere	insgesamt	darunter Rembourskredite	Nichtbankenkundsch.		Geldinstitute		insgesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 48 gewährte)	insgesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 48 gewährte)		
				kurzfrist. Forderungen	mittel- und langfrist. Forderung.	kurzfrist. Forderungen	mittel- und langfrist. Forderung.						
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	
.	.	.	.	165,0	.	15,8	.	.	.	.	.	.	1948
.	.	.	.	826,5	.	78,8	.	.	.	.	.	.	Juli
.	.	.	.	1 449,2	.	133,2	.	.	.	.	.	.	August
.	.	.	.	1 979,3	.	212,0	.	.	.	.	.	.	Sept.
.	.	.	.	2 345,2	239,1 <sup>10)</sup>	284,2	36,6	.	.	.	.	.	Oktober
.	.	.	.	2 466,7	473,3 <sup>10)</sup>	340,7	42,9	.	.	.	.	.	Nov.
.	.	.	.	2 743,4	614,6 <sup>10)</sup>	367,7	55,7	.	.	.	.	.	Dez.
.	.	.	.	3 062,8	646,0 <sup>10)</sup>	366,5	59,9	.	.	.	.	.	1949
.	.	.	.	3 206,4	705,3 <sup>10)</sup>	379,6	69,5	.	.	.	.	.	Januar
.	.	.	.	3 464,2	744,4 <sup>10)</sup>	446,1	71,9	.	.	.	.	.	Februar
.	.	.	.	3 636,4	790,4 <sup>10)</sup>	431,9	88,6	.	.	.	.	.	März
40,9	0,9	125,0	5,0	3 928,4	217,7	472,9	70,2	685,8	147,5	114,6	22,9	464,4	April
													Mai
													Juni

### Passiva

Nostroverpflichtungen <sup>11)</sup>			eigene Akzepte im Umlauf	Anleihen		durchlaufende Kredite - nur Treuhandgeschäfte -	geschätztes Eigenkapital	eigene Ziehungen im Umlauf	Verbindl. aus Bürgschaft. Wechsel- u. Scheckbürgschaft., Gewährleistungsverträgen	Indossamentsverb.		Betrag der verkauften eigenen Ausgleichsfordernungen	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter Nostroverpflicht. aus Lombardierung von Ausgleichsfordernung.	darunter für länger als 6 Mon. hereingenommene Gelder und Kredite		insgesamt	darunter gegen Schuldverschreibungen					insgesamt	darunter weiterbegebene fremde Bankakzepte		
39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	
83,5	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1948
148,5	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	Juli
199,3	.	.	.	.	.	.	.	.	.	825,1	.	.	August
264,4	.	.	411,7	.	.	.	.	.	.	1 240,0	.	17,8	Sept.
432,6	86,4	.	459,7	.	.	.	.	74,1	.	1 422,3	84,1	20,7	Oktober
529,9	150,2	.	532,9	.	.	.	.	69,3	.	1 530,8	98,3	23,0	Nov.
643,0	141,2	.	517,3	.	.	.	.	33,5	.	1 350,9	96,1	25,2	Dez.
699,0	173,9	.	594,2	.	.	.	.	29,7	.	1 333,4	117,9	30,6	1949
674,2	144,0	.	641,3	.	.	.	.	35,8	.	1 368,4	103,0	30,8	Januar
790,6	188,2	.	651,2	.	.	.	.	39,4	.	1 365,8	97,6	33,7	Februar
811,2	191,1	.	634,2	.	.	.	.	44,8	.	1 288,0	85,4	35,0	März
768,7	179,8	46,2	661,8	927,3	726,4	492,9	314,5	54,9	403,4	1 267,7	75,9	43,6	April
													Mai
													Juni

1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. <sup>2)</sup> Einschließlich selbständig gang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Geldinstitute. <sup>3)</sup> Kasse und Landeszentralbankguthaben. <sup>4)</sup> Postscheckgut- <sup>5)</sup> Bis einschließlich Mai 1949 sind noch geringfügige Beträge an sonstigen Wechseln enthalten. <sup>6)</sup> Bis einschließlich Mai 1949 sind nur vorläufigen Ausgleichsfordernungen; ab Juni 1949 geschätzter Gesamtbetrag der Ausgleichsfordernungen. <sup>7)</sup> Die in der wöchentlichen Bankeneinschließlich Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, Kommunal-darlehen, die ab Juni 1949 in den Spalten 22—25 erscheinen. <sup>11)</sup> Sonstige

**Bilanzzahlen:**

 Monatliche Bankenstatistik für das  
Gesamterhebung der Bank deutscher Länder  
in

**Aktiva**

Stand am Mo- nats- ende 1949	Zahl der be- richtenden Insti- tute <sup>2)</sup>	Barreserve <sup>3)</sup>		Nostroguthaben <sup>4)</sup>		sonstige Bank- guthaben <sup>5)</sup>	Wechsel (ohne die im Eigenbesitz befindl. eigenen Akzpte)				Schatz- wechsel und unver- zinsliche Schatzan- weisungen <sup>7)</sup>	eigene Aus- gleichs- forde- rungen gegen die öffent- liche Hand <sup>8)</sup>	
		ins- gesamt	darunter LZB-Gut- haben	ins- gesamt	darunter Post- scheck- guthaben		ins- gesamt	davon					
								Handels- wechsel <sup>6)</sup>	fremde Bank- akzpte	sonstige Wechsel ins- gesamt darunter Debi- toren- ziehungen			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
<b>Währungsgebiet</b>													
Febr.	3 583	1 488,2	1 235,0	1 361,8	57,4	.	1 369,8	1 243,0	75,2	.	51,6	13,7	4 571,8
März	3 581	1 610,5	1 354,8	1 394,4	52,2	.	1 415,0	1 277,8	86,2	.	51,0	20,4	4 662,7
April	3 580	1 653,9	1 397,0	1 413,8	50,7	.	1 475,5	1 348,7	75,8	.	51,0	17,5	4 736,2
Mai	3 576	1 611,0	1 343,0	1 691,4	49,0	.	1 686,1	1 522,6	112,6	.	50,9	15,1	4 812,9
Juni	3 576	1 415,2	1 149,6	1 626,4	53,4	51,9	1 868,3	1 609,3	162,2	96,8	60,4	62,9	5 109,4
<b>Bayern*)</b>													
Febr.	580	220,6	174,9	186,7	8,5	.	148,1	123,6	13,9	.	10,6	—	874,3
März	580	219,0	170,4	186,7	7,3	.	145,2	113,4	21,9	.	9,9	0,2	874,8
April	580	224,1	177,8	174,5	7,2	.	139,0	116,5	12,4	.	10,1	0,1	876,0
Mai	578	217,4	170,2	185,8	6,8	.	153,3	126,2	18,4	.	8,7	0,1	876,8
Juni	578	171,1	124,3	146,4	8,6	3,8	160,9	121,5	20,8	18,6	10,4	—	954,7
<b>Hessen*)</b>													
Febr.	304	121,5	101,4	146,0	4,6	.	114,4	96,8	12,4	.	5,2	—	390,4
März	304	110,3	89,4	169,0	5,0	.	113,0	97,3	10,1	.	5,6	—	398,3
April	304	98,7	77,8	162,5	4,9	.	120,5	105,6	9,2	.	5,7	—	400,5
Mai	305	112,7	90,4	162,7	3,9	.	152,1	132,0	14,1	.	6,0	—	426,0
Juni	305	111,0	89,1	162,8	4,9	8,0	155,4	123,8	18,6	13,0	10,2	1,0	429,4
<b>Württemberg-Baden*)</b>													
Febr.	364	130,8	108,7	211,8	5,0	.	189,8	174,6	10,0	.	5,2	0,3	499,4
März	363	129,6	107,1	233,7	5,4	.	203,3	181,8	16,9	.	4,6	0,2	516,7
April	363	144,6	121,5	271,8	5,6	.	199,9	178,1	18,1	.	3,7	0,2	531,5
Mai	363	133,3	109,4	327,0	4,8	.	226,7	201,7	21,2	.	3,8	0,1	533,5
Juni	363	130,5	105,7	314,1	5,4	6,3	263,3	199,2	29,3	7,8	6,1	0,1	571,7
<b>Bremen</b>													
Febr.	28	85,8	81,4	20,7	1,0	.	31,6	29,4	2,2	.	0,0	—	64,4
März	28	82,8	77,8	25,5	1,3	.	35,0	32,3	2,7	.	0,0	—	64,4
April	28	86,5	81,5	31,3	0,8	.	33,7	31,4	2,3	.	0,0	—	64,8
Mai	28	92,8	86,7	64,0	1,6	.	44,1	39,0	5,1	.	0,0	—	65,8
Juni	28	65,2	59,9	54,5	1,0	0,1	48,2	39,3	8,6	0,3	0,0	2,0	65,0
<b>Nordrhein-Westfalen*)</b>													
Febr.	836	444,5	379,1	405,0	20,7	.	538,1	516,7	10,0	.	11,4	—	1 015,7
März	836	525,4	462,8	415,3	16,5	.	554,8	531,4	10,4	.	13,0	—	1 027,1
April	835	514,5	449,0	378,5	17,1	.	633,9	605,8	13,4	.	14,7	—	1 050,8
Mai	835	544,6	475,1	514,7	17,3	.	696,9	654,5	28,6	.	13,8	—	1 059,4
Juni	835	492,9	425,1	496,7	15,9	20,2	802,1	717,9	58,6	25,6	10,6	40,0	1 127,0
<b>Niedersachsen*)</b>													
Febr.	614	111,1	78,4	93,6	6,1	.	83,1	75,9	3,1	.	4,1	0,2	563,4
März	613	117,2	85,0	95,6	5,8	.	99,4	92,5	3,0	.	3,9	0,2	584,5
April	613	134,0	101,3	96,6	5,1	.	107,8	99,1	2,8	.	5,9	0,1	585,1
Mai	613	123,5	91,4	110,7	5,1	.	117,5	108,1	2,6	.	6,8	0,1	594,8
Juni	613	104,7	72,9	97,0	5,9	2,8	123,4	110,8	2,1	10,5	8,2	0,1	649,6

1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 richtiger Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderungen entstehen durch Guthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute. 2) Einschließlich mittel- und langfristiger Guthabenwechsel erfaßt. 3) Bis einschließlich Mai 1949 Betrag der im „Monatlichen Bericht über die Umstellungsrechnung“ ausgewiesenen vorläufigen ab Juli 1949 einbezogenen Währungsdebitoren sind in der monatlichen Bankenstatistik vorerst nicht aufgenommen. 4) Bis Mai 1949 bei erscheinen. 5) In den vorliegenden Tabellen sind die Zahlen der Postscheckkämter — im Gegensatz zu den früheren Zahlenreihen — nicht

nach Ländern

westdeutsche Währungsgebiet <sup>1)</sup>  
und der Landeszentralbanken  
Mill. DM

Aktiva

Forderungen aus Report- u. Lombardgeschäften		Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren		Schuldner <sup>2)</sup>				Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden		Kommunal-darlehen		durchlaufende Kredite - nur Treuhand-geschäfte -	Stand am Monatsende 1949
insgesamt	darunter Lomb. Ford. gegen börsengängige Wertpapiere	insgesamt	darunter Rembourskredite	Nichtbankenkundsch.		Geldinstitute		insgesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 48 gewährte)	insgesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 48 gewährte)		
				kurzfrist. Forderungen	mittel- und langfrist. Forderung.	kurzfrist. Forderungen	mittel- und langfrist. Forderung.						
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	

Währungsgebiet

.	.	.	.	3 062,8	646,0 <sup>10)</sup>	366,5	59,9	.	.	.	.	.	Febr.
.	.	.	.	3 206,4	705,3 <sup>10)</sup>	379,6	69,5	.	.	.	.	.	März
.	.	.	.	3 464,2	744,4 <sup>10)</sup>	446,1	71,9	.	.	.	.	.	April
.	.	.	.	3 636,4	790,4 <sup>10)</sup>	431,9	88,6	.	.	.	.	.	Mai
40,9	0,9	125,0	5,0	3 928,4	217,7	472,9	70,2	685,8	147,5	114,6	22,9	464,4	Juni

Bayern <sup>\*)</sup>

.	.	.	.	591,1	93,2 <sup>10)</sup>	98,4	11,3	.	.	.	.	.	Febr.
.	.	.	.	612,6	98,3 <sup>10)</sup>	95,5	14,8	.	.	.	.	.	März
.	.	.	.	649,0	108,8 <sup>10)</sup>	112,5	15,5	.	.	.	.	.	April
.	.	.	.	672,7	107,2 <sup>10)</sup>	107,9	20,5	.	.	.	.	.	Mai
33,1	0,3	4,0	0,1	749,1	19,7	120,6	21,1	175,7	43,5	28,6	7,2	100,9	Juni

Hessen <sup>\*)</sup>

.	.	.	.	261,0	89,7 <sup>10)</sup>	38,8	0,1	.	.	.	.	.	Febr.
.	.	.	.	282,1	93,9 <sup>10)</sup>	39,6	0,1	.	.	.	.	.	März
.	.	.	.	307,0	98,3 <sup>10)</sup>	45,5	0,5	.	.	.	.	.	April
.	.	.	.	326,4	105,6 <sup>10)</sup>	45,7	0,7	.	.	.	.	.	Mai
0,3	0,1	7,0	—	355,7	21,0	46,3	1,7	71,6	5,1	18,5	1,5	111,6	Juni

Württemberg-Baden <sup>\*)</sup>

.	.	.	.	341,5	101,2 <sup>10)</sup>	24,3	10,7	.	.	.	.	.	Febr.
.	.	.	.	371,4	112,9 <sup>10)</sup>	27,9	11,2	.	.	.	.	.	März
.	.	.	.	414,1	120,6 <sup>10)</sup>	34,9	10,0	.	.	.	.	.	April
.	.	.	.	433,5	132,3 <sup>10)</sup>	33,1	9,5	.	.	.	.	.	Mai
2,6	0,2	5,3	0,1	477,5	35,9	32,0	8,8	101,0	36,9	9,5	2,1	64,0	Juni

Bremen

.	.	.	.	95,5	15,8 <sup>10)</sup>	27,8	0,1	.	.	.	.	.	Febr.
.	.	.	.	91,4	16,2 <sup>10)</sup>	38,6	0,2	.	.	.	.	.	März
.	.	.	.	105,5	16,1 <sup>10)</sup>	43,8	0,1	.	.	.	.	.	April
.	.	.	.	102,7	17,3 <sup>10)</sup>	42,6	0,1	.	.	.	.	.	Mai
—	—	4,4	0,1	135,0	3,8	35,7	0,1	12,6	1,6	2,9	0,6	28,6	Juni

Nordrhein-Westfalen <sup>\*)</sup>

.	.	.	.	634,9	197,7 <sup>10)</sup>	32,1	6,1	.	.	.	.	.	Febr.
.	.	.	.	667,4	215,4 <sup>10)</sup>	33,5	6,8	.	.	.	.	.	März
.	.	.	.	725,4	224,3 <sup>10)</sup>	40,3	9,0	.	.	.	.	.	April
.	.	.	.	751,7	241,0 <sup>10)</sup>	31,4	21,2	.	.	.	.	.	Mai
1,1	0,1	12,6	4,7	818,1	79,5	59,2	10,5	161,8	25,4	23,2	3,9	59,7	Juni

Niedersachsen <sup>\*)</sup>

.	.	.	.	311,2	76,0 <sup>10)</sup>	33,3	29,1	.	.	.	.	.	Febr.
.	.	.	.	321,7	81,1 <sup>10)</sup>	29,0	33,9	.	.	.	.	.	März
.	.	.	.	329,9	84,8 <sup>10)</sup>	39,8	34,3	.	.	.	.	.	April
.	.	.	.	340,8	89,9 <sup>10)</sup>	39,2	34,1	.	.	.	.	.	Mai
0,1	0,0	2,2	0,1	374,1	8,8	41,6	26,5	77,1	22,0	21,3	5,3	22,0	Juni

weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. <sup>2)</sup> Einschließlich selbständig be-  
Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Geldinstitute. <sup>3)</sup> Kasse und Landeszentralbankguthaben. <sup>4)</sup> Postscheck-  
<sup>6)</sup> Bis einschließlich Mai 1949 sind noch geringfügige Beträge an sonstigen Wechseln enthalten. <sup>7)</sup> Bis einschließlich Mai 1949 sind nur Schutz-  
Ausgleichsforderungen, ab Juni 1949 geschätzter Gesamtbetrag der Ausgleichsforderungen. <sup>9)</sup> Die in der wöchentlichen Bankenstatistik  
einigen Geldinstituten einschließlich Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, Kommunal-darlehen, die ab Juni 1949 in den Spalten 22—25  
mehr in den Länderergebnissen enthalten, sondern bei den ländermäßig nicht erfaßten Instituten ausgewiesen.

Bilanzzahlen:  
Monatliche Bankenstatistik für  
Gesamterhebung der Bank deutscher Länder  
in

Aktiva

Stand am Monatsende 1949	Zahl der berichtenden Institute <sup>2)</sup>	Barreserve <sup>3)</sup>		Nostroguthaben <sup>4)</sup>		sonstige Bankguthaben <sup>5)</sup>	Wechsel (ohne die im Eigenbesitz befindl. eigenen Akzepte)					Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen <sup>7)</sup>	eigene Ausgleichsfordernungen gegen die öffentliche Hand <sup>8)</sup>
		insgesamt	darunter LZB-Guthaben	insgesamt	darunter Postscheckguthaben		insgesamt	davon					
								Handelswechsel <sup>9)</sup>	fremde Bankakzepte	sonstige Wechsel			
										insgesamt	darunter Debitorenziehungen		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	

Schleswig-Holstein

Febr.	185	44,4	33,1	14,8	1,6	.	18,3	16,3	0,5	.	1,5	0,1	183,8
März	185	40,8	29,3	10,5	1,3	.	18,7	17,1	0,3	.	1,3	0,1	184,4
April	185	37,0	25,3	13,1	1,4	.	18,4	17,3	0,3	.	0,8	0,0	186,0
Mai	185	40,1	28,3	12,7	1,3	.	20,9	20,0	0,0	.	0,9	—	188,7
Juni	185	36,7	24,6	23,4	2,0	0,2	24,0	21,3	0,1	2,6	1,7	0,0	205,6

Hamburg\*)

Febr.	54	79,1	63,8	145,3	2,3	.	149,0	120,8	21,1	.	7,1	5,9	246,9
März	54	92,7	76,8	99,9	3,3	.	131,5	105,4	19,0	.	7,1	6,7	247,1
April	54	113,2	97,8	118,5	2,2	.	130,5	109,6	14,5	.	6,4	6,4	249,0
Mai	53	94,4	76,8	135,2	1,8	.	167,9	142,0	19,3	.	6,6	2,6	262,7
Juni	53	85,9	69,6	134,7	3,3	2,0	201,9	172,9	21,0	8,0	7,1	5,3	260,5

Rheinland-Pfalz\*)

Febr.	278	68,2	55,1	54,0	3,3	.	37,5	33,2	0,5	.	3,8	3,7	249,8
März	278	74,4	62,0	56,8	2,6	.	40,7	37,4	0,6	.	2,7	7,5	266,0
April	278	67,3	54,9	55,3	2,6	.	38,2	35,9	0,5	.	1,8	6,1	273,7
Mai	278	68,5	55,7	49,5	2,3	.	36,3	34,0	0,5	.	1,8	6,6	280,1
Juni	278	57,2	44,2	58,7	2,6	2,9	44,3	39,4	0,6	4,3	2,6	7,0	291,0

Baden\*)

Febr.	171	44,2	37,5	31,4	2,5	.	20,8	19,2	0,3	.	1,3	0,7	157,4
März	171	42,8	35,6	38,3	2,1	.	24,1	21,5	0,7	.	1,9	2,0	163,2
April	171	46,2	39,6	43,6	2,2	.	23,9	22,3	0,7	.	0,9	1,4	167,0
Mai	169	49,4	42,4	55,6	2,3	.	27,0	24,7	0,7	.	1,6	2,6	167,2
Juni	169	46,3	39,1	65,4	2,3	2,2	26,9	21,9	0,5	4,5	2,7	2,9	172,4

Württemberg-Hohenzollern\*)

Febr.	147	34,0	25,8	38,1	1,1	.	20,9	18,4	1,2	.	1,3	2,8	129,6
März	147	35,9	28,0	55,2	1,0	.	21,9	20,3	0,5	.	1,1	3,6	133,4
April	147	38,1	30,1	52,7	1,0	.	19,1	16,7	1,4	.	1,0	3,2	135,8
Mai	147	38,0	29,4	65,9	1,1	.	22,1	19,1	2,0	.	1,0	3,0	137,2
Juni	147	36,7	28,5	66,6	0,9	3,0	21,5	17,8	2,1	1,6	0,8	3,3	141,5

Ländermäßig nicht erfaßte Institute

Febr.	22	103,9	95,8	14,4	0,7	.	18,2	18,2	—	.	—	—	196,8
März	22	139,6	130,6	7,8	0,5	.	27,2	27,2	—	.	—	—	202,8
April	22	149,7	140,5	15,4	0,6	.	10,7	10,7	—	.	—	—	216,2
Mai	22	96,3	87,0	7,7	0,8	.	21,3	21,3	—	.	—	—	220,7
Juni	22	77,0	66,5	6,0	0,5	0,5	23,4	23,4	—	—	—	1,2	241,0

<sup>1)</sup> Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 richtiger Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderungen entstehen durch Guthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute. <sup>2)</sup> Einschließlich mittel- und langfristiger Guthabenwechsel erfaßt. <sup>3)</sup> Bis einschließlich Mai 1949 Betrag der im „Monatlichen Bericht über die Umstellungsrechnung“ ausgewiesenen vorläufigen ab Juli 1949 einbezogenen Währungsdebitoren sind in der monatlichen Bankenstatistik vorerst nicht aufgenommen. <sup>4)</sup> Bis Mai 1949 bei erscheinen. <sup>5)</sup> In den vorliegenden Tabellen sind die Zahlen der Postscheckkämter — im Gegensatz zu den früheren Zahlenreihen — nicht

nach Ländern

das westdeutsche Währungsgebiet<sup>1)</sup>  
und der Landeszentralbanken

Mill. DM

Aktiva

Forderungen aus Report- u. Lombardgeschäften		Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren		Schuldner <sup>2)</sup>				Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden		Kommunal-darlehen		durchlaufende Kredite - nur Treuhand-geschäfte -	Stand am Monats-ende 1949
ins-gesamt	darunter Lomb.-Ford. gegen börsen-gängige Wert-papiere	ins-gesamt	darunter Rem-bours-kredite	kurzfrist. Forde-rungen	mittel- und langfrist. Forderung.	kurzfrist. Forde-rungen	mittel- und langfrist. Forderung.	ins-gesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 48 ge-währte)	ins-gesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 48 ge-währte)		
												14	15

Schleswig-Holstein<sup>\*</sup>

.	.	.	.	152,6	19,9 <sup>10)</sup>	18,8	—	.	.	.	.	.	Febr.
.	.	.	.	158,2	30,7 <sup>10)</sup>	23,3	—	.	.	.	.	.	März
.	.	.	.	162,2	31,4 <sup>10)</sup>	22,7	—	.	.	.	.	.	April
.	.	.	.	163,6	32,1 <sup>10)</sup>	21,8	—	.	.	.	.	.	Mai
0,0	—	1,1	—	170,4	5,6	24,4	—	29,6	3,1	6,5	0,7	9,8	Juni

Hamburg<sup>\*</sup>

.	.	.	.	400,4	25,0 <sup>10)</sup>	35,6	1,2	.	.	.	.	.	Febr.
.	.	.	.	438,7	25,0 <sup>10)</sup>	40,0	1,2	.	.	.	.	.	März
.	.	.	.	474,7	26,7 <sup>10)</sup>	41,8	1,2	.	.	.	.	.	April
.	.	.	.	483,1	28,9 <sup>10)</sup>	40,9	1,2	.	.	.	.	.	Mai
3,2	0,2	86,8	—	424,6	22,6	31,9	0,0	24,7	2,3	0,3	—	32,7	Juni

Rheinland-Pfalz<sup>\*</sup>

.	.	.	.	146,2	12,7 <sup>10)</sup>	31,2	0,9	.	.	.	.	.	Febr.
.	.	.	.	154,0	14,9 <sup>10)</sup>	35,0	0,9	.	.	.	.	.	März
.	.	.	.	173,2	15,6 <sup>10)</sup>	36,8	0,9	.	.	.	.	.	April
.	.	.	.	181,1	17,2 <sup>10)</sup>	41,6	1,0	.	.	.	.	.	Mai
0,2	0,0	0,3	—	204,5	10,6	48,4	0,8	21,4	3,7	2,8	0,9	24,4	Juni

Baden<sup>\*</sup>

.	.	.	.	53,3	5,2 <sup>10)</sup>	12,6	0,0	.	.	.	.	.	Febr.
.	.	.	.	63,6	6,1 <sup>10)</sup>	9,0	0,0	.	.	.	.	.	März
.	.	.	.	67,7	6,2 <sup>10)</sup>	17,5	0,0	.	.	.	.	.	April
.	.	.	.	74,5	6,3 <sup>10)</sup>	16,5	0,0	.	.	.	.	.	Mai
0,1	—	1,2	—	85,4	1,4	19,9	—	5,3	1,5	0,4	0,3	0,1	Juni

Württemberg-Hohenzollern<sup>\*</sup>

.	.	.	.	40,6	7,6 <sup>10)</sup>	11,4	0,3	.	.	.	.	.	Febr.
.	.	.	.	42,4	7,9 <sup>10)</sup>	7,6	0,3	.	.	.	.	.	März
.	.	.	.	50,2	8,3 <sup>10)</sup>	10,3	0,4	.	.	.	.	.	April
.	.	.	.	55,0	8,9 <sup>10)</sup>	11,1	0,4	.	.	.	.	.	Mai
0,1	—	—	—	63,8	4,6	12,7	0,5	4,9	2,4	0,5	0,3	9,6	Juni

Ländermäßig nicht erfaßte Institute

.	.	.	.	34,3	2,3 <sup>10)</sup>	2,2	—	.	.	.	.	.	Febr.
.	.	.	.	2,6	3,0 <sup>10)</sup>	0,7	—	.	.	.	.	.	März
.	.	.	.	5,4	3,2 <sup>10)</sup>	0,1	—	.	.	.	.	.	April
.	.	.	.	51,3	3,6 <sup>10)</sup>	0,2	—	.	.	.	.	.	Mai
—	—	—	—	70,1	4,5	0,1	—	—	—	—	—	1,0	Juni

weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. <sup>2)</sup> Einschließlich selbständig be-  
Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Geldinstitute. <sup>3)</sup> Kasse und Landeszentralbankguthaben. <sup>4)</sup> Postscheck-  
<sup>5)</sup> Bis einschließlich Mai 1949 sind noch geringfügige Beträge an sonstigen Wechseln enthalten. <sup>7)</sup> Bis einschließlich Mai 1949 sind nur Schatz-  
Ausgleichsforderungen, ab Juni 1949 geschätzter Gesamtbetrag der Ausgleichsforderungen. <sup>8)</sup> Die in der wöchentlichen Bankenstatistik  
einigen Geldinstituten einschließlich Hypotheken-, Grund- und Renten schulden, Kommunal-darlehen, die ab Juni 1949 in den Spalten 22—25  
mehr in den Länderergebnissen enthalten, sondern bei den ländermäßig nicht erfaßten Instituten ausgewiesen.

**Bilanzzahlen:**  
 Monatliche Bankenstatistik für  
 Gesamterhebung der Bank deutscher  
 in

**Passiva**

Stand am Mo- nats- ende  1949	Einlagen											seitens der Kund- schaft bei Dritten be- nutzte Kredite
	auf Anlage- konto	auf Fest- konto	auf Freikonto		von Spalte 29 entfallen auf						Spar- einlagen	
			mit	ohne	Einlagen v. Geldinstit.		Einlagen d. öff. Hand		sonstige Gläubiger			
			Einlagen v. Geldinstitut.	Einlagen v. Geldinstitut.	insgesamt	darunter Termin- einlagen	insgesamt	darunter Termin- einlagen	insgesamt	darunter Termin- einlagen		
27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	

**Währungsgebiet**

Febr.	368,1	238,4	11 227,9	9 905,5	1 322,4	251,9	2 377,8	880,7	5 591,6	357,4	1 936,1	.
März	391,4	158,3	11 778,0	10 339,4	1 438,6	296,0	2 380,0	927,5	5 851,6	429,3	2 107,8	.
April	404,6	114,7	12 247,9	10 780,0	1 467,9	352,1	2 584,2	1 004,1	5 969,0	473,7	2 226,8	.
Mai	415,7	73,3	12 920,7	11 245,9	1 674,8	423,6	2 631,8	1 048,8	6 240,8	583,6	2 373,3	.
Juni	399,7	50,5	13 223,0	11 512,1	1 710,9	426,3	2 542,1	1 105,6	6 490,5	669,2	2 479,5	27,9

**Bayern\*)**

Febr.	70,5	25,0	1 695,6	1 567,7	127,9	12,6	397,5	125,6	841,0	48,5	329,2	.
März	73,3	16,5	1 743,9	1 594,1	149,8	30,0	358,0	128,4	888,6	61,6	347,5	.
April	74,9	11,4	1 783,7	1 636,4	147,3	32,9	360,4	109,7	914,9	64,0	361,1	.
Mai	76,2	7,1	1 818,5	1 681,1	137,4	20,1	364,5	114,7	932,7	93,7	383,9	.
Juni	74,3	2,8	1 826,4	1 689,5	136,9	20,3	325,6	94,0	963,0	112,8	400,9	4,4

**Hessen\*)**

Febr.	30,9	22,6	938,4	789,0	149,4	42,5	204,0	50,6	421,4	37,2	163,6	.
März	32,9	13,3	995,5	821,4	174,1	44,4	194,3	49,3	447,5	39,4	179,6	.
April	34,0	9,8	1 003,0	841,3	161,7	62,6	202,0	52,3	451,6	43,8	187,7	.
Mai	34,8	6,4	1 051,9	877,9	174,0	63,5	212,7	46,2	467,6	48,4	197,6	.
Juni	32,9	3,8	1 103,8	919,7	184,1	67,9	212,4	65,5	498,4	63,3	208,9	2,1

**Württemberg-Baden\*)**

Febr.	39,2	17,0	1 250,9	1 103,9	147,0	41,7	365,3	249,7	509,6	39,3	229,0	.
März	41,2	11,0	1 331,6	1 165,1	166,5	54,3	378,9	248,7	542,1	44,8	244,1	.
April	42,4	6,0	1 389,1	1 197,2	191,9	75,5	401,1	264,8	542,0	45,4	254,1	.
Mai	42,9	3,7	1 479,7	1 261,1	218,6	84,3	407,3	261,1	590,2	53,8	263,6	.
Juni	41,1	3,6	1 494,0	1 250,9	243,1	113,5	387,2	255,4	591,9	54,7	271,8	0,5

**Bremen**

Febr.	6,0	3,4	336,7	315,3	21,4	0,4	144,5	45,4	146,7	9,0	24,1	.
März	6,2	2,4	350,8	327,5	23,3	1,1	144,0	59,1	157,0	9,5	26,5	.
April	6,3	1,6	371,3	343,6	27,7	0,6	157,1	59,0	157,8	9,1	28,7	.
Mai	6,5	0,7	428,0	399,6	28,4	8,9	164,5	61,7	203,6	10,6	31,5	.
Juni	6,1	0,4	396,8	368,0	28,8	8,2	143,3	53,8	192,0	11,3	32,7	0,6

**Nordrhein-Westfalen\*)**

Febr.	86,4	67,2	2 895,1	2 483,1	412,0	105,3	620,5	219,7	1 400,8	62,1	461,8	.
März	90,0	53,9	3 061,4	2 644,3	417,1	110,0	664,8	240,4	1 476,0	80,9	503,5	.
April	93,1	43,8	3 192,3	2 785,5	406,8	128,6	738,9	291,9	1 507,9	93,1	538,7	.
Mai	96,1	29,2	3 498,3	2 950,3	548,0	177,7	762,0	325,6	1 602,2	128,9	586,1	.
Juni	92,7	21,6	3 651,9	3 104,4	547,5	142,9	795,8	392,9	1 690,6	150,4	618,0	8,3

**Niedersachsen\*)**

Febr.	46,7	26,4	1 010,9	918,8	92,1	18,9	126,5	9,7	531,7	35,3	260,6	.
März	49,6	14,0	1 066,7	965,5	101,2	23,0	122,8	13,0	554,1	45,0	288,6	.
April	51,1	8,3	1 109,6	1 012,0	97,6	15,1	140,7	23,7	569,3	53,9	302,0	.
Mai	51,9	5,0	1 156,2	1 046,3	109,9	26,5	140,4	19,3	589,6	60,9	316,3	.
Juni	51,0	3,4	1 163,2	1 048,8	114,4	30,3	110,3	23,0	610,6	67,2	327,9	1,0

\*) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 land aufgenommene Gelder und Kredite. \*) In den vorliegenden Tabellen sind die Zahlen der Postscheckämter — im Gegensatz zu den früheren



nach Ländern

das westdeutsche Währungsgebiet<sup>1)</sup>

Länder und der Landeszentralbanken

Mill. DM

Passiva

Nostroverspflichtungen <sup>2)</sup>			eigene Akzepte im Umlauf	Anleihen		durchlaufende Kredite - nur Treuhandgeschäfte	geschätztes Eigenkapital	eigene Ziehungen im Umlauf	Verbindl. aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaft. Gewährleistungsverträgen	Indossamentsverb.		Betrag der verkauften eigenen Ausgleichsfordernungen	Stand am Monatsende 1949
insgesamt	darunter Nostroverpflicht. aus Lombardierung von Ausgleichsforderung.	darunter für länger als 6 Mon. hereingekommene Gelder und Kredite		insgesamt	darunter gegen Schuldverschreibungen					insgesamt	darunter weiterbegebene fremde Bankakzepte		
39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	

Währungsgebiet

699,0	173,9	.	594,2	.	.	.	.	29,7	.	1 333,4	117,9	30,6	Febr.
674,2	144,0	.	641,3	.	.	.	.	35,8	.	1 368,4	103,0	30,8	März
790,6	188,2	.	651,2	.	.	.	.	39,4	.	1 365,8	97,6	33,7	April
811,2	191,1	.	634,2	.	.	.	.	44,8	.	1 288,0	85,4	35,0	Mai
768,7	179,8	46,2	661,8	927,3	726,4	492,9	314,5	54,9	403,4	1 267,7	75,9	43,6	Juni

Bayern\*)

261,1	65,8	.	144,0	.	.	.	.	8,4	.	121,1	4,2	10,2	Febr.
217,7	40,8	.	149,8	.	.	.	.	10,5	.	123,7	5,8	10,4	März
247,5	47,3	.	143,4	.	.	.	.	10,2	.	129,9	5,0	12,0	April
267,2	48,0	.	146,9	.	.	.	.	10,7	.	139,2	4,3	12,4	Mai
225,4	57,3	10,4	180,6	268,6	265,6	101,7	53,0	14,0	61,6	144,2	3,7	13,6	Juni

Hessen\*)

65,4	26,2	.	46,7	.	.	.	.	2,3	.	102,1	12,4	1,5	Febr.
61,8	16,0	.	55,0	.	.	.	.	2,4	.	102,8	9,7	1,5	März
75,0	20,3	.	52,4	.	.	.	.	2,8	.	94,2	6,4	2,8	April
88,6	27,5	.	60,6	.	.	.	.	2,9	.	79,8	7,1	2,8	Mai
70,6	15,8	4,1	59,7	66,5	58,2	115,3	26,0	4,1	34,7	95,2	9,7	4,2	Juni

Württemberg-Baden\*)

53,3	11,6	.	60,8	.	.	.	.	2,5	.	83,7	5,7	4,6	Febr.
44,7	5,0	.	68,0	.	.	.	.	2,4	.	71,2	4,9	4,6	März
67,3	12,7	.	76,3	.	.	.	.	2,5	.	66,0	5,7	4,5	April
55,8	13,3	.	75,2	.	.	.	.	5,8	.	60,3	5,5	5,3	Mai
64,3	8,6	0,3	77,1	144,4	124,2	86,1	51,7	9,0	37,9	58,1	4,7	7,3	Juni

Bremen

19,4	0,1	.	8,1	.	.	.	.	0,1	.	22,4	2,5	—	Febr.
28,1	0,5	.	7,4	.	.	.	.	0,2	.	16,0	2,3	—	März
35,4	0,5	.	8,8	.	.	.	.	0,3	.	17,0	2,1	—	April
27,4	0,4	.	9,3	.	.	.	.	0,3	.	14,1	1,2	—	Mai
28,7	0,5	0,2	7,8	28,4	18,4	30,5	4,8	0,4	27,5	8,8	0,7	—	Juni

Nordrhein-Westfalen\*)

60,3	23,6	.	85,0	.	.	.	.	4,4	.	435,4	0,3	0,2	Febr.
65,3	31,0	.	99,7	.	.	.	.	5,1	.	458,7	0,2	—	März
89,1	38,7	.	95,1	.	.	.	.	5,9	.	428,6	1,3	—	April
85,9	39,8	.	98,6	.	.	.	.	6,8	.	420,5	0,7	—	Mai
83,6	29,3	11,0	107,5	176,9	96,2	59,7	68,9	6,7	64,1	327,9	0,9	2,4	Juni

Niedersachsen\*)

63,8	15,9	.	47,1	.	.	.	.	6,7	.	128,4	23,3	3,1	Febr.
70,1	17,7	.	43,4	.	.	.	.	8,7	.	124,2	26,9	3,1	März
78,9	22,9	.	49,3	.	.	.	.	8,9	.	129,0	25,4	3,2	April
83,4	22,2	.	46,3	.	.	.	.	8,1	.	127,8	24,6	3,2	Mai
79,9	30,8	3,5	37,0	171,2	101,2	22,0	28,7	8,6	22,2	118,0	16,2	3,2	Juni

weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. <sup>2)</sup> Sonstige im In- und Aus-Zahlenreihen — nicht mehr in den Länderergebnissen enthalten, sondern bei den ländermäßig nicht erfaßten Instituten ausgewiesen.

Bilanzzahlen:  
 Monatliche Bankenstatistik für  
 Gesamterhebung der Bank deutscher  
 in

Passiva

Stand am Monats- ende 1949	Einlagen											seitens der Kund- schaft bei Dritten be- nutzte Kredite	
	auf Anlage- konto	auf Fest- konto	auf Freikonto		von Spalte 29 entfallen auf								Spar- einlagen
			mit Einlagen v. Geldinstitut.	ohne	Einlagen v. Geldinstitut.		Einlagen d. öff. Hand		sonstige Gläubiger				
					insgesamt	darunter Termin- einlagen	insgesamt	darunter Termin- einlagen	insgesamt	darunter Termin- einlagen			
27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38		

Schleswig-Holstein

Febr.	13,8	9,5	292,9	271,0	21,9	0,1	32,9	10,7	164,0	6,8	74,1	.
März	15,0	5,8	301,4	279,1	22,3	0,9	33,6	11,1	166,0	7,2	79,5	.
April	15,7	3,9	305,3	284,9	20,4	1,0	33,5	13,0	168,6	10,3	82,8	.
Mai	16,3	1,9	324,4	302,0	22,4	1,1	36,4	13,2	178,5	10,7	87,1	.
Juni	15,7	1,5	345,1	323,4	21,7	1,2	43,8	18,6	189,4	16,5	90,2	0,4

Hamburg\*)

Febr.	18,5	16,4	849,2	776,2	73,0	4,9	183,7	137,3	537,2	94,2	55,3	.
März	20,9	8,8	835,5	776,2	59,3	4,3	170,3	134,1	542,7	109,2	63,2	.
April	21,4	7,0	918,5	845,3	73,2	4,7	199,3	139,0	578,4	120,2	67,6	.
Mai	22,0	4,6	981,6	851,4	130,2	4,4	201,9	153,6	577,3	142,2	72,2	.
Juni	19,9	3,7	1013,6	863,6	150,0	5,1	193,5	141,9	593,5	150,4	76,6	4,9

Rheinland-Pfalz\*)

Febr.	18,6	17,7	508,7	453,2	55,5	6,1	77,7	14,2	252,2	11,9	123,3	.
März	21,5	10,5	537,9	482,9	55,0	6,8	80,6	17,2	261,7	14,2	140,6	.
April	22,7	7,5	551,3	498,7	52,6	6,7	92,6	23,0	254,8	15,3	151,3	.
Mai	24,0	4,5	562,5	509,4	53,1	6,8	89,7	23,3	255,7	14,5	164,0	.
Juni	23,3	2,9	596,9	543,3	53,6	7,1	89,1	25,2	282,9	18,4	171,3	0,7

Baden\*)

Febr.	14,0	7,3	302,8	274,0	28,8	1,1	42,9	4,2	149,8	4,0	81,3	.
März	14,7	5,7	331,5	300,2	31,3	1,8	45,5	7,7	166,6	7,2	88,1	.
April	15,0	4,7	348,5	315,2	33,3	2,8	49,7	10,2	170,4	7,5	95,1	.
Mai	15,3	2,7	385,4	347,0	38,4	3,2	56,8	11,5	188,2	8,8	102,0	.
Juni	14,3	1,8	410,3	366,8	43,5	3,9	64,3	14,4	197,0	10,5	105,5	—

Württemberg-Hohenzollern\*)

Febr.	10,1	6,1	266,1	230,9	35,2	12,3	41,1	10,2	118,3	2,3	71,5	.
März	10,9	4,0	290,7	250,7	40,0	13,0	45,1	15,9	128,5	3,4	77,1	.
April	11,6	2,3	302,2	260,1	42,1	14,4	52,3	14,8	126,5	4,1	81,3	.
Mai	12,2	1,0	328,0	280,6	47,4	19,5	57,3	15,6	136,9	3,9	86,4	.
Juni	12,0	0,6	338,4	285,9	52,5	24,7	52,5	16,7	144,4	5,5	89,0	0,0

Ländermäßig nicht erfaßte Institute

Febr.	13,6	19,7	880,7	722,4	158,3	6,0	141,1	3,4	519,0	6,8	62,3	.
März	15,3	12,4	931,0	732,5	198,5	6,3	142,1	2,6	520,8	6,9	69,6	.
April	16,5	8,6	972,9	759,5	213,4	7,4	156,3	2,5	526,8	6,9	76,4	.
Mai	17,6	6,2	906,3	739,2	167,1	7,5	138,3	2,8	518,3	7,3	82,6	.
Juni	16,4	4,3	882,6	748,0	134,6	1,1	124,3	4,3	536,9	5,5	86,8	5,0

1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 land aufgenommenen Gelder und Kredite. \*) In den vorliegenden Tabellen sind die Zahlen der Postscheckkämter — im Gegensatz zu den früheren

nach Ländern  
das westdeutsche Währungsgebiet<sup>1)</sup>  
Länder und der Landeszentralbanken  
Mill. DM

Passiva

Nostroverpflichtungen <sup>2)</sup>			eigene Akzepte im Umlauf	Anleihen		durchlaufende Kredite - nur Treuhandgeschäfte	geschätztes Eigenkapital	eigene Zielungen im Umlauf	Verbindl. aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaft, Gewährleistungsverträgen	Indossamentsverb.		Betrag der verkauften eigenen Ausgleichsfordernungen	Stand am Monatsende 1949
insgesamt	darunter Nostroverpflicht. aus Lombardierung von Ausgleichsforderung.	darunter für länger als 6 Mon. hereingekommene Gelder und Kredite		insgesamt	darunter gegen Schuldverschreibungen					insgesamt	darunter weiterbegebene fremde Bankakzepte		
39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	

Schleswig-Holstein

53,8	6,2	.	68,3	.	.	.	.	1,4	.	71,7	45,4	2,7	Febr.
60,1	9,3	.	65,7	.	.	.	.	2,1	.	73,2	44,1	2,7	März
61,5	10,5	.	63,0	.	.	.	.	3,4	.	73,1	39,7	2,7	April
58,5	9,1	.	60,0	.	.	.	.	4,3	.	70,5	33,1	2,7	Mai
70,8	10,1	2,6	52,2	12,7	4,6	10,0	11,3	4,7	9,4	57,6	23,4	2,7	Juni

Hamburg\*)

50,2	6,6	.	107,2	.	.	.	.	1,1	.	109,0	5,5	3,7	Febr.
46,4	6,2	.	118,5	.	.	.	.	2,3	.	134,4	6,1	3,7	März
41,8	2,8	.	126,9	.	.	.	.	2,8	.	145,7	9,2	3,7	April
36,5	2,4	.	101,0	.	.	.	.	2,9	.	125,0	7,5	3,7	Mai
38,0	2,3	6,5	105,9	34,1	34,1	32,8	38,7	4,7	93,3	97,0	13,3	4,4	Juni

Rheinland-Pfalz\*)

50,7	13,9	.	21,8	.	.	.	.	1,3	.	37,0	1,8	4,6	Febr.
59,5	14,3	.	27,7	.	.	.	.	1,1	.	39,8	1,5	4,7	März
69,1	27,1	.	30,5	.	.	.	.	1,8	.	41,6	1,4	4,7	April
69,6	24,6	.	30,0	.	.	.	.	2,4	.	41,0	1,0	4,9	Mai
68,9	22,1	6,9	29,1	24,4	23,8	24,2	16,9	2,1	18,9	36,2	1,7	5,8	Juni

Baden\*)

8,8	0,7	.	1,4	.	.	.	.	0,7	.	9,4	0,1	—	Febr.
7,9	0,9	.	2,6	.	.	.	.	0,7	.	8,8	0,1	—	März
11,4	2,4	.	2,2	.	.	.	.	0,7	.	8,3	0,1	—	April
11,9	1,0	.	1,6	.	.	.	.	0,4	.	7,0	0,2	—	Mai
10,6	0,4	0,1	1,0	0,0	0,0	0,1	7,6	0,5	23,8	6,9	0,3	0,0	Juni

Württemberg-Hohenzollern\*)

8,7	3,2	.	3,8	.	.	.	.	0,7	.	7,4	2,2	—	Febr.
5,6	2,3	.	3,6	.	.	.	.	0,3	.	7,5	1,4	—	März
9,0	3,1	.	3,3	.	.	.	.	0,2	.	8,7	1,3	0,1	April
8,6	2,6	.	4,6	.	.	.	.	0,2	.	7,4	0,2	0,1	Mai
9,7	2,6	0,8	3,8	—	—	9,6	5,5	0,2	3,8	6,0	1,3	0,1	Juni

Ländermäßig nicht erfaßte Institute

3,6	—	.	—	.	.	.	.	—	.	206,0	14,7	—	Febr.
7,1	—	.	—	.	.	.	.	—	.	208,1	—	—	März
4,6	—	.	—	.	.	.	.	—	.	223,7	—	—	April
17,6	—	.	—	.	.	.	.	—	.	195,4	—	—	Mai
18,2	—	—	—	—	—	1,0	1,4	—	6,2	311,7	—	—	Juni

weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. <sup>2)</sup> Sonstige im In- und Aus-Zahlenreihen — nicht mehr in den Länderergebnissen enthalten, sondern bei den ländermäßig nicht erfaßten Instituten ausgewiesen.

### Aktiva

Stand am Monatsende 1949	Zahl der berichtenden Institute <sup>a)</sup>	Barreserve <sup>b)</sup>		Nostroguthaben <sup>c)</sup>		sonstige Bankguthaben <sup>d)</sup>	Wechsel (ohne die im Eigenbesitz befindl. eigenen Akzepte)				Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen <sup>e)</sup>	eigene Ausgleichsfordernungen gegen die öffentliche Hand <sup>f)</sup>	
		insgesamt	darunter LZB-Guthaben	insgesamt	darunter Postscheckguthaben		insgesamt	davon					
								Handelswechsel <sup>g)</sup>	fremde Bankakzepte	sonstige Wechsel			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
<b>Alle Banken</b>													
Febr.	3 583	1 488,2	1 235,0	1 361,8	57,4	.	1 369,8	1 243,0	75,2	.	51,6	13,7	4 571,8
März	3 581	1 610,5	1 354,8	1 394,4	52,2	.	1 415,0	1 277,8	86,2	.	51,0	20,4	4 662,7
April	3 580	1 653,9	1 397,0	1 413,8	50,7	.	1 475,5	1 348,7	75,8	.	51,0	17,5	4 736,2
Mai	3 576	1 611,0	1 343,0	1 691,4	49,0	.	1 686,1	1 522,6	112,6	.	50,9	15,1	4 812,9
Juni	3 576	1 415,2	1 149,6	1 626,4	53,4	51,9	1 868,3	1 609,3	162,2	96,8	60,4	62,9	5 109,4
<b>Kreditbanken</b>													
Febr.	247	486,8	408,0	434,1	23,8	.	642,6	598,3	32,4	.	11,9	1,8	1 010,7
März	246	534,5	450,1	409,9	23,5	.	650,1	597,9	40,3	.	11,9	5,5	1 011,5
April	246	518,2	432,7	406,9	21,4	.	672,8	633,6	27,1	.	12,1	2,8	1 018,8
Mai	246	537,4	452,2	444,6	21,7	.	804,2	740,2	51,8	.	12,2	3,7	1 054,1
Juni	246	430,1	347,9	454,4	23,2	7,2	928,2	830,0	73,7	24,5	7,8	4,9	1 161,4
<b>Hypothekenbanken</b>													
Febr.	35	2,0	1,6	29,9	0,3	.	0,1	0,1	—	.	—	0,1	215,5
März	35	2,8	2,4	42,2	0,3	.	0,2	0,1	—	.	0,1	0,1	215,0
April	35	2,4	2,0	84,2	0,4	.	0,2	0,2	—	.	—	0,1	217,4
Mai	35	2,3	1,9	95,2	0,2	.	1,6	0,3	1,3	.	—	—	218,7
Juni	35	3,9	3,5	98,9	0,4	1,0	1,5	0,1	1,2	0,2	—	—	287,0
<b>Girozentralen</b>													
Febr.	18	255,9	247,7	388,3	9,4	.	466,9	428,0	32,6	.	6,3	5,0	231,4
März	18	289,6	280,7	385,3	6,0	.	477,3	437,5	33,5	.	6,3	6,9	230,3
April	18	345,3	335,3	412,2	6,8	.	525,3	485,6	33,8	.	5,9	7,9	242,9
Mai	18	314,7	305,8	528,3	6,0	.	565,1	518,3	39,9	.	6,9	8,1	237,2
Juni	18	303,2	294,5	424,0	7,0	19,2	602,0	520,8	69,2	12,0	10,9	48,3	257,4
<b>Sparkassen</b>													
Febr.	889	450,6	335,3	332,3	13,7	.	130,0	118,6	0,4	.	11,0	2,0	2 238,1
März	889	452,6	340,5	366,0	12,1	.	136,5	124,0	1,0	.	11,5	1,8	2 296,0
April	889	457,9	344,3	341,5	12,1	.	144,0	131,1	2,1	.	10,8	1,8	2 317,9
Mai	889	470,4	348,1	437,7	11,6	.	161,9	145,6	6,0	.	10,3	2,2	2 345,7
Juni	889	433,5	310,9	461,6	12,6	14,2	172,9	148,2	6,4	18,3	10,2	6,0	2 351,8
<b>Zentralkassen</b>													
Febr.	33	61,7	57,4	39,6	1,9	.	34,0	23,7	9,3	.	1,0	0,8	40,3
März	33	59,1	54,8	49,2	2,3	.	40,8	28,5	10,8	.	1,5	1,2	41,4
April	33	65,0	60,4	42,3	2,0	.	39,2	24,3	12,2	.	2,7	1,1	41,9
Mai	33	67,2	62,5	55,1	1,7	.	48,3	32,3	12,8	.	3,2	1,1	42,3
Juni	33	53,5	49,7	52,5	2,4	2,5	52,0	28,7	10,2	13,1	10,9	2,4	46,6
<b>Kreditgenossenschaften</b>													
Febr.	2 292	112,7	75,4	111,6	6,9	.	59,7	39,3	0,3	.	20,1	4,1	611,4
März	2 291	110,5	74,6	115,0	6,9	.	61,9	44,1	0,2	.	17,6	4,9	635,9
April	2 290	104,0	71,1	97,0	6,9	.	61,5	44,5	0,1	.	16,9	3,8	650,6
Mai	2 288	112,4	75,8	109,4	6,6	.	60,0	43,8	0,1	.	16,1	0,1	662,3
Juni	2 288	104,1	67,6	114,0	6,9	7,1	63,0	38,5	0,2	24,3	16,7	0,1	686,0
<b>Postsparkassen — Postscheckämter</b>													
Febr.	18	87,0	79,0	0,1	0,0	.	—	—	—	.	—	—	186,5
März	18	98,8	90,0	0,1	0,0	.	—	—	—	.	—	—	192,9
April	18	88,2	79,2	0,1	0,0	.	—	—	—	.	—	—	206,3
Mai	18	83,7	74,6	0,2	0,1	.	—	—	—	.	—	—	211,1
Juni	18	66,9	56,6	0,2	0,1	0,5	—	—	—	—	—	—	231,1
<b>Sonstige Geldinstitute</b>													
Febr.	51	31,5	30,7	25,8	1,2	.	36,4	35,0	0,2	.	1,2	—	38,0
März	51	62,5	61,7	26,7	1,1	.	48,3	45,7	0,4	.	2,2	—	39,8
April	51	72,8	72,0	29,5	1,1	.	32,6	29,4	0,6	.	2,6	—	40,5
Mai	49	22,9	22,1	20,9	1,2	.	45,0	42,3	0,6	.	2,1	—	41,5
Juni	49	20,0	18,9	20,7	0,9	0,2	48,8	42,9	1,4	4,5	3,9	1,2	88,1

Fußnoten siehe Seiten 54/55.

nach Bankengruppen  
das westdeutsche Währungsgebiet<sup>1)</sup>  
Länder und der Landeszentralbanken  
Mill. DM

Aktiva

Forderungen aus Report- u Lombardgeschäften		Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren		Schuldner <sup>2)</sup>				Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden		Kommunal-darlehen		durchlaufende Kredite nur Treuhandgeschäfte	Stand am Monatsende 1949
insgesamt	darunter Lomb. Ford. gegen börsengängige Wertpapiere	insgesamt	darunter Rembourskredite	Nichtbankenkundsch.		Geldinstitute		insgesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 48 gewährte)	insgesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 48 gewährte)		
				kurzfrist. Forderungen	mittel- und langfrist. Forderung	kurzfrist. Forderungen	mittel- und langfrist. Forderung						
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	
<b>Alle Banken</b>													
.	.	.	.	3 062,8	646,0 <sup>10)</sup>	366,5	59,9	.	.	.	.	.	Febr.
.	.	.	.	3 206,4	705,3 <sup>10)</sup>	379,6	69,5	.	.	.	.	.	März
.	.	.	.	3 464,2	744,4 <sup>10)</sup>	446,1	71,9	.	.	.	.	.	April
.	.	.	.	3 636,4	790,4 <sup>10)</sup>	431,9	88,6	.	.	.	.	.	Mai
40,9	0,9	125,0	5,0	3 928,4	217,7	472,9	70,2	685,8	147,5	114,6	22,9	464,4	Juni
<b>Kreditbanken</b>													
.	.	.	.	1 945,9	22,7 <sup>10)</sup>	29,1	7,2	.	.	.	.	.	Febr.
.	.	.	.	2 037,4	25,6 <sup>10)</sup>	32,4	10,0	.	.	.	.	.	März
.	.	.	.	2 191,1	31,5 <sup>10)</sup>	40,7	10,6	.	.	.	.	.	April
.	.	.	.	2 250,3	36,4 <sup>10)</sup>	37,9	11,6	.	.	.	.	.	Mai
35,3	0,6	97,5	0,9	2 349,5	31,7	46,1	11,3	93,2	21,7	5,4	—	5,3	Juni
<b>Hypothekenbanken</b>													
.	.	.	.	1,0	197,2 <sup>10)</sup>	0,0	—	.	.	.	.	.	Febr.
.	.	.	.	1,1	217,6 <sup>10)</sup>	0,0	4,5	.	.	.	.	.	März
.	.	.	.	0,4	214,9 <sup>10)</sup>	0,1	4,5	.	.	.	.	.	April
.	.	.	.	0,4	227,6 <sup>10)</sup>	0,1	4,6	.	.	.	.	.	Mai
0,1	0,0	—	—	40,2	2,8	0,2	4,6	262,7	67,0	22,2	2,5	56,5	Juni
<b>Girozentralen</b>													
.	.	.	.	154,5	119,9 <sup>10)</sup>	216,7	17,9	.	.	.	.	.	Febr.
.	.	.	.	153,7	133,9 <sup>10)</sup>	222,5	19,2	.	.	.	.	.	März
.	.	.	.	167,6	148,9 <sup>10)</sup>	255,1	20,5	.	.	.	.	.	April
.	.	.	.	190,3	161,5 <sup>10)</sup>	239,4	32,0	.	.	.	.	.	Mai
2,3	—	4,3	—	207,1	58,7	254,5	20,1	61,9	17,7	66,0	16,2	157,1	Juni
<b>Sparkassen</b>													
.	.	.	.	450,0	263,6 <sup>10)</sup>	1,7	6,6	.	.	.	.	.	Febr.
.	.	.	.	496,6	279,8 <sup>10)</sup>	2,1	7,4	.	.	.	.	.	März
.	.	.	.	548,7	296,4 <sup>10)</sup>	2,2	7,7	.	.	.	.	.	April
.	.	.	.	593,6	306,5 <sup>10)</sup>	2,3	11,8	.	.	.	.	.	Mai
0,8	0,2	1,0	0,2	681,8	61,6	6,0	13,1	254,5	32,7	21,0	4,2	170,7	Juni
<b>Zentralkassen</b>													
.	.	.	.	112,1	0,4 <sup>10)</sup>	113,2	0,1	.	.	.	.	.	Febr.
.	.	.	.	123,8	0,7 <sup>10)</sup>	118,2	0,2	.	.	.	.	.	März
.	.	.	.	119,3	1,6 <sup>10)</sup>	144,4	0,3	.	.	.	.	.	April
.	.	.	.	97,5	1,8 <sup>10)</sup>	147,1	0,4	.	.	.	.	.	Mai
2,2	—	0,1	—	92,4	2,5	163,9	0,4	0,1	0,0	—	—	1,2	Juni
<b>Kreditgenossenschaften</b>													
.	.	.	.	262,3	31,9 <sup>10)</sup>	3,1	0,0	.	.	.	.	.	Febr.
.	.	.	.	286,0	36,6 <sup>10)</sup>	2,7	0,0	.	.	.	.	.	März
.	.	.	.	326,4	38,6 <sup>10)</sup>	3,0	0,0	.	.	.	.	.	April
.	.	.	.	346,6	42,4 <sup>10)</sup>	4,1	0,0	.	.	.	.	.	Mai
0,1	0,0	0,5	—	396,7	41,3	0,7	0,6	13,3	8,4	0,0	0,0	2,2	Juni
<b>Postsparkassen — Postscheckämter</b>													
.	.	.	.	—	—	—	—	.	.	.	.	.	Febr.
.	.	.	.	—	—	—	—	.	.	.	.	.	März
.	.	.	.	—	—	—	—	.	.	.	.	.	April
.	.	.	.	—	—	—	—	.	.	.	.	.	Mai
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Juni
<b>Sonstige Geldinstitute</b>													
.	.	.	.	137,2	10,4 <sup>10)</sup>	2,6	28,0	.	.	.	.	.	Febr.
.	.	.	.	107,7	11,2 <sup>10)</sup>	1,7	28,2	.	.	.	.	.	März
.	.	.	.	110,8	12,4 <sup>10)</sup>	0,7	28,4	.	.	.	.	.	April
.	.	.	.	157,6	14,1 <sup>10)</sup>	1,1	28,2	.	.	.	.	.	Mai
0,1	—	21,8	4,0	160,7	19,1	1,5	20,1	0,2	0,0	—	—	71,4	Juni

Passiva

Stand am Monatsende 1949	Einlagen											seitens der Kundenschaft bei Dritten benutzte Kredite
	auf Anlagekonto	auf Festkonto	auf Freikonto mit/ohne Einlagen von Geldinstituten		von Spalte 29 entfallen auf							
					Einl.v.Geldinstituten		Einl. d. öffentl. Hand		sonstige Gläubiger			
			insgesamt	darunter Termin-einlagen	insgesamt	darunter Termin-einlagen	insgesamt	darunter Termin-einlagen	Spar-einlagen			
27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	
<b>Alle Banken</b>												
Febr.	368,1	238,4	11 227,9	9 905,5	1 322,4	251,9	2 377,8	880,7	5 591,6	357,4	1 936,1	.
März	391,4	158,3	11 778,0	10 339,4	1 438,6	296,0	2 380,0	927,5	5 851,6	429,3	2 107,8	.
April	404,6	114,7	12 247,9	10 780,0	1 467,9	352,1	2 584,2	1 004,1	5 969,0	473,7	2 226,8	.
Mai	415,7	73,3	12 920,7	11 245,9	1 674,8	423,6	2 631,8	1 048,8	6 240,8	583,6	2 373,3	.
Juni	399,7	50,5	13 223,0	11 512,1	1 710,9	426,3	2 542,1	1 105,6	6 490,5	669,2	2 479,5	27,9
<b>Kreditbanken</b>												
Febr.	87,9	42,0	3 923,5	3 557,6	365,9	77,4	595,4	261,1	2 786,9	235,4	175,3	.
März	93,7	26,5	4 078,4	3 679,1	399,3	91,5	539,6	254,7	2 947,7	272,6	191,8	.
April	96,7	18,6	4 242,4	3 803,8	438,6	108,5	598,8	246,1	3 001,7	310,3	203,3	.
Mai	98,6	11,4	4 479,1	3 964,7	514,4	128,8	581,9	247,7	3 162,4	392,1	220,4	.
Juni	90,4	8,2	4 669,2	4 092,1	577,1	152,5	559,8	220,2	3 300,7	459,4	231,6	7,8
<b>Hypothekenbanken</b>												
Febr.	0,1	0,0	11,3	9,3	2,0	1,4	5,4	0,1	3,7	2,3	0,2	.
März	0,1	0,1	15,4	13,3	2,1	1,6	10,2	0,1	2,9	1,4	0,2	.
April	0,1	0,0	13,2	10,9	2,3	1,8	7,9	0,2	2,8	1,3	0,2	.
Mai	0,1	0,1	14,7	12,1	2,6	1,9	9,2	0,3	2,7	1,3	0,2	.
Juni	0,1	0,0	16,9	13,8	3,1	2,1	10,9	0,0	2,7	1,2	0,2	—
<b>Girozentralen</b>												
Febr.	16,6	6,4	1 600,7	1 065,1	535,6	135,7	859,2	448,9	179,1	51,4	26,8	.
März	16,8	3,5	1 671,1	1 104,7	566,4	160,6	885,7	475,5	190,3	71,1	28,7	.
April	16,9	1,4	1 823,3	1 292,5	530,8	187,7	1 060,1	550,3	202,5	79,1	29,9	.
Mai	17,0	0,8	1 978,8	1 275,3	703,5	236,5	1 028,9	572,3	215,0	93,2	31,4	.
Juni	15,8	0,7	1 948,5	1 242,7	705,8	213,5	974,2	621,3	235,8	102,6	32,7	2,6
<b>Sparkassen</b>												
Febr.	194,4	125,7	3 443,6	3 413,1	30,5	0,1	730,8	162,7	1 343,4	23,5	1 338,9	.
März	205,4	85,9	3 644,4	3 613,9	30,5	2,3	755,5	189,3	1 406,0	35,2	1 452,4	.
April	211,4	64,3	3 741,2	3 701,9	39,3	6,8	717,5	199,5	1 451,4	30,9	1 533,0	.
Mai	217,0	40,2	4 009,2	3 968,5	40,7	10,4	826,2	219,4	1 510,4	42,5	1 631,9	.
Juni	212,1	28,3	4 119,7	4 081,3	38,4	13,7	839,1	255,4	1 538,4	48,0	1 703,8	8,3
<b>Zentralkassen</b>												
Febr.	4,9	1,1	285,4	83,2	202,2	21,4	5,1	0,0	72,1	11,5	6,0	.
März	5,0	0,6	297,2	82,3	214,9	23,6	3,7	0,1	72,2	12,3	6,4	.
April	5,1	0,2	296,5	84,4	212,1	25,3	4,3	0,2	73,2	13,4	6,9	.
Mai	5,1	0,2	309,8	91,1	218,7	28,6	4,6	0,3	79,4	14,8	7,1	.
Juni	4,8	0,1	316,7	94,1	222,6	30,7	5,0	0,3	82,2	14,2	6,9	—
<b>Kreditgenossenschaften</b>												
Febr.	47,4	42,2	997,5	983,9	13,6	0,3	37,3	3,4	625,3	12,2	321,3	.
März	51,8	28,2	1 052,1	1 038,9	13,2	0,5	39,4	4,0	646,5	14,0	353,0	.
April	54,5	20,5	1 066,2	1 051,8	14,4	0,6	36,0	4,6	644,8	15,2	371,0	.
Mai	56,8	13,7	1 127,0	1 113,7	13,3	0,8	40,1	5,4	680,6	14,7	393,0	.
Juni	56,9	8,1	1 171,5	1 163,7	7,8	0,7	26,9	3,9	726,0	21,1	410,8	0,3
<b>Postsparkassen — Postscheckämter</b>												
Febr.	12,8	19,6	783,2	653,0	130,2	—	120,0	—	470,7	—	62,3	.
März	14,5	12,3	837,1	669,6	167,5	—	121,5	—	478,5	—	69,6	.
April	15,7	8,5	856,5	672,9	183,6	—	119,7	—	476,8	—	76,4	.
Mai	16,8	6,2	813,5	679,3	134,2	—	121,1	—	475,6	—	82,6	.
Juni	16,2	4,2	786,7	673,3	113,4	—	101,7	—	484,8	—	86,8	—
<b>Sonstige Geldinstitute</b>												
Febr.	3,9	1,3	182,8	140,4	42,4	15,5	24,6	4,5	110,4	21,1	5,4	.
März	4,1	1,2	182,2	137,5	44,7	16,0	24,4	3,7	107,4	22,7	5,7	.
April	4,2	1,1	208,6	161,8	46,8	21,3	39,8	3,2	115,9	23,6	6,1	.
Mai	4,3	0,7	188,5	141,2	47,3	16,5	19,9	3,4	114,7	25,2	6,6	.
Juni	3,3	0,8	193,9	151,2	42,7	13,1	24,5	4,5	120,0	22,6	6,7	9,0

1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am  
2) Sonstige im In- und Ausland aufgenommene Gelder und Kredite.

nach Bankengruppen  
das westdeutsche Währungsgebiet<sup>1)</sup>  
Länder und der Landeszentralbanken  
Mill. DM

Passiva

Nostroverpflichtungen <sup>2)</sup>			Anleihen					Verbindl. aus Bürgschaften, Wechsel- u. Scheckbürgschaften, Gewährleistungsverträgen		Indossamentsverb.		Betrag der verkauften eigenen Ausgleichsfordernungen	Stand am Monatsende 1949
insgesamt	darunter Nostroverpflicht. aus Lombardierung von Ausgleichsfordernungen	darunter für länger als 6 Monate hereingekommene Gelder und Kredite	eigene Akzepte im Umlauf	insgesamt	darunter gegen Schuldverschreibungen	durchlaufende Kredite - nur Treuhandgeschäfte	geschätztes Eigenkapital	eigene Ziehungen im Umlauf	insgesamt	darunter weiterbegebene fremde Bankakzepte			
39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	
<b>Alle Banken</b>													
699,0	173,9	.	594,2	.	.	.	.	29,7	.	1 333,4	117,9	30,6	Febr.
674,2	144,0	.	641,3	.	.	.	.	35,8	.	1 368,4	103,0	30,8	März
790,6	188,2	.	651,2	.	.	.	.	39,4	.	1 365,8	97,6	33,7	April
811,2	191,1	.	634,2	.	.	.	.	44,8	.	1 288,0	85,4	35,0	Mai
768,7	179,8	46,2	661,8	927,3	726,4	492,9	314,5	54,9	403,4	1 267,7	75,9	43,6	Juni
<b>Kreditbanken</b>													
198,2	56,4	.	449,1	.	.	.	.	4,4	.	803,9	25,9	4,4	Febr.
140,0	19,6	.	486,3	.	.	.	.	4,1	.	829,7	22,7	4,4	März
148,1	18,1	.	488,9	.	.	.	.	4,9	.	791,3	17,9	5,5	April
154,4	15,0	.	483,5	.	.	.	.	5,2	.	730,9	15,7	6,0	Mai
126,9	12,9	3,2	521,1	156,0	139,3	5,3	95,8	6,5	308,0	614,8	23,9	6,1	Juni
<b>Hypothekenbanken</b>													
17,3	0,2	.	—	.	.	.	.	—	.	—	—	11,8	Febr.
21,0	0,2	.	—	.	.	.	.	—	.	—	—	11,9	März
26,0	0,2	.	—	.	.	.	.	—	.	—	—	12,8	April
29,4	0,2	.	—	.	.	.	.	—	.	—	—	13,5	Mai
18,2	0,3	0,4	—	463,3	423,9	78,4	47,8	—	0,1	—	—	19,8	Juni
<b>Girozentralen</b>													
119,9	0,1	.	1,8	.	.	.	.	0,8	.	16,4	2,7	—	Febr.
112,1	—	.	1,0	.	.	.	.	0,7	.	11,3	2,3	—	März
131,5	—	.	1,1	.	.	.	.	0,7	.	10,8	2,3	—	April
138,3	—	.	1,0	.	.	.	.	0,4	.	9,2	1,0	—	Mai
137,1	—	3,5	0,7	207,1	120,1	157,8	30,3	0,5	18,6	3,5	—	—	Juni
<b>Sparkassen</b>													
182,5	41,0	.	10,3	.	.	.	.	1,9	.	49,2	0,7	7,6	Febr.
189,9	41,3	.	10,7	.	.	.	.	1,5	.	44,8	0,6	7,6	März
214,4	49,1	.	8,5	.	.	.	.	1,5	.	44,4	0,6	8,6	April
199,8	46,4	.	7,4	.	.	.	.	1,5	.	47,9	0,7	8,7	Mai
200,3	72,8	13,0	8,8	27,4	0,1	177,0	91,4	2,2	15,4	46,7	0,6	9,1	Juni
<b>Zentralkassen</b>													
58,4	31,9	.	70,0	.	.	.	.	5,0	.	141,1	55,9	2,3	Febr.
75,1	36,7	.	67,6	.	.	.	.	6,8	.	148,3	55,4	2,4	März
107,2	67,0	.	72,2	.	.	.	.	7,8	.	165,1	51,8	2,4	April
112,3	74,7	.	56,7	.	.	.	.	10,7	.	168,5	42,8	2,4	Mai
104,0	51,6	4,0	49,0	—	—	1,2	3,1	15,1	24,8	159,3	33,8	1,7	Juni
<b>Kreditgenossenschaften</b>													
102,3	43,8	.	28,7	.	.	.	.	11,5	.	63,5	0,5	3,5	Febr.
111,1	45,7	.	38,3	.	.	.	.	12,2	.	67,4	0,6	3,5	März
136,2	53,2	.	43,1	.	.	.	.	13,2	.	68,2	0,4	3,4	April
135,9	54,1	.	49,6	.	.	.	.	14,5	.	71,3	0,3	3,5	Mai
146,0	41,7	16,3	46,9	1,5	—	1,8	23,6	17,6	21,8	72,4	0,5	5,9	Juni
<b>Postsparkassen — Postscheckämter</b>													
0,1	—	.	—	.	.	.	.	—	.	—	—	—	Febr.
0,1	—	.	—	.	.	.	.	—	.	—	—	—	März
0,1	—	.	—	.	.	.	.	—	.	—	—	—	April
0,1	—	.	—	.	.	.	.	—	.	—	—	—	Mai
—	—	—	—	—	—	—	0,9	—	—	—	—	—	Juni
<b>Sonstige Geldinstitute</b>													
20,3	0,7	.	34,2	.	.	.	.	5,9	.	259,2	32,2	1,0	Febr.
25,0	0,4	.	37,3	.	.	.	.	10,4	.	266,8	21,5	1,0	März
27,1	0,6	.	37,4	.	.	.	.	11,3	.	286,1	24,5	1,0	April
41,0	0,7	.	36,0	.	.	.	.	12,5	.	260,3	24,9	1,0	Mai
36,2	0,4	5,7	35,2	72,0	42,9	71,4	21,7	13,1	14,9	371,0	17,1	1,0	Juni

31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

Bilanzzahlen:  
Wöchentliche Bankenstatistik für  
Repräsentativ-Erhebung der Bank deutscher Länder  
in

Aktiva

Stand am	Barreserve <sup>1)</sup>		Nostroguthaben		sonstige Bankguthaben <sup>2)</sup>	Wechsel	
	insgesamt	darunter LZB-Guthaben	insgesamt	darunter Postscheckguthaben		insgesamt (ohne eigene Akzepte)	davon
							Handelswechsel <sup>3)</sup>
	1	2	3	4	5	6	7
<b>1948</b>							
31. 10.	452,4	378,1	468,4	20,8	.	773,6	644,2
30. 11.	700,4	628,0	621,5	25,4	.	639,4	493,5
31. 12.	717,1	644,9	510,8	34,1	.	706,8	575,7
<b>1949</b>							
31. 1.	670,8	607,6	619,0	19,7	.	716,4	636,2
28. 2.	567,1	506,8	723,7	22,8	.	774,9	683,7
31. 3.	638,4	577,4	705,3	17,9	.	792,6	693,8
30. 4.	707,6	640,1	739,0	18,0	.	829,2	734,3
31. 5.	642,3	577,7	864,8	15,5	.	993,9	870,8
7. 6.	628,1	550,0	870,2	18,2	.	964,7	847,3
15. 6.	646,2	574,5	876,0	19,5	.	1035,7	895,3
23. 6.	773,5	698,4	921,8	19,3	.	1064,1	917,9
30. 6.	564,6	501,3	821,9	18,6	.	1079,5	921,2
7. 7.	627,3	558,1	747,0	16,2	37,7	1057,4	885,7
15. 7.	509,9	450,1	813,9	16,1	28,6	1075,9	883,3
23. 7.	606,7	539,9	860,2	15,1	29,6	1131,8	931,9
31. 7.	402,4	331,1	798,2	17,8	31,2	1164,1	948,6

Passiva

Stand am	Einlagen							
	Einlagen auf Anlagekonto	Einlagen auf Festkonto	Einlagen auf Freikonto		von Spalte 17 entfallen auf			
			mit Einlagen von	ohne Geldinstituten	Einlagen von Geldinstituten		Einlagen der öffentlichen Hand	
					insgesamt	darunter Termineinlag.	insgesamt	darunter Termineinlag.
	15	16	17	18	19	20	21	22
<b>1948</b>								
31. 10.	.	424,6	3 082,6	2 501,1	581,5	65,1	825,0	279,7
30. 11.	45,7	164,3	3 583,9	2 885,5	698,4	95,5	1 057,6	385,5
31. 12.	75,6	84,2	3 688,0	3 059,7	628,3	96,4	1 065,4	482,5
<b>1949</b>								
31. 1.	86,2	53,9	3 941,8	3 285,9	655,9	119,1	1 259,4	649,7
28. 2.	91,2	41,6	4 131,6	3 463,1	668,5	111,2	1 294,7	734,1
31. 3.	97,1	25,9	4 301,7	3 559,7	742,0	145,7	1 288,8	739,4
30. 4.	99,5	17,2	4 575,7	3 833,3	742,4	176,7	1 490,8	808,2
31. 5.	101,4	10,7	4 838,6	3 919,3	919,3	191,7	1 446,2	832,9
7. 6.	101,4	10,6	4 886,0	3 985,8	900,2	192,8	1 460,1	853,5
15. 6.	100,8	9,6	4 969,7	4 106,4	863,3	194,7	1 560,5	907,2
23. 6.	99,8	9,0	5 158,9	4 205,8	953,1	193,3	1 625,1	898,8
30. 6.	95,2	8,1	4 984,2	4 053,5	930,7	213,6	1 450,4	890,2
7. 7.	87,5	7,9	4 909,3	4 030,8	878,5	225,5	1 379,6	795,3
15. 7.	83,1	7,5	4 916,6	4 054,8	861,8	229,7	1 447,5	803,3
23. 7.	80,5	7,0	5 127,2	4 240,2	887,0	248,1	1 612,6	966,7
31. 7.	79,2	6,7	4 886,6	4 029,4	857,2	228,7	1 420,6	940,2

<sup>1)</sup> Kasse und Landeszentralbankguthaben. <sup>2)</sup> Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. <sup>3)</sup> Bis einschließlich Wechseln enthalten. <sup>4)</sup> Darin enthalten — soweit erkennbar — 84,5 Mill. DM umgestellte Währungsdebitoren (Stilhalterkredite). <sup>5)</sup> Veränderungen gegenüber dem 30. 6. 1949 z. T. statistisch bedingt <sup>6)</sup> Ohne die Beträge der 11 Institute von Nieder-



## 112 Geldinstitute

das westdeutsche Währungsgebiet

und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten

Mill. DM

### Aktiva

Wechsel			Schatzwechsel und unverzinsliche Schatz- anweisungen <sup>3)</sup>	Schuldner		sonstige kurz- fristige Forde- rung. - Report, Lombard, Waren- vorschüsse	Stand am
davon				- nur kurzfristige Forderungen -			
fremde Bankakzepte	sonstige Wechsel	darunter Debitorenzieh.		Nichtbanken- kundschaft	Geldinstitute		
8	9	10	11	12	13	14	
129,4	.	.	.	768,3	166,2	22,1	1948
110,5	.	35,4	.	942,9	204,2	35,4	31. 10.
95,6	.	35,5	0,5	996,4	230,8	29,1	30. 11.
							31. 12.
							1949
62,4	.	17,8	5,3	1078,6	248,5	43,3	31. 1.
74,1	.	17,1	5,7	1213,9	238,7	51,1	28. 2.
81,0	.	17,8	8,5	1309,1	238,9	64,2	31. 3.
77,4	.	17,5	9,7	1400,8	275,1	73,0	30. 4.
103,1	.	20,0	10,8	1436,9	243,7	70,9	31. 5.
97,2	.	20,2	10,1	1440,4	248,9	70,6	7. 6.
119,7	.	20,7	10,8	1500,1	263,4	70,2	15. 6.
125,6	.	20,6	10,6	1507,9	283,8	72,1	23. 6.
134,6	.	23,7	9,7	1538,7	245,2	65,5	30. 6.
134,8	36,9	28,0	12,8	1622,0 <sup>3)</sup>	262,4	69,5 <sup>3)</sup>	7. 7.
154,1	38,5	28,9	12,3	1707,4	291,1	66,0	15. 7.
161,9	38,0	29,6	12,3	1727,5	310,5	63,9	23. 7.
176,8	38,7	32,1	12,3	1756,3	277,4	64,5	31. 7.

### Passiva

Einlagen			Nostroverpflichtung. <sup>4)</sup>		eigene Akzepte im Umlauf	eigene Ziehungen im Umlauf	Eig. Indossamentsverb.		Betrag der verkauften eigenen Ausgleichs- forderung.	Stand am
von Spalte 17 entfallen auf			insgesamt	darunter Nostrover- pflicht. aus Lombard.v. Ausgleichs- forderung.			insgesamt	darunter weiterbege- bene fremd. Bank- akzepte		
sonstige Gläubiger	Spar- einlagen									
insgesamt	darunter Termineinl.		26	27	28	29	30	31	32	
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	
1 522,2	110,2	153,9	102,6	.	158,8 <sup>5)</sup>	.	527,2	.	4,0	1948
1 643,2	131,8	184,7	171,9	39,2	204,7	23,6	582,6	78,5	5,0	31. 10.
1 755,4	154,4	238,9	236,7	77,0	251,3	27,4	599,0	88,2	5,5	30. 11.
										31. 12.
										1949
1 756,4	165,2	270,1	286,7	51,3	229,8	5,9	508,2	65,8	6,6	31. 1.
1 874,1	216,4	294,3	328,7	68,3	266,2	6,1	496,3	92,0	7,8	28. 2.
1 952,8	269,1	318,1	275,9	30,2	290,6	8,0	490,4	78,6	9,9	31. 3.
2 006,5	293,4	336,0	304,5	44,5	293,2	8,7	498,9	71,6	10,9	30. 4.
2 112,2	364,0	360,9	326,5	55,8	271,3	10,9	458,1	67,6	11,4	31. 5.
2 161,4	369,9	364,3	307,7	40,3	269,7	10,4	454,0	66,4	11,4	7. 6.
2 176,4	394,2	369,5	326,3	47,0	275,1	10,4	421,7	63,0	11,4	15. 6.
2 207,5	408,8	373,2	338,2	38,6	285,7	13,6	381,8	58,3	11,4	23. 6.
2 225,1	422,0	378,0	262,1	28,5	280,0	13,3	397,9	58,8	11,4	30. 6.
2 267,8	429,3	383,4	324,2 <sup>7)</sup>	33,7	318,6 <sup>7)</sup>	13,4	443,9 <sup>7)</sup>	26,8	14,0	7. 7.
2 219,3	423,9	388,0	331,4	41,6	340,9	13,7	439,4	50,8	15,2	15. 7.
2 235,9	436,9	391,7	326,3	47,4	351,3	14,0	438,6	42,2	20,2	23. 7.
2 212,7	419,2	396,1	353,1	47,5	376,4	15,3	488,9	42,2	25,2	31. 7.

30. Juni 1949 sind nur Schatzwechsel erfaßt. <sup>4)</sup> Bis einschließlich 30. Juni 1949 sind noch geringfügige Beträge an sonstigen Krediten, die am 7. 7. 1949 zum ersten Male mit erfaßt sind. <sup>5)</sup> Sonstige im In- und Ausland aufgenommene Gelder und sachsen.

Volkswirtschaftliches Kreditvolumen :  
in

Stand am Monats- ende	I. Kredite an die Nicht-													
	Kredite an die Nichtbankenkundschaft							die Spalten 1-7						
	kurz- fristige Kredite ins- gesamt	davon				Wechsel- <sup>5)</sup> obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel- u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	mittel- und lang- fristige Kredite <sup>2)</sup>	durch- lau- fende Kredite	kurz- fristige Kredite ins- gesamt	Wirtschaftsunternehmen und				
		Schuldner - kurzfr. Forderung. -		sonstige kurz- fristige Kredite <sup>1)</sup>	Wechsel- obligo d. Kund- schaft					mittel- und lang- fristige Kredite <sup>3)</sup>	davon		sonstige kurz- fristige Kredite <sup>1)</sup>	Wechsel- obligo d. Kund- schaft
ins- gesamt		darunter Akzept- kredite	ins- gesamt								darunter Akzept- kredite			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13		

Monatliche Bankenstatistik  
Gesamterhebung der Bank deutscher

1948													
Juli	1 339,2	165,0	.	5,7	1 168,5	.	.	1 243,7	91,5	.	5,6	1 146,6	.
Aug.	2 378,3	826,5	.	20,5	1 531,3	.	.	2 243,8	751,2	.	19,3	1 473,3	.
Sept.	3 196,4	1 449,2	.	40,8	1 706,4	.	.	3 011,0	1 382,2	.	34,2	1 594,6	.
Okt.	3 818,6	1 979,3	.	53,8	1 785,5	.	.	3 549,8	1 904,1	.	46,7	1 599,0	.
Nov.	4 333,1	2 345,2	.	79,1	1 908,8	239,1	.	4 034,9	2 280,5	.	73,5	1 680,9	210,1
Dez.	4 684,3	2 466,7	.	81,8	2 135,8	473,3	.	4 388,8	2 418,2	.	78,8	1 891,8	412,0
1949													
Jan.	4 900,6	2 743,4	.	112,2	2 045,0	614,6	.	4 623,6	2 683,7	.	104,7	1 835,2	524,1
Febr.	5 264,7	3 062,8	.	134,0	2 067,9	646,0	.	4 951,7	2 980,3	.	130,4	1 841,0	550,9
März	5 551,2	3 206,4	.	161,9	2 182,9	705,3	.	5 234,9	3 141,3	.	158,5	1 935,1	607,1
April	5 886,9	3 464,2	.	187,7	2 235,0	744,4	.	5 577,5	3 400,2	.	182,7	1 994,6	650,6
Mai	6 123,6	3 636,4	.	193,1	2 294,1	790,4	.	5 769,4	3 511,3	.	187,9	2 070,2	695,6
Juni	6 535,7 <sup>7)</sup>	3 928,4 <sup>7)</sup>	1 080,3	160,0 <sup>10)</sup>	2 447,3	1 018,1	411,6	6 017,1 <sup>7)</sup>	3 773,5 <sup>7)</sup>	1 079,5	159,1 <sup>10)</sup>	2 084,5	888,4

Wöchentliche Bankenstatistik  
Repräsentativ-Erhebung der Bank deutscher Länder  
(kurzfristige)

1948													
31.10.	1 429,5	768,3	.	14,6	646,6	.	.	1 376,6	723,4	.	13,4	639,8	.
30.11.	1 642,8	942,9	.	22,7	677,2	.	.	1 600,0	908,7	.	22,7	668,6	.
31.12.	1 818,1	996,4	.	16,2	805,5	.	.	1 787,5	966,7	.	16,1	804,7	.
1949													
31.1.	1 882,2	1 078,6	.	32,0	771,6	.	.	1 843,4	1 048,2	.	29,3	765,9	.
28.2.	2 000,0	1 213,9	.	37,1	749,0	.	.	1 962,6	1 183,3	.	36,7	742,6	.
31.3.	2 088,0	1 309,1	.	46,2	732,7	.	.	2 039,8	1 270,6	.	45,8	723,4	.
30.4.	2 209,1	1 400,8	.	53,8	754,5	.	.	2 160,4	1 363,9	.	53,1	743,4	.
31.5.	2 290,5	1 436,9	.	54,2	799,4	.	.	2 226,5	1 386,8	.	53,5	786,2	.
30.6.	2 380,7	1 538,7	.	48,4	793,6	.	.	2 311,0	1 482,0	.	47,7	781,3	.
31.7.	2 618,5	1 756,3	608,6	59,0	803,2	.	.	2 536,6	1 689,0	608,3	58,9	788,7	.
7.6.	2 281,4	1 440,4	.	54,6	786,4	.	.	2 217,5	1 389,8	.	53,9	773,8	.
15.6.	2 340,9	1 500,1	.	53,9	786,9	.	.	2 274,0	1 447,3	.	53,2	773,5	.
23.6.	2 330,8	1 507,9	.	52,3	770,6	.	.	2 265,7	1 456,6	.	51,6	757,5	.
30.6.	2 380,7	1 538,7	.	48,4	793,6	.	.	2 311,0	1 482,0	.	47,7	781,3	.
7.7.	2 473,8 <sup>8)10)</sup>	1 622,0 <sup>8)10)</sup>	560,8	65,2 <sup>10)</sup>	786,6 <sup>10)</sup>	.	.	2 403,1 <sup>8)10)</sup>	1 566,4 <sup>8)10)</sup>	560,4	65,0 <sup>10)</sup>	771,7	.
15.7.	2 540,2	1 707,4	577,4	61,5	771,3	.	.	2 463,0	1 644,7	577,1	61,5	756,8	.
23.7.	2 566,1	1 727,5	587,3	57,4	781,2	.	.	2 494,4	1 670,5	587,0	57,3	766,6	.
31.7.	2 618,5	1 756,3	608,6	59,0	803,2	.	.	2 536,6	1 689,0	608,3	58,9	788,7	.

<sup>1)</sup> Forderungen aus Report- und Lombardgeschäften, Warenvorschüssen (Rembourskredite). <sup>2)</sup> Einschließlich Hypotheken-, Grund- und Rentenatliche Bankenstatistik bis Mai 1949 einschließlich ohne unverzinsliche Schatzanweisungen; wöchentliche Bankenstatistik bis Juni 1949 sichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldmonatlichen Bankenstatistik vorerst nicht aufgenommen. <sup>8)</sup> Darin enthalten — soweit erkennbar — 84,5 Mill. DM umgestellte Währungsder Position ausgewiesenen sonstigen kurzfristigen Kredite sind ab Juni 1949 in der Position Schuldner — kurzfristige Forderungen — mit sonstigen kurzfristigen Kredite ausgewiesenen Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren bis Mai 1949 einschließlich unter der

Gesamtübersicht

Mill. DM

Bankenkundschaft							II. Kredite an Geldinstitute							Stand am Monats- ende
gliedern sich in Kredite an							davon							
Private		Öffentliche Hand					kurz- fristige Kredite insgesamt	Schuldner kurzfr. Forderung.		sonstige kurz- fristige Kredite <sup>1)</sup>	Wechsel- obligo der Kund- schaft	mittel- und lang- fristige Kredite	durch- lau- fende Kredite	
durch- lau- fende Kredite	kurz- fristige Kredite ins- gesamt	Schuldner - nur kurz- fristige Forde- runge-	sonstige kurz- fristige Kredite	Schatz- <sup>5)</sup> wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen sonstige Wechsel	mittel- und lang- fristige Kredite <sup>4)</sup>	durch- lau- fende Kredite		insgesamt	darunter Akzept- kredite					
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	

für das westdeutsche Währungsgebiet<sup>6)</sup>

Länder und der Landeszentralbanken

	95,5	73,5	0,1	21,9	.	.	82,5	15,8	.	6,9	59,8	.	.	1948
	134,5	75,3	1,2	58,0	.	.	372,5	78,8	.	12,7	281,0	.	.	Aug.
	185,4	67,0	6,6	111,8	.	.	763,4	133,2	.	14,1	616,1	.	.	Sept.
	268,8	75,2	7,1	186,5	.	.	1 058,0	212,0	.	14,0	832,0	.	.	Okt.
	298,2	64,7	5,6	227,9	29,0	.	1 056,7	284,2	.	22,4	750,1	36,6	.	Nov.
	295,5	48,5	3,0	244,0	61,3	.	1 098,6	340,7	.	23,5	734,4	42,9	.	Dez.
	277,0	59,7	7,5	209,8	90,5	.	1 049,4	367,7	.	20,6	661,1	55,7	.	1949
	313,0	82,5	3,6	226,9	95,1	.	1 120,4	366,5	.	25,5	728,4	59,9	.	Jan.
	316,3	65,1	3,4	247,8	98,2	.	1 122,7	379,6	.	32,2	710,9	69,5	.	Febr.
	309,4	64,0	5,0	240,4	93,8	.	1 219,9	446,1	.	36,9	736,9	71,9	.	März
	354,2	125,1	5,2	223,9	94,8	.	1 304,2	431,9	.	32,4	839,9	88,6	.	April
391,6	518,6	154,9	0,9	362,8	129,7	20,0	1 375,1	472,9	9,0	5,9 <sup>9)</sup>	896,3	70,2	52,8	Juni

für das westdeutsche Währungsgebiet

und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten

Kredite)

	52,9	44,9	1,2	6,8	.	.	787,7	166,2	.	7,5	614,0	.	.	1948
	42,8	34,2	0,0	8,6	.	.	757,7	204,2	.	12,7	540,8	.	.	31.10.
	30,6	29,7	0,1	0,8	.	.	774,2	230,8	.	12,9	530,5	.	.	31.12.
	38,8	30,4	2,7	5,7	.	.	729,9	248,5	.	11,3	470,1	.	.	1949
	37,4	30,6	0,4	6,4	.	.	772,1	238,7	.	14,0	519,4	.	.	31. 1.
	48,2	38,5	0,4	9,3	.	.	812,7	238,9	.	18,0	555,8	.	.	28. 2.
	48,7	36,9	0,7	11,1	.	.	883,4	275,1	.	19,2	589,1	.	.	31. 3.
	64,0	50,1	0,7	13,2	.	.	927,6	243,7	.	16,7	667,2	.	.	30. 4.
	69,7	56,7	0,7	12,3	.	.	950,5	245,2	.	17,1	688,2	.	.	31. 5.
	81,9	67,3	0,1	14,5	.	.	1 074,2	277,4	10,8	5,5	791,3	.	.	30. 6.
	63,9	50,6	0,7	12,6	.	.	917,8	248,9	.	16,0	652,9	.	.	31. 7.
	66,9	52,8	0,7	13,4	.	.	975,4	263,4	.	16,3	695,7	.	.	7. 6.
	65,1	51,3	0,7	13,1	.	.	982,5	283,8	.	19,8	678,9	.	.	15. 6.
	69,7	56,7	0,7	12,3	.	.	950,5	245,2	.	17,1	688,2	.	.	23. 6.
	70,7	55,6	0,2	14,9 <sup>10)</sup>	.	.	965,6	262,4	9,2	4,3	698,9	.	.	30. 6.
	77,2	62,7	0,0	14,5	.	.	1 006,9	291,1	9,7	4,5	711,3	.	.	7. 7.
	71,7	57,0	0,1	14,6	.	.	1 052,1	310,5	8,9	6,5	735,1	.	.	15. 7.
	81,9	67,3	0,1	14,5	.	.	1 074,2	277,4	10,8	5,5	791,3	.	.	23. 7.
														31. 7.

schulden und Kommunalanleihen. <sup>3)</sup> Einschließlich Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden. <sup>4)</sup> Einschließlich Kommunalanleihen. <sup>5)</sup> Mo-  
einschließlich ohne unverzinsliche Schatzanweisungen. <sup>6)</sup> Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberück-  
institute ist nicht von Bedeutung. <sup>7)</sup> Die in der wöchentlichen Bankenstatistik ab Juli 1949 einbezogenen Währungsdebitoren sind in der  
debitoren (Stillhaltecredite), die am 7. 7. 1949 zum ersten Male mit erfaßt sind. <sup>8)</sup> Alle außerdem noch bis Mai 1949 einschließlich in  
enthalten, in der bis Mai nur Kontokorrent- und Akzeptkredite erfaßt wurden. Einzelne Institute haben die ab Juni 1949 unter der Position  
Position Schuldner — kurzfristige Forderungen — gemeldet. <sup>10)</sup> Veränderungen gegenüber dem 30. 6. 1949 z. T. statistisch bedingt.

Volkswirtschaftliches Kreditvolumen:  
 Monatliche Bankenstatistik für  
 Gesamterhebung der Bank deutscher  
 in

Stand am Monats- ende 1949	I. Kredite an die Nicht-													
	Kredite an die Nichtbankenkundschaft							Die Spalten 1-7						
	kurzfrist. Kredite ins- gesamt <sup>2)</sup>	davon						kurzfr. Kredite ins- gesamt <sup>2)</sup>	Wirtschaftsunternehmen und Private					
		Schuldner <sup>2)</sup>		sonstige kurzfrist. Kredite <sup>3)</sup>	Wechsel- obligo d. Kundsch. Schatz- wechsel u. unverz. Schatz- an- weisung.	mittel- u. langfr. Kredite <sup>4)</sup>	durch- lau- fende Kredite		davon		sonstige kurzfrist. Kredite <sup>3)</sup>	Wechsel obligo d. Kundsch.	mittel- u. langfr. Kredite <sup>5)</sup>	durch- laufende Kredite
ins- gesamt		darunter Akzept- kredite	ins- gesamt						darunter Akzept- kredite					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	

Alle Banken

Febr.	5 264,7	3 062,8	.	134,0	2 067,9	646,0	.	4 951,7	2 980,3	.	130,4	1 841,0	550,9	.
März	5 551,2	3 206,4	.	161,9	2 182,9	705,3	.	5 234,9	3 141,3	.	158,5	1 935,1	607,1	.
April	5 886,9	3 464,2	.	187,7	2 235,0	744,4	.	5 577,5	3 400,2	.	182,7	1 994,6	650,6	.
Mai	6 123,6	3 636,4	.	193,1	2 294,1	790,4	.	5 769,4	3 511,3	.	187,9	2 070,2	695,6	.
Juni	6 535,7	3 928,4	1 080,3	160,0 <sup>3)</sup>	2 447,3	1 018,1	411,6	6 017,1	3 773,5	1 079,5	159,1 <sup>3)</sup>	2 084,5	888,4	391,6

Kreditbanken

Febr.	3 283,1	1 945,9	.	59,8	1 277,4	22,7	.	3 271,1	1 936,8	.	59,7	1 274,6	19,8	.
März	3 439,5	2 037,4	.	75,2	1 326,9	25,6	.	3 418,6	2 023,2	.	75,0	1 320,4	22,7	.
April	3 620,5	2 191,1	.	86,9	1 342,5	31,5	.	3 606,0	2 181,2	.	86,7	1 338,1	28,6	.
Mai	3 730,1	2 250,3	.	89,3	1 390,5	36,4	.	3 711,5	2 237,6	.	89,1	1 384,8	33,3	.
Juni	3 847,0	2 349,5	925,5	131,4 <sup>3)</sup>	1 366,1	130,3	4,8	3 820,2	2 330,8	924,9	130,5 <sup>3)</sup>	1 358,9	124,4	4,8

Hypothekendarlehen

Febr.	22,7	1,0	.	21,5	0,2	197,2	.	21,6	0,3	.	21,2	0,1	178,2	.
März	26,3	1,1	.	24,9	0,3	217,6	.	25,1	0,3	.	24,6	0,2	198,2	.
April	33,4	0,4	.	32,7	0,3	214,9	.	32,0	0,4	.	31,4	0,2	202,0	.
Mai	35,3	0,4	.	34,7	0,2	227,6	.	33,9	0,4	.	33,3	0,2	214,5	.
Juni	40,5	40,2	—	0,1 <sup>3)</sup>	0,2	287,7	55,8	35,8	35,5	—	0,1 <sup>3)</sup>	0,2	262,8	54,3

Girozentralen

Febr.	333,3	154,5	.	7,2	171,6	119,9	.	301,5	128,7	.	6,2	166,6	70,0	.
März	362,2	153,7	.	14,6	193,9	133,9	.	325,7	124,8	.	13,9	187,0	83,5	.
April	386,3	167,6	.	14,6	204,1	148,9	.	345,6	136,3	.	13,4	195,9	97,5	.
Mai	401,2	190,3	.	11,8	199,1	161,5	.	347,2	146,4	.	10,7	190,1	109,4	.
Juni	443,6	207,1	15,1	4,3 <sup>3)</sup>	232,2	186,6	118,6	343,6	156,5	15,1	4,3 <sup>3)</sup>	182,8	115,6	110,3

Sparkassen

Febr.	632,3	450,0	.	20,2	162,1	263,6	.	616,8	438,3	.	19,3	159,2	242,6	.
März	691,6	496,6	.	22,4	172,6	279,8	.	670,9	479,5	.	21,4	170,0	257,0	.
April	749,0	548,7	.	24,5	175,8	296,4	.	729,1	532,3	.	23,6	173,2	273,1	.
Mai	809,3	593,6	.	27,7	188,0	306,5	.	788,6	577,3	.	26,8 <sup>3)</sup>	184,5	283,6	.
Juni	883,7	681,8	14,7	1,8 <sup>3)</sup>	200,1	337,1	170,7	856,9	662,6	14,5	1,8 <sup>3)</sup>	192,5	313,6	168,1

Zentralkassen

Febr.	167,4	112,1	.	1,5	53,8	0,4	.	165,3	110,8	.	1,5	53,0	0,4	.
März	180,9	123,8	.	1,4	55,7	0,7	.	178,8	122,9	.	1,4	54,5	0,7	.
April	188,9	119,3	.	2,1	67,5	1,6	.	186,9	118,4	.	2,1	66,4	1,6	.
Mai	180,2	97,5	.	2,0	80,7	1,8	.	178,2	96,6	.	2,0	79,6	1,8	.
Juni	176,9	92,4	54,7	0,1 <sup>3)</sup>	84,4	2,6	1,2	174,1	92,0	54,7	0,1 <sup>3)</sup>	82,0	2,6	1,2

Kreditgenossenschaften

Febr.	416,5	262,3	.	15,4	138,8	31,9	.	409,6	259,7	.	15,2	134,7	31,6	.
März	448,3	286,0	.	16,9	145,4	36,6	.	441,0	283,7	.	16,8	140,5	36,3	.
April	491,5	326,4	.	18,9	146,2	38,6	.	485,4	324,2	.	18,9	142,3	38,1	.
Mai	511,8	346,6	.	19,8	145,4	42,4	.	508,8	344,0	.	19,6	145,2	41,8	.
Juni	549,6	396,7	40,8	0,6 <sup>3)</sup>	152,3	54,6	2,2	547,2	394,4	40,8	0,6 <sup>3)</sup>	152,2	54,4	1,9

Sonstige Geldinstitute

Febr.	409,3	137,2	.	8,2	263,9	10,4	.	165,7	105,8	.	7,2	52,7	8,4	.
März	402,2	107,7	.	6,4	288,1	11,2	.	174,7	106,9	.	5,3	62,5	8,7	.
April	417,4	110,8	.	8,0	298,6	12,4	.	192,6	107,5	.	6,7	78,4	9,7	.
Mai	455,9	157,6	.	8,0	290,3	14,1	.	201,2	108,9	.	6,5	85,8	11,0	.
Juni	594,3	160,7	29,5	21,8 <sup>3)</sup>	411,8	19,3	58,2	239,3	101,7	29,5	21,8 <sup>3)</sup>	115,8	15,1	51,0

<sup>1)</sup> Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 Bankenstatistik ab Juli 1949 einbezogenen Währungsdebitoren sind in der monatlichen Bankenstatistik vorerst nicht aufgenommen. <sup>2)</sup> Forderungen und Kommundarlehen. <sup>3)</sup> Einschließlich Hypotheken, Grund- und Rentenschulden. <sup>4)</sup> Bis Mai 1949 einschließlich ohne unverzinsliche sonstigen kurzfristigen Kredite sind ab Juni 1949 in der Position Schuldner — kurzfristige Forderungen — mit enthalten, in der bis Mai 1949 ausgewiesenen Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren bis Mai 1949 einschließlich unter der Position Schuldner — kurz-

nach Bankengruppen  
das westdeutsche Währungsgebiet<sup>1)</sup>  
Länder und der Landeszentralbanken  
Mill. DM

bankenkundschaft						II. Kredite an Geldinstitute							Stand am Monats- ende 1949
gliedern sich in Kredite an						davon							
öffentliche Hand						Schuldner -kurzfr.Forderung.-			sonstige kurz- fristige Kredite <sup>3)</sup>	Wechsel- obligo der Kundschaft	mittel- und langfristige Kredite	durch- laufende Kredite	
kurz- fristige Kredite insgesamt	davon		Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisung, sonstige Wechsel <sup>6)</sup>	mittel- und lang- fristige Kredite <sup>7)</sup>	durch- lau- fende Kredite	kurz- fristige Kredite ins- gesamt	ins- gesamt	darunter Akzept- kredite					
	Schuld- ner nur kurz- fristige Forde- rungen	sonstige kurz- fristige Kredite											
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	
Alle Banken													
313,0	82,5	3,6	226,9	95,1	.	1 120,4	366,5	.	25,5	728,4	59,9	.	Febr.
316,3	65,1	3,4	247,8	98,2	.	1 122,7	379,6	.	32,2	710,9	69,5	.	März
309,4	64,0	5,0	240,4	93,8	.	1 219,9	446,1	.	36,9	736,9	71,9	.	April
354,2	125,1	5,2	223,9	94,8	.	1 304,2	431,9	.	32,4	839,9	88,6	.	Mai
518,6	154,9	0,9	362,8	129,7	20,0	1 375,1	472,9	9,0	5,9 <sup>3,8)</sup>	896,3	70,2	52,8	Juni
Kreditbanken													
12,0	9,1	0,1	2,8	2,9	.	236,4	29,1	.	5,1	202,2	7,2	.	Febr.
20,9	14,2	0,2	6,5	2,9	.	229,0	32,4	.	2,5	194,1	10,0	.	März
14,5	9,9	0,2	4,4	2,9	.	210,4	40,7	.	3,3	166,4	10,6	.	April
18,6	12,7	0,2	5,7	3,1	.	237,3	37,9	.	2,2	197,2	11,6	.	Mai
26,8	18,7	0,9	7,2	5,9	0,0	277,3	46,1	8,3	1,4 <sup>3,8)</sup>	229,8	11,3	0,5	Juni
Hypothekenbanken													
1,1	0,7	0,3	0,1	19,0	.	0,1	0,0	.	0,1	0,0	—	.	Febr.
1,2	0,8	0,3	0,1	19,4	.	0,1	0,0	.	0,1	—	4,5	.	März
1,4	—	1,3	0,1	12,9	.	0,2	0,1	.	0,1	0,0	4,5	.	April
1,4	—	1,4	—	13,1	.	1,4	0,1	.	0,0 <sup>3,8)</sup>	1,3	4,6	.	Mai
4,7	4,7	—	—	24,9	1,5	1,5	0,2	—	0,0 <sup>3,8)</sup>	1,3	4,6	0,7	Juni
Girozentralen													
31,8	25,8	1,0	5,0	49,9	.	556,4	216,7	.	5,9	333,8	17,9	.	März
36,5	28,9	0,7	6,9	50,4	.	547,0	222,5	.	7,8	316,7	19,2	.	Febr.
40,7	31,3	1,2	8,2	51,4	.	631,0	255,1	.	8,7	367,2	20,5	.	April
54,0	43,9	1,1	9,0	52,1	.	675,2	239,4	.	7,0	428,8	32,0	.	Mai
100,0	50,6	—	49,4	71,0	8,3	715,5	254,5	0,5	2,3 <sup>3,8)</sup>	458,7	20,1	38,5	Juni
Sparkassen													
15,5	11,7	0,9	2,9	21,0	.	25,5	1,7	.	0,3	23,5	6,6	.	Febr.
20,7	17,1	1,0	2,6	22,8	.	20,2	2,1	.	0,2	17,9	7,4	.	März
19,9	16,4	0,9	2,6	23,3	.	25,6	2,2	.	0,2	23,2	7,7	.	April
20,7	16,3	0,9	3,5	22,9	.	36,4	2,3	.	0,2	33,9	11,8	.	Mai
26,8	19,2	0,0	7,6	23,5	2,6	44,2	6,0	0,1	— <sup>3,8)</sup>	38,2	13,1	—	Juni
Zentralkassen													
2,1	1,3	0,0	0,8	—	.	254,9	113,2	.	13,8	127,9	0,1	.	Febr.
2,1	0,9	0,0	1,2	—	.	279,4	118,2	.	18,9	142,3	0,2	.	März
2,0	0,9	0,0	1,1	—	.	313,5	144,4	.	22,3	146,8	0,3	.	April
2,0	0,9	—	1,1	—	.	318,9	147,1	.	22,5	149,3	0,4	.	Mai
2,8	0,4	—	2,4	—	0,0	311,4	163,9	0,2	2,2 <sup>3,8)</sup>	145,3	0,4	0,0	Juni
Kreditgenossenschaften													
6,9	2,6	0,2	4,1	0,3	.	4,2	3,1	.	0,1	1,0	0,0	.	Febr.
7,3	2,3	0,1	4,9	0,3	.	4,6	2,7	.	0,0	1,9	0,0	.	März
6,1	2,2	0,0	3,9	0,5	.	4,5	3,0	.	0,0	1,5	0,0	.	April
3,0	2,6	0,2	0,2	0,6	.	5,8	4,1	.	0,1 <sup>3,8)</sup>	1,6	0,0	.	Mai
2,4	2,3	—	0,1	0,2	0,3	1,4	0,7	—	—	0,7	0,6	—	Juni
Sonstige Geldinstitute													
243,6	31,4	1,0	211,2	2,0	.	43,1	2,6	.	0,4	40,1	28,0	.	Febr.
227,5	0,8	1,1	225,6	2,5	.	42,5	1,7	.	2,7	38,1	28,2	.	März
224,8	3,3	1,3	220,2	2,7	.	34,6	0,7	.	2,2	31,7	28,4	.	April
254,7	48,7	1,5	204,5	3,1	.	29,2	1,1	.	0,3 <sup>3,8)</sup>	27,8	28,2	.	Mai
355,0	59,0	—	296,0	4,2	7,2	24,0	1,5	—	—	22,5	20,1	13,2	Juni

weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. <sup>2)</sup> Die in der wöchentlichen Berichten aus Report- und Lombardgeschäften, Warenvorschüssen (Rembourskredite). <sup>4)</sup> Einschließlich Hypotheken-, Grund- und Rentenschul-Schatzanweisungen. <sup>7)</sup> Einschließlich Kommunaldarlehen. <sup>8)</sup> Alle außerdem noch bis Mai 1949 einschließlich in der Position ausgewiesenen nur Kontokorrent- und Akzeptkredite erfaßt wurden. Einzelne Institute haben die ab Juni 1949 unter der Position sonstige kurzfristige Krefristige Forderungen — gemeldet.

**Umsätze im Sparverkehr**  
(nur Freikonto)

Datum	Spareinlagen- bestand zu Beginn des Berichts- zeitraums	Zugänge aus		Einzahlungen		Auszahlungen		Saldo der Ein- und Aus- zahlungen	Spareinlagen- bestand am Ende des Berichts- zeitraums
		Um- stellung	Zinsen	ins- gesamt	darunter Barein- zahlungen	ins- gesamt	darunter Baraus- zahlungen		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet <sup>1) 2)</sup>  
(Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken)  
in Mill. DM

1948									
Juli	.	.	.	.	.	.	.	.	312,9
August	312,9	.	.	.	.	.	.	.	685,8
September	685,8	.	.	.	59,1	.	290,5	.	957,9
Oktober	957,9	.	.	.	49,8	.	259,8	.	1 152,1
November	1 152,1	.	.	.	48,1	.	169,9	.	1 353,8
Dezember	1 353,8	.	.	.	58,4	.	151,9	.	1 598,9
1949									
Januar	1 598,9	.	.	.	74,6	.	98,5	.	1 767,4
Februar	1 767,4	.	.	.	77,5	.	100,9	.	1 936,1
März	1 936,1	.	.	.	89,1	.	112,2	.	2 107,8
April	2 107,8	.	.	.	93,9	.	110,1	.	2 226,8
Mai	2 226,8	.	.	.	109,3	.	115,0	.	2 373,3
Juni	2 376,5 <sup>3)</sup>	41,1	0,8	216,0	103,0	154,9	93,3	+ 61,1	2 479,5

Wöchentliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet <sup>4)</sup>  
Repräsentativ-Erhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten  
in Mill. DM

1948									
1. - 31. 10.	127,4	.	.	.	7,5	.	42,3	.	153,9
1. - 30. 11.	153,9	.	.	.	7,7	.	27,4	.	184,7
1. - 31. 12.	184,7	.	.	.	9,9	.	25,1	.	238,9
1949									
1. - 31. 1.	238,9	.	.	.	12,8	.	14,9	.	270,1
1. - 28. 2.	270,1	.	.	.	13,3	.	14,8	.	294,3
1. - 31. 3.	294,3	.	.	.	15,1	.	16,7	.	318,1
1. - 30. 4.	318,1	.	.	.	15,9	.	16,8	.	336,0
1. - 31. 5.	336,0	.	.	.	18,5	.	17,9	.	360,9
1. - 7. 6.	360,9	.	.	.	4,2	.	3,5	.	364,3
8. - 15. 6.	364,3	.	.	.	5,4	.	4,7	.	369,5
16. - 23. 6.	369,5	.	.	.	4,5	.	4,2	.	373,2
24. - 30. 6.	373,2	.	.	.	5,4	.	5,6	.	378,0
1. - 7. 7.	378,3 <sup>3)</sup>	1,1	0,0	10,5	6,2	6,5	4,1	+ 4,0	383,4
8. - 15. 7.	382,9 <sup>3)</sup>	1,0	0,5	10,1	5,7	6,5	4,5	+ 3,6	388,0
16. - 23. 7.	388,0	1,0	0,1	8,1	5,3	5,5	4,1	+ 2,6	391,7
24. - 31. 7.	391,7	1,1	0,0	8,8	4,6	5,5	4,1	+ 3,3	396,1

<sup>1)</sup> Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

<sup>2)</sup> Bis Dezember 1948 liegen von den Postsparkassenämtern nur Bestandszahlen vor, die in den Spareinlagenbestand einbezogen wurden. Ab Januar 1949 sind in den Ein- und Auszahlungen sowie den sonstigen Zugängen die Zahlen der Postsparkassenämter, jedoch bis Mai 1949 einschl. ohne München, mit enthalten.

<sup>3)</sup> Differenz gegenüber dem Endbestand des Vormonats bzw. der Vorwoche beruht auf Berichtigungen verschiedener Institute.

<sup>4)</sup> Im oberen Teil der Tabelle sind jeweils alle Wochen des Monats zusammengefaßt; d. h. die Bestandszahlen beziehen sich auf die Höhe der Spareinlagen am Anfang bzw. Ende des Monats, die Zu- und Abgänge umfassen die gesamten Kontenbewegungen von 4 Wochen.

**Mindestreserven der Geldinstitute im Währungsgebiet, aufgliedert nach Bankengruppen**  
(Monatliche Reserve-Meldungen der Geldinstitute an die Landeszentralbanken)

Bankengruppen	Gesetzliche Mindestreserven (Reserve-Soll) in Mill. DM					Überschußreserven (Reservefehlbeträge —) in Mill. DM				
	1949					1949				
	Febr.	März	April	Mai	Juni	Febr.	März	April	Mai	Juni
1. Nachfolgeinstitute von Großbankfilialen	283,0	287,4	299,3	308,8	259,7	27,5	35,6	21,6	41,3	44,2
2. Regionalbanken	166,3	166,8	165,1	169,1	139,9	65,1	50,9	19,7	39,8	39,7
3. Privatbanken	34,3	34,5	35,8	35,4	30,1	0,9	1,8	0,9	2,1	2,5
4. Girozentralen	100,0	102,7	106,3	121,2	100,4	108,0	137,6	134,4	168,4	144,7
5. Sparkassen	337,0	349,6	354,2	361,5	330,9	38,0	26,4	22,4	22,6	25,0
6. Hypothekenbanken	1,1	1,1	1,6	1,4	1,3	0,7	0,7	0,8	0,5	0,9
7. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kreditgenossenschaften	75,4	75,6	75,0	75,2	70,3	3,6	2,8	1,8	1,8	4,0
8. Gewerbl. Zentralkassen	1,6	1,9	1,6	1,7	1,5	0,6	1,1	0,6	0,9	0,8
9. Gewerbl. Kreditgenossenschaften	66,4	67,5	69,4	70,0	62,4	— 1,0	— 1,3	— 0,6	— 0,7	2,5
10. Sonstige Geldinstitute	113,9	113,1	115,5	114,8	91,9	20,2	16,8	21,2	15,1	17,1
<b>Bankengruppen insgesamt</b>	<sup>1)</sup> 1 179,0	1 200,2	1 223,8	1 259,1	1 088,4	<sup>1)</sup> 263,6	272,4	222,8	291,8	281,4

Bankengruppen	Überschußreserven in v. H.									
	der gesetzlichen Mindestreserven (Reserve-Soll)					der Gesamtsumme der Überschußreserven aller Bankengruppen				
	1949					1949				
	Febr.	März	April	Mai	Juni	Febr.	März	April	Mai	Juni
1. Nachfolgeinstitute von Großbankfilialen	9,7	12,4	7,2	13,4	17,0	10,4	13,1	9,7	14,2	15,7
2. Regionalbanken	39,1	30,5	11,9	23,5	28,4	24,7	18,7	8,8	13,6	14,1
3. Privatbanken	2,6	5,2	2,5	5,9	8,3	0,3	0,7	0,4	0,7	0,9
4. Girozentralen	108,0	134,0	126,4	138,9	144,1	41,0	50,5	60,3	57,7	51,4
5. Sparkassen	11,3	7,6	6,3	6,3	7,6	14,4	9,7	10,0	7,7	8,9
6. Hypothekenbanken	63,6	63,6	50,0	35,7	69,2	0,3	0,2	0,4	0,2	0,3
7. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kreditgenossenschaften	4,8	3,7	2,4	2,4	5,7	1,4	1,0	0,8	0,6	1,4
8. Gewerbl. Zentralkassen	37,5	57,9	37,5	52,9	53,3	0,2	0,4	0,3	0,3	0,3
9. Gewerbl. Kreditgenossenschaften	— 1,5	— 1,9	— 0,9	— 1,0	4,0	— 0,4	— 0,5	— 0,3	— 0,2	0,9
10. Sonstige Geldinstitute	17,7	14,9	18,3	13,2	18,6	7,7	6,2	9,6	5,2	6,1
<b>Bankengruppen insgesamt</b>	22,4	22,7	18,2	23,2	25,9	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

<sup>1)</sup> Abweichungen der Gesamt-Mindest- und Überschußreserven in der Tabelle gegenüber den entsprechenden, unter dem Strich ausgewiesenen Positionen im Konsolidierten Ausweis beruhen auf der Miteinbeziehung der Mindest- und Überschußreserven der Deutschen Verkehrskreditbank in die obige Berechnung sowie auf der Berücksichtigung von nach der Erstellung des Konsolidierten Ausweises eingegangenen Nachmeldungen. Ab März 1949 werden die Meldungen der Deutschen Verkehrskreditbank auch bei der Erstellung des Konsolidierten Ausweises erfaßt.

**Mindestreservesätze**  
(in v. H. der reservepflichtigen Einlagen<sup>1)</sup>)

Gültig ab	Sichteinlagen		Termineinlagen (einschließlich Spareinlagen)
	an Bankplätzen <sup>2)</sup>	an Nichtbankplätzen	
1. Juli 1948	10	10	5
1. Dez. 1948	15	10	5
1. Juni 1949	12	9	5

<sup>1)</sup> Reservepflichtig sind alle Einlagen auf Freikonto, Festkonto und Anlagekonto sowie der geschätzte DM-

Betrag der noch nicht umgestellten RM-Konten. Abgesetzt werden die Einlagen solcher deutscher Geldinstitute, die ihrerseits zum Halten von Mindestreserven bei Landeszentralbanken verpflichtet sind. Als Termineinlagen gelten: alle Einlagen mit fester Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens einem Monat, alle Spareinlagen und die Einlagen auf Anlagekonto. Sichteinlagen sind alle übrigen Einlagen.

<sup>2)</sup> Bankplätze sind Orte mit Landeszentralbank-Niederlassungen.

### III. Das Geldvolumen im Währungsgebiet

#### Entwicklung, Struktur und Entstehung des Geldvolumens

in Mill. DM

Stand Ende	Geldvolumen insgesamt	Gesperres Geldvolumen (Anlage- und Festkonten)	Frei verfügbares Geldvolumen					
			insgesamt	Struktur		Entstehung <sup>2)</sup>		
				Notenumlauf	Bank-einlagen <sup>1)</sup>	Erstausstattung	Währungs-umstellung	Kredit-schöpfung
1948								
Juli	11 495	1 533	9 962	3 831	6 131	5 541	3 066	1 355
August	14 206	2 363	11 843	4 178	7 665	5 719	3 756	2 368
September	16 903	2 849	14 054	5 358	8 696	6 743	4 161	3 150
Oktober	17 028	1 747	15 281	5 885	9 396	6 702	4 625	3 954
November	17 348	933	16 415	6 017	10 398	6 691	5 086	4 638
Dezember	17 859	751	17 108	6 319	10 789	6 689	5 413	5 006
1949								
Januar	18 034	667	17 367	6 167	11 200	6 689	5 490	5 188
Februar	18 589	606	17 983	6 216	11 767	6 691	5 757	5 535
März	18 948	545	18 403	6 188	12 215	6 690	5 728	5 985
April	19 676	515	19 161	6 334	12 827	6 693	5 909	6 559
Mai	20 059	485	19 574	6 361	13 213	6 692	5 898	6 984
Juni	20 339	450	19 889	6 553	13 336	6 694	5 608	7 587

<sup>1)</sup> Ohne Einlagen bei Geldinstituten.

<sup>2)</sup> Die Spalte Währungsumstellung kann mangels bankstatistischer Unterlagen bisher nur als Differenz zwischen Geldvolumen und der Summe von Erstausstattung und Kreditschöpfung errechnet werden. Von diesen Größen stehen buchmäßig lediglich die Erstausstattungen fest. Bei Berechnung des Geldvolumens wird dagegen davon ausgegangen, daß im westdeutschen Währungsgebiet keine mit „B“ gestempelten Banknoten umlaufen, was in Wirklichkeit nicht voll zutrifft. Ferner stößt auch die exakte Ermittlung der tatsächlichen Kreditschöpfung seit der Währungsreform insofern auf Schwierigkeiten, als der Betrag der umgewandelten RM-Kredite nicht bekannt ist; lediglich für Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden sowie für Kommunaldarlehen sind die nach dem 20. 6. 1948 neu gewährten Beträge ab Juni statistisch gesondert erfaßt. Weiterhin hat die Umstellung der Statistik auf das Bilanzschema der Banken, die ab Juni vorgenommen wurde, eine vollständigere Erfassung der bisher schon gewährten Kredite bewirkt — Zugang allein hierdurch mindestens 100 Mill. DM —, wodurch naturgemäß der Differenzposten „Währungsumstellung“ erneut bedeutend sinken mußte. Endgültige Zahlen für die Währungsumstellung sind erst aus den Überleitungsbogen der Geldinstitute zu erwarten.

#### Bankeinlagen<sup>1)</sup>

in Mill. DM

Anlage 1 zur Tabelle „Entwicklung, Struktur und Entstehung des Geldvolumens“

Stand Ende	bei den Geschäftsbanken						im Zentralbank-system (BdL und LZB)	Insgesamt	
	nach der monatlichen Bankenstatistik					Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung) <sup>2)</sup>			
	Insgesamt	hiervon							Insgesamt
		Sichteinlagen	Befristete Einlagen		Insgesamt				
		Spar-einlagen	Termin-einlagen						
1948									
Juli	4 001	3 604	313	84	59	4 060	2 071	6 131	
August	5 509	4 631	686	192	82	5 591	2 074	7 665	
September	6 662	5 339	958	365	99	6 761	1 935	8 696	
Oktober	7 476	5 794	1 152	530	111	7 587	1 809	9 396	
November	8 453	6 408	1 354	691	125	8 578	1 820	10 398	
Dezember	9 094	6 650	1 599	845	135	9 229	1 560	10 789	
1949									
Januar	9 417	6 599	1 767	1 051	139	9 556	1 644	11 200	
Februar	9 905	6 731	1 936	1 238	147	10 052	1 715	11 767	
März	10 339	6 875	2 108	1 356	153	10 492	1 723	12 215	
April	10 780	7 075	2 227	1 478	160	10 940	1 887	12 827	
Mai	11 246	7 240	2 373	1 633	166	11 412	1 801	13 213	
Juni	11 512	7 258	2 479	1 775	170	11 682	1 654	13 336	

<sup>1)</sup> Auf Freikonto; ohne die Einlagen von Geldinstituten.

<sup>2)</sup> Statistisch nicht erfaßt sind lediglich diejenigen Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug.



## Erstaussstattungen <sup>1)</sup>

in Mill. DM

Anlage 2 zur Tabelle „Entwicklung, Struktur und Entstehung des Geldvolumens“

Stand Ende	Juli 1948	August 1948	September 1948	Oktober 1948	Nov. 1948	Dezember 1948	Januar 1949	Februar 1949	März 1949	April 1949	Mai 1949	Juni 1949
Militärregierungen	772	772	772	772	772	772	772	772	772	772	772	772
Länder u. Gemeinden	2 266	2 291	2 366	2 354	2 351	2 348	2 348	2 350	2 350	2 350	2 350	2 350
Bahn und Post	312	315	315	315	315	315	315	315	315	315	315	316
Geschäftsbeträge	269	489	480	468	473	472	472	472	472	474	474	474
1. und 2. Rate des Kopfgeldes	1 922	1 852	2 810	2 793	2 780	2 782	2 782	2 782	2 781	2 782	2 781	2 782
Insgesamt	5 541	5 719	6 743	6 702	6 691	6 689	6 689	6 691	6 690	6 693	6 692	6 694

<sup>1)</sup> Die Beträge sind errechnet nach der Aufgliederung der Positionen „Vorläufige Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand“ und „Interimsforderungen gegen die Landeszentralbanken“ im jeweiligen Status der BdL. Die Beträge unterliegen noch gewissen geringfügigen Veränderungen.

## Kreditschöpfung

in Mill. DM

Anlage 3 zur Tabelle „Entwicklung, Struktur und Entstehung des Geldvolumens“

Stand Ende	durch Geschäftsbanken <sup>1)</sup>			durch Zentralbanksystem (BdL und LZB) <sup>2)</sup>			Insgesamt
	Nach der monatlichen Banken- statistik	Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung) <sup>3)</sup>	Insgesamt	Schatzwechsel, Kassen- vorschüsse und Direkt- Kredite <sup>4)</sup> an die Wirtschaft	Saldo der vier Konten zur Abwick- lung des Auslands- geschäfts	Insgesamt	
1948							
Juli	1 339	12	1 351	4	—	4	1 355
August	2 378	22	2 400	40	— 72	— 32	2 368
September	3 196	30	3 226	44	— 120	— 76	3 150
Oktober	3 819	33	3 852	42	+ 60	102	3 954
November	4 333	35	4 368	113	+ 157	270	4 638
Dezember	4 684	40	4 724	114	+ 168	282	5 006
1949							
Januar	4 901 <sup>5)</sup>	45	4 946	87	+ 155	242	5 188
Februar	5 265	48	5 313	69	+ 153	222	5 535
März	5 551	51	5 602	172	+ 211	383	5 985
April	5 887	54	5 941	342	+ 276	618	6 559
Mai	6 124	56	6 180	311	+ 493	804	6 984
Juni	6 536	59	6 595	401	+ 591	992	7 587

<sup>1)</sup> Kredite an die Nichtbankenkundschaft; Kontokorrent-, Akzept-, Wechsel- und sonstige kurzfristige Kredite.

<sup>2)</sup> Kreditgewährung an die Nichtbankenkundschaft.

<sup>3)</sup> Vgl. Anmerkung <sup>2)</sup> in Tabelle „Bankeinlagen“.

<sup>4)</sup> Diese Kredite dürfen nur von den Landeszentralbanken der französischen Zone gewährt werden.

<sup>5)</sup> Ab Januar einschließlich Schatzwechsel.

Nachtrag: In Bayern, Hamburg und Rheinland-Pfalz wurden die Sollzinsen inzwischen ebenfalls um 1/2% gesenkt.

IV. Sonstige Geld-Zusammenstellung der im Währungs in Prozenten

	Bayern		Hessen		Württemberg-Baden <sup>2)</sup>		Bremen		Nordrhein-Westfalen <sup>3)</sup>	
Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 14. 7. 1949	Sollzinsen									
Diskontsatz	4		4		4		4		4	
Lombardsatz	5		5		5		5		5	
Gültig ab:	Kreditkosten 27. 5. 1949		Kreditkosten 14. 7. 1949		Kreditkosten 14. 7. 1949		Kreditkosten 1. 1. 1949		Kreditkosten 14. 7. 1949	
	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung										
a) zugesagte Kredite										
Zinsen	7		5 1/2		6		6 1/2		5 1/2	
Kreditprovision	1/6% p. M.	9	1/4% p. M.	8 1/2	1/6% p. M.	8 2/5	1/4% p. M.	9 1/2	1/4% p. M.	8 1/2
b) Kontoüberziehungen										
Zinsen	7		5 1/2		6		6 1/2		5 1/2	
Überziehungsprovision	1/8% p. T.	11 1/2	1/8% p. T.	10	1/8% p. T.	10 1/2	1/8% p. T.	11	1/8% p. T.	10
2. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von DM 20.000 und höher										
Zinsen	6	6)	4 1/2		4 1/2 - 5		5 1/2 - 6		5 1/2	
Diskontprovision	1% p. M.	7 1/5	1/8% p. M.	6	1/12% p. M.	5 1/2 - 6	1/8% p. M.	7 - 7 1/2	1/24% p. M.	6
b) Abschnitte von DM 5.000 bis 20.000										
Zinsen	6	7)	4 1/2		4 1/2 - 5		5 1/2 - 6		5 1/2	
Diskontprovision	1% p. M.	7 1/5	1/8% p. M.	6 1/2	1/12% p. M.	5 1/2 - 6	1/8% p. M.	7 - 7 1/2	1/12% p. M.	6 1/2
c) Abschnitte von DM 1.000 bis 5.000										
Zinsen	6		5 1/2		4 1/2 - 5		5 1/2 - 6		5 1/2	
Diskontprovision	1/8% p. M.	7 1/2	1/8% p. M.	7	1/8% p. M.	6 - 6 1/2	1/6% p. M.	7 1/2 - 8	1/8% p. M.	7
d) Abschnitte unter DM 1.000										
Zinsen	6		5 1/2		4 1/2 - 5		5 1/2 - 6		5 1/2	
Diskontprovision	1/6% p. M.	8	1/6% p. M.	7 1/2	1/6% p. M.	6 1/2 - 7	1/4% p. M.	8 1/2 - 9	1/8% p. M.	7 1/2)
3. Akzeptkredite										
Zinsen	5 1/2		4 1/2 - 5 1/2		5 1/2		5 1/2 - 6 1/2		4 1/2	
Akzeptprovision	1/6% p. M.	7 1/2	1/4% p. M.	7 1/2 - 8 1/2	1/6% p. M.	7 1/2	1/4% p. M.	8 1/2 - 9 1/2	1/4% p. M.	7 1/2
4. Akzept- und Trattenkredite für Export- und Importfinanzierung										
a) für allg. Warengeschäfte										
Zinsen	5 1/2		4 1/2 - 5 1/2		4		5 1/2		keine Vereinbarung	
Kreditprovision	1/6% p. M.	7 1/2	1/8% p. M.	6 9/10 - 8 9/10	1/6% p. M.	6 14)	1/6% p. M.	7 1/2		
b) zur Finanzierung bevorzugter Warengruppen										
Zinsen	keine Vereinbarung		4 1/2		keine besonderen Vereinbarungen		keine besonderen Vereinbarungen		keine Vereinbarung	
Kreditprovision			1/6% p. M.	6 1/2						
c) zur Finanzierung v. Importen v. Getreide, Getreiderzeugn., Futtermittel usw.										
L. Z. B.-Diskontsatz + 1%			4 1/2		4		5 1/2		keine Vereinbarung	
Zinsen	1/8% p. M.	7	1/8% p. M.	6	1/8% p. M.	5 1/2	1/8% p. M.	7 11)		
Kreditprovision										
5. Ziehungen auf Kundschaft										
Zinsen	5 1/2		5 1/2		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung	
Kreditprovision	1/6% p. M.	7 1/2	1/4% p. M.	8 1/2						
Umsatzprovision	1/8% pr. Semester, mindest. v. 3fachen des Höchst-Soll-Saldes		1/8% mindestens aus doppeltem Kreditbetrag pr. Quartal		keine Angabe		1/2% d. größeren Seite abzüglich Saldovortrag, mindestens 1/2% pro Semest. a. Kreditbetrag		1/8% pro Semester	
Minstdiskontspesen	DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—	
Domizilprovision	1/2% p. M. min.DM-.50		1/2% p. M. min.DM-.50		1/2% p. M.		1/2% p. M.		1/2% p. M. min.DM-.50	

1) Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. 2) Abweichungen meldepflichtig. 3) Richtsätze. dingungen für Handelswechsel, die der Finanzierung folgender Güter dienen: Futtermittel, Getreide, Getreiderzeugnisse, Reis, Hopfen, Hülhüte: 6% netto. 6) Es können Sätze von 6 1/2-7% in Anrechnung gebracht werden. 7) Es können Sätze von 6 1/2-7% in Anrechnung sätze. 8) Exportkredite. 9) Importkredite. 10) Nur für Mineralöle und zwar „Erste Hand“. 11) Nicht einheitlich und nicht verbindlich Import. 12) Für Akzeptkredite, die durch Warenlombard inländ. landw. Erzeugnisse gesichert sind, werden lediglich der LZB-Diskontsatz + in Ansatz gebracht. 13) Kredite bis DM 5 000.— netto 7 1/2-9%.

und Kreditstatistik  
 gebiet geltenden Zinskonditionen<sup>1)</sup>  
 jährlich

Niedersachsen		Schleswig-Holstein <sup>4)</sup>		Hamburg <sup>5)</sup>		Rheinland-Pfalz <sup>5)</sup>		Baden		Württemberg-Hohenzollern	
Sollzinsen											
4 5 Kreditkosten 14. 7. 1949		4 5 Kreditkosten 14. 7. 1949		4 5 Kreditkosten 27. 5. 1949		4 5 Kreditkosten 27. 5. 1949		4 5 Kreditkosten 14. 7. 1949		4 5 Kreditkosten 14. 7. 1949	
im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt
5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/4 <sup>0</sup> /o p. M.	8 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/4 <sup>0</sup> /o p. M.	8 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	6 1/4 <sup>0</sup> /o p. M.	9 <sup>8)</sup>	6 1/4 <sup>0</sup> /o p. M.	9	5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/4 <sup>0</sup> /o p. M. <sup>13)</sup>	8 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	5 1/4 <sup>0</sup> /o p. M.	8 <sup>18)</sup>
5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/8 <sup>0</sup> /oo p. T.	10	5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/8 <sup>0</sup> /oo p. T.	10	6 1/8 <sup>0</sup> /oo p. T.	10 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	6 1/8 <sup>0</sup> /oo p. T.	10 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/8 <sup>0</sup> /oo p. T.	10	5 1/8 <sup>0</sup> /oo p. T.	9 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/24 <sup>0</sup> /o p. M.	6	5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	7	5-6 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -7 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	6 1/24 <sup>0</sup> /o p. M.	6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	6	4 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/12 <sup>0</sup> /o p. M.	6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	7	5-6 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -7 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	6 1/24-1/12 <sup>0</sup> /o p. M.	6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -7	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	6	5 1/12 <sup>0</sup> /o p. M.	6
5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	7	5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	7 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	5-6 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	7-8	6 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	7 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	5 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	7 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/4 <sup>0</sup> /o p. M.	8 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	5-6 1/4 <sup>0</sup> /o p. M.	8-9	6 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	8	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/4 <sup>0</sup> /o p. M.	7 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	5 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	7
4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/4 <sup>0</sup> /o p. M.	7 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/4 <sup>0</sup> /o p. M.	7 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	5 1/4 <sup>0</sup> /o p. M.	8	5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -6 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	7 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -8	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/8-1/4 <sup>0</sup> /o p. M.	6-8 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> <sup>10)</sup>
4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> von Fall zu Fall festgelegt	9)	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	5 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	7	5 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	7 <sup>2</sup> / <sub>5</sub>	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/8-1/4 <sup>0</sup> /o p. M.	6 <sup>9</sup> / <sub>10</sub> -8 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	4 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	6
4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> von Fall zu Fall festgelegt	10)	keine Vereinbarung		5 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> <sup>11)</sup>	keine besonderen Vereinbarungen		keine besonderen Vereinbarungen		keine besonderen Vereinbarungen	
keine Vereinbarung		4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	6	5 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	5 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	7	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	4 1/8 <sup>0</sup> /o p. M.	5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		6 1/4 <sup>0</sup> /o p. M.	9	5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> <sup>13)</sup> 1/4 <sup>0</sup> /o p. M.	8 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	nicht einheitlich geregelt	
keine Vereinbarung		1 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> <sup>0</sup> /oo vom Um- satz der größ. Seite		1 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> <sup>0</sup> /oo v. d. größeren Seite (ohne Saldo vortrag u. ohne d. übl. freizustellend. Post.)		1 <sup>1</sup> / <sub>8</sub> <sup>0</sup> /o v. d. größ. Seite mindest. a. d. zweifache Höchstschuld p. Quartal		1 <sup>0</sup> /oo a. d. größeren Seite, mindest. a. d. 2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> fachen Höchstoll per Quartal		1 <sup>0</sup> /oo vom dreifachen Kreditlimit pro Halbjahr <sup>12)</sup>	
DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—	
1/2 <sup>0</sup> /oo min. DM - 50		1/2 <sup>0</sup> /oo min. DM - 50		nicht festgesetzt		1/2 <sup>0</sup> /oo min. DM - 50		1/2 <sup>0</sup> /oo min. DM - 50		1/2 <sup>0</sup> /oo min. DM - 50	

4) Sätze nur für Lübeck gültig. 5) Normalsätze, Über- und Unterschreitung in begründeten Fällen zulässig. Gültig bis 30. 9. 49. Ausnahme-  
 befrüchte, Kartoffelmehl, landwirtschaftliche Sämereien, Tabak, Zucker, Baumwolle, Wolle, Jute, tierische und pflanzliche Öle und Fette. Roh-  
 gebracht werden bei Beträgen über DM 10 000.—. 8) Für Exporte und Importe „Erste Hand“ sowie besondere Warengruppen gelten Sonder-  
 geregelt. 13) 1/8<sup>0</sup>/o per Monat für Kredite an Bauherren für Bauvorhaben für Wohn- und Geschäftsgebäuden. 14) Für Export. 15) Für  
 1/8<sup>0</sup>/o Prov. pro Monat, also z. Zt. 6<sup>0</sup>/o berechnet. 17) Je nach Lage des Falles wird noch eine Bearbeitungsgebühr von DM 1.— bis DM 2.—

Zusammenstellung der im Währungsgebiet  
in Prozenten

	Bayern	Hessen <sup>1)</sup>	Württemberg-Baden <sup>2)</sup>	Bremen	Nordrhein-Westfalen <sup>3)</sup>
	Habenzinsen				
Gültig ab:	1. 10. 1948	1. 9. 1948	15. 11. 1948	1. 1. 1949	14. 7. 1949
<b>1. für täglich fällige Gelder</b>					
a) in provisionsfreier Rechnung	1	1	1	1	1
b) in provisionspflichtiger Rechnung	2	2	1 1/2	1 3/4	1 1/2
<b>2. Spareinlagen</b>					
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2	2 1/2
b) mit 6—12monatiger Kündigungsfrist	3	3	3	3	3
c) mit über 12monatiger Kündigungsfrist	4	4	3 1/2	4	4
<b>3. für Kündigungsgelder</b>					ab DM 50000 Einlagebetrag
a) 1 und weniger als 3 Monate	2 1/4	2 1/4	2 3/8	2 1/4	2 1/4
b) 3 und weniger als 6 Monate	2 1/2	2 3/4	2 5/8	2 1/2	2 1/2
c) 6 und weniger als 12 Monate	2 3/4	3	2 7/8	2 7/8	2 7/8    3 1/2
d) 12 Monate und darüber	3 3/4	3 3/4	3 3/8	3 3/4	3 3/4    4
<b>4. für Festgelder</b>					
a) 30—89 Tage	2	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4
b) 90—179 Tage	2 1/4	2 3/4	2 1/2	2 1/2	2 1/2
c) 180—359 Tage	2 1/2	3	2 3/4	2 3/4	2 3/4    3 1/4
d) 360 Tage und darüber	3 1/2	3 3/4	3 1/4	3 1/2	3 1/2    3 3/4
Zinsvoraus bei Genossenschaften und Privatbanken	nicht festgesetzt	1/4	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus v. 23. 4. 40	1/4 höchstens	1/4

<sup>1)</sup> Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. <sup>2)</sup> Abweichungen meldepflichtig. <sup>3)</sup> Höchstsätze. <sup>4)</sup> Bei Lübeck gültig. <sup>5)</sup> Der inländischen Bankierkundschaft außerhalb des Hamburger Ortsbereichs 1 1/4%. <sup>6)</sup> Der Bankierkundschaft 1 1/4%. <sup>7)</sup> Der Bankierkundschaft für 3 Monate, bei d) mindestens für 6 Monate vom Tage der Vereinbarung ab kein Gebrauch gemacht wird. Andernfalls dürfen nur die Sätze für <sup>8)</sup> In Hessen und Rheinland-Pfalz wurden inzwischen die Habenzinsen ebenfalls gesenkt und stimmen nunmehr mit den Sätzen für Nordrhein-Westfalen überein.

**Festverzinsliche Wertpapiere**

Durchschnittskurse und Indices

(4. Quartal 1948 = 100)

Monat	Gesamt-index	darunter 4% ige Schuldverschreibungen					
		Pfandbriefe		Kommunalobligationen einschl. Stadtanleihen		Industrieobligationen	
		Durchschnittskurse	Indexziffern	Durchschnittskurse	Indexziffern	Durchschnittskurse	Indexziffern
<b>1948</b>							
Juli	123,5	9,25	123,2	8,55	120,4	7,85	127,4
August	123,3	9,29	123,6	8,23	115,8	7,70	124,9
September	118,2	8,67	119,3	8,00	112,6	7,16	116,3
<b>Oktober</b>	105,5	7,90	105,1	7,43	104,6	6,64	107,8
November	98,9	7,39	98,3	7,06	99,4	6,26	101,6
Dezember	95,7	7,25	96,5	6,84	96,2	5,60	90,8
<b>1949</b>							
Januar	102,5	7,76	103,3	7,15	100,7	6,15	99,8
Februar	109,1	8,22	109,4	7,73	108,7	6,71	108,9
März	104,4	7,86	104,6	7,54	106,2	6,32	102,6
<b>April</b>	104,4	7,89	105,1	7,54	106,1	6,13	99,5
Mai	101,7	7,58	100,9	7,50	105,6	6,36	103,2
Juni	102,5	7,61	101,3	7,51	105,7	6,50	105,6
Juli	103,3	7,66	101,9	7,58	106,7	6,56	106,5

geltenden Zinskonditionen <sup>1)</sup>  
jährlich

Niedersachsen	Schleswig-Holstein <sup>5)</sup>	Hamburg <sup>3)</sup>	Rheinland-Pfalz <sup>4)</sup>	Baden	Württemberg-Hohenzollern
Habenzinsen					
14. 7. 1949	1. 1. 1949	1. 10. 1948	1. 4. 1949	1. 11. 1948	1. 8. 1948
1	1	1 <sup>6)</sup>	1 <sup>7)</sup>	1 <sup>9)</sup>	1
1 1/2	1	1 1/2	2 <sup>8)</sup>	1 1/2	1 1/2
2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
3	3	3	3	3	3
4	4	4	4	4	4
ab DM 50000 Einlagebetr.				über DM 10000 Einlagebetr.	
2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	3	2
2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/2	2 1/4
2 7/8 <sup>10)</sup> 3 1/2 <sup>10)</sup>	2 7/8	2 7/8	2 7/8 <sup>10)</sup> 4 <sup>10)</sup>	2 7/8 <sup>10)</sup>	2 1/2
3 3/4 <sup>10)</sup> 4 <sup>10)</sup>	3 3/4	3 3/4	3 3/4 <sup>10)</sup> 4 1/2 <sup>10)</sup>	3 3/4 <sup>10)</sup>	3
2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	3	2
2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/2	2 1/4
2 3/4 3 1/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4 3 1/4	3 1/4	2 1/2 <sup>5)</sup>
3 1/2 3 3/4	3 1/2	3 1/2	3 1/2 4 1/4	3 1/2	3
1/4	besondere Festsätze	Grundsätze des Reichsaufsichts- amtes f. d. Kreditwesen v. 23.4.40 nebst Aenderungen vom 3.4.41 und 15. 11. 1941	Abkommen gemäß Bekannt- machung des Reichsaufsichts- amtes für das Kreditwesen v. 23. 4. 40 zum Habenzinsab- kommen vom 22. 12. 1946	Grundsätze für die Gewäh- rung des Zinsvoraus in der Fassung vom 4. 3. 1941 (Reichsanzeiger Nr. 54)	1/4 höchstens

Festgeldbeträgen von DM 100 000.— und mehr kann in besonderen Fällen von den festgesetzten Höchstzinssätzen abgewichen werden. <sup>5)</sup> Sätze nur für schaft 2 1/4 <sup>9)</sup>. <sup>9)</sup> Der Bankierkundschaft 1 1/4 <sup>9)</sup>. <sup>10)</sup> Die Sätze zu c) und d) dürfen nur gewährt werden, wenn von der Kündigung bei c) mindestens feste Gelder (4c bzw. 4d) vergütet werden.

Wertpapierkurse an der Frankfurter Börse  
Monatsdurchschnitte

	1948				1949						
	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
4% Hess. Ldbk.-Staatsbk.-Darmstadt	8.82	7.98	7.65	7.64	7.81	8.17	7.58	7.51	7.50	7.50	7.51
4% Landeskreditkasse zu Kassel Pfbr.	8.63	7.48	6.97	6.90	7.64	8.17	7.58	7.50	7.51	7.50	7.52
4% Nassauische Ldbk. Pfbr. v. 1927	8.78	8.24	7.89	7.86	7.97	8.19	7.74	7.69	7.54	7.62	7.58
4% Bayr. Hyp.- u. Wechselbk. München Gpibr.	9.42	8.09	7.69	7.65	7.82	8.27	7.84	7.74	7.64	7.63	7.70
4% Frankfurter Hyp. Bk. Pfbr.	8.61	7.55	7.01	7.03	7.68	8.19	7.60	7.50	7.37	7.42	7.54
4% Bad. Komm.-Ldbk. Mannheim Pf.	8.90	8.25	7.92	7.86	7.89	8.18	7.77	7.76	7.25	7.36	7.50
4% Meininger Hyp. Bk. Pf.	6.47	5.67	4.99	4.41	5.52	6.07	6.60	6.77	6.62	6.76	7.26
4% Pfälz. Hyp. Bk.-Pf.	8.94	7.91	6.98	7.59	7.74	8.18	7.99	7.84	7.50	7.51	7.57
4% Rhein.-Westf. Bod.-Cred. Bk. Pfbr.	8.51	7.62	6.87	6.94	7.60	8.18	7.60	7.60	7.50	7.50	7.54
4% Daimler Benz Obl. v. 1942	7.88	7.92	7.68	7.50	7.50	7.65	7.71	7.72	7.75	7.76	7.86
4% Degussa Obl. v. 1943	8.41	8.19	7.84	7.57	7.79	8.29	8.09	8.—	8.04	8.—	8.18
4% Rhein.-Westf. El. Werk Essen Obl. v. 1944	7.98	7.13	6.89	6.49	6.94	7.24	6.97	6.78	6.99	7.—	6.91
4% NeckarAG, Stuttgart, Obl. v. 1935	8.20	7.65	7.37	6.58	7.19	7.35	7.20	7.50	7.46	7.50	7.63
3 1/2% Bayern Landesant. v. 1941	8.41	8.50	8.46	8.04	7.75	7.75	7.75	7.75	7.75	7.75	7.75
2 1/2% Rheinl.-Hessen-Nassau Schatz- anweisungen von 1946 <sup>1)</sup>	8.21	7.81	—	7.81	7.81	8.44	8.35	8.47	8.62	8.50	8.68
3 1/2% Hessen Staatsanleihe von 1929 von 1946 <sup>1)</sup>	—	—	—	—	7.00	7.00	7.00	7.00	7.00	7.00	7.00
3% Hessen-Pfalz Schatzanzw.	8.20	—	—	7.50	7.77	8.44	8.35	8.47	8.62	8.50	8.68
4% Darmstadt von 1928	7.00	7.02	7.02	7.00	7.00	7.00	7.00	7.—	7.00	7.00	7.01
4% München v. 1928	7.93	9.00	9.00	9.00	8.44	8.52	8.40	8.51	8.51	8.67	8.87
Commerzbank	8.14	7.46	7.41	6.70	6.64	6.52	6.00	5.29	6.40	6.19	5.45
Deutsche Bank	6.62	6.73	6.80	6.40	6.31	5.84	5.30	5.32	6.60	6.07	5.51
Dresdner Bank	6.39	5.91	6.72	6.43	6.37	5.88	5.33	5.32	6.59	6.19	5.55
Frankfurter Bank	12.00	12.00	12.90	14.00	14.00	14.00	14.—	14.00	14.—	13.52	13.52
Accumulatoren	17.84	18.28	23.79	20.46	21.71	20.37	18.55	20.79	20.47	19.54	19.95
AEG	9.30	10.35	11.50	9.74	10.28	10.62	9.38	9.55	11.34	10.28	9.22
Brown, Boveri u. Cie.	50.95	51.97	59.45	56.52	55.93	55.85	54.33	55.68	53.36	52.56	53.64
R.W.E.	42.76	43.92	44.37	36.11	35.92	33.99	30.07	37.91	38.15	36.61	35.50
Adlerwerke	17.16	20.69	24.97	23.31	23.39	26.29	22.70	25.04	24.33	25.20	26.52
MAN	28.95	41.10	44.20	38.00	35.81	36.19	34.57	34.61	34.88	32.22	30.04
BMW	16.11	20.07	23.08	20.69	20.56	19.74	18.81	18.69	18.22	16.99	15.62
Daimler Benz A.G.	19.94	21.44	26.29	25.98	24.93	24.06	20.92	21.76	21.71	23.67	22.30
Deutsche Erdöl	17.41	17.33	19.06	15.92	15.08	14.42	11.99	13.29	15.32	15.22	16.39
Gutehoffnungshütte	33.92	33.49	30.49	25.53	23.96	23.36	20.73	22.91	24.59	23.05	21.05
Klöckner-Werke	20.36	20.32	20.58	16.91	16.17	15.87	14.77	15.49	16.36	15.14	14.25
Rheinische Braunkohlen-Brikett	53.09	53.58	54.95	45.70	44.40	43.11	37.28	41.88	44.77	42.70	42.19
Rheinische Stahlwaren	20.89	23.49	22.85	19.52	17.00	16.22	14.73	16.75	17.05	16.14	14.52
AG f. Verkehrswesen	17.16	16.95	17.96	18.68	19.08	20.09	20.02	20.—	20.19	20.52	20.48
Continental	44.73	51.98	57.07	53.05	51.40	50.89	47.82	51.89	53.04	50.37	50.78
Heidelberger Zement	43.77	48.29	58.43	58.41	54.49	50.76	46.21	49.02	47.74	45.55	47.07
Süddeutsche Zucker	55.02	55.00	66.18	63.24	62.12	60.94	56.50	56.50	56.60	60.31	61.29
Löwenbräu	55.15	55.90	56.66	48.64	48.31	44.89	44.76	45.50	44.13	40.97	36.31
Mannesmann-Röhren-Werke	19.01	19.70	20.44	17.21	16.39	15.56	14.20	15.49	17.00	16.03	14.90
Hoesch A.G., Dortmund	17.94	19.20	19.26	16.28	15.77	15.99	15.10	15.60	16.09	15.35	15.19
Holzmann, Ph.	29.18	33.87	39.46	37.42	33.31	32.40	31.03	30.14	29.89	28.30	26.25

<sup>1)</sup> Notierung an der Stuttgarter Wertpapierbörse

**Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien**  
in Mill. DM

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere					Aktien			
	h i e r v o n				Monatlich insgesamt	Seit der Währungsreform insgesamt (bis Ende des jeweiligen Monats)	Monatlich	Seit der Währungsreform insgesamt	Seit der Währungsreform insgesamt
	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Industrieobligationen	Anleihen der öffentlichen Hand					
<b>1948</b> Seit der Währungsreform bis Dezember	32,5	4,0	10,0	—	46,5	46,5	—	—	46,50
<b>1949</b>									
Januar	—	—	40,0	—	40,0	86,5	—	—	86,50
Februar	41,0	5,0	25,0	—	71,0	157,5	—	—	157,50
März	92,5	30,0	10,0	—	132,5	290,0	13,45	13,45	303,45
April	45,0	17,0	—	—	62,0	352,0	12,00	25,45	377,45
Mai	7,0	3,0	10,0	—	20,0	372,0	30,91	56,36	428,36
Juni	—	—	68,0	64,0 <sup>1)</sup>	132,0	504,0	3,10	59,46	563,46
<b>zusammen:</b>	<b>218,0</b>	<b>59,0</b>	<b>163,0</b>	<b>64,0</b>	<b>504,0</b>	<b>504,0</b>	<b>59,46</b>	<b>59,46</b>	<b>563,46</b>
<b>Davon waren am 30. Juni 1949 untergebracht:</b>	<b>110,3</b>	<b>15,9</b>	<b>138,0<sup>2)</sup></b>	<b>64,0</b>	<b>—</b>	<b>328,2</b>	<b>—</b>	<b>58,91</b>	<b>387,11</b>

Von den festverzinslichen Papieren sind 277 Mill. DM mit 5%, 89 Mill. DM mit 6% und 138 Mill. DM mit 6 1/2% verzinslich.  
<sup>1)</sup> Reichsbahn-Anleihe (Stand v. 30. Juni 49). <sup>2)</sup> Hiervon sind 63,5 Mill. DM durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau übernommen worden.

**Emissionen und Umlauf kurzfristiger Schuldverschreibungen**  
in Mill. DM

Zeit	Emissionen					Umlauf am Ende des jeweiligen Monats
	Land	Betrag	Zinssätze	Verwendungszweck	Monatlich insgesamt	
<b>1948</b> Seit der Währungsreform bis Dezember	Rheinland-Pfalz	9,550	3 1/2	Überbrückungskredit	25,050	25,050
	Rheinland-Pfalz	13,000	5	Ablösung fälliger RM-Landeskassenanweisungen		
	Württ.-Hohenzoll.	2,500	5	Ablösung fälliger RM-Schatzwechsel		
<b>1949</b>						
Januar	Rheinland-Pfalz	13,000	5 1/2	Prolongation der in der Spalte „Seit der Währungsreform bis Dezember“ aufgeführten Emission von 13,000 Mill.	15,500	27,550
	Württ.-Hohenzoll.	2,500		Ablösung fälliger RM-Schatzwechsel		
Februar	Rheinland-Pfalz	6,000	5 1/2	Teilprolongation der in der Spalte „Seit der Währungsreform bis Dezember“ aufgeführten Emission von 9,550 Mill.	6,000	24,000
März	Rheinland-Pfalz	5,000	5	Zonenanleihe der Südwestdeutschen Eisenbahnen (Betriebsmittelbesch.)	5,000	26,500
April	Rheinland-Pfalz	1,400	5	Zonenanleihe der Südwestdeutschen Eisenbahnen (Betriebsmittelbesch.)	15,962	39,962
	Rheinland-Pfalz	2,807	5	„ „ „ „		
	Württ.-Hohenzoll.	5,505	5	„ „ „ „		
	Baden	3,750	5	„ „ „ „		
	Württ.-Hohenzoll.	2,500	5	Prolongation der im Januar aufgeführten Emission von 2,500 Mill.		
Mai	Rheinland-Pfalz	1,000	6	Zonenanleihe der Südwestdeutschen Eisenbahnen (Ausbau der Bahnanlagen in den Grenzbezirken des Landes Rheinland-Pfalz)	6,000	45,962
	Baden	5,000	5 1/4	Überbrückungskredit		
Juni	Baden	3,750	5 1/2	Zonenanleihe der Südwestdeutschen Eisenbahnen (Prolongation der Zonenanleihe v. März)	18,462	45,962
	Rheinland-Pfalz	5,000	5 1/2	„ „ „ „		
		1,400	5 1/2	„ „ „ „		
	Württ.-Hohenzoll.	2,807	5 1/2	„ „ „ „		
	Württ.-Hohenzoll.	5,505	5 1/2	„ „ „ „	18,462	45,962

Wechselstubenkurse  
der Deutschen Mark in Berlin<sup>1)</sup>

1 DM == ... Ostmark

Wochendurchschnitte

1948	
2. 8.— 7. 8.	2,35
9. 8.—14. 8.	2,49
16. 8.—21. 8.	3,09
23. 8.—28. 8.	3,33
30. 8.— 4. 9.	2,80
6. 9.—11. 9.	3,25
13. 9.—18. 9.	3,87
20. 9.—25. 9.	3,89
27. 9.— 2. 10.	3,90
4. 10.— 9. 10.	4,18
11. 10.—16. 10.	4,23
18. 10.—23. 10.	4,20
25. 10.—30. 10.	4,05
1. 11.— 6. 11.	4,05
8. 11.—13. 11.	3,45
15. 11.—20. 11.	—
22. 11.—27. 11.	—
29. 11.— 4. 12.	3,80
6. 12.—11. 12.	3,77
13. 12.—18. 12.	3,68
20. 12.—25. 12.	3,65
27. 12.— 1. 1.	3,60
1949	
3. 1.— 8. 1.	3,53
10. 1.—15. 1.	3,47
17. 1.—22. 1.	3,40
24. 1.—29. 1.	3,40
31. 1.— 5. 2.	3,40
7. 2.—12. 2.	3,44
14. 2.—19. 2.	3,75
21. 2.—26. 2.	3,98
28. 2.— 5. 3.	4,13
7. 3.—12. 3.	4,36
14. 3.—19. 3.	4,60
21. 3.—26. 3.	4,90
28. 3.— 2. 4.	5,37
4. 4.— 9. 4.	4,28
11. 4.—16. 4.	4,10
18. 4.—23. 4.	3,90
25. 4.—30. 4.	3,90
2. 5.— 7. 5.	3,40
9. 5.—14. 5.	3,60
16. 5.—21. 5.	4,08
23. 5.—28. 5.	4,00
30. 5.— 4. 6.	4,40
6. 6.—11. 6.	4,60
13. 6.—18. 6.	4,85
20. 6.—25. 6.	5,28
27. 6.— 2. 7.	5,70
4. 7.— 9. 7.	5,70
11. 7.—16. 7.	5,40
18. 7.—23. 7.	5,75
25. 7.—30. 7.	5,87
1. 8.— 6. 8.	5,70

<sup>1)</sup> Wechselstuben

V. Öffentliche Finanzen  
 Steueraufkommen der Länder im Währungsgebiet  
 in Mill. RM bzw. DM

	Rechnungsjahr 1947/48	Rechnungsjahr 1948/49 <sup>1)</sup>						Rj. 1949/50		
		April - Juni <sup>2)</sup>	Juli - Sept. <sup>3)</sup>	Okt. - Dez.	Januar	Februar	März	April <sup>1)</sup>	Mai <sup>1)</sup>	Juni <sup>4)</sup>
<b>1. Vereinigtes Wirtschaftsgebiet</b>										
a) Besitz- und Verkehrssteuern	10 293,8	3 534,4	1 280,1	2 424,3	1 065,4	800,7	764,3	884,4	808,9	770,7
b) Verbrauchssteuern u. Zölle	2 464,0	805,0	270,6	686,4	206,7	224,1	297,9	267,7	311,8	328,6
<b>Insgesamt</b>	<b>12 757,8</b>	<b>4 339,4</b>	<b>1 550,7</b>	<b>3 110,7</b>	<b>1 272,1</b>	<b>1 024,8</b>	<b>1 062,2</b>	<b>1 152,1</b>	<b>1 120,7</b>	<b>1 099,3</b>
<b>2. Französ. Zone</b>										
a) Besitz- und Verkehrssteuern	1 066,9	332,0	103,8	231,6	119,1	71,6	62,9	107,6	75,4	66,2
b) Verbrauchssteuern u. Zölle	512,4	101,3	29,9	82,5	39,3	30,2	35,8	24,4	30,3	34,0
<b>Insgesamt</b>	<b>1 579,3</b>	<b>433,3<sup>3)</sup></b>	<b>133,7</b>	<b>314,1</b>	<b>158,4</b>	<b>101,8</b>	<b>98,7</b>	<b>132,0</b>	<b>105,7</b>	<b>100,2</b>
<b>3. Währungsgebiet (1 + 2)</b>										
a) Besitz- und Verkehrssteuern	11 360,7	3 866,4	1 383,9	2 655,9	1 184,5	872,3	827,2	992,0	884,3	836,9
b) Verbrauchssteuern u. Zölle	2 976,4	906,3	300,5	768,9	246,0	254,3	333,7	292,1	342,1	362,6
<b>Insgesamt</b>	<b>14 337,1</b>	<b>4 772,7<sup>3)</sup></b>	<b>1 684,4</b>	<b>3 424,8</b>	<b>1 430,5</b>	<b>1 126,6</b>	<b>1 160,9</b>	<b>1 284,1</b>	<b>1 226,4</b>	<b>1 199,5</b>

<sup>1)</sup> Für Bayern jeweils die Zeit vom 26. des vorangegangenen bis zum 25. des laufenden Monats, für Württ.-Baden analog vom 21. bis zum 20. <sup>2)</sup> 1. 4. — 20. 6. 48. <sup>3)</sup> 21. 6. — 30. 9. 48. <sup>4)</sup> Württ.-Baden vom 21. 5. bis 30. 6., Bayern vom 26. 5. bis 30. 6. <sup>5)</sup> Im Juni ohne Rheinland-Pfalz.

Quellen: Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und Finanzministerien der Länder der französischen Zone.

Steueraufkommen der Länder im Währungsgebiet nach Steuerarten  
 in Mill. DM

Steuerarten	Rechnungsjahr 1948/49 <sup>1)</sup>					Rj. 1949/50		
	Juli - Sept. <sup>2)</sup>	Okt. - Dez.	Januar	Februar	März	April <sup>1)</sup>	Mai <sup>1)</sup>	Juni <sup>3)</sup>
<b>I. Besitz- und Verkehrssteuern</b>								
<b>Insgesamt</b>	<b>1 383,9</b>	<b>2 655,9</b>	<b>1 184,5</b>	<b>872,3</b>	<b>827,2</b>	<b>992,0</b>	<b>884,3</b>	<b>836,9</b>
darunter								
Lohnsteuer	355,3	490,8	178,9	162,7	169,3	159,2	169,1	171,9
Veranlagte Einkommensteuer	343,2	762,3	364,5	257,0	213,5	303,0	226,6	166,9
Körperschaftssteuer	137,9	354,8	164,1	100,8	99,2	167,9	121,2	98,7
Vermögensteuer	52,2	84,4	8,5	9,3	4,1	3,2	7,8	20,4
Umsatzsteuer	441,8	840,1	343,9	276,4	291,2	300,9	314,9	313,6
<b>II. Verbrauchssteuern und Zölle</b>								
<b>Insgesamt<sup>4)</sup></b>	<b>300,5</b>	<b>768,9</b>	<b>246,0</b>	<b>254,3</b>	<b>333,7</b>	<b>292,1</b>	<b>342,1</b>	<b>362,6</b>
darunter								
Tabaksteuer	182,6	432,4	129,5	140,4	187,1	160,0	199,8	207,9
Biersteuer	24,3	51,2	14,5	12,7	15,1	13,8	18,9	25,5
Kaffeesteuer <sup>5)</sup>	11,3	50,8	19,9	19,6	26,8	20,4	32,3	23,0
Zuckersteuer	26,8	106,6	30,5	28,0	33,6	34,8	24,6	26,0
Spiritus- u. Branntweinmonopol	4,5	41,5	19,6	23,4	36,2	32,5	29,5	35,8
Zölle <sup>6)</sup>	23,5	34,7	10,6	13,1	16,3	16,0	22,9	25,7
<b>Insgesamt (I u. II)</b>	<b>1 684,4</b>	<b>3 424,8</b>	<b>1 430,5</b>	<b>1 126,6</b>	<b>1 160,9</b>	<b>1 284,1</b>	<b>1 226,4</b>	<b>1 199,5</b>

<sup>1)</sup> Für Bayern jeweils die Zeit vom 26. des vorangegangenen bis zum 25. des laufenden Monats, für Württ.-Baden analog vom 21. bis zum 20. <sup>2)</sup> 21. 6. — 30. 9. 48. <sup>3)</sup> Württ.-Baden vom 21. 5. bis 30. 6., Bayern vom 26. 5. bis 30. 6. <sup>4)</sup> Einschließlich Kriegszuschläge. <sup>5)</sup> Von den Ländern des Vereinigten Wirtschaftsgebietes an die Verwaltung für Finanzen abzuführen, soweit die Steuerschuld nach dem 31. 10. 48 entstanden ist. <sup>6)</sup> Von den Ländern des Vereinigten Wirtschaftsgebietes an die Verwaltung für Finanzen abzuführen, soweit die Steuerschuld nach dem 31. 3. 49 entstanden ist.

Quellen: Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und Finanzministerien der Länder der französischen Zone.



**VI. Außenhandel<sup>1)</sup>**  
 (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)  
 Spezialhandel

Monat	Einfuhr (kommerziell und nichtkommerziell)			Ausfuhr		
	insgesamt	davon		insgesamt	davon	
		Ernährungs- Wirtschaft	Gewerbl. Wirtschaft		Ernährungs- Wirtschaft	Gewerbl. Wirtschaft
in Mill. RM bzw. DM						
1948						
Januar	116,3	71,7	44,7	43,0	1,9	41,1
Februar	145,1	94,7	50,3	67,7	10,8	56,9
März	148,2	89,8	58,4	77,4	7,3	70,1
April	204,6	126,3	78,3	97,2	2,9	94,3
Mai	226,5	145,0	81,4	89,6	3,5	86,1
Juni	330,1	219,7	110,4	109,6	1,0	108,6
Juli	290,9	177,8	113,2	170,5	0,5	170,0
August	331,4	188,0	143,4	223,5	1,4	222,1
September	364,2	228,0	136,3	205,8	0,4	205,3
Oktober	218,3	108,0	110,2	216,5	1,1	215,4
November	302,7	149,4	153,3	225,8	4,3	221,6
Dezember	485,5	226,6	258,9	290,2	13,5	276,7
Insgesamt	3 163,8	1 825,0	1 338,8	1 816,8	48,6	1 768,2
1949						
Januar	315,3	147,0	168,3	253,9	12,4	241,5
Februar	476,4	219,0	257,4	276,5	8,8	267,7
März	445,8	174,8	271,0	309,2	8,2	301,0
April	452,4	187,7	264,7	288,4	6,3	282,1
Mai	646,6	265,0	381,6	331,5	2,8	328,7
Juni	656,6	310,3	346,3	296,9	2,0	294,9
in Mill. \$						
1948						
Januar	.	.	.	25,1	0,4	24,7
Februar	.	.	.	35,0	2,4	32,6
März	.	.	.	40,5	1,7	38,8
April	.	.	.	40,9	0,7	40,2
Mai	.	.	.	36,5	0,7	35,8
Juni	.	.	.	47,1	0,2	46,9
Juli	.	.	.	48,9	0,1	48,8
August	.	.	.	63,0	0,4	62,6
September	.	.	.	57,0	0,1	56,9
Oktober	.	.	.	59,3	0,3	59,0
November	.	.	.	61,0	1,2	59,8
Dezember	.	.	.	77,6	3,5	74,1
Insgesamt	.	.	.	591,9	11,7	580,2
1949						
Januar	104,9	52,8	52,1	70,8	3,4	67,4
Februar	155,5	78,1	77,4	78,7	2,5	76,2
März	151,1	67,5	83,6	86,8	2,4	84,4
April	148,1	65,1	83,0	82,2	1,9	80,3
Mai	208,7	91,7	117,0	94,2	0,8	93,4
Juni	196,6	93,1	103,5	84,8	0,6	84,2

<sup>1)</sup> Die Ein- und Ausfuhrwerte in RM bzw. DM sind nicht miteinander vergleichbar, da die Bewertung zum Teil nach Weltmarkt-, zum Teil nach Inlandspreisen erfolgt.

Quelle: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes

## VII. Produktion, Beschäftigung, Verkehr und Preise

### Index der industriellen Produktion

(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)

1936 = 100

Zeit	Gesamt-Index		Investitionsgüter-Industrien <sup>1)</sup>								
			Insgesamt	darunter ausgewählte Industriegruppen							
	1)	2)		Eisenerz Fe-Gehalt	Eisen und Stahl	NE-Metalle	Steine und Erden	Säge- und Holz-industrie	Ma-schinen-bau	Fahr-zeugbau	Elektro-technische Industrie
1946 M.-D.	34	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1947 „	39	.	29	59	20	24	35	62	32	15	59
1948 „	60	.	50	97	36	44	64	75	51	39	106
1948 Januar	47	.	35	80	25	28	37	59	39	20	68
Februar	47	.	36	72	24	28	36	56	43	23	73
März	51	.	39	81	27	29	42	57	44	26	84
April	53	.	42	97	29	34	47	66	46	27	93
Mai	47	.	37	84	26	29	48	69	40	22	72
Juni	51	51	40	90	30	31	58	59	42	26	81
Juli	61	58	50	109	38	49	73	70	48	41	95
August	65	64	55	107	41	54	84	80	51	42	112
September	70	69	61	105	44	60	87	89	59	52	130
Oktober	74	72	66	110	48	61	90	98	63	59	142
November	75	77	68	111	48	64	86	99	71	63	153
Dezember	79	77	71	115	51	66	76	99	71	69	165
1949 Januar	81	79	72	115	52	66	67	105	77	69	170
Februar	80	85	73	109	53	67	64	107	80	72	174
März	90	86	82	127	60	78	76	108	93	85	187
April	82	86	75	108	56	75	81	105	83	79	169
Mai	88	88	79	119	61	78	96	106	87	86	173
Juni	85	87	77	118	61	74	99	101	85	92	169

Zeit	Allgemeine Produktionsgüter-Industrien <sup>1)</sup>					Verbrauchsgüter-Industrien <sup>1)</sup>						
	Ins-gesamt	darunter ausgewählte Ind.-Grupp.				Ins-gesamt	darunter ausgewählte Industriegruppen					
		Kohle	Strom	Gas	Chemie		Papier-Er-zeugung	Leder-Er-zeugung	Textilien (ohne Kunst-seide und Zellwolle)	Keramik	Bereifung u. sonstige Kautschuk-waren	Schuhe
1946 M.-D.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1947 „	65	65	111	48	40	33	31	29	28	39	48	35
1948 „	84	79	137	67	61	55	53	43	46	67	81	55
1948 Januar	77	73	142	58	46	40	38	33	32	46	60	41
Februar	74	70	130	57	48	43	40	33	35	50	70	45
März	80	78	136	63	53	45	41	34	36	52	71	46
April	79	76	131	63	56	48	45	33	39	52	79	47
Mai	73	66	121	65	52	41	36	28	32	49	62	36
Juni	78	80	121	65	53	45	43	29	36	52	64	29
Juli	85	83	126	69	65	58	58	49	48	68	90	61
August	86	81	129	71	68	63	60	57	53	75	92	64
September	91	83	145	70	70	66	64	55	56	80	97	72
Oktober	94	86	150	74	72	70	67	55	59	88	99	77
November	94	84	151	74	75	70	68	53	58	91	97	74
Dezember	99	87	166	80	76	73	69	58	62	97	101	76
1949 Januar	102	90	169	81	79	76	74	62	64	92	101	79
Februar	96	86	152	74	77	77	75	59	66	95	103	75
März	108	96	165	82	90	91	89	62	82	102	116	78
April	97	86	147	81	81	82	81	53	75	92	91	71
Mai	104	91	152	84	86	89	89	66	82	97	94	82
Juni	100	88	141	76	88	83	83	65	75	86	90	81

<sup>1)</sup> Kalendermonatlich

<sup>2)</sup> Arbeitstäglich

Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß  
(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet) in 1000 t

Zeit	Steinkohlenförderung		Ausfuhrüberschuß			
	im Monat	arbeitsrätiglich	Steinkohle	Koks		
1946 M.-D.	4 495	177,8	.	.		
1947 „	5 927	234,7	.	.		
1948 „	7 253	285,1	.	.		
1948 Januar	6 624	254,8	4 208	2 656		
Februar	6 423	267,6				
März	7 203	288,1				
April	6 980	268,5				
Mai	5 931	265,8				
Juni	7 412	285,1				
Juli	7 761	287,4			786	675
August	7 456	286,8			627	662
September	7 567	291,0			743	631
Oktober	7 865	302,5			733	620
November	7 715	308,6			697	628
Dezember	8 096	311,4			632	626
1949 Januar	8 204	328,2	852	683		
Februar	7 871	328,0	777	667		
März	8 893	329,4	947	759		
April	7 898	329,1	810	815		
Mai	8 377	335,1	865	818		
Juni	8 107	333,4	930	745		
Juli <sup>1)</sup>	8 746	336,4	.	.		

<sup>1)</sup> Vorläufig.

Quelle: Deutsche Kohlenbergbauleitung

Eisen- und Stahlerzeugung  
(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet) in 1000 t

Zeit	Roheisen	Rohstahl	Walzwerkserzeugnisse <sup>1)</sup>
1946 M.-D.	173	207	162
1947 „	189	246	175
1948 „	384	448	302
1948 Januar	266	304	215
Februar	262	299	198
März	297	343	223
April	313	363	241
Mai	313	324	211
Juni	336	378	253
Juli	402	457	320
August	434	510	345
September	469	572	363
Oktober	511	610	403
November	494	599	407
Dezember	514	612	439
1949 Januar	545	651	437
Februar	525	662	456
März	596	752	516
April	569	705	480
Mai	613	771	521
Juni	596	750	523
Juli <sup>2)</sup>	624	777	530

<sup>1)</sup> ohne unbearbeitetes Halbzeug

<sup>2)</sup> vorläufig

Quelle: Fachstelle Stahl und Eisen

Arbeitsmarkt (Währungsgebiet)

Zeit	Beschäftigte in 1000	Arbeitslose in 1000	Offene Stellen in 1000	Arbeitslosen- und Arbeitslosenfürsorgeunterstützungsempfänger in 1000 (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)
1948 31. März	13 204,6	471,8	757,0	.
30. April	.	469,4	794,4	.
31. Mai	.	448,2	802,8	13
30. Juni	13 499,8	451,0	677,1	15
31. Juli	.	665,1	285,0	79
31. August	.	784,3	271,1	194
30. September	13 497,9	784,2	297,2	263
31. Oktober	.	739,5	305,5	287
30. November	.	715,1	276,2	309
31. Dezember	13 738,7	759,6	225,8	375
1949 31. Januar	.	962,9	216,9	513
28. Februar	.	1 068,9	212,3	638
31. März	13 447,3	1 168,4	196,7	735
15. April	.	1 214,2	.	.
30. April	.	1 232,4	183,6	756
15. Mai	.	1 252,0	.	.
31. Mai	.	1 257,2	157,1	808
15. Juni	.	1 286,2	.	.
30. Juni	13 488,7	1 283,4	148,3	864
15. Juli	.	1 312,8	.	.
31. Juli	.	1 302,8	135,1	908

Quelle: Verwaltung für Arbeit, Landesarbeitsämter

### Verkehrsentwicklung (Westdeutschland)

Zeit	Eisenbahn						Binnenschifffahrt
	Durchschnittliche arbeits-tägliche Gü-terwagen-gestellung in 1000	Umlaufzeit der Güterwagen in Tagen Ver. Wi. Gebiet	Güterverkehr (ohne Express- und ohne Güterkraft-verkehr) <sup>1)</sup> in 1000 t	beförderte Personen in 1000	betriebs-fähige Güterwagen in 1000	betriebs-fähige Dampf-lokomotiven in 1000	beförderte Güter in 1000 t Ver. Wi. Gebiet
1948 M.-D.	43,7	6,1	17 757	137 314	263,7	7,9	4 058
1948 Januar	35,1	7,6	14 977	147 664	260,0	7,3	2 305
Februar	36,8	7,2	14 258	145 080	264,3	7,3	2 984
März	39,1	7,1	15 761	161 993	267,9	7,4	3 885
April	39,6	6,6	17 000	157 822	260,1	7,5	4 432
Mai	41,3	6,9	15 322	174 890	256,4	7,6	3 821
Juni	40,0	6,2	16 456	161 566	263,9	7,7	4 724
Juli	44,0	5,7	19 347	98 255	258,7	7,9	4 721
August	47,0	5,6	19 053	114 513	261,7	8,1	4 709
September	48,9	5,2	19 521	113 430	262,5	8,3	4 866
Oktober	50,2	5,2	20 797	123 605	262,9	8,5	4 497
November	53,1	5,1	20 707	126 745	271,1	8,7	4 245
Dezember	49,2	5,5	19 889	122 206	274,7	8,9	3 506
1949 Januar	49,9	5,4	19 697	133 010	268,6	8,8	3 903
Februar	51,4	5,1	18 546	113 382	270,6	8,9	3 859
März	50,7	4,8	20 515	115 877	261,1	8,9	4 718
April	51,8	5,0	18 794	114 120	256,6	8,9	4 595
Mai	51,2	4,8	19 258	118 274	250,4	8,9	5 107
Juni	50,0	4,8	18 084	106 991	261,6	9,0	5 240

<sup>1)</sup> Neuberechnung Quellen: Hauptverwaltung der Eisenbahn, Hauptverwaltung der Binnenschifffahrt Betriebsvereinigung der Südwestdeutschen Eisenbahnen

### Index der Grundstoffpreise

1938 = 100

Zeit	insgesamt	davon	
		Nahrungs-mittel	Industriestoffe (Rohstoffe und Halbzeuge)
1948 Juni <sup>1)</sup>	154,8	123,5	175,6
Juli	158,6	127,2	179,3
August	171,9	129,2	200,3
September	178,8	132,2	209,9
Oktober	187,7	148,6	213,7
November	190,1	150,6	216,5
Dezember	192,6	154,4	218,0
1949 Januar	191,6	154,8	216,2
Februar	189,7	155,5	212,5
März	188,5	155,8	210,3
April	186,1	152,7	208,4
Mai	189,2	167,6	203,6
Juni	187,1	163,7	202,7

<sup>1)</sup> Monatsmitte

Quelle: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes

Indexziffer der Lebenshaltungskosten  
für eine 4 köpfige Arbeiterfamilie<sup>1)</sup> (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)  
1938 = 100 (Neuberechnung)

Zeit	Lebenshaltung insgesamt	Ernährung	Genußmittel	Miete	Heizung und Beleuchtung	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung und Unterhaltung	Hausrat	Verkehr
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<b>1948</b>										
Juni	151	140	394	100	108	202	140	138	187	137
Juli	159	157	394	100	108	213	141	140	192	140
August	157	147	392	100	113	230	143	142	195	133
September	159	147	393	100	115	242	145	139	198	134
Oktober	165	155	395	100	116	258	146	140	203	136
November	165	162	286	100	117	269	150	143	208	134
Dezember	167,9	167,5	288,1	100,2	117,7	269,1	153,3	145,1	210,7	137,4
<b>1949</b>										
Januar	167,2	169,0	289,0	100,3	117,8	257,7	155,1	145,2	205,7	139,0
Februar	167,6	173,1	289,6	100,3	118,5	247,3	155,6	145,5	202,6	138,3
März	166,9	174,2	291,0	100,3	119,6	237,6	156,4	145,2	197,8	137,2
April	163,9	169,7	289,6	100,3	119,6	229,5	158,1	145,1	191,5	136,2
Mai	160,7	165,1	288,4	100,3	119,6	220,0	159,0	144,8	187,3	135,2
Juni	158,9	163,9	285,5	100,3	119,5	212,1	158,1	144,0	183,0	135,1
Juli	159,4	167,3	282,0	100,3	120,0	206,4	158,1	143,6	178,9	134,9

<sup>1)</sup> Darunter 2 Verdiener und 1 Kind unter 14 Jahren.\*

Quelle: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes

## VIII. Internationale

Wechselkurse  
(für je 1 Einheit)

Land	Währungseinheit	Kursarten <sup>2)</sup>	Vom Internationalen Währungsfonds festgesetzte Paritäten (Stand 1. Juni 1949)
<u>ERP-Länder</u>			
Belgien	Franc		2,28167
Dänemark	Krone		20,8376
Frankreich	Franc	offiziell	Vom Währungsfonds nicht anerkannt
"	"	frei	
Griechenland <sup>1)</sup>	Drachme	A	Parität noch nicht festgesetzt
"	"	B	
Großbritannien	£		403,000
Italien <sup>5)</sup>	Lira	offiziell	Parität noch nicht festgesetzt
"	"	frei	
"	"	curb	
Niederlande	Gulden		37,6953
Norwegen	Krone		20,1500
Österreich	Schilling		Parität noch nicht festgesetzt
Portugal	Escudo		nicht Mitglied
Schweden	Krone		nicht Mitglied
Schweiz	Franc	offiziell	nicht Mitglied
"	"	frei	
Türkei	türk. £		35,7143
<u>Sonstige europäische Länder</u>			
Bulgarien	Leva		nicht Mitglied
Finnland	Mark		Parität noch nicht festgesetzt
Jugoslawien	Dinar		2,000.00
Spanien	Peseta	offiziell	nicht Mitglied
"	"	bevorzugt <sup>6)</sup>	
Tschechoslowakei	Krone		2,000.00
Ungarn	Forint		nicht Mitglied
<u>Übersee</u>			
Kanada	kan. Dollar	offiziell	100,000
"	"	frei (in New York)	
Argentinien <sup>9)</sup>	Peso	bevorzugt	nicht Mitglied
"	"	Basis (offiziell)	
"	"	frei	
"	"	curb	
Brasilien	Cruzeiro		5,40541
Chile <sup>10)</sup>	Peso	Regierung	
"	"	offiziell	3,22581
"	"	frei	
"	"	curb	
Australien	austr. £		322,400
Indien	Rupie		30,2250
Südafrika	S.A. £		403,000

<sup>1)</sup> Monatsdurchschnitte. Quelle: „Monthly Bulletin of Statistics“ des Statistischen Amtes der Vereinten Nationen und „Interwird unter Verkaufskurs in der Regel nicht der an der Börse vom Devisenverkäufer erzielte Kurs, sondern der Abgabeblichten Notierungen. <sup>2)</sup> Offiziell = amtlich festgesetzt; frei = Börsen- oder Marktkurs; curb = „Schwarzmarkt“-Kurs. Erwerb der Besitz von entsprechenden Devisenzertifikaten erforderlich ist, die die Importeure von den Exporteuren am freien Devisenzertifikate höher als der offizielle Kurs; er stellt sich im Verhältnis zum Dollar auf 10 000 Drachmen. Die Exporteure verschaffen zu können. <sup>3)</sup> Der offizielle Kurs weicht nach der Stabilisierung des freien Markt-Satzes im Frühjahr 1948 <sup>4)</sup> US-cents für 1 Pengö (Währungsumstellung 1. August 1946; 400 000 Quadrillionen Pengö = 1 Forint). <sup>5)</sup> Verkaufskurs in offiziellen („Basis“-)Verkaufskurs abgegeben. Der Freie-Markt-Satz wird für nichtkommerzielle Transaktionen angewendet. Kurs wird für die Einfuhr wichtiger Güter und auch für eine Reihe von weniger bedeutenden Ausfuhrwaren berechnet. Alle aktionen bestehende Schwarzmarktkurs hat keine große Bedeutung.

# Übersichten

in US-Cents  
der Landeswährung)

Verkaufskurse in den einzelnen Ländern <sup>1)</sup>					Mittelkurse in New York <sup>2)</sup>		
1937	1948	1949			1949		
		Jan./März	April	Mai	Mai	Juni	Juli
3,375	2,275	2,275	2,275	2,275	2,28	2,28	2,28
22,03	20,79	20,79	20,79	20,79	20,90	20,90	20,90
3,978	0,4837	0,4657	0,4657	0,4657	0,4664	0,4664	0,4664
—	0,3238	0,3139	0,3096	0,3038	0,3039	0,3030	0,3028
0,9009	0,0199	0,0199	0,0199	0,0199			
—	0,0103	0,0100	0,0100	0,0100			
494,4	402,75	402,75	402,75	402,75	403,—	403,—	403,—
5,263	0,1739	0,1739	0,1739	0,1739	0,1739	0,1739	0,1739
—	0,1739	0,1739	0,1739	0,1739			
—	0,1616	0,1472	0,1565	0,1577			
55,04	37,59	37,61	37,62	37,62	37,69	37,69	37,69
24,75	20,12	20,12	20,12	20,12	20,20	20,20	20,20
18,587	9,862	9,862	9,862	9,862			
4,486	3,990	3,990	3,990	3,990	4,03	4,03	4,03
25,43	27,78	27,78	27,78	27,78	27,84	27,84	27,84
22,94	23,17	23,17	23,17	23,17			
—	24,88	25,15	25,19	25,44	25,4361	25,1550	25,1581
79,37	35,40	35,40	35,40	35,40	35,75	35,75	35,75
1,186	0,3472	0,3472	0,3472	0,3472	0,35	0,35	0,35
2,171	0,7353	0,7353	0,7353	—	0,75	0,75	0,6875
2,304	2,00	2,00	2,00	2,00			
11,67	8,913	8,913	8,913	8,913	9,16	9,16	9,16
9,328	5,949	4,621	3,957	3,957			
3,486	1,994	1,994	1,994	1,994	2,03	2,03	2,03
29,44 <sup>7)</sup>	8,455	8,455	8,455	8,455	8,61	8,61	8,61
100,0	99,50	99,50	99,50	99,50			
—	91,67 <sup>8)</sup>	92,79 <sup>8)</sup>	93,55 <sup>8)</sup>	95,15 <sup>8)</sup>	95,0625	95,6161	94,5781
30,96	26,81	26,81	26,81	26,81			
30,96	23,64	23,64	23,64	23,64			
30,03	22,47	20,72	20,79	—	20,91	20,91	20,91
—	10,81	10,59	9,71	10,42			
6,238	5,342	5,342	5,342	5,342	5,45	5,45	5,45
5,163	5,136	5,136	5,136	5,136	5,16	5,16	5,16
3,578	3,215	3,215	3,215	3,215			
—	2,320	2,320	2,320	2,320			
3,792	1,653	1,544	1,647	1,546			
392,9	320,15	320,55	320,55	320,55	323,50	323,50	323,50
37,22	30,14	30,14	30,14	30,14	30,22	30,22	30,22
487,4	400,75	400,75	400,75	400,75	403,25	403,25	403,25

national Financial Statistics“ (Internationaler Währungs fonds). Da in den meisten Ländern Devisenbewirtschaftung besteht, kurs der Notenbank verstanden. <sup>2)</sup> Monatsdurchschnitte auf Grund von in den „Nachrichten für Außenhandel“ veröffentlicht. <sup>3)</sup> Die Abgabe von Devisen erfolgt zwar zum offiziellen Satz (A) von rund 5 000 Drachmen je Dollar. Da aber zum Devisenmarkt oder unter Umständen auch von der Notenbank kaufen können, ist der tatsächliche Kurs (B) um den Marktpreis der erhalten die Devisenzertifikate, um sich über den offiziellen Devisenankaufssatz hinaus einen zusätzlichen Ausfuhrerlös nicht mehr von diesem ab. Auch der „Curb“-Kurs hat sich diesen Notierungen angenähert. <sup>6)</sup> Für den Reiseverkehr. New York. <sup>8)</sup> Devisen für die Einfuhr wichtiger Güter werden zum Vorzugsverkaufskurs, für zweitwichtige Einfuhrwaren zum <sup>10)</sup> Der „Regierungssatz“ gilt für Regierungseinfuhren und wird für bestimmte bedeutsame Ausfuhren gewährt. Der offizielle anderen Importe und Exporte werden zum freien („Banking“-)Kurs abgerechnet. Der für kleine nichtkommerzielle Trans-

## Freiverkehrskurse der Deutschen Mark in Zürich und New York

Woche	Wochendurchschnitte		in v. H. des JELA-Umrechnungskurses	
	Zürich 100DM = sFr.	New York 100DM = US-\$	Zürich 100DM = Fußnote <sup>1)</sup>	New York 100DM = 30 \$
1948				
8. 7.—10. 7.	27,36	.	21,2	.
12. 7.—17. 7.	28,88	.	22,3	.
19. 7.—24. 7.	27,17	.	21,0	.
26. 7.—31. 7.	25,92	.	20,0	.
2. 8.— 7. 8.	29,83	.	23,1	.
9. 8.—14. 8.	30,00	.	23,2	.
16. 8.—21. 8.	28,25	.	21,8	.
23. 8.—28. 8.	28,29	.	21,9	.
30. 8.— 4. 9.	28,67	.	22,2	.
6. 9.—11. 9.	29,47	.	22,8	.
13. 9.—18. 9.	27,33	.	21,1	.
20. 9.—25. 9.	23,83	.	18,4	.
27. 9.— 2. 10.	22,62	.	17,5	.
4. 10.— 9. 10.	23,58	.	18,2	.
11. 10.—16. 10.	22,58	.	17,5	.
18. 10.—23. 10.	20,92	.	16,2	.
25. 10.—30. 10.	22,04	.	17,0	.
1. 11.— 6. 11.	22,50	.	17,4	.
8. 11.—13. 11.	21,04	.	16,3	.
15. 11.—20. 11.	18,92	.	14,6	.
22. 11.—27. 11.	18,58	.	14,4	.
29. 11.— 4. 12.	19,12	.	14,8	.
6. 12.—11. 12.	19,54	.	15,1	.
13. 12.—18. 12.	19,33	.	15,0	.
20. 12.—25. 12.	21,15	.	16,4	.
27. 12.— 1. 1.	22,40	.	17,3	.
1949				
3. 1.— 8. 1.	27,96	.	21,6	.
10. 1.—15. 1.	27,60	.	21,4	.
17. 1.—22. 1.	29,70	7,49	23,0	25,0
24. 1.—29. 1.	32,17	8,00	24,9	26,7
31. 1.— 5. 2.	33,75	8,35	26,1	27,8
7. 2.—12. 2.	40,83	10,25	31,6	34,2
14. 2.—19. 2.	41,20	10,50	31,9	35,0
21. 2.—26. 2.	51,20	13,42	39,6	44,7
28. 2.— 5. 3.	52,21	13,30	40,4	44,3
7. 3.—12. 3.	46,92	10,90	36,3	36,3
14. 3.—19. 3.	50,58	12,50	39,2	41,7
21. 3.—26. 3.	49,79	12,65	38,6	42,2
28. 3.— 2. 4.	52,34	13,50	40,5	45,0
4. 4.— 9. 4.	54,71	13,64	42,4	45,5
11. 4.—16. 4.	56,94	14,36	44,1	47,9
18. 4.—23. 4.	60,70	15,06	47,0	50,2
25. 4.—30. 4.	64,21	16,10	49,7	53,7
2. 5.— 7. 5.	63,87	16,19	49,5	54,0
9. 5.—14. 5.	58,37	15,25	45,2	50,8
16. 5.—21. 5.	59,50	15,62	46,1	52,1
23. 5.—28. 5.	60,50	15,63	46,8	52,1
30. 5.— 4. 6.	62,21	15,75	48,2	52,5
6. 6.—11. 6.	64,25	16,06	49,7	53,5
13. 6.—18. 6.	67,46	16,25	52,2	54,2
20. 6.—25. 6.	75,54	19,12	58,5	63,7
27. 6.— 2. 7.	74,94	19,25	58,0	64,2
4. 7.— 9. 7.	73,35	18,25	56,8	60,8
11. 7.—16. 7.	70,17	18,00	54,3	60,0
18. 7.—23. 7.	70,42	17,25	54,5	57,5
25. 7.—30. 7.	70,00	17,75	54,2	59,2
1. 8.— 6. 8.	67,20	17,12	52,0	57,1

<sup>1)</sup> bis Ende November 1948 = 129,30 sFr., ab Dezember 1948 = 129,15 sFr.



Zinssätze in wichtigen Ländern <sup>1)</sup>

	Vereinigte Staaten v. Amerika	Großbritannien	Frankreich	Schweiz	Niederlande	Belgien	Italien	Schweden
a) Diskontsätze								
Gegenwärtiger Stand seit	13. 8. 48	26. 10. 39	30. 9. 48	26. 11. 36	26. 6. 41	27. 8. 47	11. 4. 49	9. 2. 45
in ‰	1 1/2	2	3	1 1/2	2 1/2	3 1/2	4 1/2	2 1/2
b) Geldmarktsätze für Schatzwechsel								
	3 Monate	3 Monate	3 1/2—4 1/2 Monate	Privatdiskonten	3 Monate	4 Monate	3—4 Monate	
1937	0,45	0,56	3,73	1,03	0,28	0,82	3,75 <sup>2)</sup>	.
1947	0,60	0,51	1,70	1,28	1,35	1,31	3,39	.
1948	1,04	0,51	2,00	1,56	1,29	1,31	3,75	.
1949 Januar	1,16	0,52	2,00	1,62	1,22	1,31	.	.
Februar	1,16	0,52	.	1,62	1,39	1,31	.	.
März	1,16	0,52	.	1,62	1,37	1,31	.	.
April	1,16	0,51	.	1,62	1,29	1,31	.	.
Mai	1,16	0,52	.	1,62	1,28	1,31	.	.
c) Effektivverzinsung von Regierungsanleihen								
	Steuerpfl. Bonds	2 1/2 ‰ Consols	3 ‰ nicht rückzahlbar	12 Anleihen	3 ‰ und 2 1/2 ‰	4 ‰ Einheitsschuld	3 1/2 ‰/nicht rückzahlbar	3 ‰ nicht rückzahlbar
1937	2,74 <sup>3)</sup>	3,28	4,27	3,41	2,96 <sup>4)</sup>	3,95	4,81	3,04
1947	2,25	2,76	3,91	3,17	3,06	4,45	4,41	3,02
1948	2,44	3,21	4,62	3,41	3,09	4,75	4,39	3,08
1949 Januar	2,42	3,12	4,01	3,20	3,10	4,71	4,57	3,05
Februar	2,39	3,09	3,95	3,17	3,12	4,70	4,57	3,01
März	2,38	3,11	4,74	3,05	3,14	4,68	4,56	3,01
April	2,38	3,10	4,82	2,93	3,13	4,65	4,57	3,01
Mai	2,38	3,08	4,79	2,84	3,12	4,64	4,55	3,01

<sup>1)</sup> Quellen: Monthly Bulletin of Statistics (Statistical Office of the United Nations), International Financial Statistics (International Monetary Fund), Monatsberichte der Schweizerischen Nationalbank. <sup>2)</sup> Juli—Dezember 1939. <sup>3)</sup> Teilweise steuerfrei. <sup>4)</sup> 1938

Großhandelspreisindexziffern wichtiger Länder 1938 = 100

Zeit	Vereinigte Staaten (Bureau of Labor)	Großbritannien (Economist)	Frankreich (Offiziel)	Schweiz (Monatsbericht der Schweizerischen Nationalbank)	Italien (Economist)	Schweden (Economist)
1945 M.-D.	135	166	375	206	.	.
1946 „	154	176	648	200	2883	.
1947 „	194	204	989	209	5157	180
1948 „	210	225	1712	217	5442	194
1948						
Januar	211	217	1463	218	5371	188
Februar	205	220	1537	218	5350	189
März	205	224	1536	218	5316	190
April	207	223	1555	218	5238	193
Mai	209	226	1653	218	5182	194
Juni	211	228	1691	218	5140	.
Juli	215	226	1698	217	5137	195
August	216	225	1783	216	5704	196
September	215	227	1791	215	5769	196
Oktober	210	227	1887	215	5724	196
November	209	228	1977	217	5667	196
Dezember	206	231	1974	216	5697	196
1949						
Januar	204	232	1946	215	5698	196
Februar	201	231	1899	214	5656	196
März	202	231	1873	212	5556	195
April	200	230	1846	209	.	195
Mai	.	235	1890	206	.	.
Juni	.	233 <sup>1)</sup>	1813	205	.	.
Juli	.	230 <sup>1)</sup>	.	.	.	.

<sup>1)</sup> Vorläufige Zahlen

Moody's Index für USA-Warenpreise

Wochendurchschnitte  
Dezember 1931 = 100

Woche			Woche			Woche	
1948			1949				
1. 10.	411,3		2. — 8. 1.	394,1	17. —23. 4.	347,8	
3. — 9.10.	402,9		9. —15. 1.	390,8	24. —30. 4.	343,6	
10. —16.10.	405,7		16. —22. 1.	390,2	1. — 7. 5.	344,5	
17. —23.10.	405,8		23. —29. 1.	385,0	8. —14. 5.	343,5	
24. —30.10.	402,8		30. 1.— 5. 2.	382,8	15. —21. 5.	344,2	
1. — 6.11.	400,9		6. —12. 2.	373,8	22. —28. 5.	344,2	
8. —13.11.	397,6		13. —19. 2.	374,2	29. 5.— 4. 6.	341,9	
15. —20.11.	398,0		20. —26. 2.	374,1	5. —11. 6.	340,4	
22. —27.11.	403,5		27. 2.— 5. 3.	376,2	12. —18. 6.	338,7	
29.11.— 4.12.	400,9		6. —12. 3.	375,2	19. —25. 6.	339,0	
5. —11.12.	398,4		13. —19. 3.	370,0	26. 6.— 2. 7.	332,8	
12. —18.12.	393,3		20. —26. 3.	369,0	3. — 9. 7.	334,4	
19. —25.12.	397,3		27. 3.— 2. 4.	367,4	10. —16. 7.	339,5	
26. —31.12.	394,7		3. — 9. 4.	358,0	17. —23. 7.	341,6	
			10. —16. 4.	354,5	24. —30. 7.	340,7	

Preisentwicklung wichtiger Welthandelswaren

(Durchschnittspreise)

Zeit	Weizen	Mais	Kaffee	Zucker	Schweine	Baumwolle	Kautschuk	Kupfer	Zinn	Blei	Zink	Erdöl, roh	Häute
	Chikago 1 Bushel = 60 lbs. \$	Chikago 1 Bushel = 56 lbs. \$	NewYork 1 lb. \$ cents	NewYork 11b. \$ cents	Chikago 100 lb. \$	New Orleans 1 lb. \$ cents	New York 1 lb. \$	New York 1 lb. \$ cents	New York 1 lb. \$ cents	New York 1 lb. \$ cents	St. Louis 1 lb. \$ cents	Pensylvan. 1 Barrel = 1,59 hl \$	Chikago 1 lb. \$ cents
1946	1,98	1,63 <sup>3/4</sup>	17,61 <sup>1/8</sup>	4,43 <sup>3/8</sup>	18,68 <sup>3/4</sup>	29,57 <sup>1/2</sup>	0,22 <sup>1/2</sup>	13,06 <sup>1/4</sup>	52,00	7,68 <sup>3/4</sup>	8,81 <sup>1/4</sup>	3,15 <sup>1/4</sup>	18,38
1947	2,62	2,17	26,62 <sup>1/2</sup>	6,21	24,85	32,39	0,21	21,04	78,33	14,67	10,50	4,29	29,29
1948	2,45	2,08	26,77	5,52	23,65	31,51	0,22	22,21	99,25	18,04	13,38	5,00	27,00
1948 Januar	3,20	2,81	26,50	5,60	27,50	33,70	0,22 <sup>1/4</sup>	21,37 <sup>1/2</sup>	94,00	15,00	10,50	5,00	30,00
Februar	2,53 <sup>1/2</sup>	2,07 <sup>1/4</sup>	26,25	5,50	22,45	30,20	0,20 <sup>1/2</sup>	21,37 <sup>1/2</sup>	94,00	15,00	12,00	5,00	25,00
März	2,56 <sup>1/2</sup>	2,37	26,25	5,45	23,05	31,65	0,20	21,37 <sup>1/2</sup>	94,00	15,00	12,00	5,00	21,00
April	2,61 <sup>3/4</sup>	2,42	26,50	5,37	20,45	35,35	0,23	21,37 <sup>1/2</sup>	94,00	17,50	12,00	5,00	25,00
Mai	2,49	2,36 <sup>3/4</sup>	27,00	5,15	19,20	35,65	0,23 <sup>1/2</sup>	21,37 <sup>1/2</sup>	94,00	17,50	12,00	5,00	27,50
Juni	2,39 <sup>1/2</sup>	2,33	27,00	5,20	23,35	35,15	0,22 <sup>7/8</sup>	21,37 <sup>1/2</sup>	103,00	17,50	12,00	5,00	28,00
Juli	2,29 <sup>1/2</sup>	2,20	27,00	5,70	25,65	30,50	0,23	21,37 <sup>1/2</sup>	103,00	17,50	12,00	5,00	29,50
August	2,21 <sup>1/4</sup>	2,07	27,00	5,78	27,40	28,05	0,23	23,37 <sup>1/2</sup>	103,00	19,50	15,00	5,00	28,50
September	2,25 <sup>1/2</sup>	1,95	26,50	5,65	27,50	31,15	0,27 <sup>7/8</sup>	23,37 <sup>1/2</sup>	103,00	19,50	15,00	5,00	28,50
Oktober	2,26	1,55	27,00	5,60	25,50	27,85	0,22 <sup>5/8</sup>	23,37 <sup>1/2</sup>	103,00	19,50	15,00	5,00	26,50
November	2,26 <sup>1/2</sup>	1,39	27,25	5,68	21,25	29,05	0,19 <sup>5/8</sup>	23,37 <sup>1/2</sup>	103,00	21,50	15,50	5,00	29,50
Dezember	2,26 <sup>1/2</sup>	1,45	27,00	5,60	20,55	29,80	0,18 <sup>3/8</sup>	23,37 <sup>1/2</sup>	103,00	21,50	17,50	5,00	25,00
1949 Januar	2,34	1,44 <sup>1/4</sup>	27,00	5,70	19,90	30,30	0,19 <sup>1/4</sup>	23,37 <sup>1/2</sup>	103,00	21,50	17,50	4,50	27,00
Februar	2,25	1,30	26,50	5,65	20,00	30,50	0,18 <sup>1/4</sup>	23,37 <sup>1/2</sup>	103,00	21,50	17,50	4,00	20,00
März	2,19 <sup>1/2</sup>	1,32	26,50	5,65	20,25	30,35	0,19 <sup>1/8</sup>	23,37 <sup>1/2</sup>	103,00	18,00	17,50	4,00	18,50
April	2,39 <sup>1/2</sup>	1,38 <sup>1/4</sup>	26,00	5,70	18,70	31,00	0,18 <sup>1/4</sup>	21,37 <sup>1/2</sup>	103,00	15,00	14,00	3,55	19,00
Mai	2,38 <sup>3/4</sup>	1,39	26,75	5,85	18,35	30,95	0,18 <sup>1/8</sup>	17,875	103,00	14,00	12,00	3,40	20,00
Juni	2,17	1,38	27,25	5,85	19,40	30,85	0,16 <sup>1/4</sup>	16,37 <sup>1/2</sup>	103,00	12,00	9,00	3,27	19,50
Juli	1,94	1,42 <sup>1/4</sup>	27,75	5,85	17,50	29,25	0,16 <sup>1/2</sup>	17,50	103,00	14,00	9,00	3,40	19,50

Quelle: DBD (Deutscher Börsen-Dienst)